

**Repräsentationsvorstellungen von Menschen
in prekären Lebenslagen:**

**Die Auswirkungen von politischer und sozialer Exklusion
am Beispiel Langzeiterwerbsloser**

Von der Fakultät 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
der Universität Stuttgart zur Erlangung der Würde eines Doktors der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) genehmigte
Abhandlung

Vorgelegt von
Jan A. Velimsky
aus Acha Tugi (Kamerun)

Hauptberichter: Prof. Dr. André Bächtiger
Mitberichter: PD Dr. Martin Gross

Tag der mündlichen Prüfung: 12.06.2024

Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart

2024

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Abbildungsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis	7
Zusammenfassung	9
Abstract	12
1.Einführung	15
1.1. Soziale Lage, politische Beteiligung und der Wunsch nach alternativen Repräsentationsformen	18
1.1.1. Ungleiche politische Beteiligung	18
1.1.2. Unzufriedenheit und der Wunsch nach alternativen Repräsentationsmodellen	19
1.2. Die Mehrdimensionalität prekärer Lebenslagen	22
1.3. Methodik: Mixed-Methods - qualitative, quantitative und experimentelle Analyseverfahren	25
1.4. Ein Blick auf extreme Armut am Beispiel Langzeiterwerbsloser.	29
2.Soziale Exklusion	39
2.1. Theoretische Überlegungen zu sozialer Exklusion	39
2.2. Erfahrungen Betroffener	44
2.2.1. Einschränkungen in materieller-Teilhabe	45
2.2.2. Soziale und kulturelle Teilhabe	48
2.2.3. Ausgrenzung und Stigmatisierung	51
2.2.4. Erfahrungen mit dem Jobcenter	55
3.Politische Exklusion	58
3.1. Politische Exklusion aus Sicht Langzeiterwerbsloser	59
3.1.1. Keine Verbesserung der eigenen Lebenssituation.	59
3.1.2. Entfremdung	60
3.1.3. Fehlender Kontakt zu Politiker*innen	61
3.1.4. Stigmatisierung durch Politik und Repräsentierende	62
3.2. Politische Repräsentation in politikwissenschaftlicher Forschung	64
3.2.1. Argumente für eine deskriptive Repräsentation Langzeiterwerbsloser	66
3.2.2. Bewirkt deskriptive Repräsentation eine bessere Interessensvertretung?	71

3.2.3.	Langzeiterwerbslosigkeit in deutschen Parlamenten	74
3.2.3.	Substanzielle Repräsentation Langzeiterwerbsloser	81
3.2.4.	Hypothesen zu politischer Exklusion	84
4.	Empirische Analysen	85
4.1.	Datenerhebung	85
4.2.	Operationalisierung und Daten	85
4.2.1.	Abhängige Variablen: Repräsentationsmodelle	86
4.2.2.	Prädiktor Variablen: soziale und politische Exklusion	86
4.2.3.	Kontrollvariablen	88
4.3.	Bewertung repräsentativer Demokratie in Deutschland	92
4.4.	Bewertung alternativer Repräsentationsmodelle: explorative Analysen....	99
4.4.1.	Bewertung partizipativer Repräsentationsmodelle	101
4.4.2.	Bewertung delegativer Regierungsmodelle	106
4.5.	Die Auswahl von Repräsentationsmodellen: Motive	111
4.5.1.	Argumente für und gegen repräsentative Demokratie	114
4.5.2.	Argumente für und gegen direkte Demokratie	115
4.5.3.	Argumente für und gegen deliberative Demokratie.....	116
4.5.4.	Argumente für und gegen Expertokratie	118
4.5.5.	Argumente für und gegen Strong Leader Modell	119
4.5.6.	Repräsentationspräferenzen: Conjoint-Analysen.....	121
4.6.	Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse	127
5.	Ausblick	133
5.1.	Überlegungen zu sozialer Exklusion.....	133
5.2.	Überlegungen zu politischer Exklusion	135
	Literaturverzeichnis	144
	Anhang:	162

Vorwort

Als ich 2015 im SoWi-Newsletter der Universität Stuttgart auf ein Gesuch des Sozialunternehmens Neue Arbeit gGmbH aufmerksam wurde, für die Mitarbeit an der Studie *„Gib mir was, was ich wählen kann‘ Demokratie ohne Langzeiterwerbslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen“*, war mir nicht bewusst, wie sehr diese Studie meine weitere Forschung beeinflussen und sogar in einer Dissertation münden würde. Ich hatte gerade eine Hausarbeit zu ungleicher politischer Partizipation geschrieben, war dadurch sehr an dem Thema interessiert und hatte das Gefühl, etwas zu dem Projekt beitragen zu können. Daher kontaktierte ich Martin Tertelmann und Friedrich Kern von der Neuen Arbeit gGmbH, die mich direkt in das Forschungsteam integrierten, welches primär aus Langzeiterwerblosen bestand und von dem Soziologen Franz Schultheis angeleitet wurde.

Ich stellte schnell fest, dass ich trotz meines Wissens aus der Partizipationsforschung keine realistische Vorstellung von prekären Lebensrealitäten hatte, auch weil es davor überhaupt keine Berührungspunkte mit solchen gegeben hatte, zumindest nicht in Deutschland. Dieses fehlende Verstehen habe ich seitdem bei Politiker*innen und Forschenden häufig beobachten können. Das hat mich sehr geprägt. So entstand schon früh während des Masterstudiums die Idee, die eindrücklichen Befunde aus den qualitativen Interviews des Projekts der Neuen Arbeit gGmbH in einer Dissertation zu quantifizieren und damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, einigen zu danken, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Zunächst danke ich André Bächtiger für die Betreuung meiner Dissertation, für seinen wertvollen fachlichen Input und seine Unterstützung während des gesamten Projekts. Er hat die Idee der Dissertation von Anfang an unterstützt, obwohl das Thema auch für ihn zu einem gewissen Grad neu war. Ich möchte mich auch bei Martin Gross bedanken für seinen Support während meiner Zeit an der LMU und darüber hinaus. Zusammen mit Dominic Nyhuis hat er mir viele wichtige Einblicke in die Wissenschaft gegeben. Von beiden habe ich sehr viel lernen können.

Darüber hinaus gilt ein großer Dank an Manuel Walter und Sebastian Block, meine beiden Freunde und PHD-Leidensgenossen, für die vielen gemeinsamen Erlebnisse und aufbauenden Gespräche auf dem manchmal holprigen Dissertationsweg. Manuel hat auch an den Studien der Neuen Arbeit mitgearbeitet, was ihn ähnlich geprägt hat. Deshalb haben wir zusammen mit André Bächtiger das

Forschungsprojekt „*Inklusive Demokratie – Die Sicht von Menschen in prekären Lebenslagen auf die Demokratie*“ initiiert, mit dem wir die Daten für unsere beiden Dissertationen erhoben haben. Ohne ihn wäre ein solches Vorhaben, ohne Förderung und neben einer beruflichen Tätigkeit nicht möglich gewesen.

Zu danken habe ich natürlich den vielen Betroffenen, deren Mitarbeit dieses Projekt überhaupt erst möglich gemacht haben. Erwähnen möchte ich auch die Mitarbeitenden der Denkfabrik und die Demokratiebegleiter*innen der Neuen Arbeit GmbH für ihre Expertise und große Unterstützung. Ein besonderer Dank geht dabei an Thomas Binder, der auf einem Workshop eine Gruppenmoderation übernommen hat, Chafa Bouslimani, mit dem ich bei einigen Artikeln eng zusammenarbeiten durfte und Luise Janke, mit der ich einige Workshops durchgeführt habe. Danken möchte ich auch Martin Tertelmann, Friedrich Kern deren großartiges Engagement für Betroffene ich sehr bewundere und Franz Schultheis, von dem ich viel über Citizen Sciences lernen konnte. Ohne deren Projekt wäre ich nicht zu diesem Dissertationsthema gekommen.

Schließlich geht ein besonderer Dank an meine Freunde und Familie, die immer sehr geduldig mit mir waren. Ich danke dabei meinem Vater, Dietmar und Florian für das Lektorat. Nicht zuletzt bin ich Vanessa Obi zu tiefem Dank verpflichtet. Es ist unmöglich, solch ein Vorhaben durchzuführen, ohne den täglichen Support der Partnerin.

Ich leite nun über mit einem Satz des Sportjournalisten Fabrizio Romano, dessen fleißige Berichterstattung des Transfermarktes gerade in der Endphase der Arbeit für reichlich Ablenkung gesorgt hat. Dabei stellt er jedem Bericht, der den Vollzug eines Transfers beinhaltet, also die Beendigung der Verhandlungen ein „Here we go“ voran. Bezogen auf diese Arbeit bedeutet dieser Satz zum einen den Abschluss meines Schreibprozesses und für den Lesenden gleichzeitig die Überleitung zum inhaltlichen Teil der Arbeit. In diesem Sinne:

“Here we go” (Fabrizio Romano)

Stuttgart, Oktober.2023

Jan A. Velimsky

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ungleichheit der Einkommensverteilung in Deutschland (2005–2021)	16
Abbildung 2: Von Armut bedrohte Personen in Deutschland (in %): 2007–2021	17
Abbildung 3: Demokratie und Regierungszufriedenheit im Vergleich.....	32
Abbildung 4: Vertrauen in Bundesregierung und Politiker*innen im Vergleich.	33
Abbildung 5: Beteiligung an Bundestagswahlen im Vergleich (2002–2018).....	33
Abbildung 6: Bewertung repräsentativer Demokratie und alternativer Repräsentationsmodelle	34
Abbildung 7: Repräsentative Demokratie und alternative Repräsentationsmodelle (Präferenzen).....	35
Abbildung 8: Konzeption der Arbeit.	38
Abbildung 9: Gesellschaftliches Bild von Erwerblosen.....	53
Abbildung 10: Konzept der Arbeit mit Hypothesen.....	92
Abbildung 11: Kausale Mediationsanalysen zu politischer Teilhabe	98
Abbildung 12: Ergebnisse zur Bewertung repräsentativer Demokratie - Übersicht.....	99
Abbildung 13: Ideologische Selbstverortung Betroffener im Vergleich	111
Abbildung 14: Conjoint-Experiment - Beispiel.....	123
Abbildung 15: Conjoint Analysen zu Demokratiemodellen.....	126
Anhang:	
Abbildung 16: Formel für die Transformation von Skalenwerten.....	162

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Erwerbslosigkeit in deutschen Landesparlamenten.....	75
Tabelle 2: Erwerbslosigkeit in 21 Stadtparlamenten Nordrhein-Westfalens (2014-2020)	76
Tabelle 3: Erwerbslosigkeit Kandidierender in 21 Stadtparlamenten zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen (2014).	77
Tabelle 4: Erwerbslosigkeit und Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen (2014).....	79
Tabelle 5: Bewertung repräsentativer Demokratie (OLS-Regressionen) -Teil 1	93
Tabelle 6: Bewertung repräsentativer Demokratie (OLS-Regressionen) -Teil 2	94
Tabelle 7: Determinanten politischer Teilhabe	96
Tabelle 8: Bewertung direkter Demokratie – Lineare Regressionen (OLS)	103
Tabelle 9: Bewertung deliberativer Demokratie – Lineare Regressionen (OLS) ...	105
Tabelle 10: Bewertung von Expertokratie – Lineare Regressionen (OLS)	108
Tabelle 11: Bewertung des Strong Leader Modells – Lineare Regressionen (OLS).....	109
Tabelle 12: Diskussionsveranstaltungen – Vor- und Nachbefragung (t-Tests).....	112
Tabelle 13: Vignetten für das Conjoint-Experiment.....	122
Tabelle 14: Merkmalsvariationen für die Conjoint-Analysen	124
Tabelle 15: Typische Berufe je Topic.....	139
Tabelle 16: Substanzielle Repräsentation von (Langzeit-) Erwerbslosigkeit in 20 deutschen Großstadtparlamenten.	140
Anhang:	
Tabelle 17: T-Tests	162
Tabelle 18: Erwerbslosigkeit im Bundestag	163
Tabelle 19: Erwerbslosigkeit in Landesparlamenten – Datenquellen.	163
Tabelle 20: Deskriptive Statistiken zu den Analysen aus Tabelle 4	164
Tabelle 21: VIF-Werte zu den Analysen aus Tabelle 4	164
Tabelle 22: Deskriptive Statistiken zu den Analysen in Kapitel 4	165
Tabelle 23: Frageitems zu den Variablen aus den Analysen in Kapitel 4	166
Tabelle 24: Heteroskedastizität (Studentized Breusch-Pagan-test)	169
Tabelle 25: Zusätzliche Informationen zu Tabelle 5 - Repräsentative Demokratie Bewertung (Teil 1).....	170
Tabelle 26: Zusätzliche Informationen zu Tabelle 6 - Repräsentative Demokratie Bewertung (Teil 2).....	171
Tabelle 27: Parameter zu den kausalen Mediationsanalysen in Abbildung 11.....	172
Tabelle 28: Informationen zu Tabelle 8 – Direkte Demokratie (Bewertung)	173
Tabelle 29: Informationen zu Tabelle 9 – Deliberative Demokratie (Bewertung)...	174

Tabelle 30: Informationen zu Tabelle 10 – Expertokratie (Bewertung).....	175
Tabelle 31: Informationen zu Tabelle 11 – Strong Leader Modell (Bewertung).....	176
Tabelle 32: Deskriptive Statistiken zu den Analysen in Tabelle 16.	178
Tabelle 33: VIF-Werte zu den Analysen in Tabelle 16.	178
Tabelle 34: Argumente für und gegen das repräsentative Modell	238
Tabelle 35: Argumente für und gegen das direktdemokratische Modell.....	239
Tabelle 36: Argumente für und gegen das deliberative Modell	240
Tabelle 37: Argumente für und gegen das Expertokratie-Modell	241
Tabelle 38: Argumente für und gegen das Strong Leader- Modell.....	242

Zusammenfassung

Seit Jahrzehnten sinkt in Deutschland wie auch in vielen anderen westlichen Demokratien die Zufriedenheit mit sowie das Vertrauen in die zentralen Institutionen und Akteure repräsentativer Demokratie (siehe Campbell 2019; Dalton 2004). Als besonders unzufrieden gelten Menschen, die sich in prekären Lebenslagen befinden und die nicht nur eine geringe Repräsentation ihrer Interessen wahrnehmen (siehe Elsässer u. a. 2017, 2021), sondern auch zunehmend ihr Recht auf politische Teilhabe verweigern (siehe u. a. Bödeker 2012; Böhnke 2011; Schäfer u. a. 2013; Vetter und Velimsky 2019). Sie stehen auch im Verdacht, besonders zugänglich für populistische oder technokratische Einstellungen zu sein (siehe u. a. Pickel u. a. 2022; Vehrkamp und Merkel 2020) und daher eher alternative partizipative oder delegative Repräsentationskonzeptionen zu bevorzugen (siehe Landwehr und Steiner 2017; Pilet u. a. 2023; Webb 2013).

Bemerkenswert ist jedoch, dass sowohl die Gründe für die Unzufriedenheit von Menschen in prekären Lebenslagen mit repräsentativer Demokratie als auch die Annahme einer starken Tendenz zu alternativen Regierungsmodellen für Deutschland empirisch nur wenig erforscht sind. Denn gerade jene, die am Rande der Gesellschaft leben, wurden von politikwissenschaftlicher Forschung bisher kaum nach ihrer Meinung gefragt. Diese Repräsentationsvorstellungen von Menschen in prekären Lebenslagen sowie die Ursachen für die Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen System zu verstehen, ist jedoch von zentraler Bedeutung, um dem Vertrauensverlust in die repräsentative Demokratie entgegenwirken zu können.

Im Rahmen dieser Arbeit wurden deshalb Langzeiterwerbslose und ihre Repräsentationsvorstellungen untersucht. Deren Zeugnisse der eigenen prekären Lebensrealität und ihre Erfahrungen mit dem politischen System wurden analysiert, exemplarisch für eine immer größer werdende Gruppe an Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben und die der repräsentativen Demokratie verstärkt ihre Unterstützung entziehen.

Betrachtet wurde, wie Langzeiterwerbslose die repräsentative Demokratie in Deutschland sowie alternative Repräsentationsmodelle bewerten, welche Determinanten diese Sicht beeinflussen und welche Motive hinter der jeweiligen Beurteilung stehen. Dabei wurde ein Mixed-Methods-Ansatz verfolgt, bestehend aus qualitativen, quantitativen sowie experimentellen Analyseverfahren, um aus unterschiedlichen Betrachtungswinkeln ein möglichst umfassendes Bild zu den Repräsentationswünschen Langzeiterwerbsloser zeichnen zu können.

Kombiniert wurden für Deutschland einzigartige Datenquellen, bestehend aus 66 qualitativen Interviews mit langzeiterwerbslosen Nichtwähler*innen, einer deutschlandweiten quantitativen Befragung mit 302 langzeiterwerbslosen Befragten, sowie zwei deliberativer Veranstaltungen mit diesen. Im Mittelpunkt der Betrachtung waren dabei immer die Betroffenen selbst, die auch bei der Erhebung aller Daten involviert waren.

Ausgehend vom aktuellen politischen System in Deutschland wurde hypothetisiert, dass die Erfahrungen Langzeiterwerbsloser mit politischer Exklusion und unterschiedlichen Dimensionen sozialer Exklusion ihre Sicht auf die repräsentative Demokratie beeinflussen. Die Analysen bieten eindruckliche Einblicke in die alltäglichen Erfahrungen Betroffener, in denen Stigmatisierung, Einschränkungen ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und ihre Beziehung zum Jobcenter eine zentrale Rolle spielen. Weiterhin fühlen sich Langzeiterwerbslose politisch exkludiert, in diesem Fall mit ihren Wünschen und Interessen nicht repräsentiert (vgl. Velimsky und Bouslimani 2019). Eine kaum vorhandene deskriptive wie auch substantielle Repräsentation Langzeiterwerbsloser in staatlicher Legislative konnte dabei empirisch belegt werden.

Insgesamt beeinflussen das Gefühl politischer Exklusion, Einschränkungen in sozialer Teilhabe, sowie das Vertrauen in Politiker*innen direkt die Sicht Langzeiterwerbsloser auf die repräsentative Demokratie. Überdies üben die Erfahrungen mit dem Jobcenter und die Dauer der Erwerbslosigkeit, über das Gefühl politischer Exklusion, einen indirekten Einfluss auf die Bewertung des aktuellen politischen Systems aus.

Aufgrund der großen Unzufriedenheit mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie wünschen sich viele Langzeiterwerbslose eine Veränderung des Status quo. Denn sie misstrauen vor allem Politiker*innen, die oft als abgehoben von prekären Lebensrealitäten wahrgenommen werden, kaum in der Lage, die Nöte Langzeiterwerbsloser zu verstehen und wenig interessiert, ihre Interessen zu repräsentieren.

Allerdings wollen die meisten Befragten die repräsentative Demokratie nicht durch Alternativmodelle ersetzen, sondern wünschen sich vielmehr eine Komplementierung des repräsentativen Systems mit partizipativen und delegativen Alternativen (vgl. Goldberg u. a. 2020; Kriesi u. a. 2016; Rojon u. a. 2023).

So werden gerade partizipative Alternativmodelle positiv gesehen, besonders die direkte Demokratie. Allerdings möchten viele Befragte nicht zu Themen direktdemokratisch abstimmen lassen, die sie direkt betreffen, wie zum

Beispiel das Thema Hartz-IV. Denn dort befürchten viele überstimmt zu werden, auch wegen des negativen gesellschaftlichen Bildes von Langzeiterwerbslosen.

Auch deliberative Verfahren werden eher positiv beurteilt, wobei die fehlende Verbindlichkeit der dort ausgearbeiteten Entwürfe kritisiert wird. Dabei begründet sich die Präferenz für deliberative Verfahren weniger darin, dass einfach jede Alternative zum Status quo der repräsentativen Entscheidungsfindung vorgezogen wird, wie es teilweise besonders unzufriedenen Bürger*innen unterstellt wird (siehe Goldberg 2022; Zaslove u. a. 2021). Die Präferenz beruht vielmehr auf konkreten Erwartungen und Ängsten, die mit der Teilnahme an solchen Formaten und deren Output verbunden wird. Die Diskussionen offenbaren auch zu den übrigen Alternativmodellen eine differenzierte Betrachtung von Vor- und Nachteilen.

So wird eine neutrale Fachexpertise bei politischen Entscheidungen geschätzt, ebenso wie schnelle politische Entscheidungen. Viele Langzeiterwerbslose misstrauen aber neutralen Expert*innen, gerade als Entscheider*innen (vgl. Bertsou 2022). Denn auch deren Neutralität und Unabhängigkeit wird infrage gestellt. Noch größer ist die Ablehnung eines gewählten „starken Leaders“. Kaum ein Befragter möchte einer einzelnen Person so viel Macht anvertrauen.

Ausgehend von den präsentierten Ergebnissen werden auch einige Ideen skizziert, wie sozialer, aber allem politischer Exklusion von Langzeiterwerbslosen begegnet werden kann, mit weiteren Anknüpfungspunkten für die weitere Forschung.

Eine größere Anzahl Repräsentierender aus prekären Schichten (vgl. Carnes 2012; Hemingway 2022) oder zumindest Politiker*innen, die beruflich mit Menschen in prekären Lebenslagen zu tun haben, könnten zu einer besseren Repräsentation Langzeiterwerbsloser und allgemein von Menschen in prekären Lebenslagen beitragen (vgl. Leitner und Stolz 2023; Velimsky u. a. 2024b).

Überdies gilt es für Repräsentierende, aktiv den Austausch mit Langzeiterwerbslosen und allgemein Menschen in prekären Lebenslagen zu suchen. Dieser sollte möglichst auf Augenhöhe stattfinden, mit einem ernst gemeinten Interesse an deren Wünschen und Nöten. Ferner ist es sinnvoll, den Austausch niedrigschwellig zu gestalten und an Orten stattfinden zu lassen, an denen sich jene wohlfühlen.

Abstract

Perceptions of Representation of People in Precarious Living Conditions:

The impact of political and social exclusion on long-term unemployed people

For decades, satisfaction and trust in the central institutions and actors of representative democracy have been declining in Germany and many other Western democracies (see Campbell 2019; Dalton 2004). People who find themselves in precarious living situations are considered particularly disaffected and do not only perceive a low representation of their interests (see Elsässer et al. 2017, 2021) but also have increasingly refused to exercise their right to political participation (see Bödeker 2012; Böhnke 2011; Schäfer et al. 2013; Vetter and Velimsky 2019). Moreover, they are also presumed to be particularly amenable to populist or technocratic attitudes (see Pickel et al. 2022; Vehrkamp and Merkel 2020) and, therefore, more likely to prefer alternative participatory or delegative representational ideas (see Landwehr and Steiner 2017; Pilet et al. 2023; Webb 2013).

However, it is remarkable that, there has been little empirical evidence on both the reasons for the dissatisfaction of those in precarious life situations with representative democracy and the assumption of a strong tendency towards alternative models of governance for Germany, as political scientists have so far barely consulted those groups about their views. However, understanding these views is crucial to addressing the lack of trust in representative democracy among those whose lives are precarious.

Therefore, this thesis focuses on people who have been unemployed for a long period (long-term unemployed) and their perceptions of representation. Their testimonies of their precarious living conditions and experiences with the political system were analysed, as an example for an ever-growing group of people who live on the edge of society and increasingly withdraw their support from representative democracy.

In order to obtain a comprehensive description of the representational views of the long-term unemployed, a mixed-methods approach was pursued, consisting of qualitative, quantitative and experimental analyses. The study combines unique data sources for Germany, comprising 66 qualitative interviews with long-term

unemployed non-voters, a Germany-wide quantitative online survey of 302 long-term unemployed respondents, and two deliberative forums with this group.

Starting from the actual political system in Germany, I argue that the experience with political exclusion and different dimensions of social exclusion influences the view of representative democracy among the long-term unemployed. The analyses offer insight into the daily experience of stigmatisation and social exclusion. In addition, they feel politically excluded, meaning they do not feel represented (see Velimsky und Bouslimani 2019). Moreover, the analyses reveal an insufficient descriptive and substantive representation of the long-term unemployed in German parliaments.

In sum, feelings of political exclusion, limitations in social participation, and trust in politicians influence long-term unemployed people's view of representative democracy. In addition, the experiences with the "Job Centre" and the duration of unemployment indirectly influence the evaluation of the current political system through the perception of political exclusion.

Given the strong discontent regarding how representative democracy works, many long-term unemployed people wish to see a change in the status quo. In particular, they distrust politicians as they perceive them as detached from their living realities, incapable of understanding their needs, and uninterested in representing their interests. Nonetheless, most respondents do not wish to replace representative democracy with alternative models but prefer to complement the representative system with participatory and delegative innovations (see Goldberg et al. 2020; Kriesi et al. 2016; Rojon et al. 2023).

Participatory models, in particular direct democracy, are viewed positively. However, many respondents are reluctant to have a vote on issues that directly affect them. Many fear being outvoted due to the negative perception of the long-term unemployed in society. Deliberative forms of decision-making also receive a rather positive evaluation, though there is criticism that the drafts elaborated in these processes are not binding. In this context, the preferences expressed in favour of deliberative democracy are less rooted in the simple recognition that every alternative to the status quo is favoured over representative decision-making, as it is sometimes attributed to particularly dissatisfied citizens (see Goldberg 2022; Zaslove et al. 2021).

Instead, these preferences are based on specific expectations and anxieties associated with the participation in and output of such formats'. The discussions also reveal a more nuanced consideration concerning the advantages and disadvantages associated with the other forms of representation.

For instance, neutral expertise in political decision-making and quick political decisions are much appreciated. However, long-term unemployed people also mistrust experts, especially as decision-makers (see Bertson 2022). They question their neutrality and independence as well. Disapproval of a "strong leader" is even more pronounced. Most respondents are unwilling to delegate so much power to a single person.

Based on the results presented, the study also outlines some ideas for tackling the social and political exclusion of the long-term unemployed, providing a starting point for further research. A greater share of representatives from socially disadvantaged groups (see Carnes 2012; Hemingway 2022), or at least politicians who professionally engage with people in socially marginalised conditions, might contribute towards improving the representation of those groups (see Leitner and Stolz 2023; Velimsky et al. 2024b) and might restore some of their trust in representative democracy.

In addition, it is crucial to proactively engage in dialogue with the long-term unemployed and people in precarious life situations in general. These exchanges should occur on an equal footing, with a genuine interest in their wishes and needs. Moreover, these interactions should take place where those groups meet and/or feel comfortable.

1. Einführung

„Ich denke das Hauptproblem einfach an diesem Modell ist, [...] wie es umgesetzt wird. Hier ist letztlich der Lobbyismus und dass die Wirtschaftsinteressen immer im Vordergrund stehen und es immer am Ende quasi das gemacht wird, was für die Wirtschaft am besten ist. [...] Wenn die repräsentative Demokratie die Bürger vertritt, ist das gar kein Problem. Und da das nicht der Fall ist. (...) Aber man könnte das sicherlich ändern“ (Gruppe 2, S. 14).¹

Seit Jahrzehnten ist in Deutschland wie auch in vielen anderen westlichen Demokratien ein sinkendes Vertrauen in die zentralen (repräsentativen) Institutionen und Akteure repräsentativer Demokratie zu beobachten (siehe Campbell 2019; Dalton 2004; Levi und Stoker 2000; Norris 1999; Warren und Pearse 2008). Zwar ist die normative Zustimmung zu Demokratie als Regierungsform in Deutschland nach wie vor hoch. Die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie dagegen steigt. Dieser von Giddens als “Paradox der Demokratie” bezeichnete Zustand (vgl. Giddens 2000: 89f.), weist auf ein seit Jahrzehnten immer größer werdendes Legitimationsdefizit repräsentativer Demokratie hin.

In Deutschland haben sich für das sinkende Vertrauen in die zentralen Institutionen und Akteure repräsentativer Demokratie in Öffentlichkeit und Medien Bezeichnungen wie „Politiker- und Parteienverdrossenheit“ oder allgemein „Politikverdrossenheit“ etabliert.

Einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge hatten 2022 knapp 58 % der Befragten gar kein oder nur wenig Vertrauen in die Bundesregierung oder den Bundestag (vgl. Best u. a. 2023). Weniger als die Hälfte der Bevölkerung (48,7 %) war allgemein mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden (vgl. Best u. a. 2023). Diese Unzufriedenheit ist seit 2019, trotz Corona Pandemie, Energiekrise oder der hohen Inflation, zwar nicht weiter gestiegen. Allerdings fällt die Bewertung repräsentativer Demokratie, je nach sozialer Lage der Befragten sehr unterschiedlich aus.

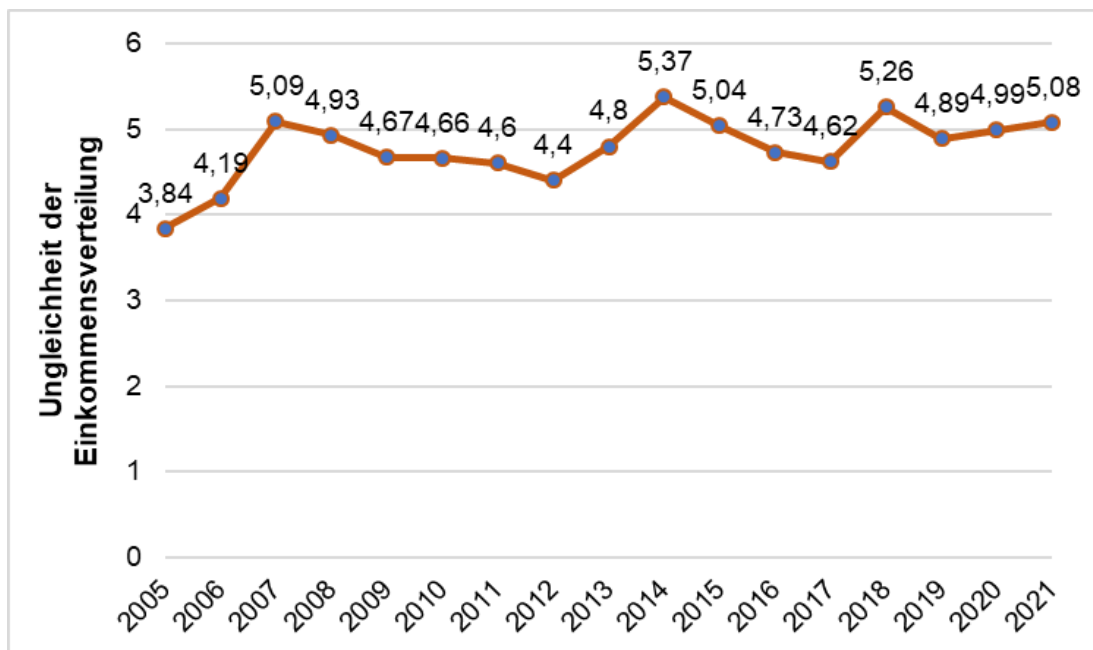
So waren 67,2 % derjenigen, die sich der „Unterschicht/Arbeiter*innenschicht“ zuordneten, mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie in Deutschland weniger oder überhaupt nicht zufrieden. Bei Befragten aus der „oberen Mittelschicht/Oberschicht“ waren es dagegen nur 35,8 % (vgl. Best u. a. 2023). Auch Landwehr und Steiner (2017) finden eine größere Unterstützung für Demokratie, je höher das Einkommen ist. Ähnlich ist der

¹ Teilnehmender einer Diskussionsveranstaltung zu den Repräsentationsvorstellungen von Langzeiterwerbslosen (nähere Infos siehe Kapitel 1.3, 4.1 und 4.5).

Befund hinsichtlich der subjektiven Einschätzung der aktuellen als auch der zukünftig erwarteten ökonomischen Lage (vgl. Campbell 2019). In anderen Worten: Wer sich in einer prekären ökonomischen Lage befindet oder diese als prekär wahrnimmt und/oder keine Verbesserung dieser in Zukunft erwartet, ist besonders unzufrieden mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie in Deutschland.

Diese mit der ökonomischen Lage in Zusammenhang stehende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie ist bedenklich, da in der Gesellschaft eine immer stärkere Einkommens- und Vermögensspreizung zu beobachten ist. In Abbildung 1 ist die Ungleichheit der Einkommensverteilung seit 2005 dargestellt, am Verhältnis zwischen dem Gesamteinkommen der 20 % „Einkommensstärksten“ der Bevölkerung (oberes Fünftel) und dem der 20 % „Einkommensschwächsten“ (unteres Fünftel).

Abbildung 1: Ungleichheit der Einkommensverteilung in Deutschland (2005–2021)

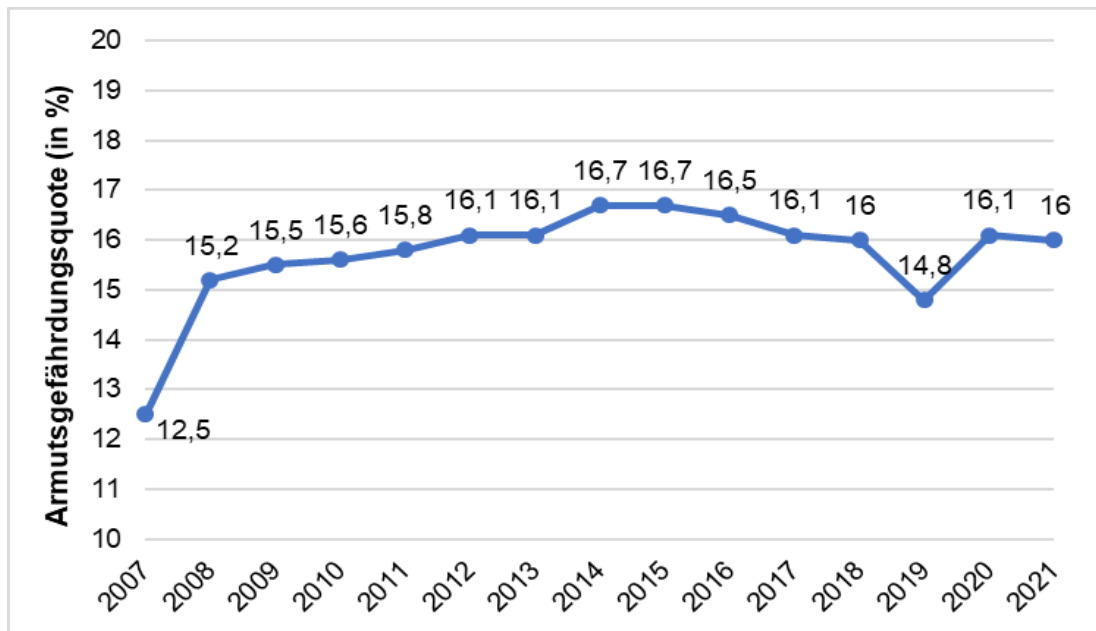


Anmerkungen: Datenquelle: (Eurostat, EU-SILC und ECHP 2023); eigene Darstellung; angegeben ist das S80/S20 Einkommensquintilverhältnis.

Während 2005/2006 die reichsten 20 % der Haushalte etwa viermal so viel Einkommen erzielt haben wie die ärmsten 20 %, so waren es 2021 fünfmal so viel (5,08). Das ist ein beachtlicher Anstieg, der auf eine zunehmende Entkopplung immer größerer Teile der Bevölkerung an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung hinweist. Diese Entkopplung ist auch an der Entwicklung der Armutquote sichtbar (siehe Abbildung 2). Nach dieser ist der Anteil der Bevölkerung, der als

armutsgefährdet² gilt, zwischen 2007 und 2021 um 3,5 Prozentpunkte gestiegen (siehe Abbildung 2). Zu erwähnen ist auch das in den beiden letzten Jahrzehnten gestiegene Armutsrisiko bei erwerbstätigen Personen mit regelmäßigem Einkommen (Erwerbsarmut) (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2023a).³

Abbildung 2: Von Armut bedrohte Personen in Deutschland (in %): 2007–2021



Anmerkungen: Datenquelle: (Eurostat, EU-SILC und ECHP 2022); eigene Darstellung

Zwar liefert die Armutsgefährdungsquote keine Informationen über individuelle Hilfsbedürftigkeit, jedoch kann dadurch eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung abgeleitet werden. Allerdings wird Armut durch die Eindimensionalität des Indikators nur in Teilen erfasst. Kaum berücksichtigt wird unter anderem die Ausgabenseite, zu der u. a. gestiegene Lebenshaltungskosten in Folge von Inflation und Energiekrise oder steigende Mieten gehören. Gerade die höheren Lebenshaltungskosten betreffen vorwiegend niedrigere Einkommensschichten, deren Gehaltsentwicklung mit der Verteuerung oft nicht mithalten kann. So machten Wohnkosten 2022 in Deutschland durchschnittlich 24,5 %, aber bei Armutsgefährdeten über 43,7 % des verfügbaren Haushalteinkommens aus (Statistisches Bundesamt 2023a).

² Als armutsgefährdet gelten Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) festgelegt ist. Für nähere Erläuterungen siehe (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2023b).

³ Erwerbsarmut (In Work Poverty) beschreibt die Situation von Personen, die trotz eines regelmäßigen Einkommens, arm oder armutsgefährdet sind (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2023a).

Folglich ist der Anteil an Menschen, die in ökonomisch prekären Verhältnissen leben, wohl deutlich höher als mit der Armutsgefährdungsquote abgebildet. Nach einem neueren und weiter gefassteren Indikator von Armut, der auch von sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen mitefasst (AROPE Indikator),⁴ war 2022 gut jede fünfte Person in Deutschland (20,9 Prozent) armutsgefährdet (Statistisches Bundesamt 2023b). Besonders gefährdet sind u. a. Personen, die im Niedriglohnssektor⁵ arbeiten oder generell prekär Beschäftigte⁶, ebenso wie Personen, die auf öffentliche Transferleistungen angewiesen sind, etwa weil sie (langzeit-) erwerbslos sind.

Hinzu kommt das Problem verfestigter Armut. So berichtet das Statistische Bundesamt 2021: *„Wer in Deutschland einmal unter die Armutsgrenze rutscht, bleibt immer öfter länger arm. So beträgt der Anteil dauerhaft von Armut bedrohter Menschen an allen Armen 44 % – und ist damit mehr als doppelt so hoch wie noch 1998“* (Statistisches Bundesamt 2021). Durch den Zuwachs prekärer Beschäftigungsverhältnisse und der Ausweitung des Niedriglohnbereichs in den vergangenen Jahrzehnten ist zudem ein Anstieg von Armut im Alter zu erwarten (vgl. Anacker 2020; Haan u. a. 2017), zumal durch die demografische Entwicklung der Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung größer werden wird.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist die große Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen System bei Menschen in prekären Lebenssituationen bedenklich. Denn diese Unzufriedenheit hat direkte Auswirkungen auf das Funktionieren und die Legitimität repräsentativer Demokratie in Deutschland.

1.1. Soziale Lage, politische Beteiligung und der Wunsch nach alternativen Repräsentationsformen

1.1.1. Ungleiche politische Beteiligung

Die von der sozialen Lage abhängige Bewertung repräsentativer Demokratie spiegelt sich in ungleichen Beteiligungsraten bei Wahlen und anderen Formen politischer Partizipation wider. Gerade Wahlen sind nach wie vor das wichtigste Instrument der Einflussnahme repräsentativer Demokratie. Zahlreiche (inter)nationale Studien dokumentieren den positiven Einfluss individueller

⁴ Dieser Indikator entspricht der Summe der Personen, die nach sozialen Transfers von Armut bedroht, stark materiell benachteiligt oder in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsintensität leben. Für nähere Informationen (siehe Statistisches Bundesamt u. a. 2021: 227).

⁵ Zum Niedriglohnssektor zählen alle Beschäftigungsverhältnisse, die mit weniger als zwei Dritteln des mittleren Verdienstes (Median) entlohnt werden. Im April 2022 lag die Niedriglohnschwelle bei 12,50 Euro brutto (je Stunde) (Statistisches Bundesamt 2023c).

⁶ Als prekär beschäftigt gelten Personen, bei denen sich arbeitsmarktbezogene Risiken kumulieren. Für weitere Informationen (siehe Statistisches Bundesamt u. a. 2021: 184).

sozioökonomischer Ressourcen wie Einkommen oder Bildung auf die Wahrscheinlichkeit eines Individuums politisch aktiv zu werden (siehe Gallego 2015; Gallego u. a. 2012; Leighley und Nagler 2014; Marien u. a. 2010; Verba und Nie 1972; Verba u. a. 1978, 1995; Vetter und Velimsky 2019). Politische Partizipation ist in Deutschland dabei ähnlich sozial gespreizt wie die Verteilung der Einkommen (siehe Bödeker 2012; Böhnke 2011; Nyhuis u. a. 2022; Schäfer u. a. 2013; Schäfer und Schoen 2013; Vetter und Velimsky 2019). Auch in Bezug auf politische Beteiligung wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer (siehe Armingeon und Schädel 2015; Dalton 2017; Gallego 2015; Schäfer und Schwander 2019), wobei die Spreizung vornehmlich auf die sinkende Beteiligung bei Menschen in prekären Lebensverhältnissen zurückzuführen ist, die sich nicht gehört fühlen (vgl. Gest und Gray 2015; Velimsky 2017).

Aus demokratietheoretischer Sicht schwächt diese Entwicklung das Prinzip der politischen Gleichheit, einen Grundpfeiler repräsentativer Demokratie (vgl. Dahl 1998). Nach diesem Prinzip sollten alle Bürger*innen die gleichen Möglichkeiten haben, gehört zu werden und die eigenen Interessen in das politische System einzubringen, um so die Responsivität und Legitimität politischer Entscheidungen sicherzustellen. Erste empirische Befunde für Deutschland legen nahe: Die geringe politische Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen ist auch systematisch mit einer geringeren Repräsentation ihrer Interessen in politischen Entscheidungsprozessen verbunden (vgl. Elsässer u. a. 2017, 2021) (ausführlicher in Kapitel 3.2.4).

In Deutschland sind Menschen in prekären Lebenssituationen somit nicht nur unzufrieden mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie. Sie haben auch ein geringes Vertrauen in ihre zentralen (repräsentativen) Institutionen und Akteure und partizipieren politisch weniger. Sie beobachten darüber hinaus eine geringe Repräsentation der eigenen Interessen, was den oben beschriebenen Vertrauensverlust und die Unzufriedenheit weiter verstärken dürfte.

1.1.2. Unzufriedenheit und der Wunsch nach alternativen Repräsentationsmodellen

Ausgehend von der beschriebenen Unzufriedenheit und dem geringen Vertrauen in Institutionen und die handelnden Akteure repräsentativer Demokratie (z.B. Politiker*innen) haben alternative Entscheidungsfindungskonzepte (Regierungsmodelle) in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen (siehe u. a. Bengtsson und Mattila 2009; Bertsou und Caramani 2022; Coffé und Michels 2014; Gherghina und Geissel 2019, 2020).

Während einige dieser Alternativen in einem bestimmten Maß das repräsentative System ergänzen können, lassen sich andere Modelle nur schwer mit diesem vereinbaren. Gemeinsam haben diese alternativen Regierungsmodelle das Ziel, die Entscheidungsbefugnis gewählter Repräsentierender zu begrenzen oder diese gar zu ersetzen. Dabei liefern viele dieser Ansätze vermeintlich klare Antworten für die komplexen Fragen unserer Zeit und gelten gerade bei den ohnehin Unzufriedenen als besonders beliebt (siehe Bengtsson und Mattila 2009; Best u. a. 2023; Pickel u. a. 2022).⁷

Hinsichtlich alternativer Repräsentationsmodelle zeichnen sich zwei Hauptrichtungen ab. Einerseits gibt es die Forderung nach einer stärkeren Einbindung der Bürger*innen in politische Entscheidungsfindungsprozesse („partizipative Regierungsmodelle“). Direktdemokratische Beteiligungsformen haben sich dabei in den vergangenen Jahrzehnten als zusätzliches Element zu repräsentativer Demokratie in Deutschland etablieren können (siehe Thomeczek 2021; Trüdinger und Bächtiger 2022; Vetter und Velimsky 2019).

Mit der Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung geht oft die Ansicht einher: Bürger*innen trafen durch „gesunden Menschenverstand“ bessere politische Entscheidungen als politische Akteure, die als korrupte Eliten angesehen werden. Diese seien abgekoppelt von der Lebenswirklichkeit der sogenannten „einfachen Leute“. Durch direkte Beteiligung der Bürger*innen würden deren Interessen unmittelbar (ohne große Diskussionen) und unverfälscht durch elitäre und partikulare Parteiinteressen abgebildet. Forschung zeigt, dass solche Einstellungen besonders bei jenen zu finden sind, die ein geringes Einkommen haben und sich ohnehin wenig politisch beteiligen (vgl. Ardag u. a. 2020; Vehrkamp und Merkel 2020).

Neben direktdemokratischer Beteiligung finden deliberative bzw. dialogische Veranstaltungsformate in Deutschland immer häufiger Verwendung (vgl. Goldberg und Bächtiger 2023). Diese Formate sind u. a. durch Klimaaktivist*innen wie der „letzten Generation“ medial sehr präsent. Es gibt unterschiedliche Formate und Bezeichnungen für diese Form der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgerforen, Bürgerräte oder Zufallsbürger). In der Regel diskutiert eine festgelegte Anzahl (zufällig) ausgewählter Bürger*innen zu bestimmten politischen Sachfragen. Sie werden dort von Expert*innen mit relevanten Informationen versorgt und arbeiten anschließend Handlungsempfehlungen für Politik aus. Die dort ausgearbeiteten Vorschläge sind oft nicht bindend, münden aber teilweise in direktdemokratische Abstimmungen.

⁷ Eine ausführlichere Beschreibung der einzelnen Regierungsmodelle erfolgt in Kapitel 4.

Auch im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung von 2021⁸ ist die Nutzung von sogenannten Bürgerräten für bestimmte, aber nicht weiter spezifizierte Fragestellungen festgelegt.

Beim zweiten Strang alternativer Regierungsmodelle führt das genannte Misstrauen in gewählte Politiker*innen zu einer gegenteiligen Forderung – nach weniger Bürgerbeteiligung (hier auch delegative Regierungsmodelle genannt). Anstatt korrupter Politiker*innen wird gefordert: politische Entscheidungen sollten durch unabhängige Expert*innen getroffen werden (vgl. Bertsou und Pastorella 2017). Im Gegensatz zu Politiker*innen oder der Bürgerschaft gelten diese Expert*innen als rationale Akteure, die „objektiv“ die Gegebenheiten und Faktenlage vor einer Entscheidung evaluieren. Sie müssen auch nicht auf kurzfristige Parteiinteressen, aktuelle Stimmungslagen in der meist uninformierten Bevölkerung oder auf andere gesellschaftliche Interessengruppen Rücksicht nehmen, wodurch langfristige Entscheidungen zum Wohle der Gesellschaft eher möglich sind (vgl. Bertsou und Caramani 2020). In einigen Fällen führt die Forderung nach weniger Beteiligung zu dem Wunsch nach einer einzelnen starken Führungspersönlichkeit, die ohne Kompromisse und lange Debatten politische Entscheidungen schnell und einfach umsetzen kann (vgl. Best u. a. 2023). Gerade bei Erwerbslosen (vgl. Decker u. a. 2022) und in Regionen (Kreisen) mit einer hohen Arbeitslosenquote (vgl. Heller u. a. 2022) scheinen solch autoritäre Einstellungen besonders hoch zu sein.

Insgesamt sind Menschen in prekären Lebenssituationen nicht nur besonders unzufrieden mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie und haben auch weniger Vertrauen in ihre zentralen Institutionen und Akteure. Sie beteiligen sich weniger politisch und scheinen eher offen für alternative Entscheidungsfindungsmodelle zu sein, die nur in begrenztem Maß mit repräsentativer Demokratie vereinbar sind. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass in Zukunft immer mehr Menschen in prekären Lebensverhältnissen leben werden.

Trotz dieser Erkenntnisse ist bisher kaum erforscht, was die Hintergründe für diese Unzufriedenheit mit repräsentativer Demokratie sind. Diese Hintergründe näher zu betrachten, ist das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit. Um die Erfahrungen einer prekären Lebenssituation im Hinblick auf Repräsentationsvorstellungen untersuchen zu können, wird zuerst vorgestellt, was eine prekäre Lebenssituation (häufig als Armut betitelt) ausmacht und welche Verantwortung der Staat diesbezüglich hat.

⁸ Siehe (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und FDP 2021).

1.2. Die Mehrdimensionalität prekärer Lebenslagen

Der Begriff prekär kann auch mit unsicher, heikel oder ungewiss umschrieben werden. Eine prekäre Lebenssituation ist folglich ein Zustand, der von Ungewissheit und (ökonomischer) Instabilität geprägt ist. Ab wann eine Lebenssituation als prekär gilt, ist schwer festzulegen. Denn diese basiert auch auf einer subjektiven Einschätzung Betroffener, was verdeutlicht wie schwer hier eine Definition ist. Auf den Versuch einer solchen Grenzziehung wird verzichtet, da das Interesse dieser Arbeit auf den unterschiedlichen Aspekten einer prekären Lebenssituation liegt und weniger ab wann eine solche als prekär definiert werden kann.

In der Armutsforschung gibt es verschiedene Konzepte und Ansätze, die unterschiedliche Dimensionen einer prekären Lebenssituation beschreiben. So gibt es Ansätze, die den Fokus auf die ökonomischen Aspekte prekärer Verhältnisse legen. Dort wird Armut anhand monetärer, einkommensabhängiger Parameter untersucht. Als Referenzkategorien dienen meist festgelegte Schwellenwerte, wie bei der Konzeption von absoluter⁹ oder relativer¹⁰ Armut. Ressourcenansätze erfassen beispielsweise, inwieweit man sich bestimmte Dinge leisten kann, die in der jeweiligen Gesellschaft als Normalstandard definiert, werden können. Dazu zählen z.B. Güter wie Kleidung, Essen, Haushaltsgegenstände, Urlaubsreisen oder güterbezogenen Dienstleistungen, wie nicht von Krankenkassen gedeckte medizinische Leistungen (vgl. Dittmann und Goebel 2018).

Allerdings gehen die Auswirkungen einer prekären Lebenssituation über rein ökonomische Aspekte hinaus, weshalb eine isolierte Betrachtung dieser zu kurz greift. Zur Beschreibung prekärer Verhältnisse wird hier deshalb der Lebenslagenansatz herangezogen, der die Mehrdimensionalität einer prekären Lebenssituation berücksichtigt und der gerade in Deutschland häufig Verwendung findet.¹¹ Die Stärke dieses Ansatzes liegt darin, Benachteiligungen und Einschränkungen einer prekären Lebenssituation nicht nur auf ökonomische Aspekte zu reduzieren, sondern auch immaterielle Ressourcen wie Gesundheit oder soziale und kulturelle Teilhabe zu berücksichtigen.

⁹ Hier wird ein fiktiver Schwellenwert festgelegt, unter dem ein Mensch als arm gilt. Dieser Ansatz wird vor allem bei der Erfassung von extremer Armut im internationalen Vergleich verwendet. Nach der Definition der Weltbank liegt diese Schwelle 2,15 US-Dollar pro Tag. Hierbei wird die Kaufkraft des US-Dollars in lokale Kaufkraft umgerechnet (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2023)

¹⁰ Bei relativer Armut wird die Armutsschwelle im Verhältnis zum jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld (Land) festgelegt. Diese Schwelle liegt meist bei 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen) (siehe Fußnote 2).

¹¹ Weitere multidimensionale Konzeptionen von Armut sind unter anderem der Lebensstandardansatz (Deprivationsansatz) (siehe Townsend 1987) oder der Ansatz der Verwirklichungschancen (Capabilities approach) (siehe Nussbaum 1999; Sen 2000, 2001).

Eine prekäre Lebenssituation oder Lebenslage¹² entsteht aus der Kumulation unterschiedlicher Mangellagen in unterschiedlichen Lebensbereichen, die sich zudem wechselseitig beeinflussen. Eine prekäre Lebenslage bedeutet nicht nur finanzielle Nöte, sondern kann sich in einer schlechteren Gesundheit¹³ oder eingeschränkter sozialer und kultureller Teilhabe manifestieren. So gelten prekäre Lebensverhältnisse als eine der Hauptursachen für psychische Erkrankungen wie Depression und Angstzustände, ebenso für soziale Isolation oder Einsamkeitsgefühle (siehe u. a. Franzese 2020; Ridley u. a. 2020; Velimsky 2024).

Menschen in prekären Lebenslagen leben auch vermehrt in Wohnumgebungen mit schlechter Infrastruktur. Besonders in Großstädten manifestiert sich diese soziale Clusterung (vgl. Dohnke und Seidel-Schulze 2013). Armut ist zudem oft mit sozialen Stigmen und Diskriminierungserfahrungen verbunden, was das Selbstwertgefühl Betroffener negativ beeinflussen kann (vgl. Bundesregierung 2017). Eine prekäre Lebenslage bedeutet folglich Benachteiligung in unterschiedlichen Lebensbereichen und insgesamt eine eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, für die der Staat eine Mitverantwortung trägt.

Prekäre Lebenslagen und die Verantwortung des Staates

In modernen Demokratien ist es die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates, ein Minimum an finanzieller Absicherung und somit auch an gesellschaftlicher Teilhabe zu gewährleisten. Dieser Leistungsanspruch auf ein sogenanntes „soziokulturelles Existenzminimum“ ist verfassungsrechtlich gedeckt und umfasst „[...] sowohl die physische Existenz des Menschen, also Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Heizung, Hygiene und Gesundheit [...], als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen“ (Bundesverfassungsgericht 2010). Dieses Verständnis des Wohlfahrtsstaates hat sich seit den beiden Weltkriegen in Deutschland etabliert – also die Idee, persönliche und politische Rechte müssten durch soziale Anrechte ergänzt und abgesichert werden, um allen ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe zu gewährleisten (vgl. Kronauer 2010b).

Diese Anrechte bestanden seitdem u. a. in einer weitgehend öffentlichen Finanzierung und Bereitstellung von Bildung und Kultur und in gewährten Sicherungsleistungen¹⁴ vom Beitrags- und Solidarprinzip getragen, bis hin zur in der Einbindung gesellschaftlicher Interessengruppen (z.B. Sozialverbänden oder

¹² „Als Lebenslage gilt der Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten, die er bei ungehinderter und gründlicher Selbstbesinnung als bestimmend für den Sinn seines Lebens ansieht“ (Weisser 1957: 6, in Dittmann und Goebel 2018).

¹³ So führen beispielsweise finanzielle Probleme im Lebenslauf zu einem häufigeren Auftreten von Herzkrankungen im Alter (vgl. Deindl 2015).

¹⁴ z.B. Alters-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung.

Gewerkschaften), die mit aushandeln, welche soziale Leistungen in welchem Umfang bereitgestellt werden (vgl. Kronauer 2010b).

Doch eben jene sozialen Anrechte auf Teilhabe erfordern ein Mindestmaß an materieller Sicherheit, die durch den Wohlfahrtsstaat immer weniger gesichert ist.¹⁵ Bis in die 1970er-Jahre konnte eine relative Vollbeschäftigung die damals vorherrschenden Probleme des Wohlfahrtsstaates überdecken. Denn dort verbesserte sich der Lebensstandard für einen Großteil der Bevölkerung („Fahrstuhleffekt“) (vgl. Kronauer 2010b). Doch ab den 1980er-Jahren führten große Umbrüche in der Erwerbsarbeit (Verschiebung von der Industrie- zur Dienstleistungsbeschäftigung) zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einer massiven Ausweitung des Niedriglohnbereichs. Damit verbunden waren immer flexibler werdende Arbeitsvertragslaufzeiten, ein Rückgang an Beschäftigungssicherheit und somit auch ein Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Kronauer 2010b). Diese Entwicklung dauert bis heute an und könnte sich mit zunehmender „Digitalisierung“ und durch aktuelle Krisen wie Inflation, Klima- oder Energiekrise weiter verschärfen und den Wohlfahrtsstaat weiter unter Druck setzen. Schon jetzt fokussiert sich der gesamtgesellschaftlich hohe Wohlstand auf immer weniger Menschen, wogegen die Anzahl derjenigen, deren Zugehörigkeit und gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt ist, anwächst (siehe Abbildung 1).

Besonders stark sind die Einschränkungen gesellschaftlicher Teilhabe bei Menschen, die am gesellschaftlich definierten Existenzminimum leben und über einen längeren Zeitraum auf sozialstaatliche Transferleistungen angewiesen sind, welche aber eben jenes „soziokulturelles Existenzminimum“ kaum gewährleisten (vgl. Kronauer 2010b).

Folglich dürfte bei Personen, die in solch extremen Verhältnissen leben, die beschriebene Unzufriedenheit mit repräsentativer Demokratie und der Wunsch nach alternativen Repräsentationsformen entsprechend hoch sein.

Doch gerade Menschen, die am oder unter dem gesellschaftlichen Existenzminimum leben, werden in sozialwissenschaftlicher Forschung bisher vernachlässigt – wohl auch deshalb, weil diese für Umfragen und Interviews nur schwer zu erreichen sind. Folglich sind die genauen Hintergründe für die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie und für den Vertrauensverlust in repräsentative Institutionen und Akteure bei Personen, die am oder unter dem gesellschaftlichen Existenzminimum leben, bisher kaum erforscht.

¹⁵ Eine Ursache dafür ist die Abhängigkeit des Wohlfahrtsstaates auf eine hohe Erwerbsbeteiligung und vor allem auf Vollzeitbeschäftigung (vgl. Kronauer 2010b).

Das gilt noch mehr für das Wissen, was sich jene von Demokratie erhoffen und warum sie welche Form der Entscheidungsfindung präferieren. Solche Erkenntnisse sind aber notwendige Voraussetzung, um der Unzufriedenheit eines immer größer werdenden Teils in der Bevölkerung mit dem Funktionieren des aktuellen politischen Systems begegnen und entgegenwirken zu können.

In dieser Arbeit wird daher folgender Fragestellung nachgegangen: *Welche Erfahrungen mit dem politischen System und speziell welche spezifischen Aspekte einer prekären Lebenslage beeinflussen die Bewertung repräsentativer Demokratie von Personen, die am gesellschaftlichen Existenzminimum leben und wie wirken sich diese Erfahrungen auf die Präferenz alternativer Regierungsmodelle aus?*

Ein Leben am oder unter dem gesellschaftlichen Existenzminimum trifft im Besonderen auf Menschen zu, die über längeren Zeitraum erwerbslos (also langzeiterwerbslos) sind und somit über einen längeren Zeitraum auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Jenen Langzeiterwerbslosen widmet sich diese Arbeit. Dabei werden Betroffene nicht nur beforscht. Vielmehr werden hier ihre Einstellungen und Präferenzen abgebildet, in den Forschungskontext eingeordnet und mit unterschiedlichen qualitativen, quantitativen und experimentellen Methoden ausgewertet. Die Betroffenen und ihre Einstellungen stehen dabei immer im Vordergrund. Ihre Zeugnisse über ihre prekären Lebensrealitäten stehen hier exemplarisch für Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben und die repräsentativer Demokratie verstärkt ihre Unterstützung entziehen.

Es folgt eine Übersicht zur Datengrundlage und den angewendeten Analyseverfahren (Mixed-Methods).

1.3. Methodik: Mixed-Methods - qualitative, quantitative und experimentelle Analyseverfahren

Zu den Demokratievorstellungen Langzeiterwerbsloser und was diese beeinflusst, gibt es bisher kaum empirische Erkenntnisse. Einige Hinweise für die Unzufriedenheit mit repräsentativer Demokratie liefern zwei qualitative Studien zu den Motiven langzeiterwerbsloser Nichtwähler*innen, hinsichtlich der Gründe für ihre Nicht-Partizipation (Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). In 66 qualitativen Interviews wurden Langzeiterwerbslose von Langzeiterwerbslosen befragt.¹⁶ So war ein Gespräch auf Augenhöhe möglich, in dem die Interviewten sich in einer Weise öffnen konnten, wie sie es mit einem Gesprächspartner etwa

¹⁶ Die Interviews sind frei zugänglich beim Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart unter: <https://studie-nichtwaehler.de/index.php/weitere-materialien/vollstaendige-interviews.html>, abgerufen am 30.09.2023.

aus der Wissenschaft nicht getan hätten (vgl. Bourdieu 2019; Schultheis 2019). Dadurch konnten auch besonders „Unzufriedene“ erreicht werden.

Diese beiden qualitativen Studien zu den Einstellungen langzeiterwerbsloser Nichtwähler*innen, an denen ich selbst mitgearbeitet habe, bilden den Ausgangspunkt dieser Arbeit (vgl. Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). Die Interviews wurden nochmals auf die Fragestellung dieser Arbeit hin ausgewertet und geben ungefiltert Eindrücke in die Lebensrealität Langzeiterwerbsloser und wie diese Erfahrungen Ihre Sicht auf Gesellschaft und Politik beeinflussen.¹⁷

Basierend auf den Erkenntnissen der Interviews wurden weitere Daten erhoben. Dafür wurde das Forschungsprojekt *„Inklusive Demokratie – Die Sicht von Menschen in prekären Lebenslagen auf die Demokratie“* initiiert und zwischen 2019-2022 mit Manuel Walter und André Bächtiger in Zusammenarbeit mit den Demokratiebegleitern des Sozialunternehmens Neue Arbeit gGmbH in Stuttgart¹⁸ durchgeführt. Die Demokratiebegleiter*innen arbeiten dort im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit nach § 16 d SGB II., zugewiesen vom Jobcenter Stuttgart.¹⁹ Sie sind also selbst langzeiterwerbslos. Ein zentrales Anliegen des „Inklusive Demokratie-Projekts“ war es, die Sicht Langzeiterwerbsloser als Expert*innen der eigenen Lebensrealität über den gesamten Prozess einzubeziehen. Diese waren deshalb an allen Erhebungen beteiligt.

Im Rahmen des Projekts wurde erstens ein quantitativer Online-Fragebogen konzipiert und deutschlandweit über soziale Träger, Parteien, Betroffeneninitiativen und weiteren Stakeholdern mit Betroffenen geteilt. Diese in Ihrer Art einmaligen quantitativen Daten ermöglichen es, die Befunde aus den Interviews zu quantifizieren und die in den Kapiteln 2 und 3 aufgestellten Hypothese zu testen. Dazu gab es zwei deliberative Veranstaltungen mit Langzeiterwerbslosen, in denen die unterschiedlichen Repräsentationsmodelle diskutiert wurden und in denen u. a. ein Umfrageexperiment durchgeführt wurde. Beide Formate werden nun vorgestellt.

Quantitative online-Befragung mit Langzeiterwerbslosen

Zwischen März 2020 und Februar 2022 wurde ein deutschlandweiter quantitativer Online-Survey mit Langzeiterwerbslosen durchgeführt, u. a. zu deren Erfahrungen mit politischer und sozialer Exklusion sowie deren Repräsentationspräferenzen. Der Fragebogen befindet sich in Anhang 2. Die

¹⁷ Einige vorgestellte Aspekte wurden schon in den beiden genannten Studien im Rahmen von Nichtwahlmotiven thematisiert (siehe Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019).

¹⁸ Die Kooperationsvereinbarung befindet sich in Anhang 4.

¹⁹ Nähere Informationen unter: <https://demokratiebegleiter.neuearbeit.de/>, abgerufen am 18.08.2023.

Frageitems wurden auf Grundlage der qualitativen Interviews mit langzeiterwerbslosen Nichtwähler*innen und aktueller Forschung ausgewählt. Bei der Item-Auswahl und Frageformulierung wurde die Sicht der Demokratiebegleiter*innen berücksichtigt. Diese waren auch, neben weiteren Expert*innen aus der Forschung und Akteuren aus der Praxis, an den Pretests der Befragung beteiligt, die zwischen August 2019 und Februar 2020 stattfanden.

Betroffene für Surveys zu gewinnen ist nicht leicht, weshalb jene nur selten befragt werden. Jobcenter dürfen aus Datenschutzgründen keine externen Umfragen teilen. Daher wurde die Befragung breit gestreut über Betroffene, aber auch über Sozialunternehmen, soziale Träger und Verbände, Gewerkschaften, Parteien sowie Betroffeneninitiativen.²⁰ Da einige Betroffene keinen regelmäßigen Internetzugang haben, ermöglichten einzelne Stakeholder das Durchführen der Umfrage bei sich vor Ort.

Alle Stakeholder wurden von Manuel Walter oder dem Autor selbst kontaktiert, telefonisch und/oder per E-Mail. Das war sehr zeitintensiv und hat zu dem langen Erhebungszeitraum geführt, zumal die Rücklaufquote gering war. Durch die Pandemie konnte über mehrere Monate hinweg bei vielen Stakeholdern auch kein Survey vor Ort durchgeführt werden. Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu gewährleisten, gab es eine Papierversion der Umfrage. Diese wurde aber kaum angefragt, auch weil sie sehr lang war (ca. 26 Seiten).

Die Umfrage war für 20–30 Minuten konzipiert. Die meisten Befragten haben die Beantwortung der Fragen in diesem Zeitraum geschafft. Insgesamt haben 452 Personen an der Umfrage teilgenommen, davon waren 302 Betroffene. Diese konnten mit einer Filterfrage zur Dauer der Erwerbslosigkeit (mindestens ein Jahr) identifiziert werden. Als Anreiz für die Befragung wurden Wertgutscheine über 25€ verlost, unter denjenigen die dafür ihre E-Mail-Adresse hinterlegt haben.

Deliberative Veranstaltungen mit Langzeiterwerbslosen

Neben dem Online-Survey wurden zwei Diskussionsveranstaltungen mit Betroffenen zu den Repräsentationsmodellen durchgeführt (am 02.12.2019 und am 03.02.2020). Ziel dieser deliberativen Formate war es, tiefere Einblicke zu deren Repräsentationspräferenzen zu bekommen. Es ging darum herauszufinden, mit welchen Argumenten die Teilnehmenden die jeweiligen Repräsentationsmodelle bewerten. Die Diskussionen liefern so wichtige Hintergrundinformationen zu den quantitativen Befunden. Begleitet wurden die beiden deliberativen Veranstaltungen

²⁰ Insgesamt wurden mehr als 220 Stakeholder kontaktiert.

von einer Vor- und Nachbefragung. Die Nachbefragungen enthielten dabei ein Conjoint-Experiment, welches weitere Einblicke zu den Modellpräferenzen Langzeiterwerbsloser bietet (siehe Kapitel 4.5.6). Abschließend konnten die Teilnehmenden das Format und den Ablauf der Veranstaltung bewerten (siehe Anhang 3.4. und 3.5).

Mit der Zustimmung aller Teilnehmenden wurden die Diskussionen aufgezeichnet und transkribiert (siehe Anhang 3.1). Die Auswertung der Diskussionen erfolgt in Kapitel 4.5.

Insgesamt haben an beiden Veranstaltungen 29 Betroffene teilgenommen. Diese dauerten jeweils drei Stunden. Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu gewährleisten, fanden die Veranstaltungen im Sozialunternehmen „Neue Arbeit gGmbH“ in Stuttgart statt. Dort sind auch die Demokratiebegleiter*innen angesiedelt, die bei der Planung und Durchführung der Veranstaltungen involviert waren. Alle Teilnehmende erhielten 20 € als Aufwandsentschädigung. Bei Bedarf wurde auch die An- und Abfahrt von uns erstattet.

Jede Veranstaltung begann mit einer Vorbefragung in einem Computerraum der Neuen Arbeit. Danach wurde den Teilnehmenden ein Erklärvideo zu den einzelnen Repräsentationsmodellen vorgespielt, mit jeweils zwei Pro- und Kontraargumenten für jedes Modell.²¹ Anschließend konnten sich die Teilnehmenden in jeweils zwei moderierten Kleingruppen zu den Modellen austauschen. Es gab insgesamt zwei Diskussionsrunden. Zuerst wurde allgemein über die Modelle diskutiert und danach explizit zum Thema Hartz-IV.²² Zuletzt erfolgte die Nachbefragung am PC und eine Feedbackrunde.

Neben den beiden vorgestellten Erhebungen konnte zudem auf Daten aus dem DFG-Projekt "Repräsentation und Ungleichheit in der kommunalen Politik"²³ zugegriffen werden. Erfasst wurde das Anfrageverhalten in Kommunalparlamenten, anhand dessen die Interessensrepräsentation (Langzeit)-Erwerbsloser näher untersucht werden kann.

Durch den hier verfolgten Mixed-Methods-Ansatz ist es möglich, die Präferenzen Langzeiterwerbsloser aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten. Außerdem können so die Schwächen der einzelnen Ansätze kompensiert werden, wie die fehlende Tiefe quantitativer Methoden oder die mangelnde Verallgemeinerung qualitativer Ansätze (für weitere Informationen zum Vorgehen, siehe Kapitel 4).

²¹ Die Argumente wurden von dem Demokratieforscher André Bächtiger vorgetragen.

²² Die Reihenfolge der fünf zu diskutierenden Modelle wurde zufällig gewählt.

²³ Projektnummer: Nos GR 5526/1-1 and NY 123/1-1.

1.4. Ein Blick auf extreme Armut am Beispiel Langzeiterwerbsloser

Im Jahr 2018 waren 69,4 Prozent aller Erwerbslosen armutsgefährdet (siehe Statistisches Bundesamt u. a. 2021). Dabei wird die Situation immer prekärer, je länger der Zustand der Erwerbslosigkeit andauert. Denn mit dem Auslaufen von Ansprüchen auf Lohnersatzleistungen (ALG 1) sind die Betroffenen gezwungen, die eigenen Ersparnisse aufzulösen und Leistungen nach dem SGB II zu beantragen (ALG II, seit 2023 Bürgergeld), die oft kaum zum (Über)leben reichen (ausführlicher in Kapitel 2.2.1.).

Durch diese Leistungen entstehen auch keine Rentenanwartschaften, was das Risiko von Altersarmut extrem erhöht (vgl. Haan u. a. 2017). Daher gilt Langzeitarbeitslosigkeit²⁴ als eines der schwerwiegendsten Armutsrisiken und ist sehr häufig mit einer Verfestigung der Armut verbunden (vgl. Bundesregierung 2017). Aufgrund der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung von Erwerbstätigkeit gefährdet Langzeitarbeitslosigkeit dabei nicht nur gesellschaftliche Teilhabe sondern ist zudem oft mit sozialen Stigmata und Diskriminierungserfahrungen verbunden (vgl. Bundesregierung 2017). Dabei haben die sogenannten Hartz-IV-Reformen maßgeblich zu einem negativen gesellschaftlichen Bild von Langzeiterwerbslosen beigetragen (vgl. Hirsland und Ramos Lobato 2014). Um die besondere Situation Langzeiterwerbsloser verstehen zu können, wird daher kurz auf dieses Regime von Transferleistungen eingegangen (Arbeitslosengeld II)²⁵, welches Betroffenen ein gesellschaftliches Existenzminimum gewährleisten soll.

Information: Arbeitslosengeld II und die Hartz-IV-Reformen

Das Arbeitslosengeld 2 (ALG II) wurde im Februar 2002 von der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter Leitung von Peter Hartz ausgearbeitet und von der SPD geführten Regierung unter Gerhard Schröder verabschiedet als „Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes“. Diese vier Gesetze wurden im Rahmen der Reform der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes (Agenda 2010) zwischen 2003 und 2005 schrittweise implementiert. Das vierte der Gesetze (ugs. „Hartz IV“ genannt) wurde im Januar 2005 auf der rechtlichen Grundlage des

²⁴ Als langzeitarbeitslos oder langzeiterwerbslos gelten nach § 18 Abs. 1 SGB III grundsätzlich alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren, also die mindestens ein Jahr erwerbslos sind (Bundesagentur für Arbeit 2023). Es werden hier die Begriffe „Langzeiterwerbslose“ oder „Betroffene“ gewählt, da der Term langzeitarbeitslos auf viele stigmatisierend wirkt. Viele arbeiten z.B. ehrenamtlich oder betreuen Angehörige. Sie erhalten dafür nur keinen Lohn. Nicht gemeint sind sog. Hausfrauen/Männer, die kein ALG II beziehen.

²⁵ Seit 01.01.2023 Bürgergeld genannt.

„Sozialgesetzbuch, Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (SGB II) eingeführt. In diesem Gesetz wurden die früheren Arbeits- und Sozialhilfen zum Arbeitslosengeld II zusammengelegt – auf dem Niveau der früheren Sozialhilfe. Ab Januar 2023 wurde „Hartz-IV“ im Rahmen des Bürgergeld-Gesetzes in Bürgergeld²⁶ umbenannt.

Einige zentrale Erkenntnisse zu den Hartz-IV-Reformen, die Hirseland und Ramos Lobato (2014: 182) als „[...] eine Zäsur in der Entwicklung des deutschen Sozialstaats“ bezeichnen, werden in Kürze vorgestellt.

Mit den Hartz-IV-Reformen wurden nicht nur die sozialen Sicherungssysteme umgebaut. Es änderte sich auch die Sicht auf Betroffene. Vor den Reformen wurden, im sogenannten „vorsorgenden Wohlfahrtsstaat“, Arbeitsmarktrisiken als Strukturproblem von Marktwirtschaft verstanden, die von der Solidargemeinschaft der Versicherten getragen werden sollten (vgl. Lessenich 2012). Durch die Reformen änderte sich diese Sichtweise. Der Logik des „aktivierenden“ Sozialstaates folgend wird Erwerbslosigkeit seitdem eher als Ergebnis individueller (Verhaltens-)Defizite verstanden, also als eine fehlende individuelle Anpassungsbereitschaft an Marktgegebenheiten. Die Verantwortung für die eigene prekäre Lage wird so auf die Betroffenen übertragen und ist weniger ein Arbeitsmarktproblem, für welches der Staat Verantwortung trägt (vgl. Marquardsen 2007). Seit den Hartz-IV-Reformen haben Betroffene vermehrt mit gesellschaftlicher Stigmatisierung zu kämpfen, denn sie stehen im Verdacht, sich unmoralisch gegenüber der steuerzahlenden Bevölkerung zu verhalten, wie die öffentlichen Debatten um den sog. „faulen Arbeitslosen“ sichtbar zeigen (vgl. Hirseland und Ramos Lobato 2014).

Gemäß dem Leitmotiv „Fordern und Fördern“ gingen mit den Reformen auch wesentlich restriktivere Leistungsbedingungen einher. Um die „Kooperation“ Betroffener mit dem Jobcenter sicherzustellen und gleichzeitig den Druck auf diese zu erhöhen, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, wurde das Repertoire an Sanktionierungen im SGB II ausgeweitet (vgl. Marquardsen 2007). Durch sanktionsbedingte Kürzungen leben Betroffene häufig unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums. Dabei gewährleisteten die Bezüge im ALG II ohnehin kaum eine Existenzsicherung (Kronauer 2010a). Eine Studie von Ehlert (2018) zeigt zudem: Die Wahrscheinlichkeit durch Erwerbslosigkeit zu verarmen ist nach dem Inkrafttreten der Hartz-Reformen 2005 um etwa 7 Prozentpunkte (von 18 auf 25 %)

²⁶ Das Bürgergeld wird hier nicht weiter untersucht, da es erst am 01.01.2023 eingeführt wurde und zum Stand der Arbeit nicht vollständig implementiert ist. Die Auswirkungen auf Betroffene sind bislang nicht abzusehen.

gestiegen. Bemerkenswert ist auch, dass die „Hartz IV“ Reformen ohne die Befragung und Einbindung Betroffener entworfen und durchgeführt wurden. In der Hartz IV-Kommission waren die Elite der deutschen Wirtschaft, Banken und Gewerkschaften vertreten, die keine besondere oder gar keine Nähe zu Erwerbslosen und deren Lebenswirklichkeit hatten (vgl. Tertelmann 2019).

Obwohl bei Langzeiterwerbslosen aus den beschriebenen Gründen die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie in Deutschland entsprechend groß sein dürfte, ist bisher wenig über deren Ansichten und Demokratievorstellungen bekannt: Denn Langzeiterwerbslose werden in politikwissenschaftlicher Forschung selten nach ihrer Meinung gefragt, wohl auch deshalb, weil sie für empirische Studien kaum erreichbar sind. In repräsentativen Umfragen wie der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) oder dem European Social Survey (ESS) kommen Langzeiterwerbslose kaum vor. In Umfragen wie dem Mikrozensus oder dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) werden Langzeiterwerbslose zwar erfasst, deren Demokratievorstellungen und Präferenzen allenfalls nur rudimentär abgebildet. Ähnliches gilt für die soziologische Armutsforschung: Dort gibt es eine Vielzahl an Studien, die das Leben in prekären Verhältnissen und auch in Langzeiterwerbslosigkeit sowohl aus theoretischer Sicht (siehe u.a. Castel 2000; Kronauer 2006, 2010a; Paugam 1996, 2008) als auch empirisch (siehe u. a. Böhnke und Link 2017; Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2019; Jahoda u. a. 2021) erforschen. Allerdings wird auch dort selten der Bezug zu den genannten Demokratiepräferenzen und Vorstellungen hergestellt.

Um die Einstellungen Langzeiterwerbsloser, mit denen der Gesamtbevölkerung dennoch vergleichen zu können, wurden im Rahmen dieser Arbeit Langzeiterwerbslose in einer deutschlandweiten, quantitativen Online-Umfrage erstmalig umfangreich sowohl zu ihrer Lebenslage als auch zu ihren Repräsentationswünschen und Einstellungen befragt.²⁷ Für den Vergleich mit der Gesamtbevölkerung wurde eine für Deutschland repräsentative Umfragen gewählt: Der European Social Survey (ESS). Dieser enthält Frageitems, die mit der Langzeiterwerbslosenbefragung übereinstimmen.²⁸

In Abbildung 3 wird die Regierungszufriedenheit und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie von Langzeiterwerbslosen und der

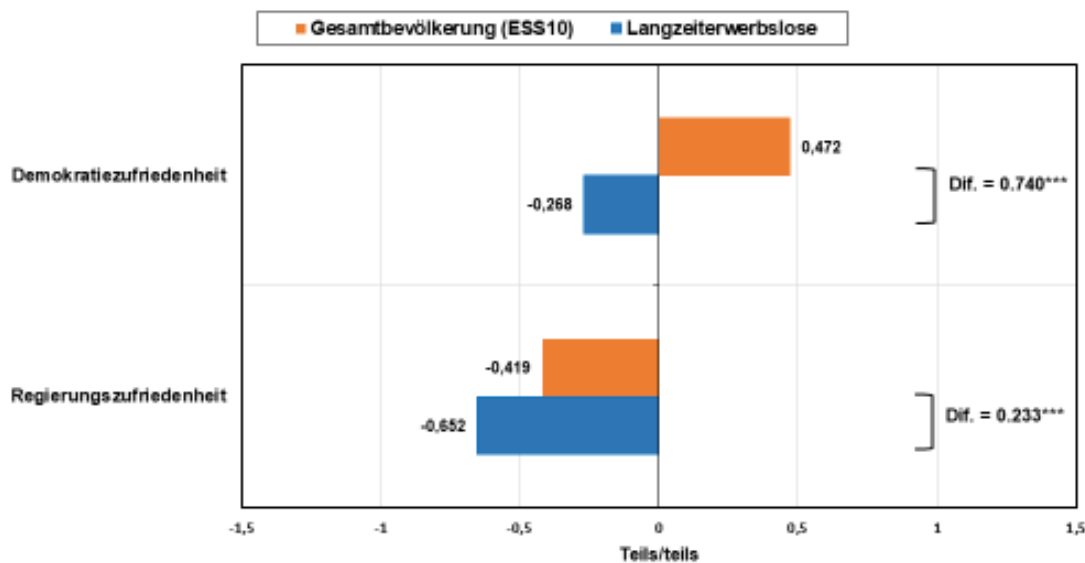
²⁷ Für nähere Informationen zur Umfrage (siehe Kapitel 1.3).

²⁸ Es wurden die Befragungswellen gewählt, die zeitlich möglichst nahe an der Langzeiterwerbslosenbefragung liegen. Bei unterschiedlichen Skalenbreiten wurden die jeweiligen Skalen transformiert. Weitere Informationen zur Methode finden sich in Abbildung 16 (siehe Anhang 1).

Gesamtbevölkerung verglichen, in Abbildung 4 das Vertrauen in die Bundesregierung und in Politiker*innen. Für alle Gruppenvergleiche wurden T-Tests berechnet²⁹, die zeigen inwieweit etwaige Unterschiede Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit (hier Gesamtbevölkerung) zulassen.

Die Demokratiezufriedenheit wie auch die Regierungszufriedenheit bei den befragten Langzeiterwerbslosen ist etwas geringer im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Die Unterschiede sind signifikant, aber geringer als nach den bisherigen Ausführungen zu erwarten wäre.

Abbildung 3: Demokratie und Regierungszufriedenheit im Vergleich.



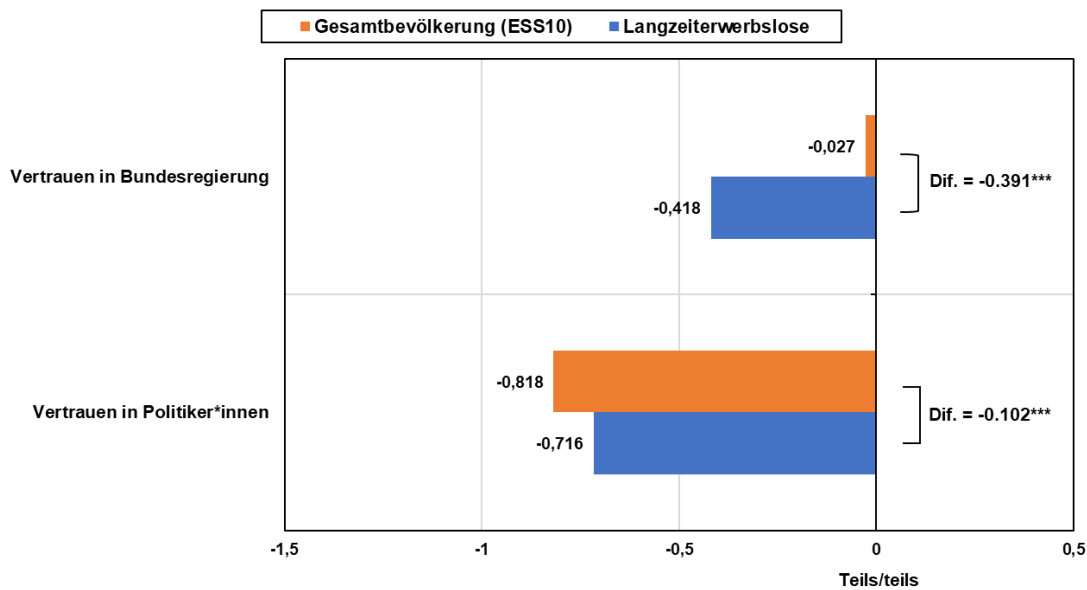
Anmerkungen: Eigene Umfrage und ESS10 (2020) gewichtet; Skala: (überhaupt nicht) -3 bis +3 (voll und ganz), eigene Berechnung und Darstellung, t-Tests - Signifikanzniveau = $p < 0.05$.

Ähnlich ist der Befund bezüglich des Vertrauens in die Bundesregierung (siehe Abb. 4). Bei den befragten Langzeiterwerbslosen ist das Vertrauen in Politiker*innen etwas höher im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, wobei beide Gruppen ein eher geringes Vertrauen haben.

Ein Grund hierfür ist wohl, dass bei der Langzeiterwerbslosenbefragung überproportional jene teilgenommen haben, die politisch eher aktiv sind und die innerhalb ihrer Gruppe besonders hohe Zufriedenheitswerte mit repräsentativer Demokratie aufweisen. Die besonders „Unzufriedenen“ wurden mit der Umfrage wahrscheinlich weniger erreicht, weshalb die Unzufriedenheit bei Langzeiterwerbslosen insgesamt deutlich größer und das Vertrauen wesentlich geringer sein dürfte als hier gezeigt.

²⁹ Genauere Angaben zu den t-Test befinden in Tabelle 17 (siehe Anhang 1).

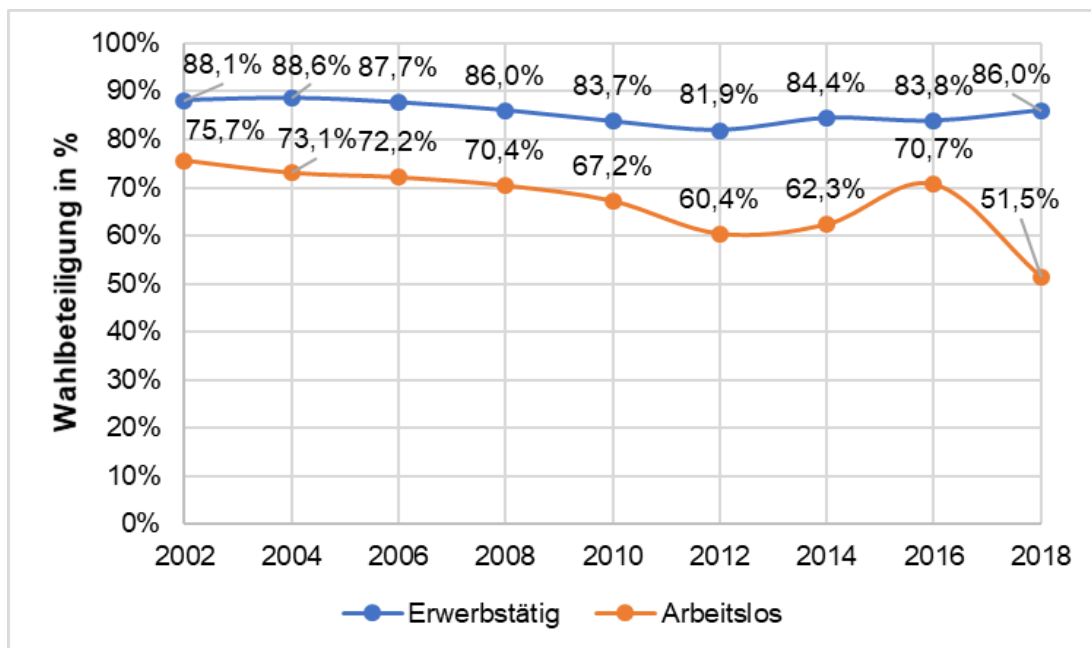
Abbildung 4: Vertrauen in Bundesregierung und Politiker*innen im Vergleich



Anmerkungen: Eigene Umfrage und ESS10 (2020) gewichtet; Skala: (überhaupt nicht) -3 bis +3 (voll und ganz), eigene Berechnung und Darstellung, t-Tests - Signifikanzniveau = $p < 0.05$.

Dennoch bleibt der Befund: die befragten Langzeiterwerbslosen sind unzufrieden mit der repräsentativen Demokratie und haben wenig Vertrauen in ihre Institutionen und Akteure. Deutlicher sind die Ergebnisse hinsichtlich der politischen Beteiligung von Erwerbslosen im Vergleich zu Erwerbstätigen. Zu Langzeiterwerbslosen gibt es diesbezüglich keine Daten.

Abbildung 5: Beteiligung an Bundestagswahlen im Vergleich (2002–2018)



Anmerkungen: Quelle: (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2023c – auf Basis von ALLBUS Daten), eigene Darstellung.

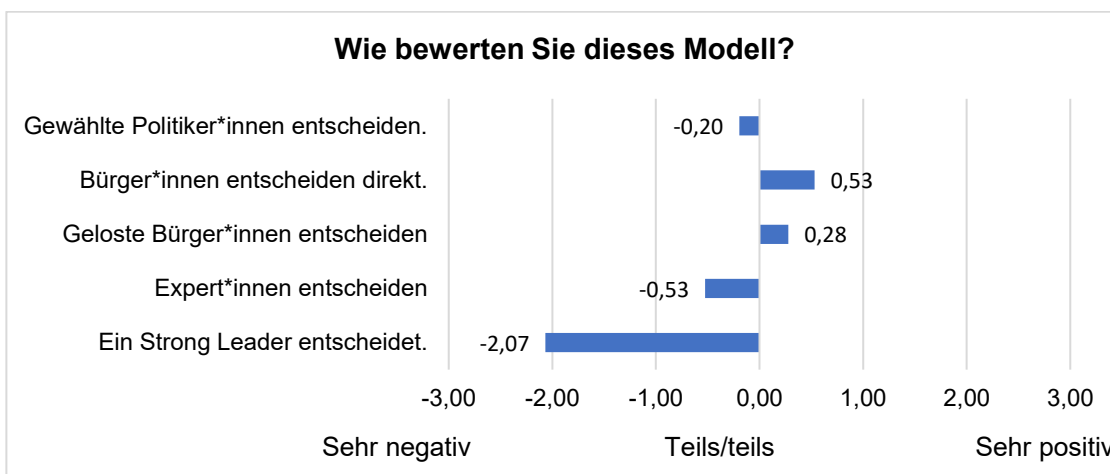
In Abbildung 5 ist exemplarisch die Beteiligung an Bundestagswahlen seit 2002 für beide Gruppen dargestellt.³⁰

Erwerbslose beteiligen sich weniger an Bundestagswahlen als Erwerbstätige, wobei die Unterschiede in der Beteiligung zwischen beiden Gruppen immer größer werden. Lagen beide Gruppen 2002 noch etwa 12 Prozentpunkte auseinander, so waren es 2017 schon knapp 35 Prozentpunkte, was erheblich ist (siehe Abb. 5). Dabei dürfte der Unterschied zu Langzeiterwerbslosen noch größer ausfallen.

Doch wie schneidet die repräsentative Demokratie in der Bewertung Betroffener im Vergleich zu alternativen Regierungsmodellen ab?

In Abbildung 6 ist die Bewertung der genannten Repräsentationsmodelle dargestellt. Interessant ist, dass delegative Modelle (inklusive repräsentativer Demokratie) eher negativ bewertet werden. Das eher autoritäre Modell eines gewählten starken Leaders wird von den Befragten am schlechtesten bewertet. Zwischen den übrigen Modellen sind die Unterschiede nicht sehr groß. Allerdings werden die partizipativen Modelle eher positiv bewertet, im Gegensatz zu repräsentativer Demokratie und Expertokratie.

Abbildung 6: Bewertung repräsentativer Demokratie und alternativer Repräsentationsmodelle



Anmerkungen: Eigene Befragung, eigene Berechnung und Darstellung (N=302).

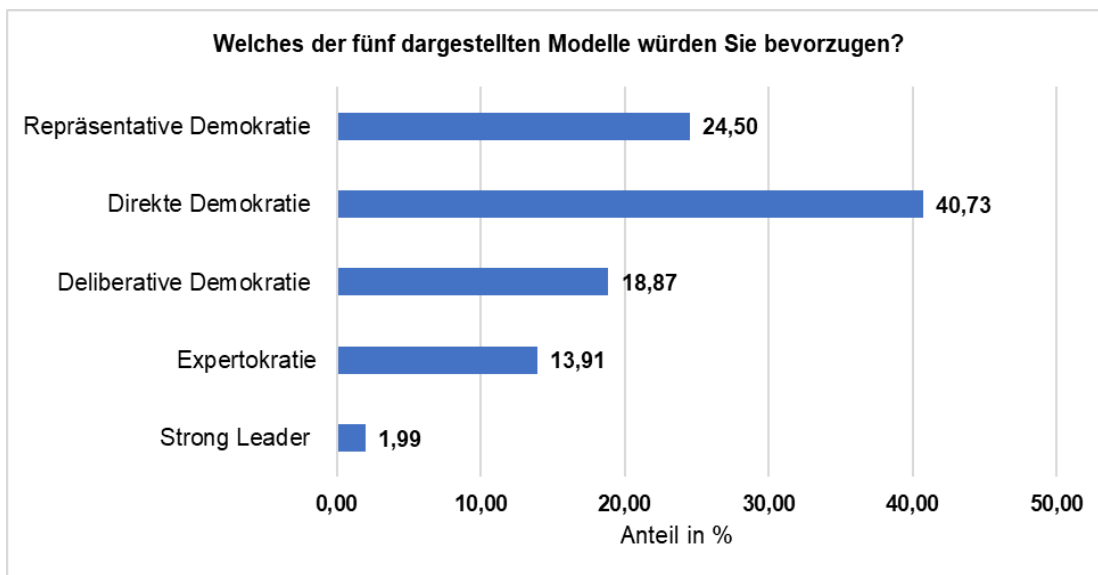
Zwingt man Betroffene sich für ein Modell zu entscheiden, zeigt sich ein deutlicheres Bild (siehe Abbildung 7). Etwa 60 % der Befragten bevorzugen partizipative Modelle, wobei die Zustimmung zu direkter Demokratie mit knapp 41 % am höchsten ist. Für die repräsentative Demokratie würden sich nur 24,5 % der

³⁰ Es handelt sich hierbei um Nachbefragungen des ALLBUS, daher die zeitliche Verschiebung.

Befragten entscheiden, wenn sie wählen müssten. Unabhängige Experten präferieren knapp 14 %, einen Strong Leader nur knapp 2 % der Befragten. Insgesamt gibt es eine klare Tendenz zu mehr Bürgerbeteiligung bei den befragten Langzeiterwerbslosen. Die hohe Zustimmung zu direkter Demokratie im Vergleich zu den übrigen alternativen Repräsentationsmodellen lässt sich u. a. mit der größeren Bekanntheit und Verbreitung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten in Deutschland erklären, die gerade auf kommunaler Ebene sehr häufig genutzt werden (vgl. Trüdinger und Bächtiger 2022; Vetter und Velimsky 2019; Velimsky u. a. 2024c).

Eine starke Hinwendung zu autoritären Gegenvorstellungen, wie sie immer wieder Betroffenen unterstellt wird, kann auf Basis der empirischen Daten hier nicht bestätigt werden. Deutlich hingegen ist die Ablehnung repräsentativer Demokratie bei den befragten Langzeiterwerbslosen (ähnlich auch bei Best u. a. 2023).

Abbildung 7: Repräsentative Demokratie und alternative Repräsentationsmodelle (Präferenzen)



Anmerkungen: Eigene Befragung, eigene Berechnung und Darstellung (N=302).

Doch wie lassen sich diese Präferenzen erklären? Es werden nun die wenigen empirischen Versuche vorgestellt, die den Zusammenhang zwischen der prekären Lebenslage Langzeiterwerbsloser sowie deren Einstellungen zu repräsentativer Demokratie in Deutschland skizzieren. Diese Studien bilden die Grundlage für die Konzeption der weiteren Arbeit.

Einige Hinweise für die Unzufriedenheit mit repräsentativer Demokratie liefern beiden genannten qualitativen Studien zu den Motiven langzeiterwerbsloser Nichtwähler*innen (Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019) (siehe

Kapitel 1.3). Da in den Interviews Langzeiterwerbslose von Langzeiterwerbslosen befragt wurden, haben sich die Interviewten in einer Weise geöffnet, wie sie es mit einem Gesprächspartner etwa aus der Wissenschaft nicht getan hätten (vgl. Bourdieu 2019; Schultheis 2019). Außerdem konnten so auch besonders „Unzufriedene“ erreicht werden.

Die Interviews erlauben vielfältige Einblicke in die Lebensrealität Betroffener und offenbaren ein pessimistisches Bild eines politischen Gemeinwesens, welches Betroffenen das Gefühl gibt Bürger*innen zweiter Klasse zu sein. Hinzu kommen Ohnmachtsgefühle hinsichtlich empfundener bürokratischer Hürden und Willkür seitens staatlicher Institutionen, vorwiegend in Form des Jobcenters. Die Einschränkungen, die mit ihrer Lebenslage einhergehen, bewirken bei vielen Befragten ein Gefühl der Ausgrenzung und des Abgehängt-Seins und damit verbunden einen Vertrauensverlust in politische und gesellschaftliche Institutionen, welcher wiederum in einen Rückzug in die Privatsphäre mündet (vgl. Schultheis 2017, 2019). Dieser Rückzug ist dabei weniger auf ein mangelndes Interesse an politischen Debatten oder Entscheidungen zurückzuführen, sondern ist oft eine gezielte Weigerung, das aktuelle System etwa durch Wahlbeteiligung zu legitimieren (vgl. Schultheis 2017, 2019).

Dies deckt sich mit den vorgestellten Befunden zur Bewertung repräsentativer Demokratie von Langzeiterwerbslosen (siehe Abb. 6 und 7). Zentral für die Unzufriedenheit mit repräsentativer Demokratie – die teilweise in der Aufkündigung des eigenen Rechts auf politische Teilhabe mündet – scheint primär ein Gefühl sozialer und politischer Ausgrenzung zu sein (vgl. Velimsky und Bouslimani 2019).

Das Gefühl sozialer Ausgrenzung resultiert aus den ökonomischen Einschränkungen und Benachteiligungen in unterschiedlichen Lebensbereichen, die mit der prekären Lebenslage Betroffener einhergehen. Dazu zählen fehlende oder nur geringe Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe, bedingt durch geringe finanzielle Ressourcen. So ist der Besuch von entfernt lebenden Familienmitgliedern, regelmäßige Ausflüge, oder der Besuch von Veranstaltungen nur eingeschränkt möglich (vgl. Velimsky und Bouslimani 2019). Mit den genannten Einschränkungen gehen überdies Stigmatisierungserfahrungen einher, die viele Langzeiterwerbslose in ihrem Alltag machen. Sie begegnen z.B. Vorurteilen, die ihnen mangelnden Einsatz bei der Jobsuche oder gar Faulheit unterstellen, ein Bild welches aus Sicht Betroffener durch Medien und Politiker*innen mitgeprägt wird (vgl. Velimsky und Bouslimani 2019). Dass die dauerhafte materielle und immaterielle Benachteiligung Langzeiterwerbsloser, das Gefühl der Ausgrenzung

bestärkt findet auch Böhnke (2015). Basierend auf Daten des European Quality of Life Survey (EQLS) zeigt Böhnke (2015: 21) nicht nur, dass Langzeiterwerbslose „[...] mit Abstand am häufigsten die Einschränkung ihrer Teilhabechancen [...]“ beklagen, sondern dass Erwerbslosigkeit dieses Ausgrenzungsempfinden am stärksten beeinflusst.

Neben sozialer Ausgrenzung identifizieren Velimsky und Bouslimani (2019) den Aspekt der politischen Ausgrenzung (ähnlich auch bei Kronauer 2006, 2010a). Der Begriff politische Ausgrenzung zielt dabei nicht auf eine physische Exklusion, also den Entzug politischer Rechte ab, sondern vielmehr auf die Nicht-Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse Langzeiterwerbsloser bei politischen Entscheidungen (vgl. Velimsky und Bouslimani 2019). Es geht also vor allem um fehlende Repräsentation der eigenen Interessen, was bei vielen Betroffenen Resignation in Bezug auf das repräsentative System in Deutschland hervorruft (vgl. Velimsky und Bouslimani 2019). Damit verbunden ist ein Gefühl, die eigene Situation verbessere sich nicht, unabhängig davon, welche Partei regiert (Walter und Bouslimani 2019).

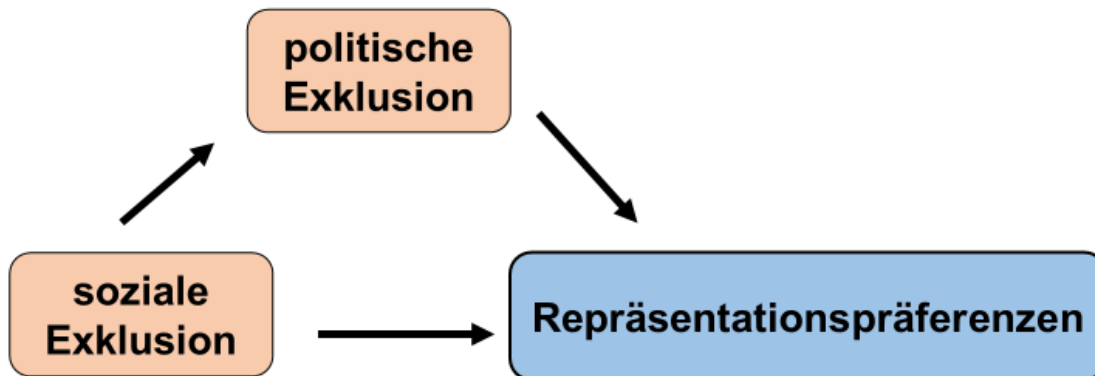
Empirische Befunde deuten zudem darauf hin, dass eine dauerhafte Vernachlässigung der Interessen einer gesamten sozialen Gruppe sich langfristig negativ auf das politische Vertrauen und die Zufriedenheit mit Demokratie bei jener Gruppe auswirkt (siehe Barnes und Saxton 2019; Stecker und Tausendpfund 2016).

Zusammenfassend deuten qualitative Befunde darauf hin, dass Ausgrenzungserfahrungen - bedingt durch Einschränkungen einer prekären Lebenslage - sowie ein Gefühl fehlender Responsivität auf Seiten des politischen Systems gegenüber den eigenen Interessen, die Einstellungen Langzeiterwerbsloser hinsichtlich repräsentativer Demokratie und alternativer Regierungsmodelle beeinflussen können. Diese Annahmen bilden den theoretischen Rahmen der Arbeit (siehe Abb. 8).

In dieser Arbeit wird näher untersucht, inwieweit unterschiedliche Erfahrungen sozialer sowie politischer Exklusion zum einen die Bewertung repräsentativer Demokratie und zum anderen die Präferenz nach alternativen Repräsentationsmodellen beeinflussen. Beide Konzepte werden zunächst theoretisch vorgestellt (Kapitel 2 und 3). Dabei werden Hypothesen aufgestellt, wie diese beiden Dimensionen die Bewertung repräsentativer Demokratie beeinflussen. Diese in Abbildung 8 aufgezeigten Zusammenhänge werden in Kapitel 4.2. und 4.3. empirisch getestet. Es wird angenommen, dass soziale Exklusion nicht nur einen direkten Effekt auf Demokratiepräferenzen hat, sondern gleichzeitig auch das

Gefühl politischer Exklusion beeinflusst. Somit sind auch indirekte Effekte zwischen sozialer Exklusion auf Repräsentationspräferenzen denkbar.

Abbildung 8: Konzeption der Arbeit.



Anmerkung: Eigene Darstellung

Anschließend werden mögliche Einflussfaktoren auf die Bewertung der alternativen Repräsentationsmodelle explorativ getestet (Kapitel 4.4) und die dahinter liegenden Motive näher untersucht (Kapitel 4.5). Die Befunde werden daraufhin zusammengefasst und eingeordnet (Kapitel 4.6). Abschließend werden einige Lösungsvorschläge skizziert, mit weiteren Anknüpfungspunkten für die weitere Forschung (Kapitel 5).

2. Soziale Exklusion

In diesem Kapitel wird soziale Exklusion theoretisch aufgearbeitet. Anschließend werden unterschiedliche Dimensionen sozialer Exklusion mit den Alltagserfahrungen Langzeiterwerbsloser in Verbindung gebracht. Die Grundlage hierfür bilden die 66 Interviews mit Langzeiterwerbslosen, deren gemeinsame Erfahrungen hier verdichtet dargestellt und empirisch eingeordnet werden. Auf Basis dieser Erfahrungen werden Hypothesen aufgestellt, hinsichtlich der zu erwartenden Auswirkungen auf die Bewertung repräsentativer Demokratie.

2.1. Theoretische Überlegungen zu sozialer Exklusion

Der Exklusionsbegriff wurde erstmals in den politischen und wissenschaftlichen Debatten der 1960er- und 1970er-Jahre in Frankreich prominent („exclusion“). In Anlehnung an Max Webers Kategorie der „sozialen Schließung“ (1922), wird Exklusion in Deutschland oft mit dem Begriff Ausschließung gleichgesetzt (vgl. Kronauer 2010a, 2010b). Ausschlüsse (Exklusion) entstehen durch das Verhalten von Individuen und Gruppen und den daraus resultierenden institutionellen Arrangements, wobei alle sozialen Beziehungen darauf beruhen bestimmte Personen einzubeziehen (Inklusion) und andere bewusst oder unbewusst außen vor zulassen (vgl. Kronauer 2010a, 2010b).

Ausschließung ist somit normaler Bestandteil sozialer Beziehungen und deshalb nicht zwingend ein Problem. Die Nichteinladung zu einer Feier ist keine Beeinträchtigung oder Belastung, wenn man mit den Gastgebenden und/oder Teilnehmenden kaum verbunden ist. Ebenso ist es wohl keine Einschränkung für diejenigen, die sich weder für Fußball noch das Vereinsleben interessieren, wenn sie nicht Mitglied im lokalen Fußballverein sind. Im Gegenteil kann die zeitweilige Exklusion von Individuen oder einer Gruppe von bestimmten gesellschaftlichen Funktionen diesen sogar zum Schutz dienen und in deren Interesse sein (vgl. Kronauer 2010b).³¹ Ausschließung wird erst dann zum Problem, wenn für die Ausgeschlossenen soziale Lebenschancen beeinträchtigt werden und damit ein in der jeweiligen Gesellschaft allgemein akzeptierter Lebensstandard nicht gewährleistet ist (soziokulturelles Existenzminimum). Soziale Exklusion beschreibt diesen bewussten Ausschluss von Menschen hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Teilhabe.

Auch der Begriff „soziale Exklusion“ („exclusion sociale“) wurde erstmals in Frankreich prominent und etablierte sich dort in den 1990er-Jahren, vorwiegend

³¹ Beispielsweise das Verbot von Kinderarbeit (Kronauer 2010b).

durch Autoren wie Robert Castel (2000), Serge Paugam (1996, 2008) oder Pierre Bourdieu (1998, 2015) in den französischsprachigen Sozialwissenschaften als ein Leitkonzept bei der Thematisierung der sozialen Frage (vgl. Schultheis 2021). Anders als in Deutschland gab es in Frankreich eine intensive öffentliche Diskussion zu dem Problem, dass immer mehr Menschen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt waren.³² Die Debatte um soziale Exklusion war dabei der Versuch, dieses wachsende Problem zu erfassen und zu benennen. Mit der Idee von sozialer Exklusion erweiterte sich der Blick auf Armut, weg von einer isolierten Betrachtung materieller Mangellagen, hin zu einem mehrdimensionalen Konzept (vgl. Schultheis 2021). Es gibt in der Soziologie mittlerweile eine Vielzahl an Erklärungsansätzen zu sozialer Exklusion. Gemeinsam ist diesen die Betrachtung von Armut und damit verbundene Aspekte wie soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Ausgrenzung. Es werden nun Arbeiten vorgestellt, die einen direkten Bezug zum Ausschluss (Langzeit)- Erwerbsloser herstellen.

Robert Castel (2000) betont in seinem viel zitierten Werk „Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit“ zwei Merkmale von Exklusion: Erstens, die Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt („non-integration“) und die damit verbundenen ökonomischen Auswirkungen. Für Castel ist Erwerbsarbeit zentral bei der Vermittlung gesellschaftlicher Zugehörigkeit. Das zweite Exklusionsmerkmal ist für ihn die Nichtintegration („non-insertion“) in soziale Nahbeziehungen (zu Familie, Freunden und Bekannten) bzw. die Brüchigkeit dieser Beziehungen. Anhand beider Merkmale stellt Castel ein Zonen-Modell auf, bestehend aus einer Zone der Integration, der sozialen Verwundbarkeit und der Entkoppelung, wobei die Übergänge zwischen den Zonen fließend sein können. Die Zone der Integration ist gekennzeichnet durch stabile Arbeitsverhältnisse und somit durch eine stabile Eingliederung in soziale Netze. In der Zone der Verwundbarkeit werden die Beschäftigungsverhältnisse prekärer und soziale Beziehungen immer brüchiger, was schließlich in der Zone der Entkoppelung zu dauerhafter Erwerbslosigkeit und sozialer Isolation führt (vgl. Castel 2000).

Bei Serge Paugam (1996, 2008) ist soziale Exklusion weniger statisch. Mit dem Begriff „Soziale Disqualifizierung“ beschreibt auch er Verdrängungsprozesse vom Arbeitsmarkt. Dabei analysiert er u. a. explizit die Erfahrung im Unterstützungsverhältnis³³, und bezieht so die Sicht Betroffener in seine Überlegungen ein (Paugam 2008: 73). Nach Paugam befinden sich Betroffene, die

³² Für eine ausführliche Aufarbeitung zur Debatte und Entwicklung von sozialer Exklusion siehe (Kronauer 2006, 2010a, 2010b, 2021).

³³ Bezogen auf diese Arbeit ist dies das Leben mit ALG II und die Abhängigkeit vom Jobcenter.

er als „sozial disqualifizierte“ Personen beschreibt, in einer sozial abgewerteten Position mit einem erhöhten Stigmatisierungsrisiko. Ihnen fehlt eine anerkannte Tätigkeit und der damit verbundene gesellschaftliche Status, sowie finanzielle Sicherheiten (vgl. Paugam 2008). Aufgrund ihrer prekären Lage sind diese (langzeit) erwerbslosen Personen gezwungen soziale Hilfe in Anspruch zu nehmen, um den eigenen Lebenserhalt zu sichern. Sie geraten so in eine Abhängigkeit zu den sichernden Institutionen (in dieser Arbeit das Jobcenter), was die Beziehung Betroffener zu diesen Institutionen maßgeblich beeinflusst.

Paugam (2008) arbeitet drei idealtypische Phasen im Verlauf eines solchen Unterstützungsverhältnisses heraus, die die Erfahrungen vieler Betroffener mit Langzeiterwerbslosigkeit gut beschreiben (vgl. Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). In der Phase der „Fragilität“ machen Betroffene erste Erfahrungen mit Erwerbslosigkeit, können aber zumindest zeitweise dieser Lage entkommen, wenn auch nur durch unsichere und schlecht bezahlte Tätigkeiten. In der darauffolgenden Phase der „Abhängigkeit“ haben Betroffene aufgrund unterschiedlicher Problemlagen (z.B. Krankheit) und negativer Erfahrungen (z.B. viele erfolglose Bewerbungsversuche), die Hoffnung auf Beschäftigung und dauerhafte Eingliederung aufgegeben und beginnen ihren Status als Unterstützungsempfänger*in zu akzeptieren (vgl. Paugam 2008: 79). Nachdem die Betroffenen gehäuft Fehlschläge erfahren haben und ihre Versuche zur Wiedereingliederung gescheitert sind, leben sie in dieser dritten Phase der „Auflösung und Marginalisierung“ in dem Glauben, nutzlos zu sein (vgl. Paugam 2008: 80).

Martin Kronauer greift die Überlegungen der genannten Autoren auf und erweitert diese (siehe u. a. Kronauer 2006, 2010a, 2010b, 2021). Er unterscheidet zwei Hauptdimensionen von sozialer Exklusion. In der ersten Dimension geht es, ähnlich wie bei Castel und Paugam, um gesellschaftliche Zugehörigkeit, die durch Interdependenz(-beziehungen) vermittelt wird. Dazu gehört zum einen der Ausschluss aus gesellschaftlicher Arbeitsteilung, der von Marginalisierung am Arbeitsmarkt bis zum vollständigen Ausschluss von jeglicher Erwerbsarbeit reichen kann. Andererseits bedeutet Interdependenz in diesem Zusammenhang auch den Ausschluss aus (informellen) sozialen Netzen, der von Einschränkungen sozialer Beziehungen bis zu sozialer Isolation reichen kann (Kronauer 2010a: 145ff.)

Als zweite Dimension definiert Kronauer den Ausschluss von (sozialstaatlich garantierten) Teilhabemöglichkeiten (Partizipation). Dabei unterscheidet er zwischen

materieller Teilhabe³⁴, Formen politisch institutioneller Teilhabe³⁵ sowie sozialer und kultureller Teilhabe (vgl. Kronauer 2010a: 146).

Soziale Exklusion ist bei Kronauer nicht nur ein mehrdimensionaler Prozess, vielmehr betrachtet er die Verschränkung der Dimensionen als ein wesentliches Merkmal von Exklusion (vgl. Kronauer 2010a: 148). Exklusionsprozesse können in jeder der genannten Dimensionen auftreten und sich auf einzelne Aspekte beschränken, aber auch auf andere Dimensionen übergreifen und sich so wechselseitig beeinflussen. So kann der Verlust von Arbeit auch zur Trennung vom Partner führen und überdies andere soziale Beziehungen stark belasten.

Einzelne Dimensionen können sich gegenseitig abschwächen bzw. kompensieren. Beim Gang in die Erwerbslosigkeit können eine intakte Partnerschaft und ein starker familiärer Rückhalt unterstützend wirken und unterschiedliche Formen von Teilhabe leichter möglich machen. Ähnlich wie beim Lebenslagenkonzept entsteht soziale Exklusion aus der Kumulation von Exklusionserfahrungen in den einzelnen Teildimensionen, die durch ihre Verschränkung schrittweise den Ausschluss Betroffener bewirken. Soziale Ausgrenzung ist somit sowohl das Ergebnis unterschiedlicher Ausgrenzungsprozesse als auch der Ausgrenzungsprozess selbst (vgl. Kronauer 2010b).

Ein wichtiger Faktor ist dabei die Zeit. Denn sich kompensierende Ressourcen wie finanzielle Rücklagen oder soziale Netze werden kleiner, je länger der Zustand der Erwerbslosigkeit andauert, wodurch eine Verstärkung sozialer Exklusionsprozesse wahrscheinlicher wird (vgl. Kronauer 2010b: 52).

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der soziale Raum, in dem Betroffene leben und sich bewegen. Menschen in prekären Lebenslagen leben vermehrt in Wohnumgebungen mit schlechter Infrastruktur (vgl. Dohnke und Seidel-Schulze 2013), was deren Teilhabe einschränkt. Dazu zählen Angebote bezüglich sozialer Dienstleistungen wie (Weiter-) Bildungsangebote, Beratungsstellen aber auch Möglichkeiten sozialer und kultureller Teilhabe (Treffpunkte, kulturelle Einrichtungen etc.).

Dies kann Konzentrationseffekte bewirken. Wenn Betroffene nur noch unter sich bleiben, kann dies z.B. ihre sozialen Ressourcen einschränken, die ihnen aus der Lage heraushelfen könnten (vgl. Kronauer 2010b: 52). Herr L. beschreibt diesen Aspekt in seinem Interview sehr anschaulich: *„Das Umfeld passt sich irgendwie*

³⁴ Diese bemisst sich an dem in der Gesellschaft als angemessen geltenden Lebensstandard (vgl. Kronauer 2010a: 146).

³⁵ Dieser Aspekt wird in Kapitel 3 näher betrachtet.

immer der Situation an. Wenn man arbeitslos ist, hat man komischerweise eher Freunde, die auch arbeitslos sind. Wenn man dann irgendwo in einer Firma mal wieder anfängt, dann lernt man automatisch wieder Leute kennen, wo auch schafft. [...] Also, man hat dann, wenn man mal arbeitslos ist, nicht irgendwo die Leute, die einem helfen wieder in einen Job reinzukommen, groß. Oder Leute, die einem helfen [sich] nach oben zu ziehen. Das ist das Merkwürdige. Das gibt es eigentlich gar nicht. (...) Habe ich nie gehabt“ (Nr. 6: S. 8).

Ein besonderes Charakteristikum von sozialer Exklusion bei Kronauer ist zudem, dass er diese nicht als Ausschluss aus der Gesellschaft sondern vielmehr als Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft begreift (vgl. Kronauer 2010b: 41f.).³⁶ In Anlehnung an Simmel betont er die Gleichzeitigkeit des „Dinnen“ und „Draußen“ von sozialer Exklusion.³⁷ Das bedeutet ein Teil der Gesellschaft zu sein (Dinnen) und trotzdem nicht an ihr teilhaben zu können (Draußen).

Langzeiterwerbslose fallen zwar aus den wechselseitigen Sozialbeziehungen heraus, die durch ein Arbeitsverhältnis entstehen. Allerdings ist dieser Ausschluss partiell,³⁸ da Erwerbslosigkeit im Sozialstaat institutionalisiert und durch Rechte und Pflichten im Rahmen des SGB II geregelt ist. So müssen Betroffene eine Eingliederungsvereinbarung mit dem Jobcenter abschließen, um Bezüge zu erhalten. Ihnen wird nicht der Bürgerstatus abgesprochen. Sie haben sogar ein Anrecht auf ein Leben gemäß dem festgelegten soziokulturellen Existenzminimum. Allerdings bedeutet dieser Umstand keine Inklusion. Denn die Eingliederungsvereinbarung, beinhaltet einseitige Sanktionen, die zur Kürzung der Bezüge von Betroffenen führen, wenn diese gegen die Vereinbarung verstoßen (vgl. Kronauer 2010b).

Bei Konflikten mit dem Jobcenter fehlen Betroffenen meist die finanziellen Mittel, um z.B. einen adäquaten Fachanwalt zu bezahlen. Das Jobcenter dagegen kann und muss den Erfolg seiner Maßnahmen nicht gewährleisten. Vielmehr ermöglichen die festgelegten Bezüge das soziokulturelle Existenzminimum kaum, erst recht nicht wenn Sanktionen greifen (vgl. Kronauer 2010b). Durch die Bezüge im ALG-II entstehen auch keine Rentenanwartschaften, was das Risiko von Altersarmut extrem erhöht (vgl. Haan u. a. 2017).

³⁶ Ähnlich u.a. auch bei Castel (2000).

³⁷ „So ist der Arme zwar gewissermaßen außerhalb der Gruppe gestellt, aber dieses Außerhalb ist nur eine besondere Art der Wechselwirkung mit ihr, die ihn in eine Einheit mit dem Ganzen in dessen weitestem Sinne verwebt.“ (Simmel 1908: 464).

³⁸ Ein Totalausschluss aus der Gesellschaft ist sehr selten und betrifft z.B. Menschen, die im Winter erfrieren, weil sie vorhandene Hilfeinrichtungen nicht nutzen können, oder Migrierte ohne legalen Aufenthaltstitel (vgl. Kronauer 2010b).

Folglich haben Langzeiterwerbslose eine, mit der Staatsbürgerschaft einhergehende formale Berechtigung auf Zugehörigkeit. Dieser Anspruch wird aber nur bedingt eingelöst, da sie nicht oder nur begrenzt an der Gesellschaft teilhaben können.

Wie gezeigt werden konnte, ist der Begriff soziale Exklusion stark an Ausschlusserfahrungen mit Bezug auf den Arbeitsmarkt geknüpft (siehe Castel 2000; Paugam 1996, 2008), geht aber darüber hinaus und umfasst soziale Beziehungen, wie auch fehlende Möglichkeiten der materiellen, sozialen und kulturellen Teilhabe. Dabei sind die Dauer und der soziale Raum in denen die Exklusionsprozesse stattfinden wichtige Rahmenbedingungen (siehe Kronauer 2006, 2010b, 2010a, 2021).

Da Ausgrenzungserfahrungen individuell und von den Wahrnehmungen und Bewertungen des jeweiligen Individuums abhängig sind, schlägt Petra Böhnke die Betroffenenperspektive als weitere „subjektive“ Dimension sozialer Exklusion vor (2006, 2015). Erst wenn die persönlichen Erfahrungen Langzeiterwerbsloser und ihre Perspektive in die Betrachtung einbezogen werden, ist ein tiefergehendes Verstehen ihrer prekären Lebenslage und Erfahrungen mit sozialer Exklusion möglich und zudem wie sie ihre individuellen Teilhabechancen und Handlungsmöglichkeiten einschätzten (vgl. Böhnke 2015: 19). Diese subjektive Dimension, also die Perspektive der Betroffenen, dient als Rahmen für die weitere Betrachtung.

2.2. Erfahrungen Betroffener

Erwerbslosigkeit ist eine der Hauptursachen von sozialer Exklusion. Die vorgestellten theoretischen Annahmen zu sozialer Exklusion werden nun mit den Erfahrungen Betroffener abgeglichen und ergänzt. Die Grundlage hierfür sind 66 Interviews mit Langzeiterwerbslosen, aus den beiden schon erwähnten Nichtwählerstudien (Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). Diese wurden im Hinblick auf Exklusionserfahrungen im Rahmen von Langzeiterwerbslosigkeit erneut ausgewertet.³⁹

Auch wenn Autoren wie Paugam (2008) oder Böhnke (2015) die Wichtigkeit der Betroffenenperspektive betonen, so haben sich bisherige Versuche, soziale Ausgrenzung empirisch zu messen, bisher vorwiegend auf objektive Maße wie Einkommen, Erwerbstätigkeit und Lebensstandard beschränkt. Individuelle

³⁹ Einzelne Aspekte der folgenden Analysen wurden in den beiden Studien schon thematisiert und werden nun mit Bezug zur Forschungsfrage dieser Arbeit erneut ausgewertet (u. a. bei Velimsky und Bouslimani 2019).

Erfahrungen mit Ausgrenzung wurden bisher kaum erfasst, was ein tieferes Verstehen von Exklusionserfahrungen Langzeiterwerbsloser kaum möglich macht (vgl. Böhnke 2015).

Die Interviews geben ungefiltert Eindrücke in die Lebensrealität Langzeiterwerbsloser und wie diese Ihre Sicht auf Gesellschaft und Politik beeinflusst.

Es werden aus dem gebündelten Erfahrungsschatz der Befragten und auf Basis der vorgestellten theoretischen Annahmen, unterschiedliche Lebensbereiche präsentiert in denen Betroffene soziale Exklusion erfahren. Dazu werden jeweils Hypothesen formuliert, die für die einzelnen Teildimensionen den Zusammenhang zwischen den Exklusionserfahrungen Betroffener und ihrer Sicht auf die repräsentative Demokratie herstellen.

Als Vorbild dienen die soziologischen Rahmungen Bourdieus in seiner viel beachteten Studie „Das Elend der Welt“ (La misère du monde) aus dem Jahr 1993 (Bourdieu u. a. 2017), sowie die Forschungsarbeit „Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag“ unter Herausgeberschaft von Franz Schultheis und Kristina Schulz (2005). In „Das Elend der Welt“ zeichnen Bourdieu und seine Co-Autoren anhand individueller Erfahrungen eine eindrückliche Radiografie der Pariser Vororte. Schultheis und Schulz replizieren dieses Vorgehen mit ihren Co-Autoren und beleuchten eindrücklich das Leben in Deutschland zu Beginn 21. Jahrhunderts (2002/03). In Anlehnung an beide Studien wird die Sicht der Befragten möglichst wörtlich und unverfälscht wiedergegeben und nur an einzelnen Stellen kontextualisiert und durch empirische Befunde aus der Forschung ergänzt.

2.2.1. Einschränkungen in materieller-Teilhabe

„Und dann war der Schwerpunkt immer aufs Überleben. Wie bezahle ich meine Miete, meinen Strom, wie kriege ich meine Kinder irgendwo unter [...]“ (Frau N., Nr. 44: S.9).

Materielle Teilhabe bedeutet in diesem Zusammenhang weniger der Besitz bestimmter Güter wie ein Auto, ein schönes Haus mit Garten oder regelmäßig in den Urlaub fahren zu können. Für viele Betroffene steht im Vordergrund, die Kosten für menschliche Grundbedürfnisse wie Essen oder Heizen zu stemmen und auch gegen Monatsende noch finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben. Denn das Geld, welches vielen Befragten im Monat zum Leben bleibt *„[...] das reicht hinten und vorne nicht [...]. Man spart und spart und es reicht einfach nicht (Frau S., Nr. 13: S.12).* *„Man dreht [...] jeden Cent nicht nur zweimal um, sondern lieber fünf- oder*

sechsmal, mit der Überlegung, ob man ihn ausgeben tut. Weil Hartz IV ist eigentlich zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel (Herr S., Nr. 53: S.2). Ähnliche Aussagen finden sich in vielen der Interviews.

Besonders schwer haben es jene Erwerbslose mit Krankheiten, wozu auch Suchtkranke zählen. Für solche Probleme ist der Regelsatz nicht ausgelegt. So schildert Herr S.: *[...] ich selber bin an Gicht erkrankt, kann mir aber durch Hartz IV nur Speisen erlauben in der Anschaffung, die eigentlich von der medizinischen Seite her total ungesund sind, aber zum fettarmen beziehungsweise fast fettfreien Speisen fehlt einfach das Geld, das ist mit Hartz IV gar nicht bewerkstelligt*“ (Nr. 53: S.2).

Eine ähnliche Erfahrung hat Frau L. gemacht, die wie gut ein Fünftel der Bevölkerung raucht (18,9 %) (vgl. Statistisches Bundesamt 2023d). Gegen Monatsende musste sie immer wieder entscheiden: *„Kaufe ich mir jetzt ein Brot oder Zigaretten [...] Ja ok, dann hab ich mir halt Zigaretten gekauft. [...] Und dann [...] wenn du weißt, wenn die Supermärkte und die Diskonter am Wochenende die Sachen raus in die Mülltonne tun, dann gehst du halt Containern. [...] bei Nacht und Nebel, wenn die Mülltonnen offen zugänglich sind“* (Nr. 54: S.9).

Sie ist kein Einzelfall, dennoch hat sie sich lange dafür geschämt. Andere sammeln Pfandflaschen, um sich etwas hinzuzuverdienen (vgl. Herr D., Nr. 2), da zusätzliche Einkommen neben dem Regelsatz kaum gestattet sind bzw. mit diesem verrechnet werden.⁴⁰ Die Höhe erlaubter Nebeneinkünfte ist stark gedeckelt. Da ist *„[...] ab 100 Euro Schluss. Das müsste HÖHER sein, weil sonst gehst du UMSONST (arbeiten)“* (Frau L., Nr. 54: S.19).

Das betrifft auch Unterhaltszahlungen und selbst das Kindergeld, was Frau T *„[...] wirklich BESCHÄMEND [...]“* findet, denn so könne sie Ihrem Kind kaum etwas bieten (Nr.45: S.1f.). Generell sei solch eine Lebenssituation mit Kindern belastend. Frau T spart an sich selbst, damit es ihr Kind besser hat. *„Also das heißt, ich trage meine Jacke auch zehn Jahre [...]. Manchmal komm ich mir dann schon vor als wie: Sehen die Leute jetzt, dass du keine Arbeit hast, dass du dir nichts Neues holst?“, aber andersherum, denke ich dann wieder, dafür geht deine Tochter ja wie aus dem Ei gepellt, der sieht man das ja nicht an, (...) aber manchmal kommt man sich schon ein bisschen schäbig vor [...]“* (Nr. 61: S.4).

Um mit dem Regelsatz überleben zu können ist es wichtig zu wissen, wo man sparen und vergünstigte Angebote bekommen kann, z.B. bei sozialen Trägern oder Tafeln. Gerade *„[...] Leute, die da frisch reingeraten, kennen sich da natürlich*

⁴⁰ Mit der Einführung der Bürgergeldes ist ein Hinzuverdienst leichter möglich (Die Bundesregierung 2023).

überhaupt nicht aus. Und die brauchen dann erst mal Jahre, um festzustellen, wie man dann halbwegs damit über die Runden kommt [...] Und werden dann mietschuldig bei Leuten und fliegen dann aus der Wohnung und kommen in die Wohnungslosigkeit [...]“ (Herr M., Nr. 56: S.59). Herr M. führt weiter aus: „Also ich gebe nahezu mein komplettes Hartz IV fürs Essen aus. Und bei allen anderen Bereichen bin ich halt inzwischen schlau genug, zum Beispiel zu wissen, wo man nahezu umsonst Klamotten herkriegt oder [...] Schuhe herkriegt [...]. Weil ich halt lange da drin bin. Und dadurch komme ich jetzt halt zurecht. Aber ich denke, die meisten haben da große Schwierigkeiten [...] man kennt diese ganzen Hilfsangebote nicht, die es gibt. Aber es kann eigentlich nicht sein, dass ein Hartz IV-Empfänger von vornherein auf diese Hilfsangebote angewiesen ist. Sondern er müsste eigentlich genug haben, um damit leben zu können. Aber das sieht man an Sachen, wie die Tafeln, die immer mehr Mitglieder haben oder solche Organisationen, denen die Leute die Türe einrennen, dass Hartz IV hinten und vorne nicht reicht. Das kann ja irgendwo nicht sein, dass wir auf solche Angebote wie die Tafeln absolut angewiesen sind, um mit unserem Hartz IV-Satz über die Runden zu kommen“ (Nr. 56: S.59).

In solch einer prekären Lebenssituation ist man auch sehr abhängig von Preisschwankungen, weshalb Inflation und steigende Energie- und Lebensmittelpreise die Situation verschärfen, da die Anpassungen in den HIV-Sätzen nicht mit diesen Steigerungen mithalten. *„Weil man dann halt auch immer gucken muss, diesen Monat ist vielleicht die Telefonrechnung teurer geworden oder haben sie jetzt wieder den Strom erhöht, oder ich muss ja auch gucken Stromnachzahlung, muss ich ja auch was auf die Seite legen einen festen Betrag. (...) Das muss man sich ja alles irgendwo dann wieder abknapsen. Das hat man ja nicht [...]“ (Herr D., Nr. 29: S.6).*

Bei Menschen in prekären Lebenslagen machen Wohnkosten 43,7 % des verfügbaren Haushaltseinkommens aus (Statistisches Bundesamt 2023a). Sie haben auch relativ hohe Ausgaben bei den Energiekosten, was häufig an älteren und weniger energieeffizienten Geräten liegt (vgl. Bach et al. 2023). Für Menschen in Hartz-IV-Bezug dürfte die Belastung noch höher ausfallen. Sparen oder Rücklagen zu bilden ist so kaum möglich. Wie in Kapitel (2.1) beschrieben werden mit dem Regelsatz auch keine Rentenzahlungen geleistet (vgl. Herr M., Nr. 27: S.6). Altersarmut ist so sehr wahrscheinlich.

Besonders prekär wird die Situation bei unvorhergesehenen Ereignissen, die nicht geplante Ausgaben erfordern. Manche müssen dann z.B. beim Essen sparen (vgl. Herr M., Nr. 32). So erging es auch Herr W., als seine Waschmaschine defekt

war. *„Die ging einige Zeitlang nicht. Da hatte ich noch nicht einmal das Geld für den Keilriemen [...]. Also ich habe mir da wirklich vom Kühlschrank weg, von Lebensmitteln weg gespart den Keilriemen, dass die Waschmaschine wieder funktioniert“* (Nr. 28: S.10). Auch notwendige gesundheitliche Behandlungen sind kaum zu leisten, wenn diese nicht von der Krankenkasse getragen werden, was ernstzunehmende gesundheitliche Folgen haben kann.

Hilfe vom Jobcenter gibt es in solchen Situationen nur in Form von Darlehen. *„Und das ist schwer. Vor allem weil man genau weiß, [...] das Darlehen kannst Du Dir [...] nicht leisten. Du musst das ja wieder [...] abstottern. Und Du hast ja noch andere Sachen, die eigentlich auch laufen müssen“* (Frau B., Nr. 19: S.2).

Einige Befragte borgen sich das Geld bei Familie oder Freunden, wobei so oft eine Abhängigkeit von solchen Zuschüssen entsteht. *„Wenn's Geld alle war, habe ich mir was geborgt. So am Ersten, wenn es dann Geld gab, hat man es dann wieder zurückgezahlt. Am zehnten war ich wieder blank. Der Kreislauf [...] wird da nie anders“* (Frau Z., Nr. 46: S.4). Dies beeinflusst auch das Selbstwertgefühl der Betroffenen, die ihren Lebensstandard im Vergleich mit Freunden als defizitär/prekär wahrnehmen und sich teilweise als *„sozial ziemlich zurückgestellt“* oder *„nutzlos“* fühlen (vgl. Frau K., Nr. 49).

Es ist zu davon auszugehen, dass die genannten Erfahrungen eines Lebens am und teilweise unter dem soziokulturellen Existenzminimum, die Sicht Betroffener auf das politische System und somit auf die repräsentative Demokratie in Deutschland beeinflussen. Denn es ist Aufgabe des Staates eben jenes Minimum an materieller Teilhabe zu gewährleisten. Viele Betroffene fühlen sich von Politik vernachlässigt und sind teilweise *„[...] richtig fassungslos, dass der Vater Staat sie so hängen lässt“* (Herr S., Nr. 24). Es wird daher folgender Zusammenhang postuliert.

Hypothese 1: Je größer die materiellen Einschränkungen, die den Alltag vieler Langzeiterwerbsloser bestimmen, desto negativer ist ihre Bewertung repräsentativer Demokratie.

2.2.2. Soziale und kulturelle Teilhabe

Welcher Hartz IV-Empfänger kann sich es leisten, ins Kino [...] oder auf ein Stadtfest zu gehen?“ (Herr M., Nr. 56: S.59).

Das Gefühl des Abgehängt-Seins resultiert bei vielen Befragten auch aus dem Umstand, dass **soziale und kulturelle Teilhabe** oft nicht möglich sind. Viele fühlen sich ausgegrenzt, *„[...] weil man einfach nicht mehr mithalten kann. Man*

kann nicht essen gehen, nicht ins Kino gehen, nicht mehr irgendwo mal einen Kaffee trinken gehen, mal ein Eis essen gehen, es geht einfach nicht“ (Nr.13: S.6). Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist so kaum möglich. Das kann zu Resignation und Rückzug führen, verbunden mit dem Gefühl kein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein, wie Herr Z. berichtet: *„Ja, ich wurde antriebslos teilweise, habe viel mehr Alkohol zu mir genommen [...]. Kaum noch mal rausgegangen, weil [...] soziale Kontakte zu pflegen, wie Kneipe oder Kino oder Konzerte oder irgendetwas anderes mit Leuten zu unternehmen, ging nicht mehr wegen finanzieller Möglichkeiten“* (Nr. 66: S.1).

Dabei wäre gerade soziale und kulturelle Teilhabe in solch einer schwierigen Lebenslage eine wichtige Stütze. Nicht umsonst gilt Armut als eine der Hauptursachen für soziale Isolation oder das Gefühl von Einsamkeit (siehe u. a. Franzese 2020; Ridley u. a. 2020; Velimsky 2024). Mit dem Gang in die Erwerbslosigkeit werden die sozialen Netze vieler Betroffener immer kleiner, wie Herr M. ausführte: *„Mein Leben hat sich komplett verändert, da durch die Arbeitslosigkeit ich immer mehr einsamer wurde. Das heißt, Freundeskreis wurde immer weniger und mit dem wenig Geld kann man ja auch nicht mehr ausgehen [und] durch Geldmangel, [hat man] nicht die Möglichkeit neue Freunde kennenzulernen. Weil für neue Leute kennenzulernen, muss man regelmäßiger ausgehen“* (Herr M. Nr. 32. S.1).

Die fehlenden finanziellen Mittel erschweren dabei nicht nur das Stattfinden gemeinsamer Aktivitäten mit Freunden und Bekannten. Sie erlauben auch kaum eine Begegnung auf Augenhöhe. Das bedeutet beim Treffen mit Bekannten und Freunden in der Lage zu sein, Gefälligkeiten wie eine Einladung auf ein Getränk oder ein Geschenk erwidern zu können. Für viele Befragte ist es beschämend, immer wieder eingeladen werden zu müssen. *„Wenn jemand sagt, ich lade dich zum Essen ein, kann ich nicht hingehen und Ja sagen, weil das eigene Gefühl sagt ganz einfach: ‚Du kannst es nicht zurückgeben‘. Ich weiß, dass die anderen das freiwillig tun, aber andersrum hat man das Gefühl irgendwo, man muss sich auch im Spiegel angucken können“* (Herr M., Nr. 32: S.7). Die Folge ist bei manchen die Vermeidung sozialer Kontakte. *„Man schottet sich von sozialen Kontakten ab, weil man das Gefühl hat irgendwo, finanziell funktioniert das nicht“* (Herr M., Nr. 32: S.8).

Das schließt auch Aktivitäten in Vereinen ein, die finanziell meist voraussetzungsvoll sind. So kann man nicht einfach dem Kegelerverein beitreten, bei dem man nach dem Training regelmäßig zusammen Essen geht. *„Weil, im Endeffekt [...] weißt [du] genau, wenn das Monatsende kommt, hast du das Geld nicht danach, also kannst du nicht [...] mit den Leuten Kegeln [...]“* (Herr M., Nr. 32:

S.8). Zwar gibt es für Vereinsaktivitäten Hilfen, allerdings sind die Antragsverfahren für viele Betroffene ermüdend. Diese seien „[...] *viel zu kompliziert, viel zu aufwendig und man muss viel zu oft, alles zehnmal bringen und sich noch dabei nackt ausziehen, damit man das kriegt oder auch nicht, und sich dennoch rumstreiten [...] dass man dann das kriegt, was einem zusteht*“ (Herr D., Nr. 29: S.22).

Die eingeschränkte soziale und kulturelle Teilhabe belastet auch viele Beziehungen, eben weil gemeinsame Aktivitäten weniger werden. So berichtet Herr D: „*Ja, privat ist halt auch, (...) kaum weggekommen die letzten Jahre, weil's Geld gerade so zum Leben langt [...] der Freundeskreis, meine Freundin und so, das hat auch gelitten. Weil man irgendwie auch über ein Jahr sparen muss, dass ich mal dreihundert Euro habe zum Wegfahren. Wo will man denn sonst noch hin. [...] Und das tut mir auch nicht gut. [...] Freunde die weiter weg wohnen, dass man die mal treffen kann. Dass man da mal auch auf andere Gedanken kommt. Weil sonst sitzt man ja bloß daheim und muss gucken: ‚Oh, wie kriege ich das gerade noch gezahlt.‘ [...] Das belastet ja alles auch. Wenn man dann halt Freunde kaum sieht, kaum weg kann [...]. Das wird ja dann nicht besser, sondern eher schlimmer*“ (Nr. 29: S.1).

Auch die eingeschränkte Mobilität Betroffener erschwert Ihnen soziale Beziehungen zu pflegen und aufrechtzuerhalten, gerade wenn diese weiter weg wohnen. Die meisten können sich ein Auto nicht leisten, und „[...] *Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sind für eine Person, die Hartz IV bezieht [...] unerschwinglich, das ist nicht mehr tragbar*“ (Herr S., Nr.53: S.2).

Die prekäre Lebenssituation erlaubt es ohnehin kaum, Treffen und Aktivitäten weit im Voraus zu planen. Wenn z.B. etwas im Haushalt kaputt geht „[...] *dann ist das Geld weg, dann kann man einen ausgemachten Besuch [...] sich dann schenken. Dadurch ist das halt mit der Zeit immer weniger geworden, weil, wenn ich eh viel absagen muss, dann wird man schon gar nicht mehr eingeladen. Und da wird der Kontakt auch weniger [...]*“ (Herr D., Nr. 29: S.7).

In extremen Fällen arrangieren sich Betroffene mit den Einschränkungen in ihrer sozialen und kulturellen Teilhabe so sehr, dass ihnen ihre Isolation als normal erscheint, wie Herr M. berichtet: „*Man merkt es in dem Moment nicht so, wie ausgegrenzt man eigentlich ist. Man merkt nicht so, dass man an vielen Sachen, wo normale Menschen machen - ins Kino gehen, und auf Stadtfeste gehen und so weiter - an so Sachen alles gar nicht mehr teilnimmt. Weil man gar kein Geld hat. [...] Das fällt einem erst später auf, wenn man die Zeit mal so reflektiert, dann fällt einem das auf einmal auf, so. Dass man eigentlich nur noch irgendwo rumgegangen ist, mit irgendwelchen Leuten*“ (Nr. 56: S.9).

Trotz ihres formalen Anrechts auf soziale und kulturelle Teilhabe ist dieses durch den Wohlfahrtsstaat wegen der geringen Bezüge kaum gewährleistet (vgl. Kronauer 2010b). Es wird daher erwartet:

Hypothese 2a: Die Einschränkungen in ihrer kulturellen Teilhabe wirken sich bei Betroffenen negativ auf ihre Bewertung repräsentativer Demokratie aus.

Hypothese 2b: Die Einschränkungen in ihrer sozialen Teilhabe wirken sich bei Betroffenen negativ auf ihre Bewertung repräsentativer Demokratie aus

2.2.3. Ausgrenzung und Stigmatisierung

„Man ist WOHL nicht mehr so viel wert in der Gesellschaft [...] wenn man halt keine Arbeitsstelle hat“ (Frau S., Nr. 25: S.3).

Neben der prekären finanziellen Situation und der damit eingeschränkten sozialen und kulturellen Teilhabe gibt es auch immaterielle Auswirkungen von Langzeiterwerbslosigkeit. Gemeint sind hier Stigmatisierungs- und Diskriminierungserfahrungen, die viele Langzeitarbeitslose in ihrem Alltag erleben. In einer Gesellschaft, in der sozialer Status maßgeblich über den Erfolg im Berufsleben bestimmt wird, ist der Stellenwert von Menschen ohne Arbeit entsprechend gering. Bis heute sind langzeitarbeitslose Menschen Zielgruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zudem Vorurteilen ausgesetzt, die sich empirisch in ihrer Pauschalität nicht belegen lassen (vgl. Tertelmann 2019). Von einigen Erfahrungen wird nun berichtet.

„Du bist so weich von unserem System getrimmt worden, dass, wenn Du keine Arbeit hast (...) Dir als total wertloser Mensch vorkommst. [...] Jetzt frag' ich Dich, wieso, woher kommt das? [...] Wieso bist du da deswegen ein anderer Mensch, oder nutzlos oder sonst irgendwas, wenn du keine Arbeit hast“ (Herr S., Nr.1: S.39f.). Einige Befragte fühlen sich *„[...] behandelt wie Menschen zweiter Klasse“* (Herr P., Nr. 48: S.1).

In der Gesellschaft ist ein negatives Bild von Langzeiterwerbslosen weit verbreitet, auch bedingt durch mediale Berichterstattung und Aussagen von Politiker*innen, wie im weiteren Verlauf gezeigt wird. Damit verbunden sind Vorwürfe wie Langzeiterwerbslose wären *„[...] zu faul zum Arbeiten“* (Frau M., Nr. 10: S.10) oder seien *„Sozialschmarotzer“* (Frau P. Nr. 23: S.3).

Für viele Betroffene ist es ein Schock, dass sie mit dem Gang in die Erwerbslosigkeit plötzlich von der Gesellschaft und teilweise dem eigenen sozialen Umfeld plötzlich anders wahrgenommen werden. *„Es ist eine Erfahrung (...), wo Du*

nie gedacht hast, dass sowas passieren kann. Da merkst Du nämlich sofort, wer wirklich Deine Freunde sind, (...) Bekannte, Verwandte. Wenn Du die blöden Sprüche hörst: ‚Ah bist selber schuld.‘ Ja, und dann hast Du dann erfahren, dass Du nicht richtig gearbeitet hast [...] die wissen besser Bescheid, was ich gemacht habe. [Ehemalige] Kunden, die bis auf die andere Straßenseite gehen. Man könnte meinen, man hat plötzlich die Lepra. Die [...] Gesellschaft will nix wissen von Krankheit, Tod oder Arbeitslosigkeit. (...) Die sind so sehr oberflächlich. Wenn sie sowas hören, bist Du gebrandmarkt. [...] Die Leute schauen Dich mit ganz anderen Augen an. (...) Das kannst Du in deren Gesichtern ablesen“ (Herr S., Nr. 24: S.6).

Ähnliche Erfahrungen schildert Herr Z: *„Da hat man auch schöne Titel gekriegt. ‚Faule Sau (...) willst nicht arbeiten‘ (...) Obwohl man nix dafür kann. Nur selten, dass mal einer gesagt hat: ‚Das wird schon wieder.‘ [...] Sogenannte Freunde, habe ich schnell gesehen, wo ich keine Kohle mehr gehabt habe, war ich abgeschrieben“ (Nr. 26: S.3).*

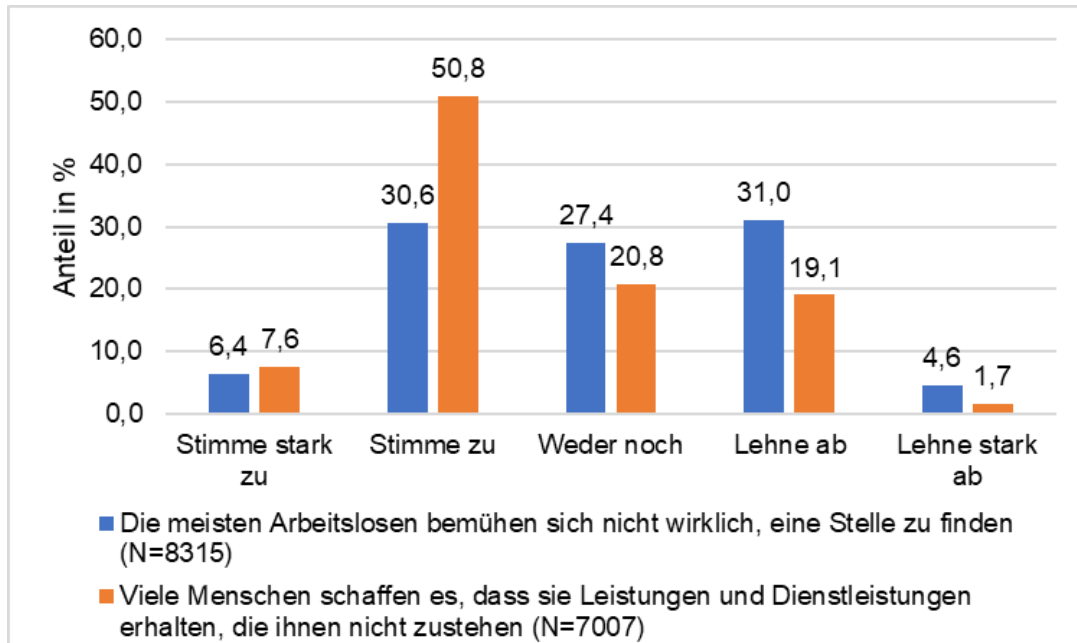
Dabei ist die Einbettung in soziale Netzwerke eine wichtige Integrationsdimension für Betroffene. Gerade die Unterstützung von Familie, Freunden ist wichtig, um sich gesellschaftlich integriert zu fühlen. Für Betroffene ist es daher schmerzhaft, wenn ihnen von ihrem sozialen Umfeld mitgeteilt wird: *„Du bist ein Schmarotzer. Du machst nix. Du hast ein schönes Leben. Du hast ja keine Ahnung, was Stress ist. Du hast keine Ahnung, was Arbeit ist“ (Herr S., Nr.24: S.14.).* Viele Befragte machen die Erfahrung, dass das eigene Umfeld das Leben in und die Auswirkungen von Hartz-IV nicht versteht oder verstehen möchte. Frau O. wurde im Verwandten- und Bekanntenkreis häufig auf ihre Situation angesprochen. Es ging oft darum *„[...] wann ich Arbeit hätte, ob ich überhaupt noch mich um Arbeit bemühe. Und dass es kein Mensch verstehen konnte, dass ich keine Arbeit finde“ (Nr. 31: S 1).*

Dieser Eindruck deckt sich auch mit empirischen Befunden aus dem European Social Survey von 2016 (ESS 8) (siehe Abb. 9). Dort stimmte immerhin mehr als ein Drittel der Befragten (37 %) der Aussage zu, die meisten Arbeitslosen würden sich überhaupt nicht bemühen, eine Stelle zu finden. Mehr als die Hälfte der Befragten (58,4 %) gaben sogar an, dass viele Betroffene Leistungen bezögen, die ihnen nicht zustünden.

Viele Befragte beklagen, es werde zu viel pauschalisiert und zu wenig differenziert (vgl. Herr G., Nr. 18). Denn nicht selten sind Schicksalsschläge in der Lebensbiografie, wie Erkrankungen oder Unfälle schuld am Verlust der Arbeit. Besonders gefährdet sind Risikogruppen wie Selbstständige oder allein Lebende. Wenn etwa physische Beschwerden wie ein Bandscheibenvorfall oder Arthrose das

Ausüben des gelernten Berufs unmöglich machen (vgl. Frau K., Nr. 9: S.4) oder der Verlust von Verwandten und Bekannten oder das Ende einer Beziehung dazu führen, dass man den Boden unter den Füßen verliert.

Abbildung 9: Gesellschaftliches Bild von Erwerblosen



Anmerkungen: ESS8 (2016), eigene Darstellung und Berechnung.

Gerade der Vorwurf, der durch die Hartz-IV-Reformen noch befeuert wurde, man würde dem Staat und der Gesellschaft auf den Taschen liegen und nicht arbeiten wollen, sorgt bei vielen Betroffenen für Unverständnis. *„Klar, es wird immer wieder Menschen geben, die das System ausnutzen werden, aber es ist nicht so, wie die es darstellen, dass es die Masse ist“* (Herr S., Nr.1: S.13). Die meisten wollen arbeiten, denn Erwerbslosigkeit ist nichts Erstrebenswertes. Im Gegenteil Erwerbslosigkeit *„[...] zieht einen komplett runter, [...] das ist auf jeden Fall nichts, was jemand anstrebt [...]. Selbst wenn das jemand ist, der an sich faul ist. Alle Menschen wollen irgendwo wieder gebraucht werden und irgendwas halbwegs Sinnvolles tun und nicht immer sich wie der Abschaum der Gesellschaft fühlen. Deswegen stürzen halt auch so viele ab und stehen halt mit dem Bier vorm Rewe, weil sie sich selbst anders nicht mehr ertragen und keiner denen auch wirklich richtig helfen kann, ihr Leben in den Griff zu kriegen“* (Frau W., Nr. 21: S.4).

Auch als Betroffener möchte man *„[...] irgendwo anerkannt werden. Man will dazugehören“* (Frau S., Nr. 13: S.6). Dabei ist der normale Arbeitsmarkt für viele aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen kaum erreichbar. Auch ein höheres Alter verringert die Einstellungschancen sehr (vgl. Frau S., Nr. 13).

Manchen erscheint es gar als bräuchte die Gesellschaft ein schnelles Feindbild: *„Hartz-IV-Empfänger, die Assis, die [...] der Gesellschaft auf der Tasche liegen und den Reichen das Geld wegnehmen [...]“* (Frau W., Nr. 21: S.12) eignen sich hierfür besonders gut. So könne man auf andere herabschauen und sich gleichzeitig abgrenzen. Dabei findet eine Schuldumkehr statt: Anstatt, dass sich die Gesellschaft schämt solche Zustände zuzulassen, wird die Schuld den Betroffenen zugeschoben.

Das Nicht-Verstehen und die Abwertung ihrer Lage mindert das Selbstwertgefühl und veranlasst einige Betroffene, sich sozial ganz zurückzuziehen (vgl. Frau O: Nr. 15). *„Man schämt sich halt und man denkt halt auch, dass man anders beurteilt wird oder verurteilt. [...] Und ja, wie gesagt, man fühlt sich nicht wohl in der Situation. [...] Und wenn man halt doch noch mal irgendwie die Freunde trifft, oder die Familie oder so, dann versucht man halt irgendwo so einen gewissen Schein zu wahren [...]“* (Frau S., Nr. 8: S.4f.). Manche verheimlichen deshalb ihre Situation vor anderen, selbst vor engen Verwandten. So hat Frau S. ihren beiden Schwestern aus Scham bis heute nichts von ihrer Langzeiterwerbslosigkeit erzählt (vgl. Nr. 41: S.6).

Diese Scham kann auch zu den in Kapitel 2.1 beschriebenen Konzentrationseffekten führen (vgl. Kronauer 2010b). Betroffene bleiben dann unter sich. So berichtet Herr B: *„[...] mit Anderen, die halt Arbeit haben, da ist man dann als Arbeitsloser immer so das letzte Rad am Wagen. [...] da habe ich mir dann lieber Leute um mich gehabt, die selbst auch arbeitslos sind“* (Nr.17: S.2).

Was sich viele Betroffene von der Gesellschaft wünschen, fasst Frau O. gut zusammen: *„Also ich wünsche mir, dass die Arbeitslosen nicht so betrachtet werden. [...] Ja die werden ausgeschlossen. Die werden beleidigt. ‚Die kriegen alles in den A... GESCHOBEN‘, und so. ‚Und die kriegen alles umsonst‘, [...]. Ja, wir wollen auch nicht alles umsonst kriegen. Aber zurzeit funktioniert das nicht anders, wenn wir keine Arbeit, keine Stelle haben. [...] Deswegen wünsche ich mir, dass diese Menschen halt, die zurzeit keine Arbeit haben, GLEICH behandelt werden. Weil, wenn man arbeitet, dann ist man halt drei, vier Stufen höher als die anderen. Und das sollte eigentlich nicht sein. Wir sollen eigentlich alle gleich sein. Egal, wo wir stehen, auf welcher Ebene. Egal, was wir haben [...] wir sind alle Menschen. Wir sind alle gleich. Wir SOLLTEN auch gleich sein. [...] Vielleicht in zehn Jahren ist das anders. Und derjenige, der reich war oder gearbeitet hat, fällt runter. Es kann alles sein. Man weiß ja nie, wie das weiter so läuft“* (Nr. 15: S.18).

Die Hartz-IV-Reformen, die von der damaligen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder implementiert worden sind, haben maßgeblich zur

prekären Situation und zum negativen gesellschaftlichen Bild Langzeiterwerbsloser beigetragen (vgl. Hirseland und Ramos Lobato 2014). Es wird daher folgender Zusammenhang erwartet:

Hypothese 3: Je mehr Stigmatisierung Betroffene in ihrem Alltag erleben, desto negativer bewerten Sie die repräsentative Demokratie in Deutschland.

2.2.4. Erfahrungen mit dem Jobcenter

„[M]an unterschreibt eigentlich einen Vertrag mit dem Teufel (Herr S., Nr. 23: S.7).

Wie Paugam (2008) beschreibt, ist ein die Beziehung Erwerbsloser zu den staatlichen Institutionen wichtig, mit denen sie ein Unterstützungsverhältnis eingehen. Das Jobcenter ist dabei nicht nur die staatliche Institution, mit der die meisten Langzeitarbeitslosen den häufigsten Kontakt haben, sondern auch die Institution, die den Alltag Betroffener am stärksten prägt, was auch deren Sicht auf das aktuelle politische System beeinflussen dürfte. Daher wird in diesem Zusammenhang die Beziehung der befragten Langzeiterwerbslosen zum Jobcenter als eigenständiger Aspekt von Exklusion betrachtet.

Wie in Kapitel 2.1 berichtet, besteht ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Jobcenter und Betroffenen (sogenannten Kunden oder Klienten). Dabei sehen sich Langzeiterwerbslose schnell Sanktionen ausgesetzt, wenn sie gegen ihre Eingliederungsvereinbarung verstoßen. Aus Sicht Betroffener werden selbst kleine Vergehen schnell sanktioniert, was schnell existenzielle Krisen auslösen kann (vgl. Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande 2019; 2017).

Gleichzeitig haben Langzeiterwerbslose oft nicht die Energie und/oder die Möglichkeiten, sich gegenüber Fehlern auf Seiten des Jobcenters oder der Sachbearbeiter zu wehren (vgl. Herr M., Nr. 27). Hinzu kommt die ermüdende Bürokratie, die Betroffenen sehr viel abverlangt, vor allem wenn sie Leistungen in Anspruch nehmen wollen. Die Zuschüsse für Vereinsaktivitäten wurden schon in Kapitel 2.2.1 & 2.2.2 thematisiert (vgl. Herr D., Nr. 29). Gleiches gilt auch für Hilfen, etwa wenn Gegenstände in der Wohnung kaputtgehen. So berichtet Frau S. *„Mir ist ein Bett kaputtgegangen, ich musste ein Darlehen beantragen und das hat sehr lange gedauert, bis es genehmigt wurde [...] dann musste ich da wieder verhandeln, dass die monatlichen Abzahlungen jetzt nicht so hoch sind, man muss ja dann doch noch leben können“* (Nr. 25: S.4)

Insgesamt sind die Erfahrungen der Interviewten mit dem Jobcenter eher negativ. So kritisieren einige Befragte, dass sie alle Informationen, die sie persönlich

betreffen, regelmäßig offenlegen müssen und damit ihre Privatsphäre aufgeben und in gewisser Hinsicht auch die Kontrolle über ihr Leben abgeben. *„Du wirst kontrolliert von oben bis unten. Ich mein, ich habe eh schon aufgegeben mich irgendwie zu wehren. [...] Du bist [in] Hartz IV, du hast alles offenlegen müssen. Die kennen dein Konto, die können jederzeit dein Konto schließen oder pfänden [...]. Du hast ja überhaupt keine Fügungsweisung mehr über deine eigenen Sachen“* (Frau N., Nr.44: S.8).

Formulierungen wie „sich nackt ausziehen müssen“ oder sich „nacktig“ machen, verdeutlichen die Scham, die damit einhergeht oder wie Herr S. es ausdrückt: *„[...] die Menschenwürde ist dann plötzlich in dem Keller unten“* (Nr. 24: S.7). Man müsse detailliert offenlegen, wie viel Bargeld man hat, welche Lebensmittel man zu sich nimmt, oder ob man teure Kleidung oder elektrische Geräte im Haus hat, immer unter dem Verdacht, man würde sich einen Luxus auf Kosten der Gesellschaft gönnen, der einem nicht zusteht (vgl. Herr S., Nr. 24). Dass die Hartz-IV-Sätze knapp bemessen sind und kaum zum (Über)leben reichen, ist bereits in Kapitel 2.2.1. thematisiert worden.

Allgemein bemängeln Befragte den Umgang mit Ihnen. Das Leitbildbild der Reformen „Fordern und Fördern“ überträgt sich auf den Umgang mit den sogenannten Klienten. Wobei das Fördern aus Sicht Betroffener zu kurz kommt (vgl. Herr D., Nr. 29). Ihnen wird teilweise unterstellt, sie seien „arbeitsfaul“ (vgl. Herr F., Nr. 60) oder hätten „keinen Bock“ (vgl. Frau S., Nr. 8) sich um eine Arbeit zu bemühen. Dabei hätte etwa Frau S. lieber *„[...] den stressigsten Job auf Erden gehabt [...]“* als sich tage- und nächtelang mit ihrer prekären Situation auseinandersetzen zu müssen (Nr.8.: S.6). Maßnahmen, die das Jobcenter vermittelt, werden häufig als sinnlos erachtet. Einige Befragte haben das Gefühl, es ginge eher darum Statistiken zu schönen, als sich um eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation Betroffener zu bemühen. Man sei verpflichtet jeden angebotenen Job anzunehmen unabhängig davon, ob dieser zum eigenen Lebenslauf passe oder nicht (vgl. Frau W., Nr.21). Wer in einer Maßnahme ist oder aufstockt, zählt dabei nicht zur offiziellen Arbeitslosenstatistik (vgl. Herr H., Nr. 70). Das gilt auch für Krankheit.

Häufig werde man *„[...] in irgendeine Maßnahme reingesteckt, die ein Haufen Geld kostet, wo auch wieder irgendwelche Unternehmen davon profitieren [...]. Aber nur derjenige, um den es geht, der Arbeitslose selber, der hat am Ende gar nichts davon, außer dass er beschäftigt wird. Ob das Sinn macht oder nicht, interessiert niemanden“* (Frau W., Nr. 21: S.8). Betroffenen ist mit solchen Maßnahmen aber langfristig nicht geholfen, weshalb einige das Jobcenter eher als

Hindernis und weniger als Hilfe bei der Jobsuche empfinden. So schildert Frau W. weiter: *„Also ich bin Grafiker und da [...] soll ich mich bewerben als Textildesigner. Das ist halt nicht dasselbe. Ich habe dafür sowieso keine Qualifikation, aber das wird auch gar nicht differenziert. Man kriegt einfach irgendwas zugeschickt, das ungefähr so klingt wie das, was Du eigentlich kannst oder willst. Und dann wirst Du da irgendwie damit alleine gelassen [...] Ich habe auch alle Jobs, die ich jemals ergattert habe, mir auf eigene Faust irgendwo gesucht. Das Arbeitsamt hat mich eigentlich nur behindert. (...) Eine wirkliche Hilfe war das nie“* (Frau W., Nr. 21: S.4). Neben Maßnahmen, die oft nicht auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnitten sind, bemängeln Betroffene überdies die fehlende Flexibilität von Angestellten etwa bei Notfällen oder das häufige Wechseln der Bezugspersonen. Insgesamt sind sich die meisten Befragten einig, dass Hartz IV abgeschafft oder *„[...] reformiert werden [müsste], definitiv, das passt hinten und vorne nicht mehr. Und wenn wirklich jemand unverschuldet in diese Situation kommt, dann ist er so gestraft. Da werden so viele Steine in dem Weg gelegt, anstatt ihm zu helfen“* (Frau H., Nr. 73: S.5).

Ausgehend von dem großen Einfluss des Jobcenters auf das Leben Langzeitarbeitsloser ist zu erwarten, dass die dort gemachten Erfahrungen sich auch auf die Bewertung demokratischen Regierens übertragen. Denn das Jobcenter ist eine staatliche Institution und dessen inhaltliche Ausgestaltung eine Konsequenz politischer Entscheidungen. Es wird daher erwartet:

Hypothese 4: Je besser die Erfahrungen Langzeiterwerbsloser mit dem Jobcenter sind, desto positiver ist ihre Bewertung repräsentativer Demokratie in Deutschland.

3. Politische Exklusion

Nachdem im vorhergehenden Kapitel unterschiedliche Dimensionen sozialer Exklusion aus Sicht Langzeiterwerbsloser im Hinblick auf deren Repräsentationsinteressen analysiert wurden, liegt der Fokus in diesem Kapitel auf politischer Ausgrenzung. In den beiden Nichtwähler*innen Studien nennen die interviewten Langzeiterwerbslosen, die als gering wahrgenommene Responsivität⁴¹ von Politiker*innen in Bezug auf die Interessen Betroffener, als maßgeblich für die Aufkündigung der eigenen politischen Teilhabe (vgl. Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). Dazu gehört ein Gefühl, die eigene Situation verbessere sich nicht, unabhängig davon welche Partei regiert und die Wahrnehmung fehlender Möglichkeiten selbst politische Entscheidungsfindungsprozesse mitgestalten zu können, was Resignation in Bezug auf das repräsentative System in Deutschland zur Folge hat (vgl. Velimsky und Bouslimani 2019; Walter und Bouslimani 2019).

Velimsky und Bouslimani (2019) verwenden hierfür den Begriff „politische Exklusion“ (ähnlich „subjektive politische Deprivation“ bei Decker u. a. 2020).⁴² Wie bei Kronauer (2010a, 2010b) bedeutet politische Exklusion hier keine physische Exklusion Betroffener – also den Entzug politischer Rechte –, sondern die wahrgenommene Nicht-Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse. Politische Exklusion ist somit auch keine Ausgrenzung aus dem politischen System, sondern findet innerhalb dessen statt.

Bei Kronauer (2010a, 2010b) ist politisch-institutionelle Teilhabe eine von drei Teildimensionen von Partizipation, neben materieller sowie sozialer und kultureller Teilhabe. Da der Fokus dieser Arbeit auf den Repräsentationswünschen Langzeiterwerbsloser liegt und ihre Erfahrungen mit dem politischen System zentral für die Sicht auf dieses sind, wird politische Exklusion hier als eigenständiges Konstrukt behandelt. Die Interviews mit Langzeiterwerbslosen, die zudem Nichtwähler*innen sind, wurden auf ihre Erfahrungen mit politischer Exklusion erneut ausgewertet.⁴³ Die geschilderten Erfahrungen werden nun vorgestellt und danach theoretisch und empirisch eingeordnet. Abschließend werden Hypothesen formuliert.

⁴¹ „Responsivität bedeutet, dass die Anliegen der Bevölkerung von den Regierenden in ihren Entscheidungen berücksichtigt werden und somit eine Rückkopplung politischer Entscheidungen an den Bevölkerungswillen besteht.“ (Elsässer und Schäfer 2022: 685).

⁴² Decker u. a. (2022: 65) definieren subjektive politische Deprivation als „[...] die Diskrepanz zwischen gewünschtem Einfluss auf die Politik und empfundener politischer Ohnmacht und Einflusslosigkeit“.

⁴³ Einzelne Aspekte der folgenden Analysen wurden in den beiden Studien schon thematisiert und werden nun mit Bezug zur Forschungsfrage dieser Arbeit erneut ausgewertet (Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019).

3.1. Politische Exklusion aus Sicht Langzeiterwerbsloser

Im Folgenden werden, wieder aus dem gebündelten Erfahrungsschatz der Befragten, die Gründe für ein weit geteiltes Gefühl politischer Exklusion näher betrachtet, welche die Bewertung repräsentativer Demokratie beeinflussen können.

Die Interviews bieten dabei einen ungefilterten Blick von „unten“ und bringen ans Licht, was sonst in politikwissenschaftlicher Forschung bisher kaum berücksichtigt wurde. Die Erfahrungen der Interviewten werden deshalb möglichst wörtlich wiedergegeben.

3.1.1. Keine Verbesserung der eigenen Lebenssituation.

„Also diese Probleme, die jetzt sind, die haben wir ja schon seit Jahren mit der Arbeitslosigkeit. Das ist ja nicht seit heute und seit gestern erst, [...] dass die Arbeitslosen wenig Geld haben. Es sind so viel Probleme, daran wird sich nichts ändern, das was die in den letzten zehn, zwanzig Jahren nicht geschafft haben, das schaffen die heut auch nicht mehr. Davon reden die schon seit zehn Jahren, dass die das schaffen wollen und es ist noch nicht mal annähernd [...] irgendwas in dem Blickfeld zu sehen“ (Frau S., Nr. 13: S.11).

Viele der Befragte haben das Gefühl, ihre prekäre Lebenssituation ändere sich nicht, unabhängig davon welche Partei regiert. Vielmehr könne man die *„[...] die ganzen eingesessenen Parteien [...] alle in einen Topf werfen“* so Herr R. (Nr. 7: S.40). Ähnlich sieht es Frau M., die *„[...] eigentlich keinem mehr glauben kann. Also egal, ob es jetzt CDU, die Grünen sind“* (Nr. 3: S.13).

In diesem Zusammenhang ärgert viele Betroffene das Nichteinhalten von Wahlversprechen (vgl. Frau M., Nr. 10: S.20). Zwar bemängeln dies auch weite Teile der Gesellschaft (vgl. Best u. a. 2023: 31), allerdings wird dieser Umstand in den Interviews besonders häufig genannt (vgl. Herr F., Nr. 60: S.13; Frau J., Nr. 11: S.8). Das erzeugt ein Ohnmachtsgefühl bei Befragten, die nach der Wahl keine Möglichkeit sehen im Sinne ihrer Interessen auf die Politik einzuwirken (vgl. Frau S., Nr. 8: S.11). Die Sinnhaftigkeit des Wählens wird daher angezweifelt (vgl. Herr R., Nr. 7: S.51). Das Nichteinhalten von Wahlversprechen zeigt aber auch: Die Nöte Langzeiterwerbsloser sind zumindest teilweise bekannt. Sie sind nur nicht wichtig genug, um nach einer Wahl berücksichtigt zu werden.

Insgesamt wird die Problemlösungskompetenz von Parteien infrage gestellt und der Wille vieler politischer Akteure, die prekäre Lebenssituation Betroffener, die einige Befragte als „menschenunwürdig“ bezeichnen, überhaupt verbessern zu wollen (vgl. Frau W., Nr. 21: S.8). Politiker*innen wird vorgeworfen, sie verträten *„[...] nur ihre eigenen Interessen [...]“* und ihnen ginge es vor allem um *„Macht [...]“*

und Geld“ (Frau S., Nr. 13: S.14). Folglich werden die Interessen von Wirtschaft und wohlhabenden Bevölkerungsschichten eher berücksichtigt, die das genannte Eigeninteresse, zu dem vorrangig die Wiederwahl gehört (vgl. Mansbridge 2003; Strøm 1997), am ehesten bedienen können.

Dabei gäbe es keine Wirtschaft ohne die Menschen, die dort arbeiteten (vgl. Herr G., Nr. 5: S.19). Herr L. bezeichnet das aktuelle politische System in Deutschland deshalb als „Wirtschaftsdiktatur“ und somit als eine Art „Scheindemokratie“ (Nr. 6: S.19), in der Langzeiterwerbslose und ihre Interessen keinen Platz mehr haben.

Einige Befragte haben sogar den Eindruck, die aktuelle Situation sei teilweise von Politik so gewollt. Langzeiterwerbslose wären „Bauernopfer“ und dienten als nützliche Druckmittel für die übrige Gesellschaft. Frau W. begründet dies wie folgt: *„[...] angenommen ich bin Arbeitnehmer und ich sehe ‚Okay, wenn ich auf Hartz IV falle, dann habe ich ein beschissenes Leben [...]‘, dann ist das ja ein Druck für mich, auch weiter so zu funktionieren, wie es die Gesellschaft quasi erwartet. Wenn dieser Druck komplett wegfallen würde, ich weiß gar nicht, ob das halt im Interesse ist“* (Nr. 21: S. 8).

Die Befragten erwarten keine Sonderbehandlung, sondern lediglich ohne Existenzängste leben zu können und nicht regelmäßig *„[...] zwei Wochen vor Monatsende dann schauen müssen, dass sie was zu essen auf dem Tisch haben [...]“* (Frau P., Nr. 23: S.4). Frau S. stellt daher resigniert fest: *„Ob es mit der Politik ist oder ohne Politik, ich hab noch nie eine Unterstützung von der Politik bekommen. Und die werde ich diesmal auch nicht bekommen [...]“* (Nr. 13: S.15). Sie und andere Befragte sehen daher keinen Sinn, sich mit Politik weiter zu beschäftigen.

3.1.2. Entfremdung

„Manchmal habe ich das Gefühl, es gibt halt auf der einen Seite die Politiker und auf der anderen Seite die Anderen“ (Frau J., Nr. 12: S.11).

Die Verortung von Politiker*innen als jene Akteure, die auf einer anderen Seite stehen, fernab der eigenen Lebensrealität oder Umschreibungen wie „die da oben“, sind sinnbildlich für eine Entfremdung zwischen Betroffenen und gewählten Repräsentierenden. Diese werden als abgehoben wahrgenommen.

Dabei wird politischen Akteuren weniger böswillige Absicht unterstellt als vielmehr die fehlende Erfahrung und das damit verbundene Verstehen eines Lebens in ALG-II Bezug. Politiker*innen *„[...] kennen die Probleme im Endeffekt gar nicht. Die [...] ein Langzeitarbeitsloser [...] hat, der von heute auf morgen im Endeffekt arbeitsunfähig ist. [...] Die sind einfach viel zu weit weg [...]“* (Frau S., Nr. 8: S. 1).

Den „kleinen Mann“ also Repräsentierende, die der Lebensrealität Betroffener zumindest näherstehen, gibt es aus Sicht vieler Befragter kaum noch (vgl. Herr D., Nr. 2). Die Mehrheit der Repräsentierenden habe ein abgesichertes Leben. Das Thema Langzeitarbeitslosigkeit interessiere sie daher nicht (vgl. Herr F., Nr. 60).

Frau S. meint dazu: *„[...] sicherlich sind das auch alles nur Menschen wie wir. Aber diese Menschen, die dort regieren, die wissen nicht mal im Geringsten, wie sich das lebt, mit 600 oder 800 Euro im Monat auszukommen. Die wissen das nicht, wie man [...] einen 50-Euro-Schein dreimal umdrehen muss. Die wissen nicht, wie sie leben müssen, in so einer kleinen 51-Quadratmeter-Wohnung, die können sich das kaufen, was sie wollen [...] die können essen, was sie wollen. Die können einfach mit einer Limousine fahren [...] fliegen mit Flugzeugen überall hin, werden hin kutschiert [...]“* (Nr. 13: S.13f.).

Einige Befragte fühlen wegen dieser Distanz gar eine *„[...] menschliche Kälte [und] Gleichgültigkeit“*, gegenüber den Lebensrealitäten von Menschen in prekären Schichten (Herr S., Nr. 24). Frau M. fordert darum: Politiker*innen *„[...] müssten mal alle mit dem Geld leben, was wir leben. [...] mal ein paar Monate. Mal sehen, wie die dann damit zurechtkommen täten“* (Nr. 10: S.20).

3.1.3. Fehlender Kontakt zu Politiker*innen

„Einmal habe ich mit einer Bürgermeisterin über meine Situation gesprochen und die hat mich aber nicht wahrgenommen (Frau P., Nr. 23: S.6).

Die Entfremdung zwischen Langzeiterwerbslosen und Repräsentierenden ist auch auf den geringen Kontakt zwischen beiden Seiten zurückzuführen. Kommt dieser doch mal zustande, dann fühlen sich Befragte in vielen Fällen nicht verstanden und ernst genommen, was auch an gängigem „Politikersprech“ liegt, den einige Betroffene kaum verstehen (vgl. Frau K., Nr. 14: S.21f.).

Wichtig ist vielen Befragten ein Austausch auf Augenhöhe und ein aufrichtiges Interesse an ihren Problemen. *„Also nicht [...] dieses typisch aalglatte, sondern [einer] der das auch wirklich annimmt und versucht wenigstens umzusetzen, dann würde ich mir [den Kontakt] schon wünschen. Aber die meisten, die hören sich das halt an und danach, kaum sind sie weg, ist es vergessen“* (Herr D., Nr. 29: S.20).

Einige Interviewte haben zudem die Erfahrung gemacht, dass der Kontakt mit Ihnen von Kandidierenden als Werbezweck genutzt wurde, um im Wahlkampf ein positives Bild von sich in der Öffentlichkeit zeichnen zu können (vgl. Frau W., Nr. 21: S.13).

Viele Betroffene haben neben den alltäglichen Sorgen auch nicht die Energie selbst aktiv den Kontakt zu suchen. Andere trauen sich nicht. Gerade Bundespolitiker*innen werden als unnahbar angesehen. So schildert Frau S.: *„Ich habe mal vom Weiten einen gesehen, aber an den ist man gar nicht ran gekommen, weil lauter Securities um ihn rumstanden. Also, ich denke es wäre schwer zu sagen: ‚Warten Sie mal kurz, ich möchte mit Ihnen sprechen‘“* (Nr., 25: S.9). Auch Frau K. wäre einem Treffen mit einem/einer Bundespolitiker*in nicht abgeneigt oder in ihren Worten, mit einer „hohen Person“, die *„(...) was dagegen tun kann, damit es uns allen ein bisschen besser geht. Ob ich dazukommen wollte oder mal ein paar persönliche Fragen stellen würde, würde ich das gerne mal machen. Natürlich. [...] Da würde ich auch schon mal bisschen auf den TISCH hauen und würde mal meine Meinung sagen“* (Nr. 58: S.6).

Dass selbst kurze Kontakte im alltäglichen Leben Vertrauen schaffen können, zeigt eine andere Begegnung von Frau S. mit einem Politiker in einem Einkaufsladen: *„[...] bin dem zufällig kurz angedockt mit meinem Einkaufswagen und der war aber ganz locker. Der hat sich umgedreht, dann war es mir peinlich, dann habe ich gesagt: ‚Ach Herr so und so. Entschuldigung.‘ – ‚Das macht nichts, ich bin zu langsam gelaufen.‘ Und das [...] hat mir im Herz dann gutgetan, zu sehen (...), dass doch auch noch Menschen dahinter stecken können. [...] Aber [das gibt es] halt leider nur im Landkreis“* (Nr., 25: S.9). Die Unterscheidung zwischen Repräsentierenden unterschiedlicher föderaler Ebenen wird in einigen Interviews gemacht. Gerade auf kommunaler Ebene scheint es einen häufigeren Kontakt zu geben, was auch zu einer besseren Bewertung von Kommunalpolitiker*innen führt. So hatte Frau H. positive Begegnungen mit ihrem Bürgermeister, mit dem sie nach eigener Aussage *„[...] eine gute Beziehung [...] eine gute Ebene zum Unterhalten [hat]“* (Nr. 72: S.6). Allerdings wissen viele Interviewte, dass wichtige Entscheidungen bezüglich ihrer Lebenssituation nicht auf kommunaler Ebene getroffen werden.

3.1.4. Stigmatisierung durch Politik und Repräsentierende

„Du bist dann an Deinem Hartz IV [...] selber schuld und nicht irgendjemand anders. [...] Du bist selber schuld, wenn Du keinen Job kriegst“ (Herr G., Nr. 5: S.20).

Die Hartz-IV-Reformen haben, aus Sicht der Interviewten, sehr zu ihrer prekären Lebenslage beigetragen. Die Enttäuschung ist deshalb groß, wenn Politiker*innen medienwirksam verlauten lassen *„[...] Hartz IV sei doch viel zu hoch*

berechnet, man könne auch von 70, 80 Euro im Monat locker und gut leben“ (Frau K., Nr. 49: S.2).

Die Agenda 2010 hat ein schon negatives Bild von Langzeiterwerbslosen in der Öffentlichkeit noch verschlechtert. Unter dem propagierten Leitmotiv der Reformen „Fördern und Fordern“ (siehe Kapitel 1.4) wurden Betroffene auch von Politik immer wieder mit der „sozialen Hängematte“ in Verbindung gebracht und als „arbeitsfaul“ dargestellt (vgl. Herr F., Nr. 60). Damit wurde der Verdacht mit geschürt, Langzeiterwerbslose verhielten sich pauschal unsolidarisch gegenüber der steuerzahlenden Gemeinschaft. Aussagen von Politiker*innen haben immer wieder mediale Debatten dazu befeuert.

So entgegnete Kurt Beck 2006, der Kritik eines Langzeiterwerbslosen an den Hartz-IV-Reformen: *„Wenn Sie sich waschen und rasieren, dann haben Sie in drei Wochen einen Job“* (vgl. Kessl u. a. 2007: 8). Diese Aussage hat nicht nur geholfen, den „typischen“ Erwerbslosen zu identifizieren, sondern vermittelte auch den Eindruck, Betroffene müssten sich nur mehr bemühen, um einen Job zu bekommen. Aussagen wie die von Guido Westerwelle, als er in der WELT (2010) die Höhe der Hartz-IV Bezüge mit „spätromischer Dekadenz“ in Verbindung brachte, haben den öffentlichen Diskurs zu ALG-II als „soziale Hängematte“ weiter bestärkt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte 2005 ein offizielles Papier mit dem Titel *„Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat“*. In dem Papier, zu dem der zuständige Minister Wolfgang Clement ein Vorwort schrieb, werden Betroffene mit Parasiten in Verbindung gebracht.⁴⁴

Solch pauschalisierende Statements haben nicht nur ein einseitiges gesellschaftliches Bild von Langzeiterwerbslosen bestärkt, sondern auch eine tiefere Betrachtung der Probleme eines Lebens mit Hartz-IV verhindert.

Mit solchen Bildern werden Betroffene gesellschaftlich ausgegrenzt. Diese wiederum distanzieren sich emotional immer weiter vom politischen System. In der Wahrnehmung vieler Befragter versucht die Politik auf diese Weise, die Schuld für ihr eigenes Versagen auf Menschen in prekären Schichten abzuwälzen. Als Hauptschuldige für dieses politische Versagen sehen viele Interviewte die Sozialdemokratische Partei (SPD), die früher *„[...] ganz klar für die Arbeiterklasse da war und ganz klar den Sozialstaat gefördert hat [...]“*, bis sie mit der Agenda 2010 förmlich *„[...] den Sozialstaat zerlegt [und] damit im Prinzip ihr Grundklientel*

⁴⁴ Dort heißt es u. a. „Biologen verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen leben, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 10).

verraten und verkauft [hat]“ (Herr M., Nr. 56: S.16). Viele frühere SPD-Wähler*innen, die fühlen sich *„[...] durch die Agenda 2010, [...] nicht mehr vertreten [...]“* (Herr Z., Nr. 66: S.3f.).

Dabei sorgen vorrangig die Namen Gerhard Schröder und der Namensgeber der Reformen Peter Hartz für Unmut, nicht nur wegen ihrer Politik, sondern auch wegen der Skandale und Fehltritte während und nach ihren Amtszeiten oder Karrieren. Gerade Peter Hartz hat Betroffene immer wieder als faul dargestellt. Dabei hat er selbst betrogen und ist wegen Veruntreuung von Firmengeldern rechtskräftig verurteilt worden⁴⁵ (vgl. Tertelmann 2019). Dennoch haben er und Schröder lukrative Aufsichtsratsposten bzw. hohe Pensionen erhalten, was Befragte ärgert. Frau L. legt deshalb Wert darauf zu betonen: *„Und darum krieg ich Arbeitslosengeld II und kein Hartz IV, weil ich den Mensch zutiefst verabscheue“* (Nr. 54: S.19).

Insgesamt fühlen sich die meisten Befragten von Politiker*innen nicht repräsentiert. Diese folgten eher Eigeninteressen oder den Wünschen von Wirtschaft und wohlhabenden Schichten. Aufgrund fehlender Erfahrungen und Berührungspunkte mit Langzeiterwerbslosigkeit kennen die meisten Repräsentierenden die Nöte Betroffener nicht oder können diese kaum nachvollziehen. Dazu trägt auch der geringe Kontakt zwischen beiden Seiten bei, der zudem selten auf Augenhöhe stattfindet. Für besondere Frustration sorgen die Hartz-IV-Reformen und Aussagen von Politiker*innen, die zu einem negativen Bild Betroffener in der Öffentlichkeit beigetragen haben. Vielen Interviewten fehlen Parteien und Politiker*innen als echte Alternativen für die eigenen Wünsche und Interessen, oder in den Worten von Herrn F.: *„Also da müsste [...] eine politische Partei in Deutschland entstehen, was meine Interessen vertreten würde. Und die müsste auch dann gewählt werden. Die müsste im Bundestag sitzen und die müsste stark genug sein, um da eine Koalition zu bilden [...] Aber die Partei wird es wahrscheinlich nie geben“* (Nr. 60: S.8).

3.2. Politische Repräsentation in politikwissenschaftlicher Forschung

Die Interviews legen nahe: Viele Langzeiterwerbslose fühlen sich im aktuellen politischen System mit ihren Wünschen kaum vertreten, was – wie hier argumentiert wird – ihre Sicht auf die repräsentative Demokratie sowie deren

⁴⁵ Siehe unter: <https://dejure.org/dienste/vernetzung-/rechtsprechung?Gericht=LG%20Braunschweig&Datum=22.02.2008&Aktenzeichen=6%20KLS%2020%2F07>, abgerufen am 01.10.2023.

Präferenz für alternative Repräsentationsmodelle beeinflusst. Dieses Gefühl fehlender Repräsentation wird nun theoretisch und empirisch aufgearbeitet.

Dafür ist zunächst ein Zwischenschritt notwendig. Denn Repräsentation⁴⁶ ist in politikwissenschaftlicher Forschung kein einheitliches Konzept, sondern umfasst unterschiedliche Ideen und Ansätze.⁴⁷ In Anlehnung an Hanna F. Pitkin (1967) bezieht sich Repräsentation hier auf die institutionalisierte Interessenvertretung in der staatlichen Legislative.⁴⁸ Denn von jener fühlen sich viele Betroffene nicht gehört. Nach Pitkin ist Repräsentation dort gegeben ist, wo Akteure im Namen von Personen sprechen und handeln, die diese dazu autorisiert haben: „[...] *a representative is someone who has been authorized to act*“ (Pitkin 1967: 39).

In ihrem, für die Repräsentationsforschung wegweisenden Buch „The Concept of Representation“ (1967), definiert Pitkin in ihrer Typologie vier Aspekte von Repräsentation: symbolisch, formalistisch, substanziell, und deskriptiv. Viele spätere Arbeiten zu Repräsentation stützen sich auf Pitkins Arbeit, z.B. die „forms of representation“ bei Mansbridge (2003, 2009) oder Youngs „modes of representation“ (2000). Einige Konzepte fügen auch neue Aspekte hinzu wie „surrogate representation“ bei Mansbridge (2003) oder Idee von „justification“ bei Rehfeld (2006, 2009).

In der empirischen Repräsentationsforschung ist Pitkins Typologie nach wie das gängigste Konzept, wobei andere Konzeptionen empirisch bisher kaum operationalisiert und getestet wurden (vgl. Wolkenstein und Wratil 2021). Zur Betrachtung von politischer Exklusion Langzeiterwerbsloser liefert Pitkins Typologie eine gute Grundlage. Denn sie unterscheidet zwei Dimensionen von Repräsentation: „standing for“ und „acting for“. Während „standing for“ das deskriptive und symbolische⁴⁹ Darstellen anderer umfasst, beschreibt „acting for“ das Handeln anstelle oder im Interesse anderer („substantive representation“). Beide Dimensionen liefern wichtige Erklärungsansätze für das Gefühl politischer Exklusion auf Seiten Betroffener. Sie sind zudem empirisch überprüfbar⁵⁰ und werden nun im Hinblick auf Repräsentation von Langzeiterwerbslosen analysiert.

⁴⁶ Mit Repräsentation ist hier immer politische Repräsentation gemeint.

⁴⁷ Für einen historischen Abriss des Repräsentationsbegriffs siehe (Brito Vieira und Runciman 2008) oder (Dahl 1989).

⁴⁸ Dieses in der Politikwissenschaft gängige Verständnis steht in der Kritik andere wichtige Aspekte wie die Repräsentation durch Nicht-Staatliche Akteure zu vernachlässigen. Für eine ausführliche Kritik siehe (Budde 2013; Saward 2010). Eine fehlende Repräsentation durch Nicht-Staatliche Akteure wird in den Interviews nicht bemängelt und daher nicht näher betrachtet.

⁴⁹ Symbolische Repräsentation verweist auf die symbolische Wirkung von Repräsentation und beinhaltet Symbole, Rituale und Bilder. Der symbolische Aspekt von „standing for“ ist schwer zu messen und wird hier im nur Rahmen von deskriptiver Repräsentation thematisiert.

⁵⁰ Formalistische Repräsentation wird keiner Dimension zugeordnet. Sie findet vor bzw. nach dem eigentlichen Akt der Repräsentation statt, wobei dort Verfahren und institutionelle Prozeduren des repräsentativen Systems betrachtet werden, z.B. Autorisierungsverfahren, wie Repräsentierende ihre

3.2.1. Argumente für eine deskriptive Repräsentation Langzeiterwerbsloser

Deskriptive Repräsentation erfasst, inwieweit Abgeordnete oder eine gesetzgebende Körperschaft einer bestimmten Wählerschaft in ihrer sozialen oder demografischen Identität ähnelt (vgl. Mansbridge 1999; Pitkin 1967). Das bedeutet Ähnlichkeiten anhand sogenannter deskriptiver Merkmale wie Alter, Geschlecht, Beruf, aber auch Gruppenzugehörigkeiten etwa zu ethnischen Minderheiten oder sozialen Klassen. Deskriptive Repräsentation ist in der politikwissenschaftlichen Forschung das meistbeforschte Konzept von Repräsentation. Ein Grund hierfür ist, dass die Verteilung deskriptiver Merkmale in der Gesellschaft und in Parlamenten empirisch leicht zu messen ist (vgl. Kroeber 2018).

Die Grundannahme von deskriptiver Repräsentation ist: Mit dem Teilen eines oder mehrerer deskriptiver Merkmale gehen spezifische Erfahrungen einher, die sich auf das jeweilige Merkmal zurückführen lassen und Merkmalsträger*innen verbinden. Auf Basis solcher geteilten Erfahrungen können deren Mitglieder*innen ein Selbstverständnis als Gruppe entwickeln (vgl. Williams 1998), sodass Stellvertretende und Repräsentierte über eine gemeinsame kulturelle, soziale oder geografische Identität verfügen können (vgl. Pitkin 1967). Beispiele sind etwa Diskriminierungserfahrungen ethnischer Minderheiten wie Afroamerikaner*innen oder „Latinos“ in den USA (siehe Casellas und Wallace 2015; Mansbridge 1999; Williams 1998).

Zwischen Wählerschaft und deskriptiven Repräsentierenden besteht eine besondere Beziehung, da diese die Lebensumstände der jeweiligen Gruppe besonders gut verstehen und sich die Repräsentierten in ihrem Stellvertreter wiedererkennen (Spiegeleffekt). Dabei wird der Repräsentierende allein aufgrund mindestens einer deskriptiven Ähnlichkeit zum Stellvertretenden seiner/ihrer Gruppe (stand for) (vgl. Pitkin 1967).⁵¹ So repräsentiert eine weibliche Abgeordnete deskriptiv eine Frau oder ein älterer Abgeordneter einen älteren Wähler unabhängig davon, ob Stellvertretende und Repräsentierte die gleiche Ideologie teilen oder gleiche Interessen haben. Denn durch das Teilen mindestens eines Merkmals besteht eine „Nähe“, die zumindest in gewissem Maß auf einem Verstehen der Situation bzw. der Erfahrungen des Anderen basiert. In diesem Sinne werden Langzeiterwerbslose deskriptiv von Abgeordneten vertreten, die selbst

Positionen erreichen oder Verfahren, mit denen Repräsentierende von der Wählerschaft sanktioniert werden können, wenn sie sich nicht responsiv verhalten. Da diese Regeln und Verfahren für die gesamte Wahlbevölkerung gelten, sind keine besonderen Effekte hinsichtlich der Repräsentation von Langzeiterwerbslosen zu erwarten.

⁵¹ Dovi verwendet für solche Repräsentierende die Bezeichnung deskriptive Repräsentanten ("descriptive representatives"), der im Weiteren verwendet wird (Dovi 2002: 729).

langzeiterwerbslos sind oder waren (wenn man die Definition ausweitet). Eben dieser fehlende Bezug Repräsentierender zur prekären Lebensrealität Betroffener wird von vielen Interviewten kritisiert (siehe Kapitel 3.1.2).

Doch was bedeutet deskriptive Repräsentation in der praktischen Umsetzung: Also inwieweit ist eine äquivalente, deskriptive Vertretung, in diesem Fall von Langzeiterwerbslosen in den Parlamenten möglich und/oder wünschenswert?

Ein Parlament als repräsentativer Spiegel der Gesellschaft bedeutet die proportionale Abbildung unterschiedlicher deskriptiver Merkmale wie Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund oder eben Langzeiterwerbslosigkeit, was praktisch kaum umsetzbar ist. Denn es könnten beliebig auch andere Merkmale wie Beruf, Wohnort oder Körpergewicht berücksichtigt werden. Es besteht also eine Schwierigkeit repräsentationswürdige deskriptive Merkmale auszuwählen, die in einem Parlament vertreten sein sollen. Teilweise sind der Auswahl repräsentativer Merkmale auch rechtliche Grenzen gesetzt. So ist Personen unter einem gewissen Mindestalter die Kandidatur für Parlamente nicht gestattet. Bezogen auf das Alter wäre zudem unklar, wie weit die zu repräsentierenden Alterskategorien gefasst werden sollten.

Müssten etwa diejenigen mit den Geburtsdaten (04.09.1990) und (17.03.1991) ebenso proportional im Parlament vertreten wie Personen, die am 05.10.1970 geboren sind? Zwar wird eine entsprechende Vertretung einzelner Geburtstage nicht gefordert, dennoch verdeutlicht das Beispiel die Selektionsproblematik repräsentationswürdiger deskriptiver Merkmale, zumal durch die Kombinationen unterschiedlicher Merkmale weitere Untergruppen entstehen. Bezogen auf Langzeiterwerbslose ist die Definition der formalen Gruppe klar. Doch kann argumentiert werden, dass sich die Erfahrungen mit Erwerbslosigkeit innerhalb dieser Gruppe unterscheiden, z.B. sind alleinerziehende junge Frauen mit anderen Problemen konfrontiert als ältere männliche Betroffene ohne Kinder. Dem Argument folgend, müssten beide entsprechend abgebildet werden.

Mansbridge (1999: 631) unterscheidet zwei Formen von deskriptiver Repräsentation, die unterschiedliche Antworten auf diese Selektionsproblematik bieten. Sie bezeichnet diese als mikrokosmische und selektive Form von deskriptiver Repräsentation.

In der mikrokosmischen Form bildet ein Parlament die Bevölkerung in Miniatur exakt ab. Repräsentierende werden über Losverfahren bestimmt, ähnlich wie bei einer repräsentativen Stichprobe. Das vereinfacht die Selektion relevanter Merkmale. Allerdings ergeben sich aus diesem Vorgehen andere Probleme. Zum

einen würden in diesem Szenario Wahlen abgeschafft, über die eine solch exakte Abbildung der Gesellschaft nicht umsetzbar ist. Dabei gelten Wahlen als wichtiger Stabilitätsmechanismus für eine Demokratie, da sie der Wählerschaft die Gelegenheit bieten Repräsentierende zu sanktionieren, die dadurch einen Anreiz haben, sich so zu verhalten, dass man mit ihnen zufrieden ist.

Gegen eine zufällige Auswahl von Repräsentierenden spricht zum anderen eine oft angenommene geringere Kompetenz zufällig ausgewählter Abgeordneter gegenüber Politiker*innen, die ihr Leben der Politik verschrieben haben und durch Wahlen legitimiert wurden (vgl. Mansbridge 1999). Auch in einem mikrokosmischen Parlament dürften politische Entscheidungen auf einem Aushandlungsprozess verschiedener Meinungen und Interessen beruhen. Das erfordert die Notwendigkeit Mehrheiten zu bilden und unterschiedliche Interessen zu moderieren, was Übung bedarf. Da sich die Verteilung deskriptiver Merkmale in einer Gesellschaft stetig verändert, ist auch unklar, in welchem Turnus solch ein Losverfahren durchgeführt würde. Wird die Bevölkerung nach ein oder zwei Jahren noch deskriptiv adäquat repräsentiert oder sind die Abweichungen so groß und eine neue Auswahl erforderlich? Können Repräsentierende abgestraft oder abgewählt werden und wenn ja, wer bestimmt über diese Abwahl? Wegen dieser Schwierigkeiten ist deskriptive Repräsentation in ihrer mikrokosmischen Form kaum umsetzbar.

Anders verhält es sich mit der selektiven Form. Hier wird versucht den Anteil deskriptiver Repräsentierender einer bestimmten Gruppe im Parlament so zu erhöhen, damit dieser proportional zur Verteilung der jeweiligen Gruppe in der Gesamtbevölkerung ist. Ziel ist also, bestimmten deskriptiven Gruppen eine Vertretung in staatlicher Legislative zu garantieren, die bisher unterrepräsentiert waren. Die Auswahl repräsentationswürdiger deskriptiver Merkmale bedarf auch jedoch einer Rechtfertigung. In der Literatur gibt es einige solcher Rechtfertigungsversuche für einzelne Gruppen. Einige Argumente, die auch auf Langzeiterwerbslose anwendbar sind, werden nun vorgestellt.

Befürworter*innen einer selektiven Form betonen u. a. ihre Wichtigkeit für marginalisierten Gruppen in einer Gesellschaft (vgl. Mansbridge 1999; Phillips 1994, 1995; Williams 1998). Gemeint sind soziale Gruppen, deren Marginalisierung meist auf historisch bedingter struktureller Unterdrückung beruht. Diese haben einen ungleichen Zugang zu sozialen Ressourcen, was sich wiederum auf eine Benachteiligung im politischen System überträgt und sich in einer stetigen numerischen Unterrepräsentation in staatlicher Legislative manifestiert (vgl. Williams 1998). Solch marginalisierte Gruppen benötigen folglich einen besonderen Schutz,

damit ihre Interessen im politischen System nicht übergangen werden (vgl. Mansbridge 1999; Phillips 1994, 1995; Williams 1998).

Dies ist schon allein aus Gerechtigkeitsgründen notwendig („the justice argument“) (Phillips 1994: 68f.), eben um vergangene Ungerechtigkeiten gegenüber der Gruppe zu kompensieren und damit der Gleichheitsanspruch demokratischer Repräsentation gewahrt wird.⁵² Denn Repräsentation ist von der Identität Repräsentierender abhängig, die bei marginalisierten Gruppen durch gruppenspezifische Diskriminierungserfahrungen geprägt ist, welche privilegierte Gruppen nicht teilen, z.B. die geschilderten Erfahrungen Betroffener mit dem Jobcenter (siehe Kapitel 2.2.4).

Der Fokus auf historisch gewachsener Exklusion hat lange die Debatte auf die deskriptive Repräsentation von Frauen und verschiedener ethnischer Gruppen gelenkt (siehe Griffin 2014; Mansbridge 1999; Wängnerud 2009; Williams 1998). Eine stärkere deskriptive Repräsentation ökonomisch benachteiligter Klassen dagegen wurde lange als weniger relevant gesehen (vgl. Mansbridge 1999; Phillips 1995; Williams 1998). Es wurde argumentiert, dass solche Gruppen, wie die Arbeiterklasse, durch Parteien oder Gewerkschaften im Vergleich zu den oben genannten Gruppen besser repräsentiert würden.⁵³ Neuere empirische Befunde widersprechen allerdings diesem Argument (vgl. Carnes 2012; Elsässer und Schäfer 2022; O’Grady 2019).

Langzeiterwerbslose sind keine homogene, historisch gewachsene Gruppe. Die Gründe für Erwerbslosigkeit sind individuell, die formale Gruppenzugehörigkeit meist zeitlich begrenzt. Allerdings zeigen empirische Befunde für Deutschland teilweise eine Verfestigung von Erwerbslosigkeit, die sogar über Generationen hinweg bestehen kann (vgl. Mäder u. a. 2015).⁵⁴

Nach Mansbridge (2015) ist eine deskriptive Vertretung einer Gruppe außerdem auch dann gerechtfertigt, wenn sich die Interessen der jeweiligen Gruppe in wichtigen Angelegenheiten (die jene Gruppe betreffen), von der vorherrschenden Gruppe unterscheiden. Das trifft auf Betroffene zu. Denn Langzeiterwerbslose fühlen sich vor allem wegen der Hartz-IV-Reformen stigmatisiert und sozial exkludiert, was teilweise durch Politiker*innen befeuert wurde (siehe Kapitel 1.4 und

⁵² Auch Rawls argumentiert in seinen Gerechtigkeitsprinzipien, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten nur in dem Maße gerecht sind, wie sie für die institutionelle Struktur notwendig sind, die den am wenigsten Begünstigten in der Verteilung den größten Nutzen bringt (vgl. Rawls 1971).

⁵³ Zwar gäbe es eine Unterrepräsentation etwa von Arbeiter*innen, allerdings sei gerade der Klassenkonflikt von politischen Parteien geprägt und die Anliegen der Arbeiterklasse besser als die anderer Gruppen vertreten gewesen (vgl. Phillips 1995: 173).

⁵⁴ Mit Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) von (1984–2012) zeigen (Mäder u. a. 2015), dass Söhne erwerbsloser Väter teilweise häufiger erwerbslos sind als Söhne von Vätern in Beschäftigung, wobei die Effekte größer werden mit jedem zusätzlichen Jahr an väterlicher Erwerbslosigkeit.

3.1.4). Viele Betroffene wünschen sich eine Verbesserung der eigenen Lebenssituation, was bisher nicht erfolgt ist (siehe Kapitel 2.2.1.)

Weiterhin schafft eine bessere deskriptive Repräsentation marginalisierter Gruppen auch Vertrauen, durch eben jene geteilten Erfahrungen. Im Umkehrschluss verhindert das Fehlen solch gemeinsamer Erfahrungen eine gleichberechtigte Repräsentation und kann das Vertrauen marginalisierter Gruppen gegenüber demokratischen Institutionen im Allgemeinen belasten (vgl. Williams 1998). Das gilt besonders, wenn durch erfahrene Benachteiligungen in der Vergangenheit kein Vertrauen in Repräsentierende privilegierter Gruppen vorhanden ist (vgl. Mansbridge 1999). Durch die Hartz-IV-Reformen und dem durch Medien und Aussagen von Politiker*innen propagierten negativen Bild Langzeitarbeitsloser (siehe Kapitel 3.1.4.), haben viele Betroffene das Vertrauen in Politiker*innen verloren, die ohnehin als abgehoben und uninteressiert an prekären Lebensrealitäten wahrgenommen werden.

Schließlich können deskriptive Repräsentierende marginalisierten Gruppen auch als Vorbilder dienen und dort einen Empowerment-Effekt bewirken ("the role model argument") (vgl. Phillips 1994). Hierbei wird implizit auf symbolische Repräsentation verwiesen. Repräsentierende vertreten die eigene Gruppe nicht nur deskriptiv. Sie sind auch Vorbilder und stehen symbolisch dafür, dass die jeweilige Gruppe wahrgenommen wird und ihre Belange wichtig sind. Dieser symbolische Aspekt ist dabei lediglich eine Vorstellung oder Projektion und sagt wenig über das Verhalten Repräsentierender aus. Angehörige der jeweiligen Gruppen erkennen sich aber in diesen deskriptiven Repräsentierenden wieder, was ihr Selbstwertgefühl stärkt und das Selbstvertrauen erhöht, selbst im politischen System erfolgreich sein zu können (vgl. Dovi 2007). Empirische Studien zeigen, dass durch deskriptive Repräsentierende ein stärkeres politisches Interesse bei der jeweiligen Gruppe entstehen kann (siehe Bühlmann und Schädel 2012; Wolak 2020). Durch diese wird teilweise auch das politische System als zugänglicher für die eigenen Interessen (external efficacy) wahrgenommen (vgl. Koning 2009). Außerdem kann deskriptive Repräsentation die Beteiligung der jeweiligen Gruppe an Wahlen (siehe Banducci, u. a. 2004; Rocha u. a. 2010; Stocker 2022), sowie wie politisches Engagement im Allgemeinen erhöhen (siehe Barnes und Burchard 2012; Wolbrecht und Campbell 2007) sowie einen häufigeren Kontakt zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten bewirken (siehe Banducci u. a. 2004).

Schließlich führt die Präsenz deskriptiver Repräsentierender auch zu einer größeren Meinungsvielfalt in staatlicher Legislative, was zusammen mit den

genannten Empowerment Effekten auch die Legitimität demokratischer Institutionen erhöhen kann ("revitalized democracy") (vgl. Phillips 1994: 74f.).⁵⁵

Insgesamt gibt es einige Argumente für eine (bessere) deskriptive Repräsentation Langzeiterwerbsloser in Deutschland. Diese sind zwar keine historisch gewachsene Gruppe. Allerdings haben Betroffene aufgrund ihrer prekären Lebenssituationen einen ungleichen Zugang zu sozialen Ressourcen, was sich auch ihrer geringen politischen Partizipation widerspiegelt. Erste empirische Befunde legen zudem nahe, dass Erwerbslosigkeit „vererbbar“ ist (vgl. Mäder u. a. 2015).

Wie in Kapitel (3.1) ausgeführt, gibt es langzeiterwerbslosigkeits-spezifische Erfahrungen, die für Nicht-Betroffene nicht zugänglich sind. Daher wirken Politiker*innen auf Betroffene oft als abgehoben, weshalb sie solchen Repräsentierenden kaum vertrauen. Eine stärkere deskriptive Repräsentation könnte das Vertrauen Betroffener in ihre Stellvertretenden sowie das politische System erhöhen und sie dazu ermutigen, selbst politisch aktiv zu werden.

3.2.2. Bewirkt deskriptive Repräsentation eine bessere Interessensvertretung?

[...] es müsste wirklich mal einer von uns [...] an die Macht kommen und dann würde sich vielleicht was ändern“ (Frau P., Nr. 23: S.9).

Allein die Übereinstimmung deskriptiver Merkmale sagt nichts darüber aus, wie sich Repräsentierende während der Legislatur verhalten, also ob deskriptive Repräsentation neben den oben genannten Vorteilen auch in eine bessere Interessensrepräsentation der jeweiligen Gruppe mündet (vgl. Young 1997). Doch eben dieses Argument wird häufig mit deskriptiver Repräsentation in Verbindung gebracht (siehe Kroeber 2018; Mansbridge 1999; Phillips 1995; Williams 1998) und wird nun diskutiert. Substanzielle Repräsentation bezeichnet das stellvertretende Handeln des Repräsentierenden im Namen des Repräsentierten („acting for“) und ist somit die Vertretung der eigenen politischen Ansichten und Wünsche durch gewählte Repräsentierende (vgl. Pitkin 1967).

Gemäß der Grundidee von substanzieller Repräsentation impliziert ein beschreibendes Merkmal zu teilen bis zu einem gewissen Grad auch ähnliche politische Präferenzen (vgl. Pitkin 1967). Für Williams (1998) beruht der legislative Prozess idealerweise auf einem Austausch verschiedener Perspektiven aller relevanter sozialer Gruppen in einer Gesellschaft. Sind Vertreter*innen von marginalisierten Gruppen deskriptiv in Parlamenten kaum vertreten, so fehlen deren

⁵⁵ Allerdings können Versuche, bestimmte Gruppen und Meinungen zu stärken, zur Unterdrückung anderer Meinungen bzw. anderer (marginalisierter) Gruppen führen (vgl. Young 1997).

Erfahrungen und Perspektiven im deliberativen Prozessen und sie sind bei politischen Entscheidungen unterrepräsentiert (vgl. Williams 1998).⁵⁶ Jedoch bestehen selbst innerhalb von Gruppen mit gleichen deskriptiven Merkmalen unterschiedliche politische Präferenzen, weshalb die Gruppenzugehörigkeit allein nicht zwingend gleiche politische Präferenzen bedeutet (vgl. Mansbridge 1999). Allerdings liegt es nahe, dass deskriptive Repräsentierende bei politischen Entscheidungen, die ihre eigene Gruppe betreffen, schon aus Eigeninteresse sich für die eigene Gruppe einsetzen (Williams 1998), zumal sie erwarten können, dafür an der Wahlurne von der eigenen Gruppe belohnt zu werden.

Empirisch wurde der Zusammenhang zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation in den vergangenen Jahren vielfach untersucht, mit besonderem Augenmerk auf Frauen und ethnischen Minderheiten. So tendieren Gesellschaften mit hohem Frauenanteil in Parlamenten auch in anderer Hinsicht eher zu mehr Geschlechtergleichheit im Vergleich zu Gesellschaften mit geringerer weiblicher Vertretung in Parlamenten (Wängnerud 2009). Studien zeigen auch, dass Politikerinnen zur Stärkung von Fraueninteressen beitragen und Frauenrechte oder die Themenbereiche Kinder und Familie eher priorisiert werden, je mehr weibliche Abgeordnete es gibt (siehe Clayton u. a. 2019; Homola 2022; Kittilson 2008; Wäckerle und Castanho Silva 2023).

Ähnliche Befunde gibt es zu Abgeordneten ethnischer Minderheiten. So zeigen Sobolewska, McKee und Campbell (2018) für die Parlamentswahlen 2015 in Großbritannien, dass Kandidierende ethnischer Minderheiten, diese auch im Parlament vertreten wollen. Intrinsische Motivationen durch geteilte Erfahrungen und ein Verantwortungsgefühl gegenüber der eigenen Gruppe spielen dabei eine wichtige Rolle und münden auch in einer besseren substanziellen Repräsentation (siehe Minta 2009; Saalfeld 2011; Saalfeld und Bischof 2013).

Zu anderen Minderheitengruppen gibt es auch Studien, die einen Zusammenhang zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation feststellen, z.B. Menschen mit Behinderungen (Reher 2022), LGBTQs (Bönisch 2022; Reynolds 2013) oder bestimmte Altersgruppen (Freire u. a. 2021; Stockemer und Sundström 2018). Auch für einzelne Berufsgruppen sind solche Effekte dokumentiert, z.B. für Anwälte (Matter und Stutzer 2015; Miller 1995), Unternehmer*innen (Diaz-Serrano und Kallis 2022; Szakonyi 2021) oder Bankiers (Adolph 2013; Jochimsen und Thomasius 2014).

⁵⁶ Wiederholt sich dies über mehrere Legislaturen besteht die Gefahr, dass Institutionen geschaffen werden oder weiterbestehen, welche die Benachteiligung jener marginalisierter Gruppen stetig reproduzieren (vgl. Williams 1998).

Bezogen auf Betroffene gibt es wichtige Befunde zur substantziellen Repräsentation verschiedener sozialer Klassen. Basierend auf Daten zu 14 europäischen Ländern zeigt Hemingway (2022), dass Abgeordnete aus der Wirtschaft häufiger für Einkommensungleichheit und einen schlanken Staat eintreten und sich auch seltener mit Arbeitnehmergruppen beraten als Abgeordnete aus der Arbeiterklasse. Analog dazu führt O'Grady (2019) die immer schlechter werdende Repräsentation der Arbeiterklasse in der britischen Labour-Partei auf die Verschiebung von Abgeordneten aus der Arbeiterklasse zugunsten von Berufspolitiker*innen zurück.

Han und Han (2021) stellen zudem fest, dass Spitzenpolitiker*innen, die in ihrer Jugend wirtschaftliche Not erlebt haben, während ihrer Amtszeit eher die Sozialausgaben erhöhen, besonders wenn der politische Druck gering ist.

Für Deutschland zeigen Hayo und Neumeier (2012) systematische Unterschiede in den Ausgabenprioritäten zwischen den Bundesländern, wenn die Ministerpräsident*innen unterschiedlichen sozialen Klassen angehören. Vergleichbare Befunde gibt es zu Kabinetten kanadischer Provinzregierungen (Borwein 2022). Dort steigen die Ausgaben für Sozialleistungen, je größer der Anteil von Minister*innen aus nicht profitorientierten Berufen ist (z.B. öffentlicher Dienst oder „klassische“ Arbeiter). Für die USA finden Barnes, Beall und Holman (2021) einen positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil Abgeordneter aus sogenannten "Pink Collar" Berufen⁵⁷ und den Ausgaben für Bildung und soziale Diensten.

Insgesamt kann die deskriptive Inklusion marginalisierter Gruppen in Parlamenten also auch zu einer besseren substantziellen Repräsentation dieser beitragen. Bezüglich Langzeiterwerbsloser bedeutet eine größere Anzahl an Abgeordneten, die selbst langzeiterwerbslos sind oder zumindest waren, nicht nur geteilte Erfahrungen, Empowerment-Effekte für Betroffene oder ein größeres Vertrauen in jene Repräsentierenden. Es ist auch plausibel anzunehmen, dass sich jene Abgeordnete eher für die Interessen und Wünsche Langzeiterwerbsloser einsetzen, besonders bei Themen, die sie selbst betreffen, z.B. für höhere Hartz-IV-Sätze, weniger Sanktionen oder ein besseres Öffentlichkeitsbild Betroffener.

Doch trotz guter Argumente für die deskriptive Repräsentation Langzeiterwerbsloser gibt es bisher keine empirischen Analysen, die zeigen, wie gut diese in deutschen Parlamenten vertreten sind. Eine erste Aufarbeitung erfolgt im nächsten Kapitel.

⁵⁷ Als „Pink Collar“ werden Berufe der Arbeiterklasse bezeichnet, die überproportional häufig von Frauen ausgeübt werden, z.B. Berufe im Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitsbereich.

3.2.3. Langzeiterwerbslosigkeit in deutschen Parlamenten

„Aber wo gibt’s denn bitte schön die Vertretung der Hartz-IV-Empfänger? Die Vertretung der armen Menschen? (Herr L., Nr.6: S.14)

Es wurden bisher theoretische Gründe vorgestellt zusammen mit empirischen Befunden, die für eine deskriptive Repräsentation von Langzeiterwerbslosen sprechen. Allerdings fehlen umfassende Analysen zur deskriptiven Repräsentation Langzeiterwerbsloser in deutschen Parlamenten, was auch an fehlenden Daten liegt. Denn Langzeiterwerbslosigkeit wird in Parlamenten nicht erfasst, sondern lediglich Erwerbslosigkeit.⁵⁸ Auf kommunaler Ebene wird zudem der Arbeitsstatus von Abgeordneten nicht immer angegeben.

Für die folgenden Analysen dient Erwerbslosigkeit als Proxyindikator für Langzeiterwerbslosigkeit. Es werden Parlamente aller föderaler Ebenen in Deutschland daraufhin untersucht, inwieweit Erwerbslosigkeit dort vertreten ist, um daraus auf die deskriptive Repräsentation Langzeiterwerbsloser zu schließen.

Beginnend mit der Bundesebene: Hier haben zwischen der 15. (2002–2005) und der 20. Legislatur (2020–2025) insgesamt 15 von 4018 Abgeordneten (0,37 %) angegeben, keinem Beruf nachzugehen (Deutscher Bundestag 2023) (siehe Tabelle 18, Anhang 1).⁵⁹ Das ist weitaus weniger als die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Bevölkerung (8,4 %) im gleichen Zeitraum (vgl. Statistisches Bundesamt 2023e). Formal sind Bundespolitiker*innen nach Amtsantritt auch Berufspolitiker*innen und somit nicht mehr (langzeit-) erwerbslos.

Auch für die Landesebene gibt es keine umfassenden Untersuchungen zur Sozialstruktur der Parlamente. Die vorhandenen Einzelfallstudien basieren meist auf älteren Daten und erfassen Erwerbslosigkeit nur rudimentär (siehe Galka 2019; Johnen 2020; Mielke und Reutter 2012).

Deshalb wurde eine Analyse aller Landesparlamente durchgeführt, mit aktuellen Daten.⁶⁰ Dazu wurden die Berufsangaben und wenn möglich auch der Lebenslauf aller Abgeordneter auf Erfahrungen mit (Langzeit-) Erwerbslosigkeit untersucht (siehe Tabelle 1). Auch auf Landesebene sind Repräsentierende ohne Erwerbsarbeit stark unterrepräsentiert. Von 1888 Parlamentariern haben nur zwei angegeben nicht erwerbstätig zu sein. Ein Repräsentierender ist Berufsunfähigkeitsrentner, die andere Person gab an Hausfrau/mann zu sein. Bei fünf weiteren Repräsentierenden konnte dem Lebenslauf frühere Erfahrungen mit

⁵⁸ Die Kategorie ist nicht einheitlich und häufig nicht klar abgegrenzt. Unter dem Label „Arbeitslosigkeit“ werden teilweise die Kategorien „Hausmann/Hausfrau“ oder „Studierend/in Ausbildung befindend“ gezählt.

⁵⁹ Für frühere Legislaturen wurde diese Kategorie nicht systematisch erfasst. Für die 15. Legislatur wurde die Kategorie als „Hausmann/Hausfrau“ definiert.

⁶⁰ Eine Übersicht zu den Datenquellen findet sich in Tabelle 19 (siehe Anhang 1).

Erwerbslosigkeit entnommen werden. Diese liegen aber mindestens ein Jahrzehnt zurück und dauerten nie länger als 12 Monate. Insgesamt waren nur 0,4 % aller Abgeordneten ohne Arbeit oder haben schon einmal selbst Erfahrungen mit Erwerbslosigkeit gemacht. Erfahrungen mit ALG-II-Bezug konnte für keinen der Repräsentierenden festgestellt werden.

Tabelle 1: Erwerbslosigkeit in deutschen Landesparlamenten

Bundesland	Abgeordnete	Arbeitslos		Kategorie	Legislatur
		N ⁽¹⁾	in%		
Baden-Württemberg	154	1	1.5	Hausfrau/-Mann	2021-26
Bayern	205	0	0	-	2018-23
Berlin	147	(1)	0		2021-26
Brandenburg	88	(1)	0	-	2019-24
Bremen	87	0	0		2023-27
Hamburg	123	0	0	-	2020-24
Hessen	137	0	0	-	2019-24
Mecklenburg-Vorpommern	79	0	0	-	2021-26
Niedersachsen	146	0	0	-	2022-27
Nordrhein-Westfalen	195	0	0	-	2022-27
Rheinland-Pfalz	101	0	0		2021-26
Saarland	51	0	0		2022-27
Sachsen-Anhalt	97	(1)	0	Erwerbsminderungsrente	2021-26
Sachsen	119	0	0	-	2019-24
Schleswig-Holstein	69	0	0		2022-27
Thüringen	90	1; (2)	2.7	Berufsunfähigkeitsrentner	2019-24
Gesamt	1,888	2; (5)	(0.4)		

Eigene Berechnung und Darstellung; Anmerkung 1: Die Anzahl Repräsentierender, die früher einmal (vor der erfassten Legislatur) erwerbslos waren, ist in Klammern angegeben.

Für die kommunale Ebene ist eine umfassende Betrachtung aufgrund der Vielzahl an Gemeinden, kreisfreien Städten oder Landkreisen nicht möglich. Die einzig bekannte repräsentative Befragung zur Sozialstruktur von Gemeinderäten⁶¹ von Egner, Krapp, und Heinelt (2013) zeigt eine Dominanz von Rentner*innen/Pensionären, Beamt*innen, Ärzt*innen, Rechtsanwält*innen, Unternehmer*innen, leitenden Angestellten sowie Lehrer*innen. Diese machen gemeinsam den Großteil aller Ratsmitglieder aus (ca. 63 %).⁶² Stark unterrepräsentiert sind dagegen Angestellte, Arbeiter*innen sowie Arbeitssuchende. Von 823 befragten Gemeinderatsmitgliedern gaben nur fünf an (0,6 %) erwerbslos

⁶¹ Befragt wurden 894 Gemeinderäte in 120 Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern, verteilt auf alle Bundesländer in Deutschland (Egner u. a. 2013:11ff.).

⁶² Zudem haben Gemeinderatsmitglieder im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau. Immerhin 54,9 % der Befragten haben einen Universitäts- und Fachhochschulabschluss (vgl. Egner u. a. 2013: 63).

zu sein. Weitere 25 Befragte bezeichneten sich als Hausfrau/-mann (vgl. Egner u. a. 2013: 66). Vergleichbare Befunde gibt es zu einzelnen Städten, wobei Erwerbslosigkeit auch dort kaum erfasst wird (siehe u. a. Reiser 2006; Walter 1997; Zender 1984).

Daher wird auch hierzu eine eigene Analyse durchgeführt, basierend auf Daten aus dem DFG-Projekt "Repräsentation und Ungleichheit in der kommunalen Politik" (siehe Kapitel 1.3).⁶³ Dort wurde u. a. die Sozialstruktur von 21 Großstadtparlamenten Nordrhein-Westfalens erfasst (2014–2020). Erhoben wurden für alle Kandidierenden zur Kommunalwahl 2014 auch deskriptive Merkmale wie Alter oder Beruf (vgl. Velimsky u. a. 2024a).⁶⁴ Diese Stadtparlamente werden nun exemplarisch für Kommunalparlamente gezielt auf aktuelle oder frühere Erfahrungen von Abgeordneten mit Erwerbslosigkeit untersucht (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Erwerbslosigkeit in 21 Stadtparlamenten Nordrhein-Westfalens (2014-2020)

Partei	Abgeordnete	Kategorie	Frauen	Mandatsinhaber*in
CDU/CSU	13	Hausfrau/mann	12	8
FDP	1	Hausfrau/mann	1	1
Bündnis 90/Die Grünen	5	Hausfrau/mann	4	3
PIRATEN	1	Hausfrau/mann	1	0
SPD	10	Hausfrau/mann	10	7
Gesamt	30	Gesamt (in%)	28	19
Abgeordnete (N)	1334			

Anmerkungen: Eigene Berechnung und Darstellung; Datenquelle (Velimsky u. a. 2024a).

Nur 30 von insgesamt 1334 erfassten Ratsmitgliedern gingen keiner Erwerbsarbeit nach, wobei keiner explizit Erwerbslosigkeit angab. Alle 30 nicht berufstätigen Ratsmitglieder verwendeten die Bezeichnung Hausfrau/Hausmann, wobei 28 davon Frauen waren (93,3 %). Womöglich beeinflussen klassische Rollenbilder die Wahlchancen Kandidierender. Auffällig ist zudem: 19 dieser 30 Mandatsträger*innen waren in der vorherigen Legislatur schon im Rat vertreten. Solch ein Amtsinhaberbonus bei Wahlen ist auch für Deutschland empirisch belegt (siehe Rosar u. a. 2007; Velimsky u. a. 2024a) und könnte mögliche Stigmatisierungseffekte durch Erwerbslosigkeit überdecken.

Von insgesamt 222 Kandidierenden zur Kommunalwahl 2014, mit der Berufsangabe Hausfrau/Mann, zogen immerhin 13,5 % in das jeweilige Parlament ein (siehe Tabelle 3). Bei den Wahlen gab es auch 26 Kandidierende mit der

⁶³ Projektnummer: Nos GR 5526/1-1 and NY 123/1-1.

⁶⁴ Eine Besonderheit Nordrhein-Westfalens ist, dass dort die Berufsangaben Kandidierender bis 2014 öffentlich waren (vgl. Velimsky u. a. 2024a).

Berufsangabe arbeitslos/erwerbslos oder arbeitssuchend. Keiner dieser Kandidierenden wurde gewählt.

Tabelle 3: Erwerbslosigkeit Kandidierender in 21 Stadtparlamenten zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen (2014).

Berufsangabe	Kandidierende	Gewählt	
	(N)	(N)	In %
Hausfrau/-mann	222	30	13.51
arbeits-/erwerbslos oder arbeitssuchend	26	0	0
Kandidierende gesamt (N)	6554		
Städte (N)	21		

Eigene Berechnung und Darstellung; Datengrundlage siehe (Velimsky u. a. 2024a).

Insgesamt scheint der Anteil erwerbsloser Repräsentierender in der Kommunalpolitik etwas höher zu sein im Vergleich zu anderen föderalen Ebenen. Die Hürden gewählt zu werden sind auf kommunaler Ebene geringer. Außerdem werden weniger Ressourcen für den Wahlkampf benötigt (vgl. Velimsky u. a. 2024a). Überdies ist der Pool an Kandidierenden gerade in kleinen Gemeinden und bei kleineren Parteien vergleichsweise gering. Folglich gibt es auch weniger Konkurrenz. Einige interviewte Betroffene bewerten die kommunale Ebene auch zugänglicher für die eigenen Interessen. Sie sehen aber auch, dass die wichtigen Entscheidungen bezüglich ihrer Lebenssituation auf anderen föderalen Ebenen getroffen werden (siehe Kapitel 3.1.3).

Doch warum gibt es so wenig (Langzeit-) Erwerbslose in staatlicher Legislative? Ein Hindernis für eine umfassendere Analyse zur Erwerbssituation deutscher Parlamentarier*innen sind fehlende oder divergierende Vorgaben zur Berufsangabe. Kandidierende und Abgeordnete können ihre Berufsbezeichnung in der Regel selbst wählen. Stehen mehrere Berufe zur Auswahl, wird häufig jener angegeben, der die besten Wahlchancen verspricht.

Erste Einblicke über die Motive der Berufsangabe gewährt eine qualitative Befragung von Reiser (2006).⁶⁵ Nach dieser teilen Stadträt*innen mit der Öffentlichkeit häufig ihren erlernten Beruf, obwohl sie diesen nicht mehr ausüben. Ein Grund hierfür ist der Eindruck, die Wählerschaft würde auf deskriptive Merkmale von Abgeordneten Wert legen⁶⁶ und Kandidierende mit bestimmten Berufen hätten Wettbewerbsvorteile. Einige Befragte glauben, gerade ‚normale‘ Berufe würden von der Wählerschaft gern gesehen, da diese Bodenhaftung suggerierten. Entsprechend

⁶⁵ Sie befragte 287 Räte in den Stadtparlamenten Frankfurt, Hannover, Nürnberg und Stuttgart.

⁶⁶ Der Zusammenhang zwischen deskriptiver Merkmale Kandidierender und deren Wahlerfolg ist für Deutschland empirisch vielfach belegt (siehe u. a. Mechtel 2014; Rosar u. a. 2007; Velimsky u. a. 2024a).

geben Kandidierende eher den erlernten Beruf an, anstatt bspw. einer langjährigen Tätigkeit im politischen Sektor (vgl. Reiser 2006: 149).

Dieser Einschätzung widerspricht empirisch die Überrepräsentation eben solcher Berufsgruppen in deutschen Parlamenten, was auch an den Rekrutierungspraktiken von Parteien liegt. Gerade auf Bundesebene werden zunehmend Abgeordnete aus politischen und politiknahen Berufen rekrutiert. So stieg der Anteil „Angestellter politischer und gesellschaftlicher Organisationen“ von 6,7 % in der 14. Wahlperiode (vgl. Deutsch und Schüttemeyer 2003) auf 22,5 % in der 20. Legislatur (vgl. Pyschny und Kintz 2022).⁶⁷ Insgesamt dominieren ökonomisch bessergestellte Gruppen und Berufe deutsche Parlamente.

Zu den Wahlchancen einzelner Berufe in Deutschland liefert Mechtel (2014) erste Befunde.⁶⁸ So findet er eine höhere Wahlwahrscheinlichkeit für „normale“ Berufe wie Bäcker, Fleischer, Bauern oder Polizeibeamte, aber auch für Karrierepolitiker*innen. Internationale Studien dokumentieren zudem besonders gute Wahlchancen für Juristen (Anwälte oder Richter) (Bonica 2020) und öffentliche Bedienstete (Geys u. a. 2022). Zur Wirkung von (Langzeit-) Erwerbslosigkeit auf Wahlchancen fehlen empirische Befunde. Die deskriptiven Analysen in Tabelle 3 deuten darauf hin, dass die explizite Angabe von Erwerbslosigkeit die Wahlwahrscheinlichkeit zumindest nicht erhöht. Keiner dieser Kandidierenden wurde gewählt, was aber auch andere Gründe haben kann, wie eine unpopuläre Partei oder ein schlechter Listenplatz. Interessant ist bei der Befragung von Reiser (2006), dass dort einige Ratsmitglieder falsche Angaben zu Ihrer wöchentlichen Arbeitszeit gemacht und öffentlich eine Vollzeitbeschäftigung deklariert haben, obwohl sie nur in Teilzeit gearbeitet haben.

Die Bezeichnung Hausmann/Hausfrau scheint dagegen weniger stigmatisierend zu wirken (siehe Tabelle 3). Es ist wahrscheinlich, dass Kandidierende wie auch Repräsentierende (Langzeit-) Erwerbslosigkeit oder Erfahrungen damit, nicht öffentlich teilen. Diese Vermutung ist jedoch empirisch nicht belegt.

Daher wurden Mehrebenenanalysen durchgeführt, um den Einfluss von angegebener Erwerbslosigkeit auf Wahlerfolg zu testen. Datengrundlage sind erneut die Berufsangaben von 6555 Kandidierenden in 21 Großstädten für die Kommunalwahlen 2014 in Nordrheinwestfalen (vgl. Velimsky u. a. 2024a). Untersucht wird anhand einer logistischen Regression (M1), wie die explizite

⁶⁷ Solch eine „positive Diskriminierung“ lässt sich auch bei den Kandidatenaufstellungen zugunsten politiknaher Berufe beobachten (vgl. Höhne 2010)

⁶⁸ Er untersucht die Kommunalwahlen 2009 in Baden-Württemberg.

Angabe der eigenen Arbeits- oder Erwerbslosigkeit⁶⁹ im Vorfeld der Wahl die Wahlchance beeinflusst – unter Kontrolle anderer deskriptiver Merkmale wie Alter, Geschlecht und der Ratsmitgliedschaft in vorheriger Legislatur (siehe Tabelle 4). Als Robustheitscheck wurde eine sogenanntes „linear probability model“ (M2) geschätzt.⁷⁰ Deskriptive Statistiken zu allen Variablen befinden sich im Tabelle 20 (Anhang 1).

Tabelle 4: Erwerbslosigkeit und Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen (2014)

Abhängige Variable:	Gewählt (ja=1; 0=nein) (M1)	Gewählt (ja=1; 0=nein) (M2)
Erwerbslosigkeit (1=ja; 0=nein)	-0.530* (0.232)	-0.054* (0.024)
Frau (1=ja; 0=nein)	0.061 (0.079)	0.008 (0.009)
Alter (31-45)	0.626*** (0.141)	0.060*** (0.015)
Alter (46-60)	0.750*** (0.134)	0.077*** (0.014)
Alter (61-75)	0.496*** (0.143)	0.045** (0.015)
Alter (76+)	-1.257** (0.425)	-0.065* (0.027)
Dokortitel (1=ja; 0=nein)	0.406* (0.177)	0.052* (0.023)
Amtsinhaber*in (1=ja; 0=nein)	2.797*** (0.087)	0.572*** (0.013)
Konstante	-2.493*** (0.134)	0.077*** (0.014)
Kandidierende	6,555	6,555
Wahlbezirke	659	659
Städte	21	21
Log Likelihood	-2,608.6	-2,2386.9

Anmerkungen: Standardfehler in Klammer; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001; Referenzkategorie für Alter = 18-30-jährige, eigene Berechnung und Darstellung.

Für beide Modelle wurden die Wahlkreise in die Städte genestet, da Stadtunterschiede zu erwarten sind. Die Ergebnisse zeigen eine signifikant

⁶⁹ Die Kategorie umfasst die Angaben: arbeitslos, erwerbslos, arbeitssuchend sowie Hausmann/Frau

⁷⁰ Deskriptive Statistiken zu allen Variablen befinden sich in Tabelle 20, Angaben zu Multikollinearität in Tabelle 21 (siehe Anhang 1).

geringere Wahlwahrscheinlichkeit für Kandidierende, die ihre Erwerbslosigkeit explizit nennen. Die Befunde bleiben auch in Modell 2 robust.

In einer Gesellschaft, die sich primär über den Beruf definiert, wird von Repräsentierenden eine hohe Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit erwartet. Angaben, die diesem Bild nicht entsprechen, scheinen bei der Wählerschaft negativ konnotiert zu sein. Dafür spricht auch, dass die Bezeichnung Hausfrau für Frauen weniger negativ konnotiert zu sein scheint als Hausmann bei Männern. Möglicherweise werden Frauen immer noch stark mit Kindererziehung in Verbindung gebracht. Hausfrau zu sein stünde demnach für Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit in der Familie.

Bezogen auf Langzeiterwerbslosigkeit sind noch größere Stigmatisierungseffekte zu erwarten, da weite Teile der Gesellschaft ein eher negatives Bild von Betroffenen haben (siehe Kapitel 2.2.3). Folglich wird Langzeiterwerbslosigkeit von Politiker*innen nur selten mit der Öffentlichkeit geteilt, aus Angst vor öffentlicher Stigmatisierung und negativen Auswirkungen auf die eigene politische Karriere.

Hinzu kommt, dass viele Betroffene sehr mit ihrer prekären Lebenslage beschäftigt sind und oft keine Energie haben, sich auf ein politisches Amt zu bewerben, zumal viele ohnehin wenig Vertrauen in das Funktionieren repräsentativer Demokratie in Deutschland haben (siehe Kapitel 1). In diesem Kontext dokumentieren Kroh und Könnecke (2013) einen besonders starken Ungleichheitsgrad zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen bei der Mitarbeit in Parteien und sonstigen politischen Organisationen. Auch in Parteien dominieren akademisch gebildete Vertreter*innen der gehobenen Mittelschicht, die häufig im öffentlichen Dienst tätig sind oder waren (vgl. Biehl 2017).

Eine Kandidatur für politische Ämter erfordert außerdem Netzwerke und eigene Ressourcen, die Betroffene selten aufbringen können, selbst wenn sie ein politisches Amt anstreben. Daher bringen sich Parteiangehörige mit geringeren ökonomischen Ressourcen eher in Vereinsaktivitäten ein, wogegen ressourcenstarke Parteiangehörige stärker an politischer Gestaltung und Positionen interessiert sind und sich bei der Postenvergabe auch eher durchsetzen. Dieses Ungleichgewicht wird größer, je höher die politische Position ist (vgl. Biehl 2017).

Insgesamt gibt es keine Daten zur deskriptiven Repräsentation von Langzeiterwerbslosen in Deutschland. In diesem Kapitel konnte aber eine starke Unterrepräsentation Erwerbsloser auf allen föderalen Ebenen gezeigt werden, was u. a. an Stigmatisierungseffekten von Erwerbslosigkeit an der Wahlurne liegt. Aufgrund der genannten Argumente ist eine noch größere Verzerrung in der

deskriptiven Repräsentation von Langzeiterwerbslosen naheliegend. Gleichzeitig stellen sich Betroffene aufgrund fehlenden Vertrauens und fehlender Ressourcen, selten für politische Ämter zur Verfügung.

Aus theoretischer Sicht gibt es gute Gründe für eine stärkere deskriptive Abbildung von Langzeiterwerbslosen in staatlicher Legislative, um eben das geringe Vertrauen in die Institutionen und Akteure repräsentativer Demokratie zu verbessern und auch die wahrgenommene Zugänglichkeit des Systems für die eigenen Interessen zu erhöhen. Trotz der kaum vorhandenen deskriptiven Repräsentation Langzeiterwerbsloser, bedeutet dies nicht zwingend eine Unterrepräsentation ihrer Interessen. Denn diese können immer noch durch Parteien und andere Repräsentierende vertreten werden. Aus Sicht einiger Forschenden ist ohnehin entscheidend, welche Interessen vertreten werden und weniger, wer diese Interessen vertritt (Swain 1995; Young 2000). Inwieweit die Interessen Betroffener trotz fehlender deskriptiver Repräsentation in staatlicher Legislative vertreten werden, zeigt das nächste Kapitel.

3.2.3. Substanzielle Repräsentation Langzeiterwerbsloser

„[...] also wenn ich jetzt die Parteienlandschaft hier in Deutschland sehe und alles anhöre, dann sage ich mir einfach, wenn ich jetzt meine Waschmaschine anmache, habe ich mehr davon [...] die Programme sind deutlich besser als die ganzen Parteien“ (Herr S., Nr. 24: S.12).

Wie in Kapitel 3.2.2. beschrieben, erfasst substanzielle Repräsentation die Interessenvertretung der eigenen politischen Ansichten durch gewählte Repräsentierende (vgl. Pitkin 1967).

Dort wurde ebenso gezeigt, dass deskriptive Merkmale wie Gruppenzugehörigkeiten und der soziostrukturelle Hintergrund die Wertvorstellungen, Einstellungen und folglich das Repräsentationsverhalten von Repräsentierenden beeinflussen können (vgl. Norris und Franklin 1997).

Doch ist dieser Zusammenhang komplex und nicht immer existent, wie Bühlmann, Widmer und Schädel (2010) zeigen. Die Autoren finden in Schweizer Kantonen mit einem hohen Maß an deskriptiver Repräsentation hinsichtlich der Geschlechterverteilung, eine geringere substanzielle Repräsentation.

Neben deskriptiven Merkmalen gibt es noch andere Faktoren, die das Repräsentationsverhalten von Abgeordneten beeinflussen können. In parlamentarischen Systemen wie in Deutschland haben Parteien eine sehr starke Stellung. Der politische Wettbewerb erfolgt dort weitgehend über Parteien und deren politischer Inhalte. Abgeordnete repräsentieren ihre Partei, indem sie die inhaltlichen

Positionen dieser vertreten und sich für Ziele der jeweiligen Partei einsetzen. Folglich beeinflussen Parteien das parlamentarische Verhalten ihrer Mitglieder maßgeblich (siehe Egner u. a. 2013; Sieberer 2006; Zittel u. a. 2019).

Bezogen auf Langzeiterwerbslose, zeigt die Forschung, dass ärmere Schichten inhaltlich eher von Parteien vertreten werden, die auf der politischen Links-Rechts-Skala, ideologisch eher links verortet sind (siehe Bobbio 1996; Green-Pedersen und Jensen 2019; Klingemann u. a. 2006; Schakel und Burgoon 2021). Für Deutschland sind diese Befunde bestätigt. Auf lokaler Ebene messen z.B. die SPD und die Linke Maßnahmen zur Erhaltung des Niveaus der Daseinsvorsorge sowie gegen Ausgrenzung und Armut eine besonders große Relevanz bei (vgl. Egner u. a. 2013: 80). Allerdings hat gerade die SPD wegen der Agenda 2010, bei Langzeiterwerbslosen sehr viel Vertrauen verloren (siehe Kapitel 3.1.4.). Insgesamt zeigen Analysen von Lehmann, Regel und Schlote (2015), dass Parteien mit wenigen Ausnahmen ihre Wählenden aus der Mittel- und Oberschicht besser repräsentieren als jene aus der Unterschicht.

Neben Parteizwängen können auch instrumentelle Motive wie finanzielle Abhängigkeiten (z.B. Wahlkampfspenden) oder generell das Interesse wiedergewählt zu werden, das Repräsentationsverhalten Abgeordneter beeinflussen (vgl. Mansbridge 2003; Strøm 1997). Daher werden Mehrheitsmeinungen und die Interessen einflussstarker Gruppen eher vertreten als die Interessen marginalisierter Gruppen. Denn diese machen meist nur einen geringen Teil der Wählerschaft aus und haben oft geringere Partizipationsraten (vgl. Lehmann u. a. 2015) (siehe Kapitel 1.4). Bei Langzeiterwerbslosen kommt noch ihr eher negatives öffentliches Bild hinzu, weshalb die Interessenvertretung Betroffener – besonders mit Bezug zum Thema Hartz-IV – die Chancen einer Wiederwahl verringern kann.

Es folgt eine empirische Aufarbeitung zur substanziellen Repräsentation von Langzeiterwerbslosen in Deutschland. Speziell zu Langzeiterwerbslosen gibt es hierzu jedoch keine empirischen Studien. Erkenntnisse über deren Interessenvertretung können aber aus der Responsivitätsforschung gewonnen werden, die sich auf die Präferenzen verschiedener Einkommensgruppen oder sozialer Schichten konzentriert. Eine wesentliche Erkenntnis aus diesem Forschungsbereich ist, dass die Interessen wohlhabender Gruppen besser vertreten werden als die Interessen ärmerer Gruppen (siehe u. a. Bartels 2008; Carnes und Lupu 2015; Gilens 2005, 2012; Lupu und Warner 2022; Schakel 2021).⁷¹

⁷¹ Seit der Studie von Miller und Stokes (1963) wird substanzielle Repräsentation meist über die Kongruenz von politischen Orientierungen der Repräsentierten mit den Orientierungen und dem Abstimmungsverhalten ihrer Repräsentant*innen gemessen.

Ungleiche Responsivität ist vorwiegend für den amerikanischen Kontext dokumentiert. Dort zeigen empirische Studien eine starke und konsistente Unterrepräsentation von Meinungen ärmerer Bevölkerungsteile in politischen Entscheidungsprozessen (siehe Bartels 2008; Gilens 2005, 2012; Gilens und Page 2014; Flavin 2012). Gilens und Page (2014) zeigen zudem: Die Forderungen wirtschaftsnaher Interessensgruppen und einkommensstarker Individuen spiegeln sich viel häufiger in den politischen Entscheidungen wider als die von arbeitnehmernahen Organisationen, sowie von mittleren und unteren Einkommensgruppen.

Überdies finden Flavin und Franko (2020), dass Bürger*innen, die in einem Gebiet mit konzentriertem Wohlstand leben, unabhängig von ihrem individuellen Einkommensniveau besser durch ihre Kongressabgeordneten vertreten werden als Bürger*innen, die in einem Gebiet mit großer Armut leben. Diese ungleiche Responsivität gegenüber ärmeren sozialen Schichten und Einkommensgruppen ist mittlerweile auch für Länder in Lateinamerika (siehe Carnes und Lupu 2015) und in Europa belegt (siehe u. a. Giger u. a. 2012; Lupu und Tirado Castro 2022; Peters und Ensink 2015; Schakel 2021; Schakel u. a. 2020; Traber u. a. 2021).

Für Deutschland gibt es bisher zwei Studien, die sich mit ungleicher Responsivität in Parlamenten empirisch befassen (siehe Elsässer u. a. 2017, 2021). In Anlehnung an die Studien von Gilens (2005; 2012) untersuchen Elsässer, Hense, und Schäfer (2017), inwieweit die Befunde zu ungleicher Responsivität in den USA auch auf Deutschland zutreffen. Dazu werten sie 252 Sachfragen aus den Deutschland Trend-Umfragen (1998 bis 2013) aus. Gefragt wurden jeweils aktuell diskutierte Politikänderungen und Reformen aus einem breiten Spektrum politischer Themen.⁷² Die Autor*innen zeigen starke Unterschiede in den Einstellungen zu allen Themen zwischen Befragten aus unterschiedlichen Einkommensperzentilen. Die Abweichungen sind dabei so groß, „[...] dass politische Entscheidungen einseitig die Präferenzen einzelner Gruppen reflektieren können“ (Elsässer u. a. 2017: 170).

Sie finden dabei keinen und teilweise sogar einen negativen Effekt von Interessen einkommensschwacher Schichten auf deren inhaltliche Implementierung (vgl. Elsässer u. a. 2017). Außerdem werden auch Veränderungen in Politikfeldern maßgeblich von den Präferenzen höherer Einkommensgruppen beeinflusst, wogegen die Präferenzen mittlerer und ärmer Einkommensgruppen keinen Effekt auf politische Entscheidungen haben (vgl. Elsässer u. a. 2021). Befunde zu substanzieller Repräsentation dokumentieren insgesamt eine geringe bzw. kaum

⁷² Diese wurden folgenden Politikfeldern zugeordnet: Gesellschaftspolitik, Migration, Umwelt & Energie, Wirtschaft & Finanzen, Arbeitsmarkt & Sozialpolitik, sowie Außenpolitik.

vorhandene Interessenrepräsentation ärmerer Bevölkerungsschichten, was im Besonderen für Langzeiterwerbslose gelten dürfte.

3.2.4. Hypothesen zu politischer Exklusion

Langzeiterwerbslose nehmen Politiker*innen nicht nur als abgehoben von der eigenen Lebensrealität wahr, sondern sie fühlen sich vom aktuellen politischen System nicht vertreten. Dieses Gefühl politischer Exklusion ist dabei empirisch belegbar. Langzeiterwerbslose sind in deutschen Parlamenten sowohl deskriptiv als auch substantiell so gut wie nicht vertreten.

Unter der Prämisse, dass ein wesentliches Merkmal einer Demokratie darin besteht, allen Bürger*innen die gleichen Chancen einzuräumen, die eigenen Interessen in das politische System implementieren zu können (Dahl 1998), stellen diese Befunde das Funktionieren der Demokratie in Deutschland infrage, und das nicht nur aus Sicht benachteiligter Gruppen. Folglich wird erwartet, dass diese fehlende Repräsentation Betroffener ihre Bewertung repräsentativer Demokratie beeinflusst und dass darüber hinaus die Erfahrungen mit sozialer Exklusion auch das Gefühl politischer Exklusion beeinflussen.

Hypothese 5: Je stärker das Gefühl politischer Exklusion bei Betroffenen ist, desto negativer ist auch deren Bewertung der repräsentativen Demokratie in Deutschland.

Hypothese 6: Die Erfahrungen Betroffener mit sozialer Exklusion beeinflussen, mediiert durch ein Gefühl politischer Exklusion, indirekt ihre Bewertung der repräsentativen Demokratie in Deutschland.

Alle aufgestellten Hypothesen werden im nächsten Kapitel überprüft. Außerdem wird explorativ getestet, inwieweit soziale und politische Exklusion bei Betroffenen einen Einfluss auf die Bewertung alternativer Repräsentationsmodelle hat.

4. Empirische Analysen

In diesem Kapitel werden die empirischen Analysen der Arbeit präsentiert. Die Datengrundlage hierfür sind eigene Erhebungen. Der Erhebungsprozess wird nun geschildert. Danach folgt die Operationalisierung der verwendeten Variablen. Anschließend werden Ergebnisse der empirischen Analysen vorgestellt und abschließend zusammengefasst (Kapitel 4.6).

4.1. Datenerhebung: Eine Übersicht

Im Rahmen der Arbeit wurde eine deutschlandweite quantitative Befragung mit Langzeiterwerbslosen durchgeführt. Außerdem gab es zwei Diskussionsveranstaltungen mit Betroffenen zu deren Repräsentationspräferenzen.

Für die Datenerhebung wurde zusammen mit Manuel Walter und André Bächtiger das Forschungsprojekt „Inklusive Demokratie – Die Sicht von Menschen in prekären Lebenslagen auf die Demokratie“ initiiert.⁷³

Das Projekt war im „Participation und Deliberation Lab“⁷⁴ des Zentrums für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart (ZIRIUS) angesiedelt und wurde vom Lehrstuhl für „Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung“ am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart betreut, dessen Inhaber Prof. André Bächtiger ist.⁷⁵

Das Projekt ist eine Weiterführung der beiden Denkfabrikstudien *„Gib mir was, was ich wählen kann‘ Demokratie ohne Langzeiterwerbslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen“* und *„Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort“* in denen, die in Kapitel 2 und 3 ausgewerteten qualitativen Interviews entstanden sind (siehe Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). Die Arbeit in diesen beiden Studien hat uns für die Wichtigkeit der Betroffenenperspektive sensibilisiert. Ein zentrales Anliegen des „Inklusive Demokratie-Projekts“ war deshalb, die Sicht Langzeiterwerbsloser als Expert*innen der eigenen Lebensrealität über den gesamten Prozess einzubeziehen.

4.2. Operationalisierung und Daten

Zur Überprüfung der in Kapitel 2 und 3 aufgestellten Hypothesen wurden multivariate lineare Regressionen (OLS) gerechnet (siehe Kapitel 4.3). Für Hypothese 6 wurden zudem kausale Mediationsanalysen durchgeführt (siehe

⁷³ In dem Projekt sind zwei Dissertationen entstanden. Es werden daher nur die in dieser Arbeit verwendeten Items aufgeführt.

⁷⁴ Webseite unter: <https://www.zirius.uni-stuttgart.de/participation-and-deliberation-lab/>, abgerufen am 18.08.2023.

⁷⁵ Für das Projekt gab es keine finanzielle Förderung.

Kapitel 4.3.1). Die verwendeten Variablen und deren Operationalisierung werden nun vorgestellt. Die deskriptiven Statistiken zu allen Variablen sind in Tabelle 22 aufgeführt. Eine Übersicht zu allen Frageitems gibt Tabelle 23. Dort sind auch alle Fragen aufgeführt, anhand derer Indizes gebildet wurden. Die genannten Tabellen befinden sich in Anhang 1, die Umfrage mit den verwendeten Fragen in Anhang 2.

4.2.1. Abhängige Variablen: Repräsentationsmodelle

Bei den fünf Repräsentationsmodellen liegt der Fokus primär auf der Entscheidungsdimension. Der Logik einzelner Modelle folgend wird teilweise auch kenntlich gemacht, wer Gesetzesvorschläge einbringt. Im Survey wurden die Teilnehmenden um die Bewertung der einzelnen Modelle gebeten („Wie bewerten Sie dieses Modell?“). Alle Modelle sind auf einer 7er-Skala operationalisiert. Hohe Werte bedeuten eine positive Bewertung (0=sehr negativ; 6=sehr positiv). Die deskriptive Auswertung der einzelnen Modelle, also wie diese bewertet werden, erfolgte in Kapitel 1.4 (siehe Abbildung 6).

Repräsentative Demokratie wurde bewertet anhand der Aussage: *„Demokratisch gewählte Politiker*innen erarbeiten Vorschläge und beschließen diese“*. Das **direktdemokratische Modell** basiert auf der Information: *„Bürger*innen stimmen in einem Referendum über einen Gesetzentwurf ab“* und das **deliberative Modell** auf der Aussage: *„Geloste Bürger*innen beraten untereinander und machen Vorschläge an die Politik, die dann darüber entscheiden.“*

Hinsichtlich der delegativen Modelle wurden folgende Statements bewertet. *„Expert*innen erarbeiten Vorschläge und beschließen Gesetze“* (**Expertokratie**) und *„Ein starker gewählter Leader entscheidet selbst über Gesetzentwürfe“* (**Strong Leader Modell**). Zu jedem Modell wurden jeweils zwei Pro- und Kontraargumente genannt, auf die in den jeweiligen Analyseanteilen näher eingegangen wird (siehe Umfrage in Anhang 2.).

4.2.2. Prädiktor Variablen: soziale und politische Exklusion

Im Folgenden wird die Operationalisierung der Variablen zu sozialer und politischer Exklusion vorgestellt. Die Prädiktoren wurden auf einer 7er-Skala (0 bis 6) bzw. auf einer 5er-Skala (0 bis 4)⁷⁶ gemessen. Dieses Vorgehen erlaubt den Befragten, sich für eine Mittelkategorie zu entscheiden. Lediglich Stigmatisierungserfahrungen werden über eine Zählvariable (count) ohne Mittelkategorie gemessen.

⁷⁶ Nur bei materieller Teilhabe.

Die Partizipationsdimensionen sozialer Exklusion (materielle, soziale und kulturelle Exklusion) sowie politische Exklusion werden über die Möglichkeiten der Teilhabe bzw. der Wahrnehmung dieser operationalisiert. Das erleichtert die Interpretation der Effekte. Exklusion bedeutet in diesem Fall eine eingeschränkte oder keine Teilhabe. Deskriptive Statistiken zu allen Variablen befinden sich in Tabelle 22, die Frageitems in Tabelle 23 (Anhang 1).

Materielle Teilhabe (H1) wird über die subjektive Einschätzung der eigenen ökonomischen Lage gemessen.⁷⁷ Gefragt wurde: *„Bitte denken Sie an Ihr Haushaltseinkommen und wie sie damit zurechtkommen“*. Hohe Werte auf der 5er-Skala bedeuten ein gutes subjektives Auskommen. Insgesamt bewerten die Befragten ihre materiellen Teilhabemöglichkeiten eher schlecht (mean = 1,54).

Soziale und kulturelle Teilhabe wird über die Zustimmung zu zwei Aussagen erfasst. Die Zustimmungswerte reichen von 0 („überhaupt nicht“) bis 6 („voll und ganz“). **Kulturelle Teilhabe (H2a)** wird operationalisiert über das Statement: *„An Freizeitaktivitäten oder kulturellen Veranstaltungen kann ich teilnehmen, wenn ich das möchte.“* Hohe Werte indizieren gute Teilhabemöglichkeiten. Die Befragten bewerten ihre kulturellen Teilhabemöglichkeiten eher schlecht (mean = 2,44). **Soziale Teilhabe (H2b)** wird über die Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten mit Familie und Freunden gemessen (*„Die Erwerbslosigkeit erschwert gemeinsame Aktivitäten mit Freunden und Familie“*). Die Variable wurde rekodiert. Hohe Werte bedeuten eine gute soziale Teilhabe. Die Befragten sind eher überzeugt, ihre Erwerbslosigkeit schränkt ihre soziale Teilhabe ein (mean = 1,93).

Stigmatisierungserfahrungen im Alltag (H3) sind ein sensibles Thema und werden daher über zwei Variablen gemessen. Zum einen wurde direkt die Häufigkeit erfahrener Alltagsdiskriminierung erfragt: (*„Wie häufig begegnen Sie im Alltag Vorurteilen gegenüber Erwerbslosen?“*). Die Skala reicht von (0 = „nie“) bis (6 = „mehrmals am Tag“). Die Variable wurde dichotomisiert (1 = mehrmals in der Woche bis mehrmals am Tag; 0 = einmal in der Woche bis nie) und dient als ein „hartes“ Kriterium für Alltagsdiskriminierung. Ab dieser Häufigkeit werden erhebliche Auswirkungen auf das Alltagserleben und Wohlbefinden Betroffener erwartet. Immerhin 43,6 % der Befragten begegnen mehrmals in der Woche oder häufiger, Vorurteilen gegenüber Langzeiterwerbslosen. Zusätzlich wird Stigmatisierung über eine eher indirekte und allgemeine Bewertung des Alltags in Langzeiterwerbslosigkeit erfasst („weiches Kriterium“): *„In Alltagssituationen spielt es keine große Rolle, dass ich erwerbslos bin“*. Die Variable wurde rekodiert. Hohe

⁷⁷ Da die Frage sehr sensibel ist, haben wir auf Rat Betroffener auf die Abfrage von Zahlenwerten verzichtet.

Werte auf der 7er-Skala indizieren Probleme im Alltag durch die Erwerbslosigkeit. Insgesamt tendieren die Befragten hier eher zur Mittelkategorie (mean = 3,39).

Die **Erfahrungen mit dem Jobcenter (H4)** werden über die subjektive Einschätzung Betroffener erfasst, wie fair sie sich vom jeweiligen Jobcenter behandelt fühlen („*Das Jobcenter behandelt mich fair?*“). Hohe Werte auf der 7er-Skala (0 bis 6) bedeuten eine faire Behandlung. Insgesamt sind die Erfahrungen der Befragten mit dem Jobcenter eher schlecht (mean = 2,35).

Politische Exklusion (H5a) wird über „external efficacy“ operationalisiert, einer von zwei Dimensionen des „political efficacy“ Konzepts, welches sich seit den 1960er-Jahren als gängiger Erklärungsfaktor für die Bewertung von Demokratie etabliert hat. Political efficacy kann als politisches Einflussbewusstsein umschrieben werden. External efficacy ist die subjektiv wahrgenommene Zugänglichkeit des politischen Systems und misst, inwieweit das politische System als responsiv gegenüber den eigenen Wünschen und Bedürfnissen wahrgenommen wird. Der Indikator eignet sich daher gut zur Messung von politischer Exklusion und wird auch in Repräsentationsforschung häufig verwendet (siehe u. a. Atkeson und Carrillo 2007; Bienstman u. a. 2023; Esaiasson u. a. 2015). Operationalisiert wird „external efficacy“ als Index, bestehend aus den beiden Fragen: „*In welchem Maß gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen?*“ und „*In welchem Maß gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?*“. Hohe Werte auf der Index-Skala (0 bis 6) bedeuten, dass das politische System als zugänglich für die eigenen Interessen wahrgenommen wird und sich der/die jeweilige Befragte politisch wenig exkludiert fühlt. Insgesamt bewerten die Befragten das politische System eher als unzugänglich gegenüber den eigenen Interessen (mean = 1,98).

4.2.3. Kontrollvariablen

Es wird auf weitere soziale, politische und soziodemografische Faktoren kontrolliert. Wie in Kapitel 3. und 4. beschrieben, machen Betroffene auch die **mediale Berichterstattung** verantwortlich, für ihr negatives Bild in der Öffentlichkeit. Gerade Medien wie die Bildzeitung haben negative Äußerungen von Politiker*innen über Betroffene (siehe Kapitel 3.1.4) dankbar aufgegriffen und wochenlang thematisiert (vgl. Kessl u. a. 2007). Nicht zuletzt wegen medialer Debatten war das Verb „hartzen“ 2009 Jugendwort des Jahres und bezeichnet umgangssprachlich das Bestreiten des Lebensunterhalts durch Arbeitslosengeld II (vgl. Dudenredaktion o. J.). Folglich kann die Wahrnehmung medialer

Berichterstattung auch die Bewertung repräsentativer Demokratie und alternativer Repräsentationsmodelle beeinflussen. Die Variable wird gemessen über die Zustimmung zu der Aussage: *„Die Berichterstattung über Erwerbslose in den Medien ist fair“*. Hohe Werte auf der 7er-Skala bedeuten eine faire Berichterstattung aus Sicht Betroffener.

Neben der Berichterstattung wird kontrolliert, inwieweit Betroffene die **Hartz-IV-Reformen** mit Ihrem Leitmotiv „Fordern und Fördern“ für das negative Öffentlichkeitsbild Langzeiterwerbsloser verantwortlich machen. Die Variable wird gemessen über die Zustimmung zu dem Statement: *„Die Hartz-IV-Reformen haben zu einem negativen Bild von Erwerbslosen beigetragen“*. Es wird angenommen: Eine hohe Zustimmung zu der Aussage auf der 7er-Skala geht mit einer negativen Bewertung repräsentativer Demokratie einher.

Schließlich werden die gesundheitlichen Auswirkungen von Langzeiterwerbslosigkeit berücksichtigt. Es ist bekannt, dass Erwerbslosigkeit und generell prekäre Lebensverhältnisse negative Auswirkungen auf die physische als auch psychische Gesundheit (z.B. Depressionen oder Angststörungen) haben können (Ridley u. a. 2020). Auch in den Interviews berichten Befragte davon, wie Frau T., die offen anspricht: *„[...] zurzeit habe ich [...] Depression, weil ich keine Arbeit habe“* (Nr. 45: S. 1) oder Herr D. der sogar der Auffassung ist: *„Sie können mir nicht sagen, dass ein Hartz IV-ler noch nie an Selbstmord gedacht hat.“* (Nr. 2: S.37). Die Variable wird operationalisiert mit der Zustimmung zu der Aussage: *„Meine Gesundheit hat unter der Erwerbslosigkeit gelitten“*. Da das aktuelle politische System mitverantwortlich für die prekäre Lage Betroffener gemacht wird (siehe Kapitel 3.1.), ist eine eher negative Bewertung repräsentativer Demokratie bei Befragten zu vermuten, mit hohen Zustimmungswerten zu dieser Aussage (7er-Skala).

Neben sozialen Indikatoren werden auch politische Determinanten berücksichtigt. **Politisches Vertrauen** ist ein wichtiger Indikator für die Bewertung repräsentativer Demokratie (siehe u. a. Coffé und Michels 2014). In den Interviews wird vor allem die Beziehung zu Politiker*innen angesprochen, die teilweise als abgehoben und desinteressiert an den Nöten Betroffener gesehen werden (siehe Kapitel 3.1.). Politisches Vertrauen wird mit der Proxyvariable „Vertrauen in Politiker*innen“ operationalisiert (siehe Tabelle 23, Anhang 1).

Weiterhin wird auf das **politische Interesse** kontrolliert mit der Frage *„Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?“* sowie auf **„Internal Efficacy“** welches die subjektive Überzeugung abbildet (Kompetenzbewusstsein) politische Prozesse beeinflussen zu können (vgl. Vetter und Remer-Bollow 2017). Internal Efficacy ist

ein Index bestehend den zwei Items: „*Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich allgemein am politischen Geschehen zu beteiligen?*“ und „*Wie fähig fühlen Sie sich, eine aktive Rolle in einer Gruppe zu übernehmen, die sich für politische Themen engagiert?*“. Sowohl politisches Interesse als auch internal Efficacy werden auf einer 7er-Skala operationalisiert. Hohe Werte indizieren ein großes Vertrauen bzw. Interesse. Beides sind gängige Indikatoren zur Erklärung von politischer Partizipation und Demokratiezufriedenheit, wobei hohe Werte eine positive Bewertung repräsentativer Demokratie aber auch partizipativer Alternativen vermuten lassen (vgl. Gherghina und Geissel 2020).

Weiterhin wird die auf die ideologische Einstellungsextremität kontrolliert. Dafür wird die politische Selbsteinstufung auf der Links-Rechts (11er) Skala dichotomisiert. Erfasst wird, wer sich den Rändern der Skala zuordnet (1= extrem 0=nicht extrem) (vgl. Goldberg und Bächtiger 2019).⁷⁸ Wer sich den Rändern des ideologischen Spektrums zuordnet, bewertet repräsentative Demokratie eher negativ und bevorzugt eher Alternativmodelle, so die Vermutung.

Ferner wird ein additiver **Wahlindex** in die Analysen aufgenommen. Dieser erfasst die Teilnahme an der letzten Europa-, Bundestags-, Landtags-, und/oder Kommunalwahl (Skala 0 bis 4). Bei einer hohen Partizipationsrate wird eine eher positive Bewertung repräsentativer Demokratie erwartet.

Schließlich wird auf **populistische** und **technokratische** Einstellungen kontrolliert. Wie in Kapitel 1 beschrieben, liegt **Populismus** die Idee zugrunde, der „Volkswille“ sei die Grundlage von Demokratie. Hervorgehoben werden der „gesunde Menschenverstand“ und die moralische Überlegenheit der Bürger*innen im Vergleich zu gewählten Repräsentierenden, die als korrupte Eliten gelten. Populistische Einstellungen sind besonders stark bei Menschen mit geringen Einkommen (vgl. Vehrkamp und Merkel 2020). Technokratische Vorstellungen beruhen auch auf dem Misstrauen gegenüber gewählten Politiker*innen. Als Lösung werden Entscheidungen durch unabhängige Expert*innen bevorzugt (siehe Kapitel 1.1.2). Technokratie kann unterschiedliche Ausprägungen annehmen. Eine Ausprägung sind sogenannte „stealth“ Einstellungen. Basierend auf dem „stealth democracy“ Konzept von Hibbing und Theiss-Morse (2002) präferieren es Bürger*innen nicht mit politischen Entscheidungen behelligt zu werden und wünschen sich erfolgreiche Geschäftsleute (Experten*innen) als politische Entscheidungsträger*innen. Denn diese seien unabhängig und weniger anfällig für

⁷⁸ Es wird nicht zwischen beiden Rändern unterschieden.

Bestechung. Der Indikator wird als zusätzliche Messung für Technokratie Einstellungen verwendet.

Populismus, Technokratie-, sowie Stealth Einstellungen sind Indizes bestehend aus mehreren Frageitems, die auf einer 7er-Skala gemessen werden (siehe Tabelle 23, Anhang 1). Alle Variablen sind so rekodiert, dass hohe Werte ein hohes Maß der jeweiligen Einstellung bedeuten.

Populismus- und Technokratie Einstellungen werden über den Populismus Index von Akkerman, Mudde und Zaslove (2014) operationalisiert. Technokratie Einstellungen werden über die Elitismus Dimension erfasst (vgl. Akkerman u. a. 2014). Die Zustimmung zu „stealth“ Einstellungen wird in Anlehnung an Hibbing und Theiss-Morse (2002) mit einer Fragebatterie, bestehend aus vier Fragen operationalisiert (siehe Tabelle 23, Anhang 1). Die Erwartung ist: Jene mit technokratischen und „stealth“ Einstellungen bevorzugen eher delegative Alternativen und jene mit populistischen Einstellungen eher partizipative Alternativen.

Schließlich werden soziodemografische Prädiktoren in die Modelle aufgenommen. Zum einen wird die **Dauer der Erwerbslosigkeit** erfasst mit der Frage: *„Wie lange sind oder waren Sie erwerbslos?“*.⁷⁹ Die Dauer der Erwerbslosigkeit wird in Jahren gemessen. Eine Verstetigung sozialer Exklusionsprozesse wird wahrscheinlicher, je länger der Zustand der Erwerbslosigkeit andauert (Kronauer 2010b; Jahoda u. a. 2021). Es wird eine negativere Bewertung repräsentativer Demokratie erwartet, je länger die Erwerbslosigkeit andauert.

Außerdem werden Alter (in Jahren), Geschlecht (1= Mann; 0= Frau), und Bildungsstand (7er-Skala) der Befragten berücksichtigt.

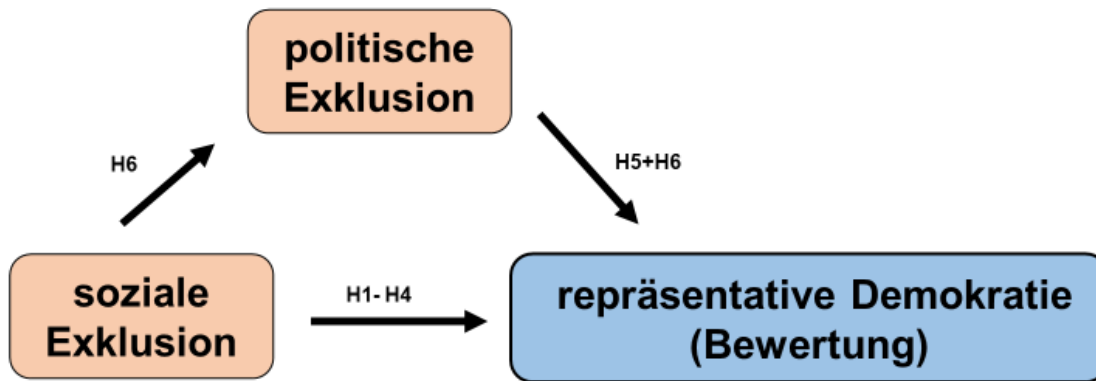
Schließlich werden für die beiden partizipativen Alternativmodelle zwei Indizes zu den Gründen für die Befürwortung von Bürgerbeteiligung hinzugefügt. Unterschieden wird dabei zwischen „normativen“ und „instrumentellen Motiven“. Die Indizes bestehen aus jeweils zwei Items, die auf einer 7er-Skala operationalisiert sind (siehe Tabelle 23, Anhang 1). Hohe Werte bedeuten starke instrumentelle oder normative Motive für Bürgerbeteiligung.

⁷⁹ Die Frage ist an eine Filterfrage geknüpft, die misst, ob der/die jeweilige Befragte schon einmal mindestens ein Jahr erwerbslos gewesen ist.

4.3. Bewertung repräsentativer Demokratie in Deutschland

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der empirischen Analysen vorgestellt. Die zu testenden Zusammenhänge hinsichtlich der Bewertung repräsentativer Demokratie sind in Abbildung 10 noch einmal veranschaulicht.

Abbildung 10: Konzept der Arbeit mit Hypothesen



Anmerkung: Eigene Darstellung

Zur Überprüfung der Hypothesen wurden multivariate lineare Regressionen (OLS) gerechnet. Damit kann der Einfluss der Haupterklärungsvariablen auf die abhängige Variable unter Berücksichtigung anderer Prädiktoren errechnet werden. Für eine bessere Interpretation der Ergebnisse und der Vergleichbarkeit auch zwischen den Modellen werden jeweils die unstandardisierten Regressionskoeffizienten (b) angegeben. Alle Modelle wurden auf Multikollinearität⁸⁰ und Heteroskedastizität⁸¹ überprüft. Die Ergebnisse der Analysen sind in den Tabellen 5. und 6. abgebildet.

Die Variablen werden stufenweise eingeführt. Das erste Modell (M1) beinhaltet nur die Prädiktoren zu den Hypothesen (H1-H5). Im zweiten Modell werden Kontrollvariablen eingeführt (siehe Tabelle 5.). Anschließend werden Populismus- und Technokratie Einstellungen (M3) sowie die Stealth-Einstellungen (M4) hinzugefügt (siehe Tabelle 6.).

⁸⁰ Für alle Modelle ist der „variance inflation factor“ (VIF) angegeben (in den Tabellen 25, 25 sowie 28–31, Anhang 1). VIF-Werte über 10 gelten als kritisch, da sie auf Multikollinearität in einem Modell hindeuten (James u. a. 2013). VIF-Werte unter 5 bedeuten dagegen eine geringe Korrelation der jeweiligen Variable mit anderen Indikatoren. Konservativere Ansätze schlagen eine VIF-Schwelle von 3 für geringe Korrelationen vor (siehe Zuur u. a. 2010). Bei den Analysen bleiben die VIF-Werte unter dem Wert 2.

⁸¹ Dafür wurden Breusch-Pagan-Tests durchgeführt. Die Ergebnisse befinden sich in Tabelle 24 in Anhang 1. Für Modelle, in denen Heteroskedastizität nicht ausgeschlossen werden kann, also dass die Residuen auf jeder Ebene der Prädiktorvariablen nicht mit gleicher Varianz verteilt sind, werden robuste Standardfehler geschätzt (HC3). Dieser Schätzer eignet sich besonders für kleine Fallzahlen (vgl. Long und Ervin 2000).

Tabelle 5: Bewertung repräsentativer Demokratie (OLS-Regressionen) -Teil 1

	<i>Abhängige Variable: Repräsentative Demokratie – Bewertung</i>	
	M1	M2
Materielle Teilhabe (H1)	0.272** (0.087)	0.104 (0.089)
Kulturelle Teilhabe (H2a)	0.115 (0.062)	0.090 (0.065)
Soziale Teilhabe (H2b)	0.149** (0.057)	0.124* (0.058)
Stigmatisierung im Alltag (H3)	-0.341 (0.192)	-0.243 (0.193)
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	0.055 (0.053)	0.066 (0.055)
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	0.091 (0.056)	0.051 (0.056)
Politische Teilhabe (H5)	0.424*** (0.072)	0.251** (0.086)
Berichterstattung in Medien (fair)		0.021 (0.073)
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen		0.052 (0.070)
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen		-0.049 (0.055)
Vertrauen in Politiker*innen		0.476*** (0.083)
Politisches Interesse		0.006 (0.099)
Internal Efficacy		0.042 (0.097)
Politische Selbsteinstufung (Extreme)		-0.427* (0.208)
Wahl (Index)		0.136 (0.080)
Erwerbslosigkeit (Dauer)		0.002 (0.019)
Alter		-0.014 (0.009)
Bildung		0.004 (0.082)
Geschlecht: weiblich		-0.003 (0.193)
Konstante		0.106 (0.823)
N	236	210
Korr. R ²	0.259	0.381

Anmerkungen: Standardfehler in Klammer; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001

Tabelle 6: Bewertung repräsentativer Demokratie (OLS-Regressionen) -Teil 2

	<i>Abhängige Variable: Repräsentative Demokratie – Bewertung</i>	
	M3	M4
Materielle Teilhabe (H1)	0.118 (0.089)	0.086 (0.090)
Kulturelle Teilhabe (H2a)	0.090 (0.064)	0.093 (0.065)
Soziale Teilhabe (H2b)	0.147* (0.059)	0.134* (0.058)
Stigmatisierung im Alltag (H3)	-0.266 (0.191)	-0.298 (0.191)
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	0.054 (0.054)	0.052 (0.054)
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	0.056 (0.056)	0.043 (0.056)
Politische Teilhabe (H5)	0.197* (0.088)	0.263** (0.085)
Berichterstattung in Medien (fair)	0.031 (0.073)	0.004 (0.075)
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	0.053 (0.069)	0.062 (0.069)
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	-0.037 (0.055)	-0.064 (0.055)
Vertrauen in Politiker*innen	0.401*** (0.087)	0.509*** (0.084)
Politisches Interesse	0.002 (0.099)	-0.025 (0.098)
Internal Efficacy	0.061 (0.096)	0.062 (0.099)
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	-0.422* (0.209)	-0.467* (0.209)
Wahl (Index)	0.143 (0.080)	0.117 (0.080)
Populismus-Index	-0.266* (0.108)	
Technokratie-Index	0.076 (0.095)	
Stealth-Index		0.050 (0.101)
Erwerbslosigkeit (Dauer)	0.003 (0.019)	-0.007 (0.019)
Alter	-0.010 (0.010)	-0.012 (0.009)
Bildung	-0.001 (0.083)	0.003 (0.083)
Geschlecht: weiblich	0.008 (0.191)	-0.046 (0.193)

Konstante	0.942 (1.054)	0.165 (0.842)
N	210	204
Korr. R ²	0.397	0.406

Anmerkungen: Standardfehler in Klammer; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001;

Mit Bezug auf die unterschiedlichen Dimensionen von sozialer Exklusion, lassen sich lediglich die Annahmen zu sozialer Teilhabe vorläufig bestätigen (H2b). Je besser Langzeiterwerbslose ihre sozialen Teilhabemöglichkeiten einschätzen, desto positiver bewerten sie die repräsentative Demokratie in Deutschland. Im Umkehrschluss bedeutet dies eine schlechtere Bewertung, je mehr sich Betroffene in ihrer sozialen Teilhabe eingeschränkt – also sozial exkludiert fühlen. Der Effekt bleibt über die Modelle hinweg robust. Für übrigen Dimensionen sozialer Exklusion kann kein signifikanter Effekt auf der Bewertung repräsentativer Demokratie festgestellt werden. Die Hypothesen (H1), (H2a), (H3) und (H4) werden somit vorläufig verworfen.

Die Annahme zu politischer Exklusion (H5) kann dagegen vorläufig bestätigt werden. Langzeiterwerbslose, die das aktuelle politische System als zugänglich für die eigenen Wünsche und Interessen halten, bewerten die repräsentative Demokratie auch eher positiv. Der Effekt besteht allen Modellen.

Weiterhin fällt die Bewertung repräsentativer Demokratie positiver aus, je größer das Vertrauen in ihre handelnden Akteure ist – in diesem Fall Politiker*innen. Wie vermutet wird das aktuelle politische System in Deutschland dagegen negativer von denjenigen bewertet, die sich ideologisch den politischen Rändern zuordnen (sehr „links“ oder sehr „rechts“) und populistische Einstellungen haben (M3) (siehe Tabelle 6). Für Technokratie- oder „Stealth“ Einstellungen konnte dagegen kein signifikanter Effekt festgestellt werden.

Insgesamt zeigen die Analysen, dass politische Exklusion als auch die Möglichkeiten bzw. Einschränkungen sozialer Teilhabe die Unzufriedenheit Betroffener mit repräsentativer Demokratie erklären können. Neben den präsentierten direkten Effekten auf die Demokratiebewertung sind auch indirekte Effekte einzelner Dimensionen sozialer Exklusion denkbar (siehe Abbildung 10). Die Möglichkeit solch indirekter Effekte wird im Folgenden untersucht.

Politische Exklusion als Mediator für soziale Exklusion

In Hypothese 6 wird ein indirekter Zusammenhang zwischen sozialer Exklusion und der Bewertung repräsentativer Demokratie angenommen.

Tabelle 7: Determinanten politischer Teilhabe

<i>Abhängige Variable: politische Teilhabe (M5)¹</i>	b (SE)	VIF p-Value
Materielle Teilhabe (H1)	-0.006 (0.093)	1.34 p = 0.947
Kulturelle Teilhabe (H2a)	0.176(+) (0.093)	1.62 p = 0.059
Soziale Teilhabe (H2b)	0.069 (0.061)	1.52 p = 0.259
Stigmatisierung im Alltag (H3)	-0.049 (0.195)	1.13 p = 0.801
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	0.022 (0.059)	1.29 p = 0.703
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	0.136* (0.058)	1.14 p = 0.021
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	-0.079 (0.069)	1.23 p = 0.254
Berichterstattung in Medien (fair)	0.055 (0.076)	1.24 p = 0.473
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	-0.067 (0.062)	1.39 p = 0.288
Politisches Interesse	0.0004 (0.110)	1.88 p = 0.997
Internal Efficacy	0.206* (0.100)	1.77 p = 0.043
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	-0.054 (0.217)	1.17 p = 0.804
Wahl (Index)	0.059 (0.086)	1.34 p = 0.494
Erwerbslosigkeit (Dauer)	-0.047* (0.019)	1.33 p = 0.016
Alter	0.008 (0.009)	1.48 p = 0.428
Bildung	0.009 (0.089)	1.18 p = 0.919
Geschlecht: weiblich	-0.107 (0.178)	1.08 p = 0.549
Konstante	0.331 (0.906)	p = 0.715
N		211
Korr. R ²		0.173
Residual Std. Error		1.225 (df = 193)
F Statistik		3.576*** (df = 17; 193)

Anmerkungen: Standardfehler in Klammer; (+) p<0.10; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001;

¹ = Schätzung von robusten Standardfehlern (HC3).

Das bedeutet: Erfahrungen mit sozialer Exklusion lassen das politische System als weniger zugänglich für die eigenen Interessen und Wünsche erscheinen, was wiederum die Bewertung repräsentativer Demokratie beeinflusst. Politische Exklusion ist hierbei ein Mediator für die Auswirkungen sozialer Exklusion auf die Bewertung repräsentativer Demokratie. Es ist also möglich, dass einzelne Dimensionen sozialer Exklusion, für die in den Tabellen 5 und 6 keine signifikanten Effekte festgestellt werden konnten, dennoch indirekt die Bewertung repräsentativer Demokratie beeinflussen.

Der direkte Effekt von politischer Exklusion auf die Bewertung repräsentativer Demokratie wurde in den vorangegangenen Analysen schon bestätigt (H5). Mit Bezug zu möglichen indirekten Effekten werden in einem ersten Schritt multivariate lineare Regressionen (OLS) gerechnet, um zu testen, ob einzelne Dimensionen sozialer Exklusion das Gefühl politischer Teilhabe bzw. politischer Exklusion beeinflussen (siehe Tabelle 7).

Die Ergebnisse in Tabelle 7 zeigen einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Behandlung durch das Jobcenter und dem Gefühl politischer Teilhabe bzw. politischer Exklusion. Der positive Effekt von kultureller Teilhabe hält nur dem 90-prozentigen Signifikanzniveau stand und muss daher mit Vorsicht interpretiert werden. Überdies hat ein hohes subjektives Selbstvertrauen, politische Prozesse beeinflussen zu können (Internal Efficacy) positive Auswirkungen auf das Gefühl politischer Teilhabe. Dagegen wird das politische System als weniger zugänglich für die eigenen Interessen wahrgenommen, je länger die Erwerbslosigkeit andauert.

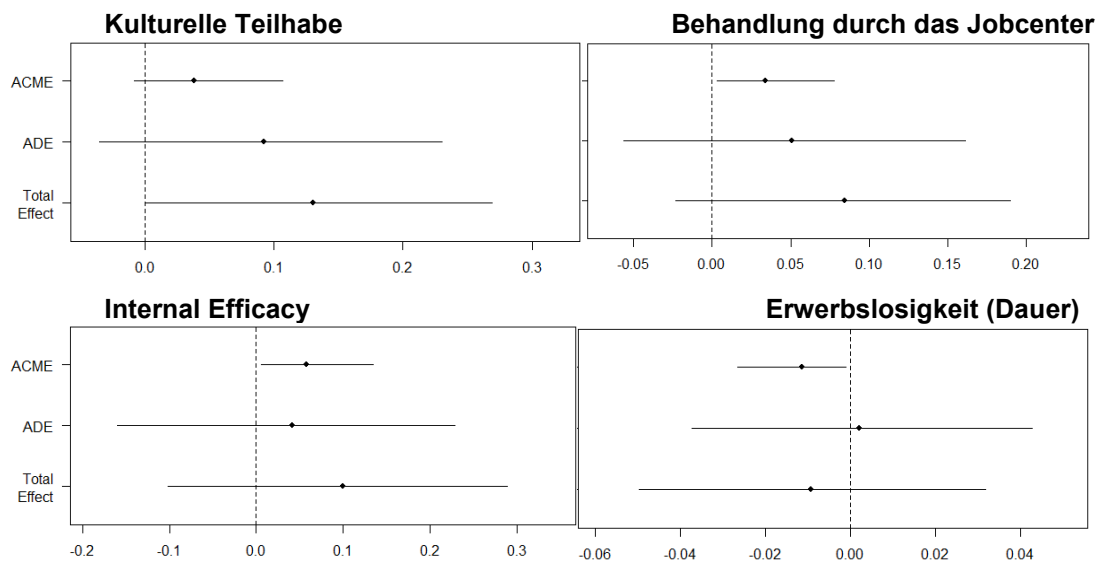
Regressionsanalysen bilden nur direkte Effekte (Korrelate) ab. Aussagen zu Kausalität sind so kaum möglich, denn kausale Effekte wirken oft über andere intermediäre Variablen. Daher werden kausale Mediationsanalysen durchgeführt (für weitere Informationen siehe Imai u. a. 2010; Imai u. a. 2011; Imai u. a. 2013)⁸², für die signifikanten Effekte aus den Analysen in Tabelle 7 (siehe Abbildung 11). Es wird erwartet, dass diese Indikatoren über das Gefühl politischer Teilhabe die Bewertung repräsentativer Demokratie beeinflussen. Zusätzliche Informationen zu den Analysen befinden sich Tabelle 27 (siehe Anhang 1).

Angegeben ist jeweils der „Average Causal Mediation Effect“ (ACME), der gemittelte direkte Effekt „Average Direct Effect“ (ADE) und der totale Effekt, der sich aus den beiden übrigen ergibt. Damit ein indirekter Effekt vorliegt (vollständige Mediation), muss der ACME signifikant sein, aber der ADE und der totale Effekt dagegen nicht.

⁸² Verwendet wurde das R-Paket „mediation“ von Tingley u. a. (2014).

Die Schaubilder zeigen eine vollständige Mediation für Erfahrungen mit dem Jobcenter, für Internal Efficacy und die Dauer der Erwerbslosigkeit. Das bedeutet alle drei Indikatoren beeinflussen über das Gefühl politischer Teilhabe bzw. Exklusion die Bewertung repräsentativer Demokratie, ohne selbst direkte Auswirkungen auf diese Bewertung zu haben. Daher waren diese Effekte in den Analysen in Kapitel 4.3. nicht sichtbar.

Abbildung 11: Kausale Mediationsanalysen zu politischer Teilhabe



Anmerkungen: Signifikanz: $p < 0.05$; Quasi-Bayesian Monte Carlo Methode mit robusten Standardfehlern; je 2000 Simulationen⁸³; N=210, eigene Berechnung und Darstellung-

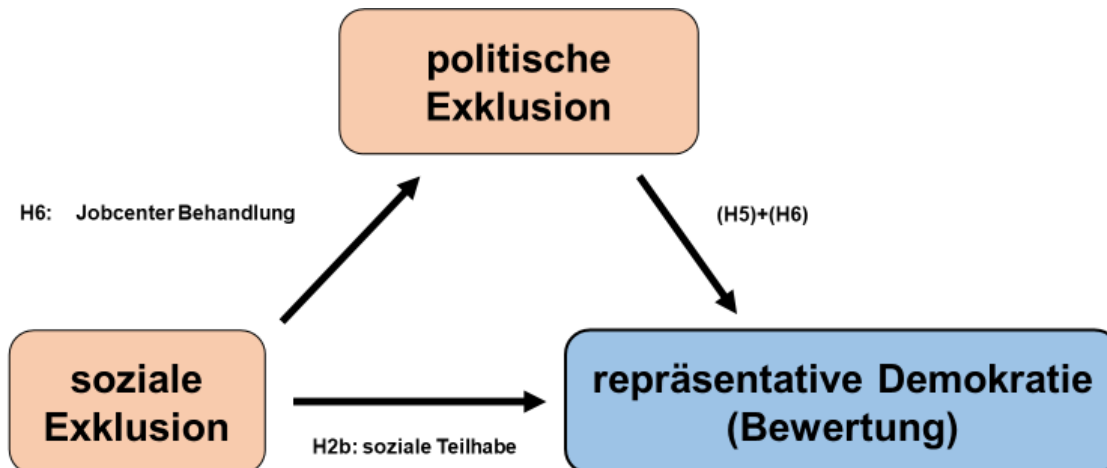
Hypothese 6 kann nur teilweise bestätigt werden, da von den verschiedenen Dimensionen sozialer Exklusion lediglich die Erfahrungen mit dem Jobcenter die Bewertung repräsentativer Demokratie indirekt beeinflussen. Die Agenda 2010 war eine politische Reform. Die Ausgestaltung des Jobcenters basiert auf politischen Entscheidungen. Dabei ist das Jobcenter nicht nur die Institution des politischen Systems, mit der Langzeiterwerbslose den meisten Kontakt haben, sondern es beeinflusst auch das Leben Betroffener maßgeblich. Die vom Jobcenter verhängten Sanktionen können für Betroffene existenzielle Folgen haben.

Daher ist nicht überraschend, dass die Erfahrungen mit dem Jobcenter auf die wahrgenommene Zugänglichkeit des politischen Systems übertragen werden und in der Folge auch die Bewertung repräsentativer Demokratie beeinflussen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass das Gefühl politischer Exklusion stärker wird, je länger die Erwerbslosigkeit andauert, mit den entsprechenden

⁸³ Imai u. a. (2010) empfehlen mindestens 1000 Simulationen, da die Ergebnisse sonst zu stark variieren. Für alle Modelle wurden robuste Standardfehler berechnet.

negativen Folgen für die Bewertung repräsentativer Demokratie. Abbildung 12 bietet noch einmal eine Übersicht über die bestätigten Hypothesen hinsichtlich möglicher Einflussfaktoren auf die Bewertung repräsentativer Demokratie von Langzeiterwerbslosen.

Abbildung 12: Ergebnisse zur Bewertung repräsentativer Demokratie - Übersicht



Anmerkung: Eigene Darstellung

Insgesamt haben die Möglichkeiten bzw. Einschränkungen sozialer (H2b) und politischer Teilhabe (H5) einen direkten Effekt auf die Bewertung repräsentativer Demokratie. Ferner beeinflussen das Vertrauen in Politiker*innen, populistische Einstellungen und die Zuordnung zu den Extrempolen des ideologischen Spektrums die Sicht Langzeiterwerbsloser auf die repräsentative Demokratie in Deutschland. Zusätzlich gibt es indirekte Effekte über das Gefühl politischer Exklusion für die erlebten Interaktionen mit dem Jobcenter, das eigene politische Kompetenzbewusstsein sowie die Dauer der Erwerbslosigkeit. Die Hypothesen H2b, H5 können somit vorläufig bestätigt werden, die Hypothese 6 nur teilweise.

4.4. Bewertung alternativer Repräsentationsmodelle: explorative Analysen.

Nachdem die in den Kapiteln 3 und 4 aufgestellten Hypothesen zum Einfluss von sozialer und politischer Exklusion Langzeiterwerbsloser auf deren Bewertung repräsentativer Demokratie überprüft wurden, folgen nun explorative Analysen zur Bewertung alternativer Repräsentationsmodelle.

Dabei gibt es zwei Hauptrichtungen, die ausgehend von einem Misstrauen gegenüber Akteuren und Institutionen repräsentativer Demokratie, entweder eine

stärkere Einbindung der Bürger*innen in politische Entscheidungsfindungsprozesse propagieren („partizipative Regierungsmodelle“) oder, die unabhängige Expert*innen bzw. eine einzelne starke Führungspersönlichkeit als Entscheidungsträger fordern (vgl. Bertou und Pastorella 2017; Best u. a. 2023).

Diese Modelle werden hier als „delegative Alternativmodelle“ bezeichnet (siehe Kapitel 1.1). Beide Strömungen alternativer Regierungsmodelle gelten bei jenen, die ohnehin unzufriedenen mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie sind, als besonders beliebt (siehe Bengtsson und Mattila 2009; Best u. a. 2023; Pickel u. a. 2022). Da die ökonomische Lage die Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen System beeinflusst, gibt es aus theoretischer Sicht gute Gründe anzunehmen, dass Langzeiterwerbslose in besonderem Maß zu solchen Alternativmodellen tendieren. Allerdings fehlen zu dieser Annahme bisher empirische Befunde. Es ist auch nicht klar, welche Motive hinter den Präferenzen für bestimmte Alternativmodelle liegen und welche Einflussfaktoren diese Bewertung beeinflussen.

Die quantitative Umfrage mit Langzeiterwerbslosen zeigt, dass diese mit repräsentativer Demokratie eher unzufrieden sind (siehe Abbildung 6 in Kapitel 1.4). Dabei sind in der Umfrage hauptsächlich politisch aktive und interessierte, Betroffene vertreten. Die besonders Unzufriedenen sind wahrscheinlich unterrepräsentiert. Somit dürfte die Unzufriedenheit Langzeiterwerbsloser mit dem aktuellen System insgesamt noch negativer ausfallen, als die Umfrage zeigt.

Doch selbst in der Umfrage würden sich 75,5 % aller Befragten für eines der Alternativmodelle entscheiden, wenn sie ein Modell auswählen müssten und somit gegen repräsentative Demokratie (siehe Abbildung 7 in Kapitel 1.4). Im Folgenden wird nun analysiert, inwieweit die Indikatoren aus den vorherigen Analysen die Bewertung der Alternativmodelle erklären können. Zuerst werden die partizipativen Repräsentationsmodelle betrachtet, im Anschluss daran die delegativen Alternativen. Es wurden jeweils multivariate lineare Regressionen (OLS) gerechnet.⁸⁴

⁸⁴ Alle Modelle wurden auf Multikollinearität (siehe Tabelle 28-31, Anhang 1) und Heteroskedastizität überprüft (siehe Tabelle 24, Anhang 1). Für Modelle, in denen Heteroskedastizität nicht ausgeschlossen werden kann, wurden robuste Standardfehler geschätzt (HC3)(vgl. Long und Ervin 2000).

4.4.1. Bewertung partizipativer Repräsentationsmodelle

„Bürgerschaftliches Engagement erscheint [...] manchmal als eine Art Zauberformel gegen die Probleme moderner repräsentativer Demokratien: abnehmende Wahlbeteiligung, Rückgang der Zahl von Parteimitgliedschaften, Vertrauensverlust, politische Apathie und Desinteresse, um nur einige zu nennen“ (Bödeker 2012: 4f.)

In Deutschland wie auch in vielen anderen westlichen Demokratien hat eine stärkere Beteiligung der Bürgerschaft an politischen Entscheidungsfindungsprozessen stark an Bedeutung gewonnen (vgl. Goldberg und Bächtiger 2019; Hollander 2019). Dabei kann zwischen direktdemokratischer Beteiligung und deliberativen Formaten unterschieden werden. Gerade direktdemokratische Beteiligungsformen konnten sich in den vergangenen Jahrzehnten als zusätzliches Element zu repräsentativer Demokratie in Deutschland etablieren (vgl. Schäfer und Schoen 2013; Trüdinger und Bächtiger 2022; Vetter und Velimsky 2019). Auf Landesebene und besonders auf kommunaler Ebene finden direktdemokratische Abstimmungen⁸⁵ regelmäßig statt, wobei die Auswahl der zu entscheidenden Themen begrenzt ist (vgl. Vetter und Velimsky 2019). Insgesamt zeigen internationale Studien eine breite und steigende Zustimmung für solche Verfahren in der Bevölkerung (siehe Bowler u. a. 2007; Donovan und Karp 2006; Rose und Weißels 2021).

Während sich Befürworter einer Ausweitung direktdemokratischer Verfahren eine höhere Legitimität und Akzeptanz von politischen Entscheidungen erhoffen und damit ein wieder stärker werdendes Vertrauen in die repräsentative Demokratie,⁸⁶ gibt es auch vermehrt Stimmen, die mit solchen Verfahren nicht mehr nur das repräsentative System komplementieren, sondern vielmehr dieses ersetzen wollen.

Mit solch populistischen Einstellungen⁸⁷ geht die Ansicht einher, Bürger*innen trafen durch „gesunden“ Menschenverstand bessere politische Entscheidungen als politische Akteure, die als korrupte Eliten angesehen werden. Denn Politiker*innen gelten als abgekoppelt von der Lebenswirklichkeit der „einfachen Leute“, eine Ansicht, die auch in den Interviews geäußert wird (siehe Kapitel 3.1.2.). Durch die direkte Beteiligung der Bürger*innen würden

⁸⁵ Auf Landesebene werden diese als Volksentscheide und auf kommunaler Ebene als Bürgerentscheide bezeichnet.

⁸⁶ Für einen Überblick zu den Vor- und Nachteilen direktdemokratischer Verfahren siehe (Vetter und Velimsky 2019, 2021).

⁸⁷ Populismus wird definiert als: “[...] ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people” (Mudde 2004: 543).

Bürgerinteressen unmittelbar (ohne große Diskussionen) und unverfälscht durch elitäre und partikuläre Parteiinteressen abgebildet (siehe Vehrkamp und Merkel 2020).

Die Forschung zeigt für Deutschland, dass solche populistischen Einstellungen besonders bei jenen auftreten, die ein geringeres Einkommen haben und sich ohnehin politisch wenig beteiligen (siehe Ardag u. a. 2020; Vehrkamp und Merkel 2020). Internationale Befunde zeigen auch, dass Personen mit populistischen Einstellungen (vgl. Zaslove u. a. 2021) und solche, die sehr unzufrieden mit Akteuren und Institutionen repräsentativer Demokratie sind, eher direktdemokratische Verfahren bevorzugen (siehe Bengtsson und Mattila 2009; Coffé und Michels 2014; Gherghina und Geissel 2019, 2020; Kildea u. a. 2021; Ouattara und Van Der Meer 2022). Diese Tendenz findet sich auch bei den befragten Langzeiterwerbslosen, die direkte Demokratie eher positiv bewerten (siehe Abbildung 6 in Kapitel 1.4). Überdies bevorzugen 40,7 % der Befragten das direktdemokratische Modell im Vergleich zu den anderen Modellen (siehe Abbildung 7 in Kapitel 1.4).

In Tabelle 8 sind die Ergebnisse der multivariaten Analysen hinsichtlich der Bewertung direkter Demokratie aufgeführt.⁸⁸ Dabei wurde getestet, welche Determinanten diese Bewertung beeinflussen.

Langzeiterwerbslose bewerten direkte Demokratie dabei positiver, wenn sie auch normativ für Bürgerbeteiligung sind und glauben, solche Verfahren würden helfen, die eigenen Interessen durchzusetzen (instrumentelle Motive). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Landwehr und Harms (2020).⁸⁹

Weiterhin bewerten Langzeiterwerbslose die direkte Demokratie negativer, je länger die Erwerbslosigkeit andauert. Wahrscheinlich haben Betroffene häufiger Stigmatisierung erlebt, je länger sie erwerbslos sind. Damit steigt ihr Misstrauen gegenüber einer Gesellschaft, in der ein negatives Bild von Langzeiterwerbslosen weit verbreitet ist. Damit sinkt auch das Vertrauen, die übrige Bevölkerung würde bei direktdemokratischen Verfahren in Ihrem Sinne abstimmen. Vielleicht befürchten einige sogar eine Verschlechterung ihrer Situation durch solche Abstimmungen.

Dazu passt auch der signifikante Einfluss instrumenteller Motive auf die Bewertung direktdemokratischer Abstimmungen. Solche Überzeugungen scheinen bei längerer Erwerbslosigkeit besonders gering zu sein. Einen ähnlichen Effekt instrumenteller Motive findet Werner (2020) für die Niederlande.

⁸⁸ Weitere Modellinformationen sind in Tabelle 28 (Anhang 1) dargestellt.

⁸⁹ Die Autoren unterscheiden dort zwischen instrumentellen und intrinsischen Motiven. Letztere ähneln den hier gemessenen normativen Motiven.

Tabelle 8: Bewertung direkter Demokratie – Lineare Regressionen (OLS)

	(M6)	(M7)	(M8)
Materielle Teilhabe (H1)	0.039 (0.092)	0.029 (0.092)	0.032 (0.095)
Kulturelle Teilhabe (H2a)	-0.004 (0.067)	-0.002 (0.067)	-0.007 (0.068)
Soziale Teilhabe (H2b)	0.061 (0.060)	0.052 (0.062)	0.060 (0.061)
Stigmatisierung im Alltag (H3)	-0.337 (0.199)	-0.332 (0.199)	-0.324 (0.203)
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	0.007 (0.057)	0.012 (0.057)	-0.003 (0.058)
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	-0.057 (0.059)	-0.057 (0.059)	-0.062 (0.059)
Politische Teilhabe (H5)	-0.070 (0.092)	-0.041 (0.094)	-0.065 (0.094)
Berichterstattung in Medien (fair)	-0.010 (0.075)	-0.018 (0.075)	-0.016 (0.078)
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	0.056 (0.073)	0.059 (0.073)	0.061 (0.074)
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	-0.072 (0.057)	-0.080 (0.057)	-0.073 (0.058)
Vertrauen in Politiker*innen	-0.010 (0.085)	0.041 (0.091)	0.013 (0.089)
Politisches Interesse	-0.124 (0.102)	-0.116 (0.103)	-0.117 (0.104)
Internal Efficacy	0.057 (0.101)	0.050 (0.101)	0.048 (0.105)
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	0.117 (0.214)	0.136 (0.218)	0.122 (0.220)
Wahl (Index)	-0.001 (0.083)	-0.005 (0.083)	-0.002 (0.084)
Bürgerbeteiligung: Normativ	0.433*** (0.100)	0.398*** (0.102)	0.442*** (0.102)
Bürgerbeteiligung: Instrumentell	0.213* (0.091)	0.190* (0.092)	0.212* (0.091)
Populismus		0.200 (0.120)	
Technokratie		-0.012 (0.098)	
Stealth-Index			0.047 (0.107)
Erwerbslosigkeit (Dauer)	-0.040* (0.019)	-0.041* (0.019)	-0.041* (0.020)
Alter	0.001 (0.010)	-0.002 (0.010)	0.001 (0.010)
Bildung	0.074 (0.085)	0.088 (0.087)	0.080 (0.088)
Geschlecht: weiblich	-0.370 (0.201)	-0.372 (0.201)	-0.382 (0.205)
Konstante	1.427	0.797	1.305

	(0.909)	(1.116)	(0.946)
N	203	203	199
Korr. R ²	0.213	0.216	0.211

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001;

Für andere Indikatoren können keine signifikanten Effekte festgestellt werden, auch nicht für populistische Einstellungen (siehe M7). Es sei angemerkt, dass die Analysen nur Unterschiede innerhalb der Gruppe der Langzeiterwerbslosen berücksichtigen und keine Unterschiede zu anderen Teilen der Bevölkerung, was dieses Ergebnis teilweise erklären könnte.

Neben direktdemokratischer Beteiligung finden deliberative bzw. dialogische Veranstaltungsformate in Deutschland wie auch in anderen westlichen Demokratie immer häufiger Verwendung (vgl. Goldberg und Bächtiger 2023; Paulis u. a. 2021). Unter das Label „deliberative Demokratie“ fallen Formate, bei denen eine intensive Diskussion und ein Austausch von Meinungen zu einem bestimmten Thema im Vordergrund stehen (vgl. Goldberg und Bächtiger 2019). Darunter werden unterschiedliche Formate geführt wie Bürgerforen, Bürgerräte oder Zufallsbürger. In der Regel diskutiert eine festgelegte Anzahl (zufällig) ausgewählter Bürger*innen zu bestimmten politischen Sachfragen. Sie werden dabei von Expert*innen mit relevanten Informationen versorgt und arbeiten anschließend Handlungsempfehlungen aus, über die gewählte Repräsentierende entscheiden. Teilweise münden die ausgearbeiteten Vorschläge in direktdemokratische Abstimmungen.

Aus theoretischer Sicht gibt es die Argumentation, dass die derzeitige Krise der repräsentativen Demokratie nicht nur die Zustimmung zu direkter Demokratie erhöht, sondern auch zu einer stärkeren Forderung nach mehr deliberativer Demokratie führt (vgl. Fishkin 2009). Empirische Studien zeigen auch eine erhöhte Zustimmung für deliberative Verfahren bei Personen, die mit dem repräsentativen System unzufrieden sind (siehe Gherghina und Geissel 2020; Pilet u. a. 2023), die populistische Einstellungen haben (siehe Zaslove u. a. 2021) und die sich politisch auch weniger beteiligen (siehe Bedock und Pilet 2021; Neblo u. a. 2010).

Die Ergebnisse zur Bewertung deliberativer Verfahren in Tabelle 9⁹⁰ zeigen, dass diese positiver gesehen werden von Langzeiterwerbslosen, die mit Bürgerbeteiligung instrumentelle Gründe verbinden.

⁹⁰ Weitere Angaben zu den Modellen befinden sich in Tabelle 29 (Anhang 1).

Tabelle 9: Bewertung deliberativer Demokratie – Lineare Regressionen (OLS)

	(M9)	(M10)	(M11)
Materielle Teilhabe (H1)	0.164 (0.105)	0.161 (0.105)	0.144 (0.106)
Kulturelle Teilhabe (H2a)	-0.016 (0.077)	-0.015 (0.076)	-0.018 (0.077)
Soziale Teilhabe (H2b)	0.012 (0.069)	0.014 (0.070)	0.014 (0.069)
Stigmatisierung im Alltag (H3)	-0.619** (0.228)	-0.628** (0.227)	-0.597** (0.228)
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	0.077 (0.065)	0.086 (0.065)	0.073 (0.066)
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	-0.004 (0.067)	-0.001 (0.067)	-0.006 (0.067)
Politische Teilhabe (H5)	-0.102 (0.105)	-0.061 (0.107)	-0.079 (0.105)
Berichterstattung in Medien (fair)	0.033 (0.086)	0.022 (0.086)	0.036 (0.088)
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	0.044 (0.083)	0.045 (0.083)	0.042 (0.083)
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	0.037 (0.065)	0.023 (0.065)	0.025 (0.065)
Vertrauen in Politiker*innen	0.126 (0.097)	0.178 (0.103)	0.159 (0.100)
Politisches Interesse	0.068 (0.116)	0.095 (0.117)	0.080 (0.117)
Internal Efficacy	-0.088 (0.116)	-0.098 (0.115)	-0.080 (0.118)
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	-0.069 (0.245)	-0.002 (0.248)	0.033 (0.247)
Wahl (Index)	-0.050 (0.094)	-0.062 (0.094)	-0.084 (0.095)
Bürgerbeteiligung: Normativ	-0.025 (0.114)	-0.064 (0.116)	-0.016 (0.114)
Bürgerbeteiligung: Instrumentell	0.390*** (0.103)	0.357*** (0.104)	0.386*** (0.103)
Populismus		0.255 (0.136)	
Technokratie		0.095 (0.112)	
Stealth-Index			0.179 (0.120)
Erwerbslosigkeit (Dauer)	-0.015 (0.022)	-0.015 (0.022)	-0.025 (0.022)
Alter	0.004 (0.011)	0.003 (0.012)	0.005 (0.011)
Bildung	-0.040 (0.097)	-0.004 (0.099)	-0.003 (0.099)
Geschlecht: weiblich	0.341 (0.229)	0.323 (0.228)	0.321 (0.231)
Konstante	1.534	0.196	1.065

	(1.037)	(1.270)	(1.064)
N	203	203	199
Korr. R ²	0.101	0.111	0.110

Anmerkungen: Standardfehler in Klammern; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001

Pilet u. a. (2023) finden anhand von Umfragedaten aus 15 westeuropäischen Staaten eine größere Untersetzung für deliberative Formate, wenn Bürger*innen davon ausgehen, dass ihre Position zum jeweiligen Thema der Veranstaltung von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird, sie also Ergebnisse in Ihrem Sinne erwarten.

Interessant ist, dass dieses Modell negativer bewertet wird, wenn Betroffene häufig Stigmatisierung erleben. Aus Angst vor Stigmatisierung haben sie womöglich weniger Interesse, sich Diskussionen mit unbekanntem Anderen auszusetzen. In einer Analyse mehrerer deliberativer Veranstaltungen (Mini-Publics) arbeitet Jacquet (2017) Gründe für die Nichtbeteiligung an solchen Formaten heraus. Genannt werden u. a. eine Abneigung gegenüber Gruppensituationen, sowie die Angst öffentlich zu sprechen und von anderen ver- bzw. beurteilt zu werden. Dabei kann auch die fehlende Erfahrung der meisten Befragten mit solchen Formaten die Bewertung von deliberativer Demokratie beeinflussen. Empirische Befunde aus Großbritannien zeigen eine größere Unterstützung für deliberative und direktdemokratische Verfahren, wenn in der Vergangenheit schon an diesen teilgenommen wurde (vgl. Gherghina und Geissel 2020).

Allerdings ist die Bereitschaft zur Teilnahme an deliberativen Formaten auch größer, je höher die berufliche Stellung ist (siehe Webb 2013). Auch scheinen vorwiegend jene mit überdurchschnittlich hohem politischem Vertrauen und einem hohen Kompetenzbewusstsein an solchen Formaten teilzunehmen, wobei sowohl Kompetenzbewusstsein als auch Vertrauen durch solche Formate weiter gestärkt werden können (vgl. Boulianne 2019).

4.4.2. Bewertung delegativer Regierungsmodelle

Das Misstrauen in gewählte Politiker*innen und die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie führt in Teilen der Bevölkerung nicht zu dem Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung, sondern zu der Forderung, politische Entscheidungen sollten durch unabhängige Expert*innen getroffen werden (vgl. Bertsou und Caramani 2022; Bertsou und Pastorella 2017; Pastorella 2016; Rapeli 2016). Es gibt dabei unterschiedliche Konzeptionen solcher Expertokratie-Modelle.⁹¹

⁹¹ Für einen Überblick siehe (König u. a. 2022).

Nach dem „stealth democracy“ Modell von Hibbing und Theiss-Morse (2002) präferieren es die Bürger*innen mit politischen (Entscheidungsfindungs-) Prozessen nicht behelligt zu werden. Sie sind allerdings unzufrieden mit den politischen Institutionen und misstrauen den gewählten Politiker*innen. Sie wünschen sich daher Expert*innen – vorrangig erfolgreiche Geschäftsleute – als politische Entscheidungsträger. Diese gelten als finanziell unabhängig, unterliegen keinen Parteizwängen und können daher eher im Interesse der Bürgerschaft entscheiden (vgl. Hibbing und Theiss-Morse 2002).

Ähnliche Annahmen gibt es bei dem Technokratie Konzept.⁹² Menschen mit technokratischen Einstellungen sind ergebnisorientiert. Für sie sind Effizienz sowie optimale und schnelle Ergebnisse in einer komplexen Gesellschaft wichtiger als Kompromisse. Auch hier können solche Ergebnisse am ehesten von neutralen und unabhängigen Expert*innen erzielt werden, die rational und objektiv die Gegebenheiten und Faktenlage vor einer Entscheidung evaluieren (vgl. Bertsou und Caramani 2022).

Diese müssen auch nicht auf kurzfristige Parteiinteressen, aktuelle Stimmungslagen in der meist uninformierten Bevölkerung oder auf andere gesellschaftliche Interessengruppen Rücksicht nehmen, wodurch langfristige Entscheidungen zum Wohle der Gesellschaft eher möglich sind (vgl. Bertsou und Caramani 2022).

Internationale Befunde zeigen eine höhere Zustimmung zu Expertenregierungen bei Personen mit eher geringem Bildungsstand und Alter. Außerdem ordnen sich jene ideologisch eher dem „Rechten Spektrum“ zu, bringen den Institutionen und Akteuren repräsentativer Demokratie wenig Vertrauen entgegen und sind generell unzufrieden mit diesen (siehe Bengtsson und Mattila 2009; Bertsou und Pastorella 2017; Coffé und Michels 2014; Medvic 2019; Webb 2013). Chiru und Enyedi (2022) finden für Deutschland auch höhere Zustimmungswerte für solch ein Modell bei Personen mit autoritären Vorstellungen und höherem Sozialkapital, was daran liegen könnte, dass solche Expert*innen eher aus solchen Milieus kommen.⁹³

Die befragten Langzeiterwerbslosen bewerten das Expertokratie-Modell eher negativ (siehe Abbildung 6 in Kapitel 1.4). Nur 13.9 % würden dieses Modell

⁹² „Technocracy can be understood as the exercise of political power by technical elites (as opposed to democratically elected ones), with competence, expertise, neutrality, and efficiency as their source of legitimacy and with responsible trusteeship as the principle of representation“ (Bertsou und Pastorella 2017; Caramani 2017).

⁹³ Webb findet für Großbritannien dagegen geringere Zustimmungswerte in Bezug auf das „stealth democracy“ Modell, bei Befragten mit höherem sozialen Status (Webb 2013).

gegenüber den anderen Konzepten bevorzugen, wenn sie eines wählen müssten (siehe Abbildung 7 in Kapitel 1.4).

Die Analysen zur Bewertung von Expertokratie sind in Tabelle 10 dargestellt.⁹⁴ Wie erwartet gibt es höhere Zustimmungswerte bei Langzeiterwerbslosen mit Technokratie-, (M13) und „stealth“ Einstellungen (M14). Die Zustimmung zu dem Modell sinkt auch mit steigendem Alter. Allerdings ist der Effekt nicht in allen Modellen signifikant.

Interessant ist der positive Effekt von Jobcentererfahrungen auf die Bewertung von Expertokratie. Möglicherweise erleben Betroffene mit positiven Jobcentererfahrungen die Bürokratie dort als fair und effizient und die Mitarbeitenden als responsiv gegenüber den eigenen Bedürfnissen im Gegensatz zu den für sie ergebnislosen Aushandlungsprozessen repräsentativer Demokratie. Dieser Befund bedarf weiterer Forschung. Dabei ist zu erwähnen, dass die Erfahrungen der Befragten mit dem Jobcenter meist negativ sind (siehe Tabelle 22, Anhang 1). Auch die interviewten Langzeiterwerbslosen berichten überwiegend negativ über das Jobcenter (siehe Kapitel 2.2.4.).

Tabelle 10: Bewertung von Expertokratie – Lineare Regressionen (OLS)

	(M12)	(M13)	(M14)
Materielle Teilhabe (H1)	0.050 (0.098)	0.110 (0.090)	0.080 (0.096)
Kulturelle Teilhabe (H2a)	0.055 (0.071)	0.049 (0.065)	0.039 (0.070)
Soziale Teilhabe (H2b)	-0.038 (0.064)	0.044 (0.060)	-0.024 (0.063)
Stigmatisierung im Alltag (H3)	0.017 (0.211)	-0.058 (0.194)	0.057 (0.205)
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	0.088 (0.060)	0.090 (0.055)	0.080 (0.058)
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	0.129* (0.061)	0.152** (0.057)	0.130* (0.060)
Politische Teilhabe (H5)	-0.047 (0.094)	-0.025 (0.089)	0.005 (0.091)
Berichterstattung in Medien (fair)	0.035 (0.080)	0.031 (0.074)	0.026 (0.080)
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	0.026 (0.076)	0.005 (0.070)	0.012 (0.074)
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	-0.035 (0.060)	-0.054 (0.056)	-0.057 (0.059)
Vertrauen in Politiker*innen	0.157 (0.091)	0.099 (0.088)	0.223* (0.090)
Politisches Interesse	-0.117	-0.032	-0.065

⁹⁴ Weitere Modellparameter sind in Tabelle 30 (Anhang 1) dargestellt.

	(0.108)	(0.100)	(0.106)
Internal Efficacy	0.081	0.075	0.044
	(0.106)	(0.098)	(0.106)
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	-0.364	-0.145	-0.274
	(0.227)	(0.212)	(0.224)
Wahl (Index)	0.133	0.096	0.108
	(0.088)	(0.081)	(0.086)
Populismus		0.025	
		(0.110)	
Technokratie		0.584***	
		(0.096)	
Stealth-Index			0.475***
			(0.108)
Erwerbslosigkeit (Dauer)	0.009	0.015	0.009
	(0.021)	(0.019)	(0.020)
Alter	-0.027**	-0.013	-0.026**
	(0.010)	(0.010)	(0.010)
Bildung	-0.222*	-0.126	-0.157
	(0.090)	(0.085)	(0.089)
Geschlecht: weiblich	0.361	0.289	0.346
	(0.211)	(0.195)	(0.207)
Konstante	3.519***	0.723	2.358**
	(0.900)	(1.072)	(0.903)
N	210	210	204
Korr. R ²	0.133	0.268	0.193

Anmerkungen: Standardfehler in Klammer; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001

Neben dem Wunsch nach einer Expert*innen Regierung gibt es einige, die eine einzelne starke Führungspersönlichkeit präferieren, welche ohne Kompromisse und lange Debatten politische Entscheidungen schnell und einfach umsetzen kann (vgl. Best u. a. 2023). Die Covid-19 Pandemie hat dabei sehr zur Verbreitung solcher Einstellungen beigetragen, gerade in Osteuropa (vgl. Guasti und Bustikova 2022).

Tabelle 11: Bewertung des Strong Leader Modells – Lineare Regressionen (OLS)

	(M15) ¹	(M16) ¹	(M17) ¹
Materielle Teilhabe (H1)	-0.024	-0.007	-0.002
	(0.096)	(0.096)	(0.099)
Kulturelle Teilhabe (H2a)	0.025	0.024	0.023
	(0.061)	(0.061)	(0.062)
Soziale Teilhabe (H2b)	0.056	0.080	0.065
	(0.053)	(0.055)	(0.054)
Stigmatisierung im Alltag (H3)	0.016	-0.006	-0.001
	(0.170)	(0.171)	(0.172)
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	-0.031	-0.031	-0.035
	(0.052)	(0.054)	(0.052)
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	0.080	0.086	0.089

	(0.051)	(0.050)	(0.051)
Politische Teilhabe (H5)	0.052	0.055	0.070
	(0.083)	(0.092)	(0.085)
Berichterstattung in Medien (fair)	0.034	0.034	0.023
	(0.072)	(0.075)	(0.077)
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	0.069	0.063	0.060
	(0.065)	(0.067)	(0.065)
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	-0.025	-0.030	-0.032
	(0.050)	(0.052)	(0.051)
Vertrauen in Politiker*innen	0.068	0.048	0.083
	(0.081)	(0.087)	(0.083)
Politisches Interesse	-0.203*	-0.180*	-0.201*
	(0.116)	(0.118)	(0.116)
Internal Efficacy	-0.067	-0.067	-0.061
	(0.104)	(0.103)	(0.109)
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	-0.219	-0.158	-0.193
	(0.175)	(0.187)	(0.180)
Wahl (Index)	-0.067	-0.076	-0.067
	(0.089)	(0.091)	(0.092)
Populismus		-0.009	
		(0.097)	
Technokratie		0.166*	
		(0.101)	
Stealth-Index			0.154
			(0.093)
Erwerbslosigkeit (Dauer)	-0.007	-0.006	-0.010
	(0.015)	(0.015)	(0.015)
Alter	-0.025**	-0.021*	-0.026**
	(0.009)	(0.009)	(0.009)
Bildung	-0.238***	-0.212**	-0.227**
	(0.082)	(0.086)	(0.084)
Geschlecht: weiblich	-0.106	-0.125	-0.098
	(0.165)	(0.167)	(0.170)
Konstante	4.216***	3.497***	3.897***
	(1.043)	(1.043)	(0.896)
N	210	210	204
Korr. R ²	0.267	0.275	0.276

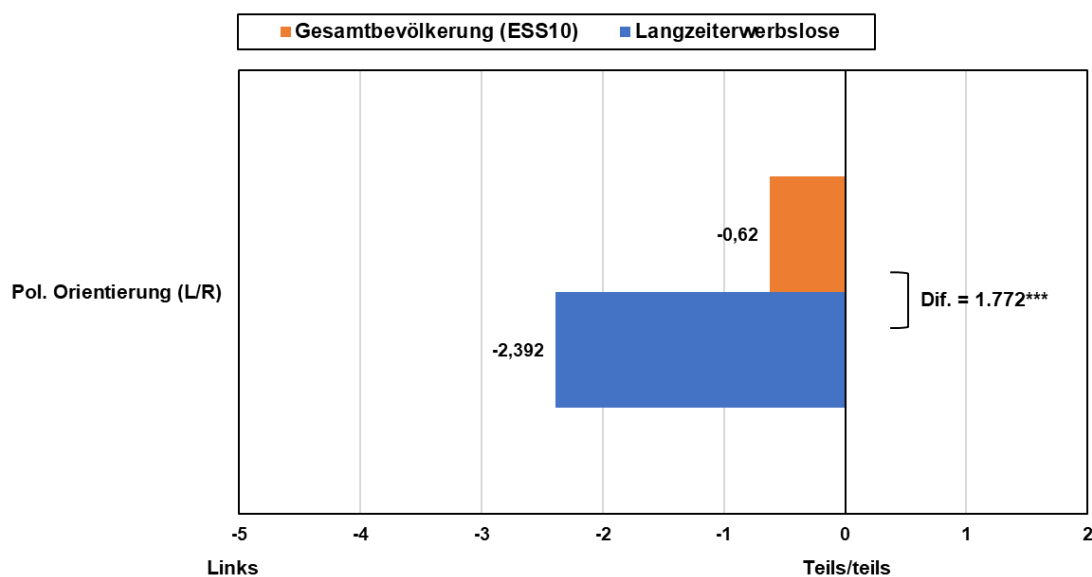
Anmerkungen: Standardfehler in Klammer; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001; ¹ = Schätzung von robusten Standardfehlern (HC3).

Besonders bei Erwerbslosen (vgl. Decker u. a. 2022) und in Regionen mit einer hohen Arbeitslosenquote (vgl. Heller u. a. 2022) scheinen solch autoritäre Einstellungen besonders verbreitet zu sein.

Allerdings bewerten die Befragten das „Strong Leader“ Modell sehr negativ, obwohl dort von einem gewählten Leader gesprochen wird (siehe Abbildung 6 in Kapitel 1.4). Nur knapp 2 % der Befragten würden dieses Modell gegenüber den Alternativen bevorzugen (siehe Abbildung 7 in Kapitel 1.4).

Das „Strong Leader“ Modell wird dabei positiver von jüngeren Befragten, sowie denjenigen mit geringerem Bildungsstand und politischem Interesse bewertet. Dies deckt sich mit Befunden zu Expertenregierungen (siehe Bengtsson und Mattila 2009; Coffé und Michels 2014; Webb 2013). Mit Bezug auf das Alter argumentieren Bertsou und Pastorella (2017), dass wer in einem demokratischen System sozialisiert wurde und somit lange in einer repräsentativen Demokratie lebt, eher skeptisch gegenüber Repräsentationsmodellen ist, welche die Entscheidungsbefugnis von gewählten Politiker*innen auf Expert*innen übertragen.

Abbildung 13: Ideologische Selbstverortung Betroffener im Vergleich



Anmerkungen: Eigene Umfrage und ESS10 (2020) gewichtet; Skala: (links) -5 bis +5 (rechts) , eigene Berechnung und Darstellung, t-Test - Signifikanzniveau = $p < 0.05$.

Demnach mag es Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern geben, was hier aber nicht überprüft werden kann. Hinsichtlich der politischen Orientierung ordnen sich die Befragten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ideologisch weiter „links“ ein, was die geringe Zustimmung zu den delegativen Alternativmodellen in Teilen erklären könnte (siehe Abbildung 13).

Nachdem nun Indikatoren identifiziert werden konnten, welche die Bewertung Langzeiterwerbsloser hinsichtlich der einzelnen Alternativmodelle erklären, werden nun die Gründe für die Präferenz oder Ablehnung der einzelnen Repräsentationsmodelle näher betrachtet.

4.5. Die Auswahl von Repräsentationsmodellen: Motive

Um die Motive, die hinter der Präferenz oder Ablehnung einzelner Repräsentationsmodelle liegen, besser verstehen zu können, wurden die

Diskussionen aus den beiden deliberativen Veranstaltungen ausgewertet, in denen die einzelnen Modelle ausführlich diskutiert worden sind. Diese fanden am 02.12.2019 und 03.02.2020 mit Betroffenen im Sozialunternehmen Neue Arbeit gGmbH in Stuttgart statt. Insgesamt haben an beiden Veranstaltungen 29 Langzeiterwerbslose teilgenommen. Dabei gab es jeweils eine Vor- und Nachbefragung, in der die Teilnehmenden die einzelnen Modelle bewerten konnten. Es wurden die gleichen Fragen, wie im quantitativen Online-Survey verwendet. Die Ergebnisse dieser Vor- und Nachbefragungen sind in Tabelle 12 dargestellt.

Tabelle 12: Diskussionsveranstaltungen – Vor- und Nachbefragung (t-Tests).

Variablen	Vorbefragung	Nachbefragung	Differenz (t-Statistik)	p-Wert
	Mean (Std. Abw.)	Mean (Std. Abw.)		
Repräsentative Demokratie	2.28 (1.65)	2.65 (1.65)	-0.38 (-0.93)	p = 0.360
Direkte Demokratie	3.69 (1.73)	4.28 (1.41)	-0.58 (-1.38)	p = 0.179
Deliberative Demokratie	3.79 (1.37)	3.71 (1.58)	0.07 (0.17)	p = 0.863
Expertokratie	2.62 (1.42)	3.00 (1.53)	-0.38 (-1.06)	p = 0.300
Strong Leader Modell	1.21 (1.45)	1.36 (1.68)	-0.14 (-0.39)	p = 0.702
External Efficacy	1.67 (1.61)	1.86 (1.36)	-0.19 (-0.48)	p = 0.637
Internal Efficacy	4.00 (1.69)	3.74 (1.64)	0.26 (0.67)	p = 0.510

Anmerkungen: Eigene Darstellung und Berechnung (N= 29, Skala 0-6, Mittelkategorie = 3)

Die Diskutierenden bewerten die Demokratiemodelle ähnlich wie die Teilnehmenden des Online-Surveys (siehe Abbildung 6, Kapitel 1.4). Während repräsentative Demokratie und Expertokratie eher abgelehnt werden, gib es eine leicht positive Bewertung von direkter und deliberativer Demokratie. Bei letzterer ist die Bewertung etwas besser als bei Online-Umfrage.

Es wurden zusätzlich die beiden efficacy Dimensionen abgefragt. Die Teilnehmenden halten das aktuelle politische System hinsichtlich der eigenen Interessen für wenig zugänglich, sehen sich aber als kompetent, politische Prozesse zu beeinflussen (internal efficacy). Das passt zu den Erkenntnissen aus Kapitel 4.4.1. Demnach ist die Bewertung deliberativer Verfahren positiver bei Langzeiterwerbslosen, die Bürgerbeteiligung vorwiegend aufgrund instrumenteller Motive bevorzugen. Gherghina und Geissel (2020) finden auch eine höhere

Zustimmung zu deliberativen Verfahren bei jenen, die ein hohes subjektives Kompetenzbewusstsein haben (internal efficacy) und zudem unzufrieden mit der Regierung sind.

Im Vergleich zwischen Vor- und Nachbefragung hat sich die Bewertung der meisten Modelle leicht verbessert. Allerdings sind die Unterschiede nicht signifikant, was auch an der geringen Fallzahl liegen kann. Die Betroffenen, die bereit waren an den Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen, haben ein hohes Selbstwirksamkeitsgefühl und sind auch politisch informiert und interessiert, wie die Diskussionen zeigen. Solche Bürger*innen haben in der Regel konsistente Präferenzen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie von Goldberg u. a. (2020), die zeigt, dass solche Formate eher weniger dazu beitragen, Präferenzen zu Repräsentationsmodellen zu verändern. Aus der Perspektive deliberativer Theorie gibt es zudem keine bestimmten Erwartungen, in welcher Richtung Meinungsänderungen bei den einzelnen Modellen zu erwarten wären. Keines der Modelle ist den anderen epistemisch „überlegen“, vielmehr haben alle Modelle ihre eigenen Vor- und Nachteile (vgl. Goldberg u. a. 2020).

Die folgenden Kapitel geben einen Überblick zu den Diskussionen über die einzelnen Repräsentationsmodelle. Die Transkripte zu den Diskussionen befinden sich in Anhang (3.1).⁹⁵ Zu Beginn der beiden Veranstaltungen wurden die Teilnehmenden in einem Erklärvideo über die fünf Repräsentationsmodelle informiert. Dabei wurden Ihnen zu jedem Modell jeweils zwei pro-, und zwei kontra Argumente genannt.⁹⁶

Der Vorteil solcher Diskussionsformate liegt darin, dass Präferenzen und Nuancen erfasst werden können, die bei einer rein quantitativen Bewertung vorgefertigter Frageitems verloren gehen. Neben der Bewertung der einzelnen Modelle helfen die Diskussionen auch zu verstehen, welche Gründe hinter den jeweiligen Ansichten der Diskutierenden liegen und mit welchen Argumenten diese begründet werden. Erste empirische Analysen legen beispielsweise nahe, dass einige Bürger*innen nicht ein einzelnes Modell präferieren, sondern eher zu einer Kombination unterschiedlicher Modelle tendieren (vgl. Goldberg und Bächtiger 2019; Goldberg u. a. 2020; Kriesi u. a. 2016; Rojon u. a. 2023).

⁹⁵ Um Reihenfolgeeffekte zu vermeiden, wurden die Modelle in zufälliger Reihenfolge diskutiert. In jeder Veranstaltung wurden zwei Diskussionsgruppen gebildet, um allen Teilnehmenden eine ausreichende Diskussionsteilnahme zu ermöglichen. Insgesamt gab es in beiden Veranstaltungen vier Diskussionsgruppen. Gruppe 1 und 2 haben an der ersten Veranstaltung am 02.12.2019 teilgenommen, die Gruppen 3 und 4 am 03.02.2020.

⁹⁶ Die Informationen zu den Modellen wurden den Teilnehmenden auch schriftlich ausgehändigt. Die genannten Argumente finden sich für jedes Modell in den Tabellen 34-38 (siehe Anhang 3), ebenso die am häufigsten vorgetragenen Argumente aus den Diskussionen.

4.5.1. Argumente für und gegen repräsentative Demokratie

„Im Prinzip bin ich eigentlich schon dafür, aber es müsste erweitert und ergänzt werden (Gruppe 4: S.3).

Die Bewertung repräsentativer Demokratie wurde schon anhand der Interviews mit langzeiterwerbslosen Nichtwähler*innen thematisiert. Dabei liefern die Diskussionen weitere Argumente, die nun vorgestellt werden. Vor den Diskussionen haben die Teilnehmenden folgende Argumente zu repräsentativer Demokratie erhalten: Gewählte Politiker*innen befassen sich hauptberuflich mit gesellschaftlichen Problemen, was sie besonders befähigt diese zu lösen und Kompromisse auszuhandeln. Außerdem übernehmen sie für Ihre Entscheidungen die Verantwortung, weshalb Bürger*innen sich so nicht tagtäglich mit Politik beschäftigen müssen. Dagegen wurde angeführt, dass Abgeordnete, außerhalb von Wahlen eigenständig und kaum kontrollierbar sind und diese oft den Bezug zu den Interessen der Wählerschaft verlieren (siehe Tabelle 34, Anhang 3).

Diese Argumente wurden in den Diskussionen aufgegriffen und ergänzt. Die Unkontrollierbarkeit von Politiker*innen vor allem in Bezug auf Wahlversprechen wird hier ähnlich wie in den Interviews immer wieder thematisiert. Auch wird infrage gestellt, ob gewählte Politiker*innen für ihre politischen Entscheidungen wirklich die Verantwortung übernehmen. So meint ein Teilnehmender *„Was soll das? Wer übernimmt die Verantwortung? Der Steuerzahler übernimmt sie? Also dieses möchte ich gar nicht [...]“* (Gruppe 1: S.9).

Es wird aber auch angemerkt, dass Politiker*innen trotz falscher Wahlversprechen immer wieder gewählt würden und somit eine Teilschuld bei der Wählerschaft liegt.

Viele Politiker*innen kämen zudem aus ökonomisch bessergestellten Milieus, hätten einen Hochschulabschluss und legten ihren Fokus ganz auf die eigene Parteikarriere. Dadurch verlieren viele den Bezug zum Leben außerhalb der Politik (vgl. Gruppe 3: S.8). Interessant ist auch hier die teilweise Unterscheidung zwischen Bundes- und Kommunalpolitik. Während Bundespolitiker*innen eher im Verdacht stehen, Wahlversprechen nicht einzulösen, werden Kommunalpolitiker*innen auch wegen einer größeren räumlichen Nähe positiver bewertet. *„Die machen glaube ich ganz viel. Die sind wirklich auch für Bürger da und die sind ja selten in den Medien, also quasi deren Versprechen, die, die machen, die halten die auch mehr ein, die sind ja mit der Stadt unterwegs, die wohnen auch dort [...]“* (Gruppe 4: S.4).

Angesprochen wird zudem der starke Einfluss von Wirtschaftsinteressen (vgl. Gruppe 2: S.8), sowie die langen Entscheidungswege im repräsentativen System.

Dies beinhaltet zudem die Gefahr, dass Entscheidungen unter wechselnden Mehrheitsverhältnissen widerrufen werden.

Zwar werden auch die positiven Aspekte aufgegriffen, allerdings wird das repräsentative Modell auch in den Diskussionen eher negativ bewertet. Dabei wird weniger das repräsentative Modell an sich kritisiert, sondern dessen praktische Umsetzung. Deshalb möchten die meisten Teilnehmenden auch nicht, dass Politiker*innen über für sie wichtige Belange wie Hartz-IV entscheiden. Denn „[...] wenn das alles so funktionieren würde, dann wären wir nicht hier“ (Gruppe 3: S.11).

Die meisten Teilnehmenden wünschen sich keine Abschaffung repräsentativer Demokratie, sondern eine Veränderung des aktuellen Systems. Dabei wird immer wieder eine Erweiterung durch alternative Repräsentationsmodelle gefordert, wie mehr direktdemokratische Beteiligung, eine deliberative Mitwirkung von Bürger*innen, aber auch ein größerer Einfluss von Expert*innen auf politische Entscheidungsfindungsprozesse (vgl. Rojon u. a. 2023).

4.5.2. Argumente für und gegen direkte Demokratie

„Da sind wir zu unterrepräsentiert in der Bevölkerung. Also da wird die Mehrheit auf jeden Fall gegen die Interessen der Hartz IVler, sicher stimmen“ (Gruppe 3: S.13).

Folgende Argumente für direkte Demokratie wurden den Teilnehmenden mitgegeben: Die direkte Abstimmung durch die Bürger*innen schafft Anreize für Politiker*innen, diese für ihre politischen Lösungen zu gewinnen. Die Bevölkerung wird stärker in die Politik einbezogen, was Zufriedenheit, Akzeptanz und das politische Interesse steigern kann. Dagegen sprechen allerdings die Uninformiertheit vieler Wähler*innen und deren leichte Beeinflussbarkeit durch Interessengruppen und Medien. Außerdem lassen Volksabstimmungen viele komplexe Problemlösungen nicht zu und bieten oft nur die Optionen "Ja" oder "Nein". Bürger*innen haben daher keine wirkliche Gestaltungsmöglichkeit, sondern nur das letzte Wort (siehe Tabelle 35, Anhang 3).

Insgesamt sind die Meinungen zu direkter Demokratie gemischt, wobei dieses Modell nicht als alleiniges Repräsentationsmodell gesehen wird. Vielmehr werden in den Diskussionen Themenbereiche herausgearbeitet, für die eine direkte Beteiligung der Bevölkerung mehr oder weniger wünschenswert ist. Als weiterer Vorteil wird eine schnellere Entscheidungsfindung durch solche Verfahren genannt. Gewünscht werden direktdemokratische Abstimmungen für Themen die nahe an der Lebensrealität der Bevölkerung sind. Bei solchen Themen (z.B. Entscheidungen zum öffentlichen Nahverkehr) seien die Bürger*innen eher befähigt Entscheidungen

zu treffen als Politiker*innen in „Berlin“. Auch für besonders wichtige oder grundlegende Entscheidungen wird von einigen Teilnehmenden ein Bürgervotum gefordert. Genannt wird u. a. die Beteiligung Deutschlands an bewaffneten Konflikten, wie im ehemaligen Jugoslawien oder in Afghanistan (vgl. Gruppe 3: S.4). Allerdings gehen die Meinungen auseinander, was wichtige Entscheidungen sind und ob dort eine Beteiligung wünschenswert ist.

So wird die Uninformiertheit vieler Bürger*innen angesprochen, was wie beim Brexit-Votum zu unerwünschten Entscheidungen führen kann. Abstimmungen zu stark polarisierten Themen, wie der Aufnahme von Flüchtlingen werden deshalb von einigen kritisch gesehen, ebenso zu Themen für die eine besondere Fachexpertise nötig sei. Letztere werden aber nicht näher spezifiziert.

Einige Teilnehmende sehen auch die Gefahr, dass Minderheiten überstimmt werden und lehnen daher Abstimmungen zum Thema Hartz-IV ab. Denn sie erwarten von der Bevölkerung überstimmt zu werden, was auch in dem negativen Zusammenhang zwischen der Dauer der Erwerbslosigkeit sowie instrumenteller Motive und der Bewertung direkter Demokratie sichtbar wird (siehe Kapitel 4.4.1.).

Ein Teilnehmender äußert seine Befürchtung wie folgt: *„Das ist aber auch gleichzeitig ein sehr gutes Beispiel dafür, wie eine direktdemokratische Entscheidung wahrscheinlich in eine ganz andere Richtung gehen würde, wie wir das wollen. Und weil [...] seit ewigen Zeiten quasi überall in den Medien Hartz IV Empfänger als asoziale Idioten hingestellt werden und viele denke ich einfach die Meinung vertreten ‚ja, denen geht es eigentlich gut genug‘, sozusagen oder ‚vielleicht geht es ihnen noch zu gut‘, wer weiß das. Das ist genauso ein emotionales Thema, wo wirklich dann die Interessensgruppen am Ende die Entscheidung getroffen haben, die quasi das Volk aufgestachelt haben* (vgl. Gruppe 2: S.12). Für diese Problematik müsste zuerst eine Lösung gefunden werden (vgl. Gruppe 2: S.10f.). Mit Verweis auf die Abstimmung zum Bahnhof in Stuttgart (Stuttgart-21)⁹⁷ wird beispielsweise gefordert, nur jene abstimmen zu lassen, die direkt von der Entscheidung betroffen sind (vgl. Gruppe 4: S.8). Ein weiterer Vorschlag ist mehrere Entscheidungen in einem Votum zu bündeln, um die Bürgerschaft nicht mit zu häufigen Abstimmungen zu ermüden.

4.5.3. Argumente für und gegen deliberative Demokratie

„Wenn sich [...] manche nicht trauen, die in prekären Verhältnissen leben und denken [...] ‚Ich kann ja gar nichts beitragen, da bin ich nicht gut genug‘, dann

⁹⁷ In der Volksabstimmung zu Stuttgart-21 wurde in ganz Baden-Württemberg zu dem Neubau des Hauptbahnhofes in Stuttgart abgestimmt.

sind da dann doch wieder in diesem Pool, von denen, die per Los gewählt werden [...] nur die, die sich trauen und sagen ‚Ich traue mir das zu, da mach ich mit‘ (Gruppe 1: S.2).

Als Argumente für eine dialogische Beteiligung der Bürger*innen wurde den Teilnehmenden mitgegeben: In einem Bürgerdialog können Themen aus verschiedensten Blickwinkeln betrachtet werden, wobei die Bürger*innen umfangreich informiert werden und so fundierte Politik-Empfehlungen entstehen können. Durch die direkte Beteiligung der Bürgerschaft ist zudem die Transparenz solcher Verfahren sehr hoch. Allerdings sind Bürgerdialoge zeitaufwendig, zumal auch vielen Bürger*innen die dafür erforderliche Zeit fehlt. Außerdem sind die Empfehlungen nicht bindend. Die Regierung kann sich gegen eine Bürgerempfehlung durchsetzen (siehe Tabelle 36, Anhang 3).

Diese fehlende Verbindlichkeit deliberativer Entscheidungsentwürfe wird in allen Diskussionsgruppen bemängelt. Weiterhin wird das Auswahlverfahren per Los und die Freiwilligkeit der Teilnahme intensiv diskutiert. Trotz Losverfahren ist das Sample aus Sicht einiger Teilnehmender nicht zwingend repräsentativ: Es besteht zudem die Gefahr, dass uninformierte oder ungeeignete Bürger*innen in solche Dialogformate gelost werden und vor allem Betroffene unterrepräsentiert sind. Denn viele in prekären Lebenssituationen trauen sich Teilnahme an solchen Formaten nicht zu, was auch an den Diskriminierungserfahrungen liegen kann, die viele Betroffene in ihrem Alltag machen (siehe Kapitel 2.2.3). Bezogen auf das Thema Hartz-IV besteht daher die Gefahr, dass solch ein Format doch wieder ohne Betroffene stattfindet. Dennoch möchten die meisten Diskutierenden eine Teilnahme nur auf freiwilliger Basis (vgl. Gruppe 4: S.5).

Darüber hinaus wird die Rolle der Expert*innen diskutiert, die bei solchen Formaten informieren sollen. Es wird die Gefahr gesehen, dass diese nicht seriös handeln bzw. sie Eigen- oder Lobbyinteressen verfolgen.

Außerdem ist das Losverfahren aus Sicht einiger Diskutierenden manipulationsanfällig. So könnten Parteien und Lobbygruppen versuchen, einzelne gesellschaftliche Gruppe gezielt auszuschließen (vgl. Gruppe 1: S.2ff.).

Andererseits könnten solche Formate zu einer ausgewogeneren Debatte führen, auch zum Thema Hartz-IV. Durch das Losverfahren besteht zumindest die Möglichkeit, die Sichtweise unterschiedlicher Gruppen zu berücksichtigen. Obendrein kann solch ein Format die Teilnehmenden zusammenbringen und neue Perspektiven/Lösungen eröffnen. „Politik“ ist so auch eher bereit, sich mit einem Thema zu beschäftigen bzw. auf die Bürger*innen zu hören, wenngleich deren Vorschlag nicht bindend ist. Als positives Beispiel werden die deliberativen Formate

mit anschließender direktdemokratischer Abstimmung in Irland⁹⁸ genannt (Gruppe 2: S.1).

Dies zeigt auch, dass solche Formate zumindest einigen Teilnehmenden nicht gänzlich unbekannt sind. Schließlich wird auch die Möglichkeit genannt, deliberative Verfahren online stattfinden zu lassen (vgl. Gruppe 3: S.7), was den zeitlichen Aufwand einer Teilnahme reduzieren könnte.

4.5.4. Argumente für und gegen Expertokratie

Ich finde, wenn es ein Experte ist, der schon mal selber arbeitslos war und in diesem Ding gesteckt hat, dann wäre es gut. Aber ich meine, dank einem Experten haben wir jetzt Hartz IV [...] (Gruppe 3: S.11).

Insgesamt ist unter den Teilnehmenden die Zustimmung zum Expertokratie Modell gering (siehe Tabelle 12). Dieses Modell wird eher als sinnvolle Ergänzung zu anderen Modellen gesehen wie zu repräsentativer (vgl. Gruppe 3: S.8) oder direkter Demokratie (vgl. Gruppe 3: S.6), aber auch zu dialogischer Bürgerbeteiligung (vgl. Gruppe 2: S.5). Folgende Argumente wurden den Teilnehmenden mitgegeben: Neutrale Expert*innen entscheiden unabhängig von Lobbyisten oder Parteizwängen. Sie orientieren sich an dabei an ihrem Fachwissen und treffen Entscheidungen schnell, ohne lange politische Auseinandersetzungen. Allerdings sind die so getroffenen Entscheidungen für die Bürger*innen nicht transparent und die demokratische Kontrolle der Entscheidungen eingeschränkt (siehe Tabelle 37, Anhang 3).

Die Skepsis gegenüber diesem Modell beruht zum einen auf der fehlenden Transparenz der Entscheidungen (vgl. Gruppe 4: S.7). Zum anderen wird die Auswahl dieser Expert*innen sowie deren Qualität angezweifelt. Was Expert*innen ausmacht, ist vielen Teilnehmenden unklar. Expert*innen werden primär mit akademischen Graden wie einem Hochschulabschluss in Verbindung gebracht. Nach dieser Vorstellung hätten solche Expert*innen einen ähnlichen sozioökonomischen Hintergrund wie jene Politiker*innen, die von vielen Betroffenen als abgehoben wahrgenommen werden (siehe Kapitel 3.1.2.), was diese Skepsis erklären könnte (vgl. Rojon u. a. 2023).

Dabei wird die Sozialkompetenz und die Neutralität solcher Expert*innen teilweise infrage gestellt, wenn diese sich nur um ihr jeweiliges Themengebiet scheren. Als Beispiel wird die Gentechnik genannt. Aus Sicht einiger Diskutierender dürften hierzu die Präferenzen der meisten Expert*innen – die ja in diesem Bereich

⁹⁸ Dort haben Bürger*innen zu den Themen „Gleichstellung der Ehe“ und Abtreibung deliberiert. Die ausgearbeiteten Entwürfe wurden daraufhin in direktdemokratischen Abstimmungen angenommen. Nähere Informationen zu den Verfahren finden sich bei (Farrell u. a. 2019).

möglichst viel erforschen wollen – von denen der Bevölkerung abweichen (vgl. Gruppe 2: S.5f.).

Generell müssten solche Expert*innen unabhängig sein. Sie sollten keine Angestellte einer Firma sein oder Eigeninteressen wie eine Karriere verfolgen, was kaum für möglich gehalten wird (vgl. Gruppe 3: S.5f.). Überdies stellen einige Teilnehmende die Frage, wer überhaupt qualifiziert sei, solche Expert*innen auszuwählen.

Die fehlende Transparenz macht es zudem unmöglich zu bewerten, inwieweit die dort getroffenen Entscheidungen nicht doch gekauft worden sind. Es wird weiterhin angemerkt, dass die Hartz-IV-Reformen das Werk solch eines Experten sind. Allerdings hätte es durchaus Vorteile, wenn solche Expert*innen selbst Erfahrungen mit Erwerbslosigkeit hätten (vgl. Gruppe 3: S.11). Dass Betroffene selbst solche Expert*innen sein könnten, wird aber kaum thematisiert.

Insgesamt wird die Wichtigkeit von Fachexpertise bei politischen Entscheidungen von vielen Diskutierenden anerkannt, allerdings als Ergänzung zu anderen Repräsentationsformen und nicht mit Expert*innen als alleinigen Entscheidungsträger*innen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Rojon u. a. 2023, die kaum Unterstützung für ein reines Expertokratiemodell finden, sondern eher für eine Kombination aus Expert*innen und Politikerinnen. Auch Bertsou (2022) zeigt anhand von Conjoint-Experimenten u. a. für Deutschland, dass Bürger*innen solche Expert*innen primär bei der Ausarbeitung von politischen Entscheidungen gegenüber Politiker*innen präferieren und weniger als Entscheidende selbst.

4.5.5. Argumente für und gegen Strong Leader Modell

„[...] wenn der Leader ein Hartz IV-ler ist: geil. Ja [...] wenn es ein sehr sozialer Mensch ist, wäre es vielleicht auch noch gut [...]. Wenn man [...] Pech hat, hat man halt nicht einen, den man braucht und dann ist man gefickt“ (Gruppe 2: S.12).

Das Strong Leader Modell wird auch von den Teilnehmenden der beiden Diskussionsveranstaltungen am schlechtesten bewertet (siehe Tabelle 12). Als Vorteile wurden vorab genannt: Die Möglichkeit schneller, effizienter und transparenter Entscheidungen durch einen starken Leader angesichts drängender Probleme. Nachteile sind dagegen die geringe demokratische Legitimität, wenn Entscheidungen nur von einer einzelnen Person getroffen werden, sowie die Schwierigkeit einen solchen Leader abzuwählen (siehe Tabelle 38, Anhang 3).

Ähnlich wie beim Expertokratie-Modell halten die Teilnehmenden das Strong Leader Modell für wenig vorteilhaft. Denn solch ein Leader müsse unrealistische

Bedingungen erfüllen, denen kaum ein Mensch gerecht werden könne (vgl. Gruppe 2: S.7). So müsse der Leader u. a. eine gute, vertrauenswürdige und sozial kompetente Person sein, die nicht egoistisch handelt und bestenfalls Erfahrungen mit ALG-II-Bezug hat (siehe Tabelle 38, Anhang 3).

Dabei wird der positive Aspekt einer Hierarchie sowie schneller Entscheidungen bei drängenden Themen wie Covid-19 hervorgehoben. Allerdings wird hier die fehlende Rückkoppelung an die Bürgerschaft bemängelt, die letztlich keine Kontrolle über solch einen Leader hat. Daher bevorzugen es die meisten, auch mit Verweis auf die besondere Geschichte Deutschlands, keiner einzelnen Person so viel Macht anzuvertrauen. Aus Sicht der Diskutierenden gleicht dieses Modell einem „Roulette Spiel“ (vgl. Gruppe 2: S.12). Die damit verbundenen Risiken sind Ihnen zu hoch, denn die Gefahr von Machtmissbrauch ist groß. Keine einzelne Person habe zudem die Kompetenz und das Wissen, um ein solches Amt allein ausfüllen zu können. Mit dem Verweis auf China wird aber angemerkt, dass solch ein Modell Wohlstand generieren und bei wichtigen Themen wie dem Klimawandel positiven Output generieren kann (Gruppe 3. S.1).

Befunde aus den USA deuten zudem darauf hin, dass die Präferenz für autoritäre Führungspersonen weniger den Wunsch nach einem autoritären Regime darstellt, sondern eher eine Bereitschaft, auf einige wichtige demokratische Grundsätze zu verzichten. Deshalb werden Kandidierende mit ähnlichen ideologischen Positionen oder politischen Präferenzen unterstützt, selbst wenn diese gegen grundlegende demokratische Prinzipien verstoßen (vgl. Graham und Svobik 2020).

„Ich finds eigentlich schade, dass kein Modell dabei ist, was annähernd passen könnte. Man müsste aus den verschiedenen Modellen was zusammenbasteln [...]“ (Gruppe 1: S.9).

Insgesamt sind die Diskutierenden unzufrieden mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratie in Deutschland und wünschen sich daher eine Veränderung. Den präsentierten Alternativmodellen wird aber nicht zugetraut, die repräsentative Demokratie zu ersetzen. Vielmehr möchten viele eine Kombination unterschiedlicher Modelle als Ergänzungen zum aktuellen System. Dabei gehen die Präferenzen auseinander, welche Modelle kombiniert werden sollen und wie die jeweilige Gewichtung ausfallen soll. Dies zeigt, wie komplex die Repräsentationswünsche von Langzeiterwerbslosen und Bürger*innen im Allgemeinen sind (vgl. Ferrín und Kriesi 2016).

Hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung für solch hybride Repräsentationsmodelle berichten auch andere Studien (siehe Goldberg und Bächtiger 2019; Goldberg u. a. 2020; Kriesi u. a. 2016; Rojon u. a. 2023).

Bei Goldberg und Bächtiger (2019) und Goldberg u. a. (2020) beinhaltet solch ein integratives Modell eine Kombination aus Expertokratie, partizipativer Modelle und repräsentativer Demokratie. Rojon u. a. 2023 testen drei unterschiedliche Hybridmodelle: Das „responsive politician“ Modell kombiniert repräsentative und direkte Demokratie, während das „responsible politician“ Modell Expertokratie und repräsentative Demokratie verbindet. Beide Profile finden sich auch bei einigen Diskutierenden wieder.

Das "stealth populism" Modell, welches Expert*innen-Regierung und Volksabstimmungen verbindet, wird in den Diskussionen dagegen nicht genannt.

Darüber hinaus finden Rojon u. a. (2023) nur bei einer Minderheit der Befragten eine Präferenz für einzelne Repräsentationsmodelle. Nur etwa 10 % der Befragten möchten rein partizipative Repräsentationsmodelle, wenn Hybridmodelle zu Auswahl stehen, die die meisten bevorzugen (vgl. Rojon u. a. 2023). Im Vergleich dazu haben 60 % der befragten Langzeiterwerbslosen, eine der beiden partizipativen Alternativen gewählt.

Wie es scheint, bildet eine isolierte Betrachtung idealtypischer Modelle die Repräsentationspräferenzen der Bürger*innen nur begrenzt ab (vgl. Ferrín und Kriesi 2016). Die Diskussionen geben Anlass zu der Vermutung, dass die getroffene Auswahl in der quantitativen Umfrage mit Hinzunahme von Kombinationsmodellen anders ausgefallen wäre.

4.5.6. Repräsentationspräferenzen: Conjoint-Analysen.

Weitere Erkenntnisse zur Auswahl von Repräsentationsmodellen können Conjoint-Experimente liefern. Diese wurden in den Nachbefragungen zu den beiden Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, nachdem sich die Teilnehmenden ausführlich mit den einzelnen Modellen befasst haben.

Die Conjoint Analyse ist ein experimentelles multivariates Verfahren. Es stammt ursprünglich aus der Psychologie und wird vor allem in der Marktforschung eingesetzt. Seit einigen Jahren finden Conjoint-Experimente in der politikwissenschaftlichen Forschung mehr Beachtung (siehe Bansak u. a. 2016; Berz und Jankowski 2022; Hainmueller und Hopkins 2015; Jankowski u. a. 2019) und werden auch zur Analyse von Repräsentationspräferenzen eingesetzt (siehe Bertou 2022; Goldberg 2021; Goldberg und Bächtiger 2023; Lavezzolo u. a. 2021).

Mit Conjoint-Experimenten kann getestet werden, inwieweit einzelne Teilaspekte eines Repräsentationsmodells dessen Gesamtbeurteilung beeinflussen.⁹⁹ Das bedeutet in diesem Zusammenhang: Ist für die Befragten eher entscheidend – ob eine Entscheidung in ihrem Sinne ausfällt, oder legen sie vor allem Wert darauf – wer die Entscheidung trifft? Womöglich spielt auch eine Rolle, wer im Vorfeld einer Entscheidung beteiligt wird.

Anhand von Conjoint-Experimenten können solche Teilaspekte untersucht werden. Die Teilnehmenden wurden hierbei vor hypothetische Entscheidungssituationen zu zwei unterschiedlichen Themen gestellt: Abschaffung von Hartz-IV und die Abschaffung der Umstellung von Sommer auf Winterzeit. Beide Szenarien (Vignetten) sind in Tabelle 13 dargestellt.

Hartz-IV ist für Betroffene ein salientes Thema. Der Umstellung von Sommer auf Winterzeit wird dagegen eine geringere Bedeutung unterstellt. Somit kann überprüft werden, ob sich Modellpräferenzen unterscheiden, wenn den Befragten ein Thema besonders wichtig ist oder nicht.¹⁰⁰

Wie von Hainmueller, Hopkins und Yamamoto (2014) vorgeschlagen, wurden die Teilnehmenden mit zwei nebeneinander dargestellten Profilen konfrontiert, von denen sie das bevorzugte Szenario auswählen mussten.

Tabelle 13: Vignetten für das Conjoint-Experiment

Szenario 1: Abschaffung von Hartz-IV	Szenario 2: Abschaffung der Umstellung zwischen Sommer und Winterzeit
<ul style="list-style-type: none"> Immer wieder wird über eine Reform bzw. über die Abschaffung des Hartz-IV-Systems gesprochen. Hierzu gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, wie über die Regelung, Art und Höhe der Leistungen bzw. Maßnahmen entschieden werden kann. Welches Modell der Entscheidungsfindung wünschen Sie sich? 	<ul style="list-style-type: none"> Es gibt die Forderung, die Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit abzuschaffen. Hierbei gibt es unterschiedliche Möglichkeiten wie über diese Regelung, entschieden werden kann. Welches Modell der Entscheidungsfindung wünschen Sie sich?

Anmerkung: Eigene Darstellung

⁹⁹ Mit Conjoint-Experimenten kann eine hohe externe Validität erreicht werden (vgl. Hainmueller u. a. 2015). Allerdings beruhen die Analysen in diesem Kapitel nicht auf einer repräsentativen Umfrage. Außerdem sind die Fallzahlen sehr gering. Daher sind weitergehende Aussagen nur eingeschränkt möglich.

¹⁰⁰ Die Salienz des jeweiligen Themas wurde jeweils vorab abgefragt. Eine Übersicht, wie die einzelnen Vignetten abgefragt wurden befindet sich in Anhang 3.3.

Abbildung 14: Conjoint-Experiment - Beispiel

Wir werden Ihnen nun mehrere Szenarien zeigen, die unterschiedliche politische Verfahren zur **Abschaffung von Hartz IV** darstellen.

	Szenario I	Szenario II
Vorschlag durch:	Geloste Bürger*innen und starker Leader	Geloste Bürger*innen
Entscheider:	Bürger*innen stimmen direktdemokratisch ab	Bürger*innen stimmen direktdemokratisch ab
Ergebnis:	Abschaffung von Hartz IV	Keine Abschaffung von Hartz IV

Welches dieser beiden Szenarien bevorzugen Sie?

Szenario 1

Szenario 2

Anmerkung: Eigene Darstellung

In Abbildung 14 ist solch eine Entscheidungssituation beispielhaft dargestellt. Die Profile unterscheiden sich anhand von drei Aspekten, die jeweils randomisiert zugeteilt wurden (siehe Tabelle 14): Erstens, wer den Entwurf/Vorschlag zu einer Entscheidung liefert, also wer im Vorfeld der Entscheidung beteiligt wird. Zweitens, wer die Entscheidung fällt und drittens, wie das Ergebnis ausfällt (ob Hartz-IV oder die Umstellung von Sommer auf Winterzeit abgeschafft wird). Wegen der geringen Fallzahl und der Anzahl der Conjointe wurde deren Komplexität möglichst gering gehalten. Allerdings wurde für die Entwurf-Phase (Vorschlag) die Kombination von jeweils zwei Modellen erlaubt. Neben den drei Conjointe und der Salienz des jeweiligen Themas wurde getestet, ob das Ergebnis im Sinne der befragten Person ausfällt¹⁰¹ und wie gerechtfertigt sie die Entscheidung empfindet.

Jedem der 29 Teilnehmenden wurde zu den beiden Szenarien (Vignetten) jeweils fünf Entscheidungssituationen zugewiesen (insgesamt 10).¹⁰²

¹⁰¹ Es wurde jeweils gefragt, welchen Ausgang der Entscheidung sich die Befragten wünschen.

¹⁰² Dies liegt im Rahmen dessen, was Befragten kognitiv zugemutet werden kann (vgl. Bansak u. a. 2018). Daraufhin wurden die Daten in ein „long format“ übertragen, was in 290 Observationen mündet.

Tabelle 14: Merkmalsvariationen für die Conjoint-Analysen

Eigenschaft	Ausprägung
Thema	Hartz-IV sowie Umstellung von Sommer auf Winterzeit.
Vorschlag durch	Politiker*innen, Bürger*innen, Expert*innen, geloste Bürger*innen, starker Leader, geloste Bürger*innen und Expert*innen, geloste Bürger*innen und Politiker*innen, Starker Leader und Expert*innen, Politiker*innen und Expert*innen.
Entscheider	Politiker*innen, Bürger*innen stimmen direkt ab, Expert*innen, geloste Bürger*innen, starker Leader.
Ergebnis	Abschaffung (1= ja; 0 = nein)
Weitere Fragen:	
Salienz des Themas	sehr salient (1= ja; 0 = nein)
Ergebnis im eigenen Sinne ¹	(1 = ja; 0 = nein)
Wie gerechtfertigt ist die Entscheidung?	gerechtfertigt (1= ja; 0 = nein)
Geschlecht	weiblich/männlich

Anmerkung: ¹ Bei dieser Variable wird gemessen, ob das Ergebnis der ausgewählten Vignette mit dem vorab angegebenen präferierten Ergebnis übereinstimmt; eigene Darstellung.

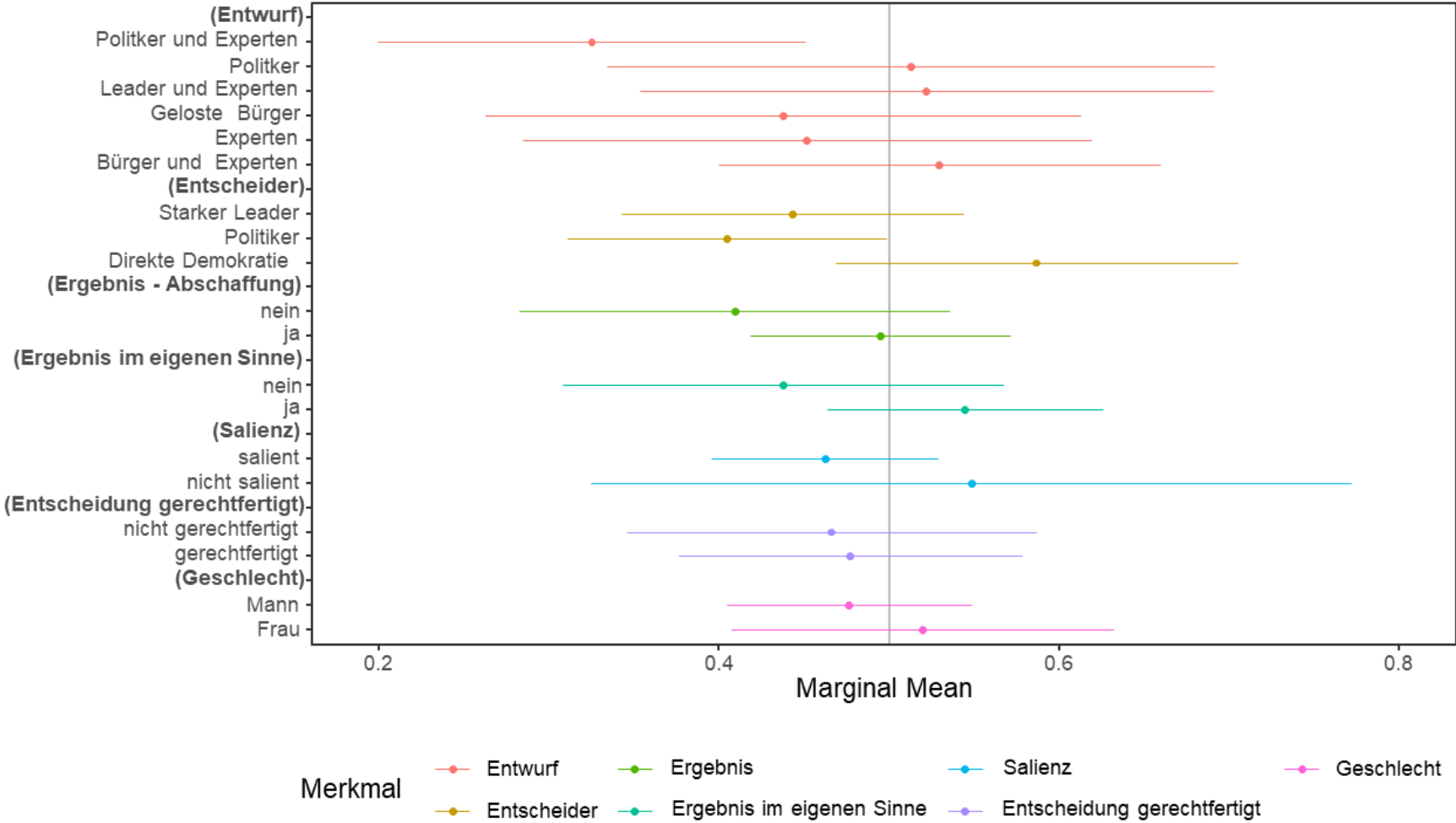
In Abbildung 15 sind die Ergebnisse des Conjoint-Experiments dargestellt. Es wurden "marginal means" (MM) berechnet (vgl. Leeper u. a. 2020).¹⁰³ Diese spiegeln die Wahrscheinlichkeit wider, dass ein Profil ausgewählt wird, wenn es ein bestimmtes Merkmalselement enthält. Die Ergebnisse in Abbildung 15 zeigen: Conjoints in denen die Expert*innen und Politiker*innen zusammen einen Entwurf zu einem Thema ausarbeiten, haben eine geringere Wahrscheinlichkeit ausgewählt zu werden. Gleiches gilt für Conjoints in denen Politiker*innen die Entscheidung treffen. Wie es scheint, wird Politiker*innen sowohl bei politischen Entscheidungen als auch bei der Ausarbeitung von Entwürfen misstraut. Die Kombination von Politiker*innen und Expert*innen in der Entwurf-Phase könnte von den Befragten als der Status-Quo gesehen werden, mit dem viele Betroffenen unzufrieden sind. Womöglich sehen die Beteiligten bei der Kombination von Politiker*innen und

¹⁰³ Alle Analysen wurden mit dem cregg Paket in R durchgeführt (vgl. Leeper 2022). Da jeder Befragte mehrere Vergleiche durchgeführt hat sind die Beobachtungen nicht unabhängig, weshalb für die Analysen geclusterte Standardfehler verwendet wurden.

Expert*innen, nicht nur ihre eigenen Interessen kaum berücksichtigt. Denn beide kommen meist aus sozioökonomisch bessergestellten Schichten. Vielleicht sehen sie auch hier ebenfalls eine besonders große Gefahr von Korruption oder geheimen (intransparenten) Absprachen. Hierzu bedarf es weiterer Forschung.

Die Salienz des Themas und ob das Ergebnis mit den eigenen Vorstellungen übereinstimmt, haben dagegen keinen signifikanten Effekt. Wegen der geringen Fallzahlen sind die präsentierten Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren.

Abbildung 15: Conjoint Analysen zu Demokratiemodellen



Anmerkungen: Eigene Berechnung und Darstellung; N = 257 (Merkmale die selten vorkamen, wurden aus den Analysen entfernt), Signifikanzniveau = p<0.05

4.6. Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse

In der vorliegenden Arbeit wurde ein Mixed-Methods-Ansatz verfolgt, um die Repräsentationswünsche von Langzeiterwerbslosen in Deutschland besser verstehen zu können. Kombiniert wurden qualitative, quantitative sowie experimentelle Analyseverfahren.

Im Mittelpunkt der Betrachtung waren immer die Betroffenen selbst. Deren Zeugnisse der eigenen prekären Lebensrealität und der damit verbundenen sozialen Exklusion, sowie ihre Erfahrungen mit politischer Exklusion wurden untersucht, exemplarisch für eine immer größer werdende Gruppe an Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben und der repräsentativen Demokratie verstärkt ihre Unterstützung entziehen. Gleichzeitig sind die Gründe für diese Unzufriedenheit kaum erforscht, da jene Betroffene von politikwissenschaftlicher Forschung bislang kaum berücksichtigt worden sind.

Es wurde deshalb untersucht, wie Langzeiterwerbslose die repräsentative Demokratie in Deutschland, sowie alternative Repräsentationsmodelle wahrnehmen, welche Determinanten ihre Bewertung der einzelnen Modelle beeinflussen und welche Motive hinter dieser Bewertung stehen.

Aufgrund fehlender repräsentativer Daten wurden unterschiedliche Datenquellen kombiniert bzw. eigene Daten erhoben und analysiert, um aus unterschiedlichen Betrachtungswinkeln ein möglichst umfassendes Bild zu den Repräsentationswünschen Langzeiterwerbsloser zeichnen zu können. Bei allen Erhebungen wurden Langzeiterwerbslose nach ihrer Meinung und ihrem Interesse gefragt.

Sie waren zudem als Expert*innen der eigenen Lebensrealität bei der Erhebung aller Daten involviert. Die qualitativen Interviews mit langzeiterwerbslosen Nichtwähler*innen wurden von Betroffenen selbst geführt und stammen aus einem früheren Projekt, an dem ich seit dem Bachelor-Studium mitarbeiten konnte (vgl. Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). Dort kommen vorrangig jene Betroffene zu Wort, die dem repräsentativen System schon die Unterstützung verweigern und die zu den besonders „Unzufriedenen“ (disaffected) gezählt werden können.

Der deutschlandweite quantitative Online-Survey und die beiden deliberativen Veranstaltungen mit Betroffenen – inklusive der beiden Vor- und Nachbefragungen - wurden, in Zusammenarbeit mit Manuel Walter, André Bächtiger und den Demokratiebegleiter*innen des Sozialunternehmens Neue Arbeit gGmbH, von mir selbst durchgeführt.

Ausgehend vom aktuellen politischen System in Deutschland wurde hypothetisiert, dass die Erfahrungen Langzeiterwerbsloser mit politischer Exklusion und unterschiedlichen Aspekten sozialer Exklusion ihre Sicht auf die repräsentative Demokratie beeinflussen (vgl. Kronauer 2010a; Velimsky und Bouslimani 2019). Die Interviews bieten eindruckliche Einblicke in die alltäglichen Erfahrungen Betroffener, in denen Stigmatisierung, Einschränkungen ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und ihre Beziehung zum Jobcenter eine zentrale Rolle spielen (siehe Kapitel 2).

Überdies fühlen sich Langzeiterwerbslose politisch exkludiert, wobei diese Exklusion nicht den physischen Entzug politischer Teilhaberechte bedeutet, sondern eine fehlende oder eine als gering wahrgenommene Responsivität des politischen Systems gegenüber den eigenen Interessen und Wünschen. Eine kaum vorhandene deskriptive wie auch substantielle Repräsentation Betroffener in staatlicher Legislative konnte empirisch belegt werden (siehe Kapitel 3).

Die aufgestellten Hypothesen zu den Einflussfaktoren auf die Bewertung repräsentativer Demokratie wurden nur teilweise bestätigt. Während politische Exklusion (H5) sowie die Einschränkungen sozialer Teilhabe (H2b) die Unzufriedenheit Betroffener mit repräsentativer Demokratie erklären, kann zu den übrigen Dimensionen sozialer Exklusion kein direkter signifikanter Zusammenhang mit der Bewertung repräsentativer Demokratie festgestellt werden (siehe Kapitel 4.3).

Allerdings deuten die Ergebnisse der kausalen Mediationsanalysen darauf hin, dass die Erfahrungen mit dem Jobcenter die Bewertung repräsentativer Demokratie über politische Teilhabe bzw. Exklusion indirekt beeinflussen (H6). Das Jobcenter ist die staatliche Institution, welche maßgeblich über die gesellschaftliche Teilhabe Langzeiterwerbsloser bestimmt – mit teilweise existenziellen Folgen für Betroffene. Die Ausgestaltung des Jobcenters beruht dabei auf politischen Entscheidungen. Somit ist es möglich, dass sich die dort gemachten Erfahrungen auf die Bewertung repräsentativer Demokratie übertragen. Ferner wird das politische System als weniger zugänglich für die eigenen Interessen gesehen, je länger die Erwerbslosigkeit andauert, was wiederum die Bewertung repräsentativer Demokratie beeinflusst.

Insgesamt wird das repräsentative System eher negativ bewertet, vor allem von jenen, die sich ideologisch den politischen Rändern zuordnen und/oder populistische Einstellungen haben. Einen ähnlichen Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und der Bewertung repräsentativer Demokratie finden Zaslove und Meijers (2023) für die Niederlande. Allerdings zeigen die Autoren auch, dass Bürger*innen mit populistischen Einstellungen primär mit dem Funktionieren

repräsentativer Demokratie unzufrieden sind, aber Demokratie an sich nicht weniger unterstützen.

Auch das Vertrauen in Politiker*innen beeinflusst die Bewertung des aktuellen Systems. Das hohe subjektive Kompetenzbewusstsein (internal Efficacy) der Befragten, sowohl bei der Onlineumfrage (siehe Tabelle 22, Anhang 1) als auch bei den Diskussionsveranstaltungen (siehe Kapitel 4.5) legen zudem nahe, dass besonders „Abgehängte“ bzw. „Unzufriedene“ in beiden Formaten unterrepräsentiert waren. Die Bewertung repräsentativer Demokratie Langzeiterwerbsloser dürfte daher noch schlechter ausfallen, als die beiden Erhebungen zeigen. Durch die Interviews mit langzeitarbeitslosen Nichtwähler*innen hat die Sicht, der besonders „Abgehängten“ und „Unzufriedenen“ mit dem aktuellen System, dennoch Einzug in die Analysen erhalten.

Dabei ist zu betonen, dass repräsentative Schlüsse auf Basis der verwendeten Daten nicht möglich sind. Vielmehr bieten die präsentierten Befunde durch die Kombination unterschiedlicher Datenquellen wichtige Anhaltspunkte für die weitere Forschung. Um die Befunde auf eine breitere Basis stellen zu können, wären repräsentative Erhebungen von Langzeiterwerbslosen und generell von Menschen in prekären Lebenslagen notwendig. Die Mitwirkung Betroffener, wäre bei diesem Vorhaben wünschenswert, gerade um besonders „Unzufriedene“ erreichen zu können. Wie dies funktionieren kann, zeigt das Vorgehen bei der Erhebung der qualitativen Interviews (vgl. Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande 2017, 2019). Vorab sollten allerdings mehr deliberative Formate mit Betroffenen durchgeführt werden, um ihre Repräsentationsinteressen besser verstehen, einordnen und in einen quantitativen Survey übertragen zu können.

Die Interviews, die Ergebnisse der quantitativen Befragung, sowie die Diskussionen der beiden deliberativen Veranstaltungen deuten darauf hin, dass sich Betroffene eine Veränderung des Status quo wünschen. Dieser Wunsch ist auch in der Bevölkerung weit verbreitet (vgl. Best u. a. 2023).

Sie misstrauen Politiker*innen, sowohl bei der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen als auch deren politischen Entscheidungen, wie die Conjoint-Analysen andeuten (siehe Kapitel 4.5.6.). Viele Betroffene haben die Erfahrung gemacht, dass sich ihr Leben in den letzten beiden Jahrzehnten substanziell nicht verbessert hat (siehe Kapitel 3.1.1.). Politiker*innen werden oft als abgehoben wahrgenommen, nicht in der Lage, die Nöte Betroffener zu verstehen. Ihnen wird daher nicht zugetraut, die Interessen Langzeiterwerbsloser repräsentieren zu können und/oder zu wollen (siehe Kapitel 3.1.2).

Die Diskussionen offenbaren aber, dass viele Betroffene trotz ihrer Unzufriedenheit mit dem aktuellen System dieses nicht abschaffen möchten (siehe Kapitel 4.5). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Vittori u. a. (2024) bei einer Befragung in Italien. Denn keinem der präsentierten Alternativmodelle wird zugetraut, die repräsentative Demokratie ersetzen zu können, auch wenn diese Modelle teilweise besser bewertet werden (siehe Abbildung 7).

So erfährt gerade direktdemokratische Beteiligung in der Umfrage eine große Zustimmung bei Betroffenen. Die Diskussionen legen nahe: Viele möchten stärker direkt an politischen Entscheidungen beteiligt werden – allerdings nur zu ausgewählten Themen. Zu Themen mit direkten Auswirkungen auf die eigene Lebensrealität – wie das Thema Hartz-IV – werden, aus Angst überstimmt zu werden, direktdemokratische Abstimmungen eher abgelehnt.

Die multivariaten Analysen zum direktdemokratischen Modell in Kapitel 4.4.1 bestärken diesen Befund. Denn direkte Demokratie wird negativer bewertet, je länger die Erwerbslosigkeit andauert. Das Misstrauen, die Gesellschaft würde sich nicht um die Belange Betroffener scheren oder gar gegen deren Interessen stimmen, scheint mit länger wählender Erwerbslosigkeit größer zu werden.

Dieses Gefühl ist begründet, denn das gesellschaftliche Bild Betroffener ist eher negativ (siehe Abbildung 12, Kapitel 2.2.3). In diesem Zusammenhang wird direkte Demokratie von Betroffenen positiver bewertet, wenn Bürgerbeteiligung aus normativer Sicht unterstützt wird. Allerdings beeinflussen auch instrumentelle Motive die Bewertung (ähnlich bei Landwehr und Harms 2020; Werner 2020) (Kapitel 4.4.1). Beim Thema Hartz-IV haben Betroffene wohl das Gefühl, mit Ihren Interessen in der Minderheit zu sein und lehnen deshalb Abstimmungen dazu ab (siehe Kapitel 4.5.1).

Auch deliberative Demokratie wird eher positiv bewertet, wobei die multivariaten Analysen auch hier einen Zusammenhang zwischen instrumentellen Motiven und der Bewertung des Modells zeigen (siehe Kapitel 4.4.3). Dabei wird in den Diskussionen die fehlende Verbindlichkeit der Verfahren kritisch gesehen.

Mit Bezug auf das Thema Hartz-IV trauen die Teilnehmer*innen, deliberativen Verfahren eine ausgewogene Debatte zu, auch weil die Teilnahme Betroffener zumindest möglich ist und Politiker*innen womöglich eher bereit sind, sich mit den dort ausgearbeiteten Vorschlägen zu beschäftigen.

Dagegen werden deliberative Formate negativer bewertet, wenn Betroffene in ihrem Alltag häufig stigmatisiert werden. Diese möchten sich dann nicht Diskussionen mit anderen Unbekannten aussetzen, da sie befürchten von anderen verurteilt zu werden (ähnlich bei Jacquet 2017).

Bei der Bewertung deliberativer Verfahren zeichnen sich somit zwei wichtige Dimensionen ab: Einerseits, geht es um die Frage, inwieweit Betroffene sich die Beteiligung an solchen Formaten überhaupt zutrauen. Andererseits steht die Frage im Vordergrund, inwieweit der Output solcher Formate hilft, die eigenen Interessen in das politische System einzubringen und dadurch besser repräsentiert zu werden.

Die Präferenz für deliberativen Verfahren begründet sich somit weniger darin, dass einfach jede Alternative zum Status quo der repräsentativen Entscheidungsfindung vorgezogen wird, wie es teilweise besonders unzufriedenen Bürger*innen unterstellt wird (vgl. Goldberg 2022; Zaslove u. a. 2021). Sie beruht vielmehr auf konkreten Erwartungen und Ängsten, die mit der Teilnahme an solchen Formaten und deren Output verbunden wird.

Diese Abwägung ist auch an der Ablehnung delegativer Alternativmodelle und den dabei vorgebrachten Argumenten erkennbar. Zwar wird in den Diskussionen Fachexpertise durch neutrale Expert*innen bei politischen Entscheidungen als wichtig erachtet (vgl. Bertou 2022), ebenso die Möglichkeit schnellerer Entscheidungen. Allerdings ist das Misstrauen gegenüber Expert*innen als Entscheidungsträger*innen hoch, da auch diese nicht als neutral und unabhängig gesehen werden.

Dabei mag eine Rolle spielen, dass Expertentum in den Diskussionen vorwiegend mit hohen akademischen Abschlüssen in Verbindung gebracht wird. Solche Expert*innen stammen folglich eher aus ökonomisch bessergestellten Schichten, ähnlich wie Politiker*innen, die als abgehoben von prekären Lebensrealitäten wahrgenommen werden (vgl. Rojon u. a. 2023).

Die größte Abneigung besteht gegenüber dem „Strong Leader“ Modell. Kaum ein Diskutierender möchte einer einzelnen Person so viel Macht anvertrauen. Zu groß ist die Gefahr von Machtmissbrauch, auch wenn solch ein „Leader“ theoretisch viel Gutes bewirken könne (siehe Kapitel 4.5.5.).

Das „Strong Leader“ Modell wird von jüngeren Befragten und denjenigen mit geringerem Bildungsstand und geringem politischem Interesse positiver bewertet (siehe Kapitel 4.4.2.) (ähnlich bei Bengtsson und Mattila 2009; Coffé und Michels 2014; Webb 2013). Der Alterseffekt mag auch mit Sozialisierungserfahrungen zusammenhängen (vgl. Bertou und Pastorella 2017). Folglich sind Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern denkbar. Dies konnte hier aber nicht näher untersucht werden und bedarf weiterer Forschung.

Die Diskussionen mit Langzeiterwerbslosen ergeben, ähnlich wie bei einigen neueren Studien zu den Repräsentationswünschen von Bürger*innen, eine große

Zustimmung zu Kombinationsmodellen (vgl. Goldberg und Bächtiger 2019; Goldberg u. a. 2020; Kriesi u. a. 2016; Rojon u. a. 2023).

Die Diskutierenden wünschen sich dabei eine Ergänzung des repräsentativen Systems mit partizipativen und delegativen Modellen. Welche einzelnen Elemente enthalten und/oder wie diese gewichtet werden sollen, wird nicht weiter ausgeführt und müsste in weiteren Forschungsvorhaben untersucht werden.

Diskussionsveranstaltungen, wie sie für diese Arbeit durchgeführt wurden, haben sich dafür als geeignet erwiesen. Die Befunde der Arbeit bestätigen auch, wie komplex die Repräsentationsvorstellungen von Bürger*innen sind (vgl. Ferrín und Kriesi 2016). Eine isolierte Betrachtung idealtypischer Modelle, wie sie in dem Survey erfolgt ist, bildet die Repräsentationspräferenzen Betroffener nur in Teilen ab.

Daher wird in diesem Zusammenhang von einigen Autoren auch eine „realistischere“ Betrachtungsweise („realistic“ problem-based approach) von Repräsentationswünschen gefordert, in dem der Status quo besser abgebildet wird. Denn gerade direktdemokratische und deliberative Elemente sind in vielen repräsentativen Demokratien schon implementiert.

Daher sollten die unterschiedlichen Modelle nicht getrennt voneinander, sondern komplementär zueinander behandelt werden (vgl. Warren 2017; Werner und Marien 2022). Das bedeutet auch in empirischer Forschung einen stärkeren Fokus auf solch gemischte Präferenzen zu legen (vgl. Deligiaouri und Suiter 2023; König u. a. 2022; Kriesi u. a. 2016; Vittori u. a. 2024).

Ausgehend von den präsentierten Ergebnissen werden im letzten Kapitel einige Ideen skizziert, wie sozialer Exklusion und vor allem politischer Exklusion von Langzeiterwerbslosen und allgemein von Menschen in prekären Lebenslagen begegnet werden kann, mit Anknüpfungspunkten für die weitere Forschung.

5. Ausblick

5.1. Überlegungen zu sozialer Exklusion

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen: Die prekäre Lebenssituation Langzeiterwerbsloser steht in Zusammenhang mit deren Sicht auf die repräsentative Demokratie in Deutschland. Gerade Möglichkeiten sozialer Teilhabe, sowie die Erfahrungen mit dem Jobcenter haben Auswirkungen darauf, wie Betroffene das politische System wahrnehmen. Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation Langzeiterwerbsloser übersteigen den Rahmen dieser Arbeit. Einige allgemeine Beobachtungen aktueller Entwicklungen sind aber möglich.

Allgemein wäre die Gewährleistung eines soziokulturellen Existenzminimums, welches gesellschaftliche Teilhabe garantiert, durch den Staat wünschenswert, ebenso wie eine andere Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Jobcenter und Betroffenen. Beides ist aus Sicht vieler Langzeiterwerbsloser aktuell nicht gegeben, wie die Interviews und der quantitative Survey dokumentieren (siehe Kapitel 2.2).

Mit dem im Januar 2023 eingeführten Bürgergeld ist Hubertus Heil (SPD) – der Minister für Arbeit und Soziales – angetreten, das Hartz-IV-System zu reformieren bzw. zu „überwinden“.¹⁰⁴ Einige relevante Neuerungen der Bürgergeldreform im Hinblick auf die Befunde dieser Arbeit werden hier skizziert. So sollen die Jobcenter stärker die individuellen Problemlagen Leistungsberechtigter berücksichtigen und bei der Vermittlung einen größeren Fokus auf eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt legen. Dabei wird der Vermittlungsvorrang im SGB II abgeschafft, um eine berufliche Weiterbildung zu erleichtern (vgl. Die Bundesregierung 2023).¹⁰⁵ Die bisherige Eingliederungsvereinbarung wird durch eine Teilhabevereinbarung abgelöst. Diese wird von Leistungsberechtigten und Integrationsfachkräften gemeinsam erarbeitet und soll nicht mehr als rechtliche Grundlage für Leistungskürzungen dienen (vgl. Die Bundesregierung 2023).

Generell fallen Höhe und Dauer von Leistungsminderungen beim Bürgergeld etwas geringer aus. Sie werden aber nicht komplett abgeschafft (vgl. Bähr u. a. 2023). Um bei Konflikten zu vermitteln, soll in den Jobcentern ein unabhängiges Schlichtungsverfahren etabliert werden (vgl. Die Bundesregierung 2023). Weiterhin wurde eine Karenzzeit für die erste 12 Monate eingeführt, in der u. a. die bisherigen

¹⁰⁴ Siehe Frankfurter Rundschau vom 01.09.2022 unter: [¹⁰⁵ Es wurde auch ein Weiterbildungsgeld eingeführt.](https://www.fr.de/wirtschaft/hartz-4-buergergeld-heil-hubertus-koalition-leistungshoehe-regelsaetze-berlin-news-91708481.html#:~:text=Der%20versicherte%20Bundesarbeitsminister%20Hubertus%20Heil,der%20Ressortabstimmung%20zu%20dem%20Gesetzentwurf., abgerufen am 01.10.2023.</p></div><div data-bbox=)

Kosten der Wohnung übernommen werden und in der nicht erhebliches Vermögen¹⁰⁶ bei der Bedürftigkeitsprüfung nicht angetastet wird. Außerdem ist ein Hinzuverdienst leichter möglich, ohne dass diese Einkünfte mit dem Bürgergeld verrechnet werden bzw. die Abzüge sind geringer (vgl. Die Bundesregierung 2023). Schließlich wurden auch die Leistungen des Regelbedarfs seit Januar 2023 erhöht. So erhält z.B. ein alleinstehender Erwachsener 502 Euro. Das sind 53 Euro mehr als zuvor (vgl. Die Bundesregierung 2023).

Eine umfassende Bewertung des Bürgergeldes ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, auch weil es bis jetzt nicht vollständig implementiert ist (vgl. Bähr u. a. 2023). Bei den vorgenommenen Beitragsanpassungen ist allerdings schon jetzt ersichtlich, dass diese kaum reichen werden, um die zum Zeitpunkt dieser Arbeit steigende bzw. sich auf hohem Niveau stabilisierende Inflationsrate¹⁰⁷ auszugleichen und noch weniger, um die Lebenssituation Langzeiterwerbsloser merklich zu verbessern und ihnen mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Ein Betroffener bezeichnete das Bürgergeld in einem persönlichen Gespräch im Mai 2023 in diesem Zusammenhang als Hartz-V. Inwieweit die skizzierten Neuerungen das Verhältnis zwischen Betroffenen und dem Jobcenter nachhaltig verbessern, bleibt abzuwarten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der in den Interviews häufig genannt wurde, ist das negative öffentliche Bild Langzeiterwerbsloser, welches zu Stigmatisierung führen kann (siehe Kapitel 2.2.3). Zu einer Verbesserung könnte hier eine ausgewogenere mediale Berichterstattung beitragen, in der die Nöte Betroffener beleuchtet werden und diese zu Wort kommen. Dabei beeinflussen Politiker*innen mit ihren Aussagen die öffentliche Wahrnehmung Langzeiterwerbsloser maßgeblich. Durch negative und vor allem pauschalisierende Aussagen von Politiker*innen über Betroffene ist in der Vergangenheit viel Vertrauen verloren gegangen (siehe Kapitel 3.1.4).

Aktuelle Statements – wie die des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz – verstärken vorhandene Vorurteile jedoch. Dieser hatte wegen der Verminderung von Sanktionen im Leistungsbezug einen zu „laschen Umgang“ mit Langzeiterwerbslosen kritisiert und Betroffenen fehlende Anstrengung bei der Jobsuche unterstellt (vgl. WELT 2022). In einer Generaldebatte des Bundestages 2023 äußerte er in Bezug auf die Erhöhung des Bürgergeldes auch Bedenken, ob sich zu arbeiten dann überhaupt noch lohne (vgl. Handelsblatt 2023). Solche

¹⁰⁶ Unter 40.000€ bei einer Einzelperson (Die Bundesregierung 2023).

¹⁰⁷ Siehe Statistisches Bundesamt 2023 unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft-/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html, abgerufen am 01.10.2023.

öffentlichkeitswirksamen Aussagen verstärken das Misstrauen Betroffener gegenüber Politiker*innen.

Die Interviews, aber auch die Conjoint-Experimente, deuten zudem darauf hin: Betroffene haben nicht nur wenig Vertrauen in Politiker*innen als Entscheidungsträger*innen, sondern misstrauen ihnen schon bei der Ausarbeitung und Ausgestaltung von Entscheidungsvorlagen. Politiker*innen wird die Kompetenz abgesprochen, im Sinne Betroffener handeln zu können, da sie deren Lebenssituation und ihre Nöte überhaupt nicht verstehen. Dazu fehlt das Vertrauen, dass überhaupt ein Interesse besteht, sich für die Interessen Langzeiterwerbsloser einzusetzen (siehe Kapitel 2.). Doch eben jenes Vertrauen in Politiker*innen beeinflusst maßgeblich die Bewertung der repräsentativen Demokratie, wie die multivariaten Analysen zeigen (siehe auch Bedock und Pilet 2021) und untergräbt letztlich die Grundsätze, auf denen Politiker*innen ihre Legitimität aufbauen (vgl. Manin 1997).

Die Interviews liefern aber auch Hinweise, wie das Vertrauen zwischen Betroffenen und Politiker*innen verbessert werden kann. Denn einige Befragte sind durchaus an einem Austausch interessiert, wünschen sich aber ein ernsthaftes Interesse an prekären Lebensrealitäten und den damit verbundenen Nöten. Viele möchten auch abseits von Wahlkampfveranstaltungen mit Ihren Wünschen wahrgenommen und gehört werden. Dabei ist Ihnen eine Kommunikation auf Augenhöhe wichtig (siehe Kapitel 3.1.3.).

Das verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen, benötigt allerdings Zeit. Denn: *„Mit dieser ganzen Politikgeschichte ist halt schwierig, da wirklich jetzt von heute auf morgen das Vertrauen wieder aufzubauen“* (Frau M., Nr. 3: S.18). Es ist zudem möglich, dass die unterschiedlichen Dimensionen sozialer Exklusion – ähnlich wie bei politischer Exklusion – das Vertrauen in Politiker*innen beeinflussen und somit indirekt die Bewertung repräsentativer Demokratie. Die Interviews geben Hinweise auf solch einen indirekten Effekt. Dazu bedarf es weiterer Analysen.

Es folgen nun einige Überlegungen, wie der politischen Exklusion Betroffener begegnet werden kann.

5.2. Überlegungen zu politischer Exklusion

Die Analysen in Kapitel 3 zeigen: Langzeiterwerbslose fühlen sich nicht nur politisch exkludiert, sie sind in deutschen Parlamenten sowohl deskriptiv als auch substantiell kaum vertreten. Eine bessere deskriptive Repräsentation Langzeiterwerbsloser und generell von Menschen in prekären Lebenslagen könnte

dazu beitragen, dass diese Repräsentierenden mehr Vertrauen entgegenbringen und insgesamt repräsentative Demokratie mit ihren Institutionen positiver bewerten.

Denn deskriptive Repräsentierende haben die Schwierigkeiten eines Lebens am oder unter dem Existenzminimum und auch soziale Exklusion selbst erlebt und verstehen die damit verbundenen Nöte. Sie hätten wohl auch eine höhere intrinsische Motivation, sich für die Belange Langzeiterwerbsloser einzusetzen, was auch eine bessere substantielle Repräsentation bedeutet (vgl. Borwein 2022; Hemingway 2022; O'Grady 2019).

Deskriptive Repräsentierende sind außerdem eher in der Lage, auf Augenhöhe mit Menschen in prekären Lebenslagen zu kommunizieren. Bourdieu spricht hier von gewaltfreier Kommunikation (vgl. Bourdieu 2019). Denn ohne diese geteilten Erfahrungen eines Lebens im Prekariat besteht eine Asymmetrie in der Kommunikation zwischen Politiker*innen und Betroffenen. Diese soziale Distanz lässt sich trotz eines noch so gut gemeinten Willens beider Seiten nur schwer überwinden. Deskriptive Repräsentierende könnten so das Vertrauen in Politiker*innen erhöhen, was schließlich auch Empowerment-Effekte bei Menschen in prekären Lebenslagen bewirken kann (ausführlich in Kapitel 3.2).

Eine bessere deskriptive Repräsentation Langzeiterwerbsloser und generell prekärer Schichten in staatlicher Legislative ist jedoch in den nächsten Jahren nicht wahrscheinlich. Denn es fehlen auf Seiten Betroffener meist die Ressourcen, die Energie und das Vertrauen in Parteien für eine Kandidatur auf politische Ämter. Sie werden zudem in parteiinternen Selektionsprozessen benachteiligt, ebenso wie an der Wahlurne (siehe Kapitel 3.2.3). Um dennoch eine verbesserte Repräsentation Betroffener und generell von Menschen in prekären Lebenslagen zu erreichen, könnte eine Erweiterung des Konzepts der deskriptiven Repräsentation helfen.

Peter Allen schlägt diesbezüglich eine stärkere Fokussierung auf den Aspekt Erfahrung vor („representation through experience“) (2022: 1112). Damit einher gehen Wissen und bestimmte Kompetenzen, die eine bessere Repräsentation einer Gruppe ermöglichen. Wenn Repräsentierende marginalisierter Gruppen in Parlamente einziehen, bringen sie nicht nur ihre eigenen Ideen und Erfahrungen mit, sondern können auch die Erfahrungen und die Zeugnisse der jeweiligen Gruppe einbringen (vgl. Allen 2022). Das kaum vorhandene Verstehen prekärer Lebenssituationen, welches in den Interviews immer wieder bemängelt wird, beruht vor allem auf diesen fehlenden Erfahrungen von Repräsentierenden.

Allen (2022) stellt vorwiegend die eigenen subjektiven (selbst erlebten) Erfahrungen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Allerdings lässt sich dieser Claim erweitern. Auch ohne eigene Erfahrungen mit Langzeiterwerbslosigkeit, ist es

zumindest in Teilen möglich, eine prekäre Lebenslage zu verstehen, wenn jemand z.B. wenigstens schon einmal finanzielle Knappheit erlebt hat.

Han und Han (2021) finden in ihrer Studie, basierend auf Daten aus 74 Demokratien zwischen 1980 und 2011, dass Politiker*innen, die in ihrer Jugend wirtschaftliche Not erlebt haben, während ihrer Amtszeit eher die Sozialausgaben erhöhen. Internationale Befunde zeigen zudem eine bessere substantielle Vertretung ärmerer Gruppen, je höher der Anteil an Repräsentierenden aus der Arbeiterklasse ist (siehe Barnes u. a. 2021; Borwein 2022; Carnes 2012; Hayo und Neumeier 2012; Hemingway 2022; O'Grady 2019).

Bezeichnungen in den Interviews wie der „*kleine Mann*“ (vgl. Frau H., Nr. 73: S.9) oder „*uns kleine Menschen*“ (Frau K., Nr. 58: S.2) deuten auch darauf hin, dass zumindest einige Langzeiterwerbslose ihre Gruppenzugehörigkeit etwas weiter fassen und sich zu einer größeren Gruppe zählen, deren gesellschaftliche und politische Teilhabe eingeschränkt ist. Ein größeres Vertrauen von Betroffenen und allgemein Menschen in prekären Lebenslagen in Repräsentierende aus Arbeiterberufen im Vergleich zu Politiker*innen aus sozioökonomisch besser gestellten Schichten ist daher möglich (vgl. Carnes und Lupu 2016). Hierzu bedarf es aber weiterer Forschung.

Eine weitere Möglichkeit, die Lebenssituation Langzeiterwerbsloser zu verstehen, ist Betroffene im eigenen sozialen Umfeld zu haben und so deren Lebenssituation in Teilen mitzuerleben. Dies ist allerdings schwer zu messen und bedarf einer gezielten Befragung von Repräsentierenden.

Erfahrungen mit Langzeiterwerbslosigkeit und Prekariat im Allgemeinen können darüber hinaus auch über eine berufliche Tätigkeit gemacht werden, die einen engen Kontakt mit Betroffenen beinhaltet. Das können Beratungstätigkeiten sein, z.B. in einer Schuldnerberatung, die Mitarbeit bei einem sozialen Träger oder in einem Jobcenter. Mit dem Ausüben eines Berufs geht neben den gemachten Erfahrungen auch Expertise und Motivation einher, sich für berufsnahe Themen einzusetzen, was über die Repräsentation der eigenen Berufsgruppe hinausgehen kann (vgl. Velimsky u. a. 2024b).

Es wird argumentiert: Repräsentierende aus Berufen, in denen es einen engen Kontakt mit Langzeiterwerbslosen und/oder generell Menschen in prekären Lebenslagen gibt, können deren Lebensrealität zu einem gewissen Grad verstehen und haben auch eine größere intrinsische Motivation sich für diese einzusetzen im Vergleich zu Repräsentierenden ohne solche beruflichen Erfahrungen.

Leitner und Stolz (2023) zeigen auf Basis qualitativer Daten für Repräsentierende, die aus der sozialen Arbeit kommen, dass Berufserfahrung eine

bedeutsame Rolle in ihrem Politisierungsprozess spielt. Auch ist ihr politisches Engagement im Amt noch stark von ihrem beruflichen Hintergrund im sozialen Bereich geprägt. Einige Befragte waren schon vor ihrer Wahl in Wohlfahrtsorganisationen oder Verbänden tätig und/oder haben sich in entsprechenden Lobbygruppen für die Interessen ihrer Klienten-Gruppen eingesetzt (vgl. Leitner und Stolz 2023). Ähnliche Erkenntnisse gibt es aus der Schweiz (vgl. Amann und Kindler 2022) und aus Israel (vgl. Binder und Weiss-Gal 2022).

Inwieweit solche Berufsgruppen in staatlicher Legislative wirklich zu einer besseren Interessenrepräsentation ihrer Klient*innen beitragen, ist jedoch mit Bezug auf (Langzeit-) Erwerbslose für Deutschland – meines Wissens – bislang nicht empirisch erforscht.

Daher wurden erste quantitative Analysen durchgeführt zum Zusammenhang zwischen Repräsentierenden, die aus Berufen mit möglichem Kontakt zu (Langzeit-) Erwerbslosen kommen und der substanziellen Repräsentation Betroffener. Verwendet wurden die gesammelten parlamentarischen Anfragen von 1234 Ratsmitgliedern aus 20 deutschen Großstadtparlamenten.¹⁰⁸ Die Daten stammen aus dem DFG-Projekt "Repräsentation und Ungleichheit in der kommunalen Politik."¹⁰⁹

In Anlehnung an die Klassifizierung des deutschen Comparative Agenda-Projekts (CAP) wurden die Anfragen unterschiedlichen Themenbereichen (Topics) zugeordnet (siehe Baumgartner u. a. 2006; Breunig u. a. 2021).¹¹⁰ Die so klassifizierten Anfragen wurden daraufhin manuell codiert, ob sie (Langzeit-) Erwerbslosigkeit thematisieren (1 = ja; 0 = nein). Gleichzeitig wurden die Berufsangaben der Abgeordneten nach dem „Internationalen Standard zur Berufsklassifikation“ systematisiert (ISCO-08). In einem weiteren Schritt wurden die so klassifizierten Berufe ihrerseits manuell den CAP-Themenfeldern zugeordnet, um den Effekt des beruflichen Hintergrundes auf das Anfrageverhalten der Kommunalvertreter*innen untersuchen zu können.

Das Thema (Langzeit-) Erwerbslosigkeit fällt unter die beiden Themenbereiche „Arbeit und Beschäftigung“ und „Wohlfahrtstaat/Sozialwesen“. Einige typische Berufe, die diesen beiden Themenbereichen zugeordnet werden können, sind in Tabelle 15 aufgeführt.

¹⁰⁸ Es wurde immer eine Legislatur betrachtet. Eine Übersicht zu den Städten findet sich bei (Gross u. a. 2024; Velimsky u. a. 2024b).

¹⁰⁹ Projektnummer: Nos GR 5526/1-1 and NY 123/1-1.

¹¹⁰ Dabei wurde ein Classifier auf den Bundestagsanfragen des CAP Projekts trainiert und mithilfe von supervised learning auf die lokalen Anfragen übertragen. Diese konnten somit größtenteils automatisch klassifiziert werden. Die übrigen wurden manuell korrigiert. Nähere Informationen zum Vorgehen finden sich bei (Velimsky u. a. 2024b).

Tabelle 15: Typische Berufe je Topic

Typische Berufe	Topic
Gewerkschaftssekretär*in, Berufsberater*in, Betriebsrat/Betriebsrätin	Arbeit und Beschäftigung
Sozialarbeiter*in, Altenpfleger*in, Jugendbegleiter*in	Wohlfahrtsstaat/Sozialwesen

Anmerkung: Eigene Darstellung

Um den Zusammenhang zwischen diesen Berufen und dem Anfrageverhalten der Abgeordneten erfassen zu können, wurden lineare Mehrebenenmodelle gerechnet. Damit ist es möglich, etwaige Stadtunterschiede zu berücksichtigen.¹¹¹ Es wurde zudem auf die Partei des Repräsentierenden kontrolliert. Die Ergebnisse der Analysen sind in Tabelle 16 dargestellt. Es wurden für Berufe, die sich den beiden genannten Themenbereichen zuordnen lassen, jeweils ein Modell gerechnet. Schließlich wurde in einem zusätzlichen Modell nur das Anfrageverhalten von Sozialarbeiter*innen getestet (M3). Denn gerade bei diesen ist ein enger Kontakt mit (Langzeit-) Erwerbslosen zu erwarten.

Die Ergebnisse in Tabelle 16 deuten darauf hin, dass Abgeordnete, deren Berufe sich den Themenbereichen „Wohlfahrtsstaat/Sozialwesen“ (M1) sowie „Arbeit und Beschäftigung“ (M2) zuordnen lassen, in Ihren Anfragen auch eher das Thema (Langzeit-) Erwerbslosigkeit berücksichtigen als Abgeordnete mit anderem beruflichem Hintergrund. Dies gilt in Besonderem für Abgeordnete aus der sozialen Arbeit. Das bestätigt zum einen die Befunde anderer Studien, die zeigen, dass sich Abgeordnete aus sozialen Berufen (vgl. Borwein 2022) und allgemein Arbeiter*innen eher für soziale Themen einsetzen (vgl. Barnes u. a. 2021; Carnes 2012). Zum anderen scheinen diese Berufe und darunter vor allem Sozialarbeiter*innen speziell zu einer besseren substantziellen Repräsentation von (Langzeit-) Erwerbslosen beizutragen.

Die Befunde sind bemerkenswert, da die Effekte trotz der Kontrolle auf Parteiunterschiede bestehen. Es gibt einen Berufsaffect auf das Anfrageverhalten Repräsentierender, unabhängig von der Partei Repräsentierender.¹¹² Dabei thematisiert die Partei „Die LINKE“ (Langzeit-) Erwerbslosigkeit am häufigsten.

¹¹¹ Wegen der geringen Anzahl an Städten wurden die Signifikanzen mit der Satterthwaite-Approximation geschätzt. Für weitere Informationen siehe (Elff u. a. 2021). Neben dem Beruf wurde auf das Geschlecht und das Alter der Abgeordneten kontrolliert, ebenso auf die Stadtmerkmale: BIP, Arbeitslosenquote und Einwohnerzahl.

¹¹² Einen solchen Berufseffekt auf substantzielle Repräsentation berichten auch Velimsky u. a. (2024b) für andere Berufsgruppen und Themen.

Tabelle 16: Substanzielle Repräsentation von (Langzeit-) Erwerbslosen in 20 deutschen Großstadtparlamenten.

Abhängige Variable	Anfragen zu Erwerbslosigkeit/Arbeitslosigkeit (Anteil)		
	(M18)	(M19)	(M29)
Berufe zum Topic: Wohlfahrtsstaat/Sozialwesen	2.037*** (0.58)		
Berufe zum Topic: Arbeit und Beschäftigung		3.503*** (0.95)	
Sozialarbeiter*innen (1=Ja; 0=Nein)			4.554*** (1.02)
Geschlecht: weiblich	0.649 (0.36)	0.750* (0.36)	0.640 (0.36)
Alter	0.003 (0.01)	0.011 (0.01)	0.010 (0.01)
BIP-Stadt (log)	1.595 (1.01)	1.477 (1.04)	1.462 (1.04)
Einwohner (log)	-0.586 (0.55)	-0.481 (0.56)	-0.434 (0.54)
Arbeitslosenquote	0.034 (0.15)	0.035 (0.15)	0.040 (0.15)
Partei (Sitze)	-0.067 (0.03)	-0.068* (0.03)	-0.072* (0.03)
AfD	1.140 (1.15)	1.032 (1.15)	0.716 (1.14)
Die LINKE	3.464*** (0.74)	3.415*** (0.74)	3.468*** (0.73)
FDP	-1.083 (1.02)	-1.200 (1.02)	-1.206 (1.02)
BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	0.102 (0.62)	0.103 (0.62)	0.002 (0.62)
SPD	-0.321 (0.46)	-0.388 (0.46)	-0.356 (0.46)
Andere Parteien	0.820 (0.85)	0.791 (0.85)	0.691 (0.85)
Konstante	-8.14 (10.18)	-8.50 (10.53)	-8.85 (10.12)
Abgeordnete	1,234	1,234	1,234
Städte	20	20	20
Log Likelihood	-3,914.48	-3,913.34	-3,910.21

Anmerkungen: Standardfehler in Klammer; *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001

Eine Erweiterung des Konzepts von deskriptiver Repräsentation auf Repräsentierende, die zwar nicht selbst Langzeiterwerbslosigkeit erlebt haben, aber womöglich beruflich mit Betroffenen zu tun haben, scheint mit Bezug auf deren Interessenrepräsentation in diesem Fall vielversprechend. Inwieweit solche Repräsentierende von Langzeiterwerbslosen eher akzeptiert werden, bedarf weiterer Forschung. Dabei ist es notwendig, die vorgestellten Analysen auf andere

föderale Ebenen zu übertragen und auf andere Instrumente politischen Handelns wie Anträge, Reden oder Beschlüsse auszuweiten.

Sozialarbeiter*innen sind beispielsweise verstärkt auf der lokalen Ebene vertreten, was an dem Teilzeitcharakter der Kommunalpolitik liegen könnte (vgl. Leitner und Stolz 2023). Durch diesen Teilzeitcharakter ist auch die Verbindung zum jeweiligen Beruf stärker. Außerdem sind auf kommunaler Ebene die Parteizwänge geringer, was sich auf den Berufseffekt auswirken kann. Neben den vorgestellten Berufsgruppen könnten auch generell Abgeordnete aus der „Arbeiterklasse“ zu einer besseren Repräsentation von Betroffenen und allgemein Menschen in prekären Lebenslagen beitragen (vgl. Barnes u. a. 2021; Elsässer u. a. 2021; Hemingway 2022). Auch dazu bedarf es weiterer Analysen.

Da in deutschen Parlamenten aber nach wie vor ökonomisch bessergestellte Gruppen und Berufe dominieren (vgl. Egener u. a. 2013; Pyschny und Kintz 2022) ist auch mit der Erweiterung des deskriptiven Repräsentationskonzepts zumindest kurzfristig keine verbesserte Repräsentation von Langzeiterwerbslosen und allgemein Menschen in prekären Lebenslagen zu erwarten. Außerdem ist zu betonen, dass niemand die Forderungen, Bedürfnisse und Vorschläge von Langzeiterwerbslosen besser verstehen, authentischer vortragen sowie repräsentieren kann als die Betroffenen selbst. Wie diese dennoch ihre Interessen an das repräsentative System herantragen können und dabei gehört werden, wird nun erörtert.

„Gehört werden“ – Ideen zur Implementierung von Betroffeneninteressen in das politische System.

Neben einer veränderten soziodemografischen Struktur von Parlamenten, gilt es weitere Kanäle zu implementieren, durch die Langzeiterwerbslose und allgemein Menschen in prekären Lebenslagen ihre Interessen an das repräsentative System herantragen können. Dabei geht es nicht darum, Repräsentation auf andere z.B. nicht staatliche Akteure zu übertragen (vgl. Rehfeld 2006, 2009; Saward 2006, 2010), auch wenn Stakeholder wie Gewerkschaften oder wohlfahrtsstaatliche Verbände durchaus zu einer verbesserten Repräsentation Langzeiterwerbsloser beitragen können.

In diesem Kapitel werden vielmehr einige Ideen skizziert, wie Betroffene direkt ihre Interessen in das politische System einbringen können. Dabei ist ein regelmäßiger Kontakt zwischen Langzeiterwerbslosen und Repräsentierenden eine Grundvoraussetzung für eine bessere Interessenrepräsentation von Langzeiterwerbslosen.

Solch ein Austausch hat, wenn er ernst gemeint ist und auf Augenhöhe stattfindet,¹¹³ neben dem Übertragen von Informationen noch eine weitere wichtige Funktion. Denn eine stärkere Einbindung gibt Betroffenen das Gefühl, ernst genommen und gehört zu werden (siehe Kapitel 2.2). Ein vermehrter Austausch, der auf Augenhöhe stattfindet, steigert deren Selbstwertgefühl, ihre Autonomie, ihr Selbstwirksamkeitsgefühl (vgl. Tertelmann 2019) und kann letztlich das Vertrauen in Repräsentierende verbessern (vgl. Weinberg 2023). Dass dieser Austausch von vielen gewünscht ist, zeigen die Interviews mit Betroffenen (siehe Kapitel 3.1.3). Dort haben einige ihre Interviewteilnahme damit begründet, dass Ihnen endlich zugehört wird (siehe Frau S., Nr. 25: S.14; Frau M., Nr.10: S.26).

Es werden einige Möglichkeiten vorgestellt, wie der Austausch mit Betroffenen gestaltet werden kann. Da viele Langzeiterwerbslose nicht die Energie haben, Politiker*innen selbst aufzusuchen und ihnen auch häufig das (Selbst-)Vertrauen dafür fehlt, ist bei allen Formen des Austausches notwendig, diesen für Betroffene so niedrigschwellig wie möglich zu gestalten. Das bedeutet der Kontakt sollte von den Repräsentierenden initiiert werden und an Orten stattfinden, an denen sich Betroffene aufhalten bzw. wohlfühlen.¹¹⁴ Bei der Gestaltung des Austausches ist es sinnvoll, Langzeiterwerbslose mit ihrer Expertise einzubeziehen.

Neben dem persönlichen Gespräch eignen sich für den Austausch zwischen Repräsentierenden und Betroffenen auch Gruppenformate, wie Zukunftswerkstätten, Fokusgruppen oder deliberative Veranstaltungen, da in diesen Formaten sichergestellt wird, dass Betroffene ausreichend Möglichkeiten haben, zu Wort zu kommen. In solchen Formaten kann dabei kontrovers diskutiert und auch den Teilnehmenden kognitiv viel zugemutet werden, wenn diese Formate gut geplant sind. Ähnliche Erkenntnisse gibt es auch aus der Forschung zu deliberativer Demokratie (mini publics)¹¹⁵ (vgl. Dryzek u. a. 2019; Niemeyer u. a. 2023). Da in den hier vorgeschlagenen Formaten ausschließlich Betroffene mit Betroffenen bzw. mit Politiker*innen diskutieren, ist die Angst vor Stigmatisierung womöglich geringer. Allerdings haben auch an den beiden selbst durchgeführten deliberativen Veranstaltungen, vorwiegend jene mit einem hohen Selbstwirksamkeitsgefühl teilgenommen (siehe Kapitel 4.5).

Für die Ausgestaltung solcher Veranstaltungsformate ist zu beachten, dass den Teilnehmenden keine finanziellen Kosten entstehen. Daher sollten z.B.

¹¹³ Weinberg (2023) bezeichnet solch einen Austausch als „authentic political communication“.

¹¹⁴ Darauf zu warten, dass Betroffene in die eigene Bürgersprechstunde kommen, ist dagegen wenig Erfolg versprechend.

¹¹⁵ Für eine detaillierte Diskussion zur Ausgestaltung solcher Veranstaltungen (siehe Bächtiger und Schwaiger 2022; Goldberg 2022).

Fahrkosten erstattet werden. Eine Aufwandsentschädigung kann die Teilnahme erhöhen. Online-Formate sind in diesem Zusammenhang denkbar (vgl. Kennedy u. a. 2021). Allerdings haben viele Langzeiterwerbslose keinen regelmäßigen Internetzugang. Wenn Betroffene bei der Gestaltung solcher Veranstaltungsformate einbezogen werden, kann dies nicht nur die Qualität der Veranstaltung steigern, sondern auch bei der Rekrutierung der Teilnehmenden helfen. Wichtig ist zudem, klar die Ziele des jeweiligen Formats vorab transparent und verständlich zu machen. Dazu gehört auch zu benennen, wie mit den Ergebnissen solcher Diskussionen weiter verfahren wird.

Neben den genannten Veranstaltungsformaten und Gesprächen zwischen Langzeiterwerbslosen und Repräsentierenden wäre es weiterhin sinnvoll basisdemokratische Institutionen zu schaffen, die dafür sorgen, dass Betroffene Gehör finden. Mögliche Beispiele hierfür sind die Landesarmutskonferenzen oder Erwerbslosenparlamente in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen.¹¹⁶

Zusammenfassend konnte in der vorliegenden Arbeit mit einem Mixed-Methods-Ansatz und der Kombination einzigartiger Datenquellen, wie qualitativen Interviews mit langzeiterwerbslosen Nichtwähler*innen, einer deutschlandweiten quantitativen Befragung sowie zweier deliberativer Veranstaltungen mit Langzeiterwerblosen, wichtige Erkenntnisse zu den Repräsentationswünschen von Betroffenen gewonnen werden. Langzeiterwerbslose und ihre Zeugnisse über ihre prekären Lebensrealitäten stehen dabei exemplarisch für eine immer größer werdende Gruppe an Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben und repräsentativer Demokratie verstärkt ihre Unterstützung entziehen und die von politikwissenschaftlicher Forschung bisher kaum gefragt wurden.

Überdies liefert die Arbeit erste Ideen, wie der Unzufriedenheit mit dem repräsentativen Demokratiesystem begegnet werden kann. Dabei ist zu betonen, dass trotz der großen Unzufriedenheit, die meisten Betroffenen die repräsentative Demokratie nicht abschaffen wollen. Vielmehr wünschen sie sich eine Veränderung des Status quo z.B. durch eine Komplementierung mit anderen Repräsentationsmodellen und/oder durch einen besseren Austausch mit Politiker*innen.

¹¹⁶ Die Implementierung eines solchen Parlaments für Baden-Württemberg scheiterte leider an den divergierenden Interessen der beteiligten Akteure.

Literaturverzeichnis

- Adolph, Christopher. 2013. „*Bankers, Bureaucrats, and Central Bank Politics: The Myth of Neutrality*“. Cambridge: Cambridge University Press.
- Akkerman, Agnes, Cas Mudde, und Andrej Zaslove. 2014. „How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters“. *Comparative Political Studies* 47(9):1324–53. doi: 10.1177/0010414013512600.
- Allen, Peter. 2022. „Experience, Knowledge, and Political Representation“. *Politics & Gender* 18(4):1112–40. doi: 10.1017/S1743923X21000362.
- Amann, Kathrin, und Tobias Kindler. 2022. „Social workers in politics—a qualitative analysis of factors influencing social workers’ decision to run for political office“. *European Journal of Social Work* 25(4):655–67. doi: 10.1080/13691457.2021.1977254.
- Anacker, Manuela. 2020. „Seniorisierung der Armut?: Erfahrungen im Umgang mit Realitäten der Altersarmut“. S. 61–73 in *Alternde Gesellschaft im Wandel*, herausgegeben von C. Woopen, A. Janhsen, M. Mertz, und A. Genske. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.
- Ardag, M. Murat, Bruno Castanho Silva, J. Philipp Thomeczek, Steffen F. Bandlow-Raffalski, und Levente Littvay. 2020. „Populist Attitudes and Political Engagement: Ugly, Bad, and Sometimes Good?“ *Representation* 56(3):307–30. doi: 10.1080/00344893.2019.1661870.
- Armington, Klaus, und Lisa Schädel. 2015. „Social Inequality in Political Participation: The Dark Sides of Individualisation“. *West European Politics* 38(1):1–27. doi: 10.1080/01402382.2014.929341.
- Atkeson, Lonna Rae, und Nancy Carrillo. 2007. „More Is Better: The Influence of Collective Female Descriptive Representation on External Efficacy“. *Politics & Gender* 3(1):79–101. doi: 10.1017/S1743923X0707002X.
- Bach, Stefan, Lars Felder, Peter Haan, und Wolf-Peter Schill. 2023. "Ausgaben für Heizung und Strom: Sparanreize greifen nicht für Menschen in der Grundsicherung". *DIW Wochenbericht*, 16/2023, 180–185.
- Bächtiger, André, und Vanessa Schwaiger. 2022. Deliberative Innovations and the (Re-) Inclusion of Underrepresented Citizens". S. 259-76 in *Contested Representation Challenges, Shortcomings and Reforms*, herausgegeben von Landwehr, Claudia, Thomas Saalfeld, und Armin Schäfer. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bähr, Sebastian, Sarah Bernhard, Kerstin Bruckmeier, Matthias Collischon, Martin Dietz, Jan Gellermann, Claudia Globisch, Stefanie Gundert, Katrin Hohmeyer, Zein Kasrin, Torsten Lietzmann, Andreas Mense, Christopher Osiander, Markus Promberger, Philipp Ramos Lobato, Stefan Röhrer, Maximilian Schiele, Monika Senghaas, Jens Stegmaier, Gesine Stephan, Mark Trappmann, Markus Wolf, Katja Wolf, Joachim Wolff, und Cordula Zabel. 2023. „Bürgergeld-Reform: Evaluationsprogramm des IAB“. *IAB-Forschungsbericht*. doi: 10.48720/IAB.FB.2306.
- Banducci, Susan A., Todd Donovan, und Jeffrey A. Karp. 2004. „Minority Representation, Empowerment, and Participation“. *The Journal of Politics* 66(2):534–56. doi: 10.1111/j.1468-2508.2004.00163.x.
- Bansak, Kirk, Jens Hainmueller, und Dominik Hangartner. 2016. „How Economic, Humanitarian, and Religious Concerns Shape European Attitudes toward Asylum Seekers“. *Science* 354(6309):217–22. doi: 10.1126/science.aag2147.
- Barnes, Tiffany D., Victoria D. Beall, und Mirya R. Holman. 2021. „Pink-Collar Representation and Budgetary Outcomes in US States“. *Legislative Studies Quarterly* 46(1):119–54. doi: 10.1111/lsq.12286.
- Barnes, Tiffany D., und Stephanie M. Burchard. 2012. „Engendering” Politics“. *Comparative Political Studies* 24.

- Barnes, Tiffany D., und Gregory W. Saxton. 2019. „Working-Class Legislators and Perceptions of Representation in Latin America“. *Political Research Quarterly* 72(4):910–28. doi: 10.1177/1065912919829583.
- Bartels, Larry M. 2008. *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. New York: Russell Sage Foundation.
- Baumgartner, Frank R., Christoffer Green-Pedersen, und Bryan D. Jones. 2006. „Comparative Studies of Policy Agendas“. *Journal of European Public Policy* 13(7):959–74. doi: 10.1080/13501760600923805.
- Bedock, Camille, und Jean-Benoit Pilet. 2021. „Who Supports Citizens Selected by Lot to Be the Main Policymakers? A Study of French Citizens“. *Government and Opposition* 56(3):485–504. doi: 10.1017/gov.2020.1.
- Bengtsson, Åsa, und Mikko Mattila. 2009. „Direct Democracy and its Critics: Support for Direct Democracy and ‘Stealth’ Democracy in Finland“. *West European Politics* 32(5):1031–48. doi: 10.1080/01402380903065256.
- Bertsou, Eri. 2022. „Bring in the Experts? Citizen Preferences for Independent Experts in Political Decision-Making Processes“. *European Journal of Political Research* 61(1):255–67. doi: 10.1111/1475-6765.12448.
- Bertsou, Eri, und Daniele Caramani. 2022. „People Haven’t Had Enough of Experts: Technocratic Attitudes among Citizens in Nine European Democracies“. *American Journal of Political Science* 66(1):5–23. doi: 10.1111/ajps.12554.
- Bertsou, Eri, und Giulia Pastorella. 2017. „Technocratic attitudes: a citizens’ perspective of expert decision-making“. *West European Politics* 40(2):430–58. doi: 10.1080/01402382.2016.1242046.
- Berz, Jan, und Michael Jankowski. 2022. „Local Preferences in Candidate Selection: Evidence from a Conjoint Experiment among Party Leaders in Germany“. *Party Politics* 28(6):1136–49. doi: 10.1177/13540688211041770.
- Best, Volker, Frank Decker, Sandra Fischer, und Anne Küppers. 2023. *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
- Biehl, Heiko. 2017. "Je kleiner, desto feiner... Mitgliederschwund und sozialer Repräsentationsverlust der Parteien". S.223-241 in *Parteien und soziale Ungleichheit*, herausgegeben von Wiesendahl, Elmar. Wiesbaden: Springer VS
- Bienstman, Simon, Svenja Hense, und Markus Gangl. 2023. „Explaining the ‘Democratic Malaise’ in Unequal Societies: Inequality, External Efficacy and Political Trust“. *European Journal of Political Research* n/a(n/a). doi: 10.1111/1475-6765.12611.
- Binder, Noa, und Idit Weiss-Gal. 2022. „Social Workers as Local Politicians in Israel“. *The British Journal of Social Work* 52(5):2797–2813. doi: 10.1093/bjsw/bcab219.
- Bobbio, Norberto. 1996. *Left and Right: The Significance of a Political Distinction*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bödeker, Sebastian. 2012. *„Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft“*. 1. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Böhnke, Petra. 2006. *„Am Rande der Gesellschaft: Risiken sozialer Ausgrenzung“*. Opladen: B. Budrich.
- Böhnke, Petra. 2011. „Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1–2):18–25.
- Böhnke, Petra. 2015. „Wahrnehmung sozialer Ausgrenzung“. *Aus Politik und Zeitgeschichte: APuZ* 65(10):18–24.
- Böhnke, Petra, und Sebastian Link. 2017. „Poverty and the Dynamics of Social Networks: An Analysis of German Panel Data“. *European Sociological Review* 33(4):615–32. doi: 10.1093/esr/jcx063.

- Bonica, Adam. 2020. „Why Are There So Many Lawyers in Congress?“ *Legislative Studies Quarterly* 45(2):253–89. doi: 10.1111/lisq.12265.
- Bönisch, Lea Ewe. 2022. „What Factors Shape the Substantive Representation of Lesbians, Gays and Bisexuals in Parliament? Testing the Impact of Minority Membership, Political Values and Awareness“. *Parliamentary Affairs* 75(4):843–66. doi: 10.1093/pa/gsab033.
- Borwein, Sophie. 2022. „Do Ministers’ Occupational and Social Class Backgrounds Influence Social Spending?“ *Politics, Groups, and Identities* 10(4):558–80. doi: 10.1080/21565503.2020.1854792.
- Boulianne, Shelley. 2019. „Building Faith in Democracy: Deliberative Events, Political Trust and Efficacy“. *Political Studies* 67(1):4–30. doi: 10.1177/0032321718761466.
- Bourdieu, Pierre. 1998. „Prekarität ist überall.“ S. 96–102 in *Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Edition discours*, herausgegeben von P. Bourdieu. Konstanz: UVK, Univ.-Verl. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre. 2015. *„Die verborgenen Mechanismen der Macht“*. Durchges. Neuauflage der Erstauflage 1992. herausgegeben von M. Steinrücke. Hamburg: VSA: Verlag.
- Bourdieu, Pierre. 2019. „Verstehen“. S. 228–56 in *Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort*, herausgegeben von Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande. Stuttgart: Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gmbH.
- Bourdieu, Pierre, Alain Accardo, Gabrielle Balazs, und Stéphane Beaud. 2017. *„Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft“*. Unveränderter Nachdruck der deutschen Erstausgabe. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Bowler, Shaun, Todd Donovan, und Jeffrey A. Karp. 2007. „Enraged or Engaged? Preferences for Direct Citizen Participation in Affluent Democracies“. *Political Research Quarterly* 60(3):351–62. doi: 10.1177/1065912907304108.
- Brady, Henry E., Sidney Verba, und Kay Lehman Schlozman. 1995. „Beyond SES: A Resource Model of Political Participation“. *American Political Science Review* 89(2):271–94. doi: 10.2307/2082425.
- Breunig, Christian, Benjamin Guinaudeau, und Tinette Schnatterer. 2021. „Policy Agendas in Germany – Database and Descriptive Insights“. *The Journal of Legislative Studies* 1–13. doi: 10.1080/13572334.2021.2010395.
- Brito Vieira, Mónica, und David Runciman. 2008. *Representation*. Cambridge, UK; Malden, MA: Polity.
- Budde, David. 2013. „Formen der Repräsentation und ihre Legitimation. Die voraussetzungsvolle Anerkennung von Repräsentanten in der Politik“.
- Bühlmann, Marc, und Lisa Schädel. 2012. „Representation Matters. The Impact of Descriptive Women’s Representation on the Political Involvement of Women“. *Representation* 48(1):101-114. doi: 10.1080/00344893.2012.653246.
- Bühlmann, Marc, Antoinette Feh, und Lisa Schädel. 2010. „Substantive and Descriptive Representation in Swiss Cantons“. *Swiss Political Science Review* 16(3):565–95. doi: 10.1002/j.1662-6370.2010.tb00441.x
- Bundesagentur für Arbeit. 2023. „Langzeitarbeitslosigkeit - Statistik der Bundesagentur für Arbeit“. *Langzeitarbeitslosigkeit*. Abgerufen 20. Juli 2023 (<https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Langzeitarbeitslosigkeit/Langzeitarbeitslosigkeit-Nav.html>).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. 2023a. „Armuts- & und Reichtumsbericht - In Work Poverty (A03)“. Abgerufen 27. Juni 2023 (<https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Armut/In-Work-Poverty/in-work-poverty.html>).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. 2023b. „Armuts- & und Reichtumsbericht - Armutsrisikoquote (A01)“. Abgerufen 27. Juni 2023 (<https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Armut/Armutsrisikoquote/armutsrisikoquote.html>).

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. 2023c. „G20 Wahlbeteiligung“. *G20 Wahlbeteiligung*. Abgerufen 20. Juli 2023 (<https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Wahlbeteiligung/wahlbeteiligung.html>).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. 2005. „Vorrang für die Anständigen - Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat“. *Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005*.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. 2023. „Armut“. Abgerufen 19. Juli 2023 (<https://www.bmz.de/de/service/lexikon/armut-14038>).
- Bundesregierung. 2017. „Lebenslagen in Deutschland.“ *Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Armuts- und Reichtumsbericht. 5.
- Bundesverfassungsgericht. 2010. „Bundesverfassungsgericht - Entscheidungen - Regelleistungen nach SGB II („Hartz IV-Gesetz“) nicht verfassungsgemäß“. Abgerufen 28. Juni 2023 (https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2010/02/ls20100209_1bvl000109.html).
- Campbell, Ross. 2019. „*Popular Support for Democracy in Unified Germany: Critical Democrats*“. 1st ed. 2019. Cham: Springer International Publishing; Imprint: Palgrave Macmillan.
- Caramani, Daniele. 2017. „Will vs. Reason: The Populist and Technocratic Forms of Political Representation and Their Critique to Party Government“. *American Political Science Review* 111(1):54–67. doi: 10.1017/S0003055416000538.
- Carnes, Nicholas. 2012. „Does the Numerical Underrepresentation of the Working Class in Congress Matter?: Class and Roll-Call Voting“. *Legislative Studies Quarterly* 37(1):5–34. doi: 10.1111/j.1939-9162.2011.00033.x.
- Carnes, Nicholas, und Noam Lupu. 2015. „Rethinking the Comparative Perspective on Class and Representation: Evidence from Latin America“. *American Journal of Political Science* 59(1):1–18. doi: 10.1111/ajps.12112.
- Carnes, Nicholas, und Noam Lupu. 2016. „Do Voters Dislike Working-Class Candidates? Voter Biases and the Descriptive Underrepresentation of the Working Class“. *American Political Science Review* 110(4):832–44. doi: 10.1017/S0003055416000551.
- Casellas, Jason P., und Sophia J. Wallace. 2015. „The Role of Race, Ethnicity, and Party on Attitudes Toward Descriptive Representation“. *American Politics Research* 43(1):144–69. doi: 10.1177/1532673X14535239.
- Castel, Robert. 2000. *Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK, Univ.-Verl. Konstanz.
- Chiru, Mihail, und Zsolt Enyedi. 2022. „Who Wants Technocrats? A Comparative Study of Citizen Attitudes in Nine Young and Consolidated Democracies“. *The British Journal of Politics and International Relations* 24(1):95–112. doi: 10.1177/13691481211018311.
- Clayton, Amanda, Cecilia Josefsson, Robert Mattes, und Shaheen Mozaffar. 2019. „In Whose Interest? Gender and Mass–Elite Priority Congruence in Sub-Saharan Africa“. *Comparative Political Studies* 52(1):69–101. doi: 10.1177/0010414018758767.
- Coffé, Hilde, und Ank Michels. 2014. „Education and Support for Representative, Direct and Stealth Democracy“. *Electoral Studies* 35:1–11. doi: 10.1016/j.electstud.2014.03.006.
- Dahl, Robert A. 1989. *„Democracy and Its Critics“*. New Haven: Yale University Press.
- Dahl, Robert A. 1998. *„On Democracy“*. New Haven: Yale University Press.
- Dalton, Russell J. 2004. *„Democratic challenges, democratic choices: the erosion of political support in advanced industrial democracies“*. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J. 2017. *„The Participation Gap: Social Status and Political Inequality*. Bd. 1. Oxford University Press“.

- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Aylene Heller, Julia Schuler, und Elmar Brähler. 2022. „Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf“. S. 31–90 in *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*, herausgegeben von O. Decker, J. Kiess, A. Heller, und E. Brähler. Psychozial-Verlag.
- Deindl, Christian. 2015. „Finanzielle Probleme und Stress im Lebenslauf haben einen Einfluss auf das Risiko einer Herzerkrankung im späteren Leben“. (54). doi: 10.15464/ISI.54.2015.12-15.
- Deligiaouri, Anastasia, und Jane Suiter. 2023. „Oscillating Between Representation and Participation in Deliberative Fora and the Question of Legitimacy: Can ‘Hybrid Representative Democracy’ be the Remedy?“ *Representation* 59(1):137–53. doi: 10.1080/00344893.2021.1950040.
- Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande, Hrsg. 2017. „Gib mir was, was ich wählen kann“ *Demokratie ohne Langzeiterwerbslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande, Hrsg. 2019. *Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort*. Stuttgart: Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH.
- Deutsch, Franziska, und Suzanne S. Schüttemeyer. 2003. „Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages – 14. und 15. Wahlperiode“. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34(1):21–32.
- Deutscher Bundestag. 2023. „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages seit 1949“.
- Diaz-Serrano, Luis, und Giorgos Kallis. 2022. „Political Leaders with Professional Background in Business and Climate Outcomes“. *Climatic Change* 172(1–2):14. doi: 10.1007/s10584-022-03363-6.
- Die Bundesregierung. 2023. „Bürgergeld ersetzt ALG II“. *Die Bundesregierung informiert | Startseite*. Abgerufen 11. September 2023 (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/entlastung-fuer-deutschland/buergergeld-2125010>).
- Dittmann, Jörg, und Jan Goebel. 2018. „Armutskonzepte“. S. 21–34 in *Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Maßnahmen*, herausgegeben von P. Böhnke, J. Dittmann, und J. Goebel. Stuttgart, Deutschland: utb GmbH.
- Dohnke, Jan, und Antje Seidel-Schulze. 2013. „Soziale Segregation und Polarisierung in deutschen Städten - Relevanz und Möglichkeiten der Messung.“ *Informationen zur Raumentwicklung* 6.
- Donovan, Todd, und Jeffrey A. Karp. 2006. „Popular Support for Direct Democracy“. *Party Politics* 12(5):671–88. doi: 10.1177/1354068806066793.
- Dovi, Suzanne. 2002. „Preferable Descriptive Representatives: Will Just Any Woman, Black, or Latino Do?“ *The American Political Science Review* 96(4):729–43.
- Dovi, Suzanne. 2007. „Theorizing Women’s Representation in the United States“. *Politics and Gender* 3(03). doi: 10.1017/S1743923X07000281.
- Dryzek, John S., André Bächtiger, Simone Chambers, Joshua Cohen, James N. Druckman, Andrea Felicetti, James S. Fishkin, David M. Farrell, Archon Fung, Amy Gutmann, Hélène Landemore, Jane Mansbridge, Sofie Marien, Michael A. Neblo, Simon Niemeyer, Maija Setälä, Rune Slothuus, Jane Suiter, Dennis Thompson, und Mark E. Warren. 2019. „The Crisis of Democracy and the Science of Deliberation“. *Science* 363(6432):1144–46. doi: 10.1126/science.aaw2694.
- Dudenredaktion. o. J. „Duden | Die Herkunft des Verbs ‚hartzen‘“. *Die Herkunft des Verbs ‚hartzen‘*. Abgerufen 20. August 2023 (<https://www.duden.de/sprachwissen-/sprachratgeber/Die-Herkunft-des-Verbs-hartzen>).
- Egner, Björn, Max-Christopher Krapp, und Hubert Heinelt. 2013. *Das deutsche Gemeinderatsmitglied: Problemsichten-Einstellungen-Rollenverständnis*. Wiesbaden: Springer VS.

- Ehler, Martin. 2018. „Armut und Arbeitslosigkeit“. S. 189–97 in *Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Maßnahmen*, herausgegeben von P. Böhnke, J. Dittmann, und J. Goebel. Stuttgart, Deutschland: utb GmbH.
- Elff, Martin, Jan Paul Heisig, Merlin Schaeffer, und Susumu Shikano. 2021. „Multilevel Analysis with Few Clusters: Improving Likelihood-Based Methods to Provide Unbiased Estimates and Accurate Inference“. *British Journal of Political Science* 51(1):412–26. doi: 10.1017/S0007123419000097.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense, und Armin Schäfer. 2017. „‘Dem Deutschen Volke’? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27(2):161–80. doi: 10.1007/s41358-017-0097-9.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense, und Armin Schäfer. 2021. „Not Just Money: Unequal Responsiveness in Egalitarian Democracies“. *Journal of European Public Policy* 28(12):1890–1908. doi: 10.1080/13501763.2020.1801804.
- Elsässer, Lea, und Armin Schäfer. 2022. „Repräsentation und Responsivität“. S. 683–93 in *Handbuch Regierungsforschung*, herausgegeben von K.-R. Korte und M. Florack. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Esaiasson, Peter, Ann-Kristin Kölln, und Sedef Turper. 2015. „External Efficacy and Perceived Responsiveness—Similar but Distinct Concepts“. *International Journal of Public Opinion Research* 27(3):432–45. doi: 10.1093/ijpor/edv003.
- ESS8. 2016. „European Social Survey Round 8 Data (2016). Data file edition 2.2. Sikt - Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS ERIC“.
- ESS10. 2020. „European Social Survey Round 10 Data (2020). Data file edition 3.1. Sikt - Norwegian Agency for Shared Services in Education and Research, Norway – Data Archive and distributor of ESS data for ESS“.
- Eurostat, EU-SILC und ECHP. 2022. „Quote der von Armut bedrohten Personen nach Armutsgefährdungsgrenze, Alter und Geschlecht - EU-SILC und ECHP Erhebungen“.
- Eurostat, EU-SILC und ECHP. 2023. „Ungleichheit der Einkommensverteilung - S80/S20 Einkommensquintilverhältnis - EU-SILC und ECHP Erhebungen“.
- Farrell, David M., Jane Suiter, und Clodagh Harris. 2019. „‘Systematizing’ constitutional deliberation: the 2016–18 citizens’ assembly in Ireland“. *Irish Political Studies* 34(1):113–23. doi: 10.1080/07907184.2018.1534832.
- Ferrín, Mónica, und Hanspeter Kriesi, Hrsg. 2016. *How Europeans view and evaluate democracy*. New York, NY: Oxford University Press.
- Fishkin, James. 2009. *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford University Press.
- Flavin, Patrick. 2012. „Income Inequality and Policy Representation in the American States“. *American Politics Research* 40(1):29–59. doi: 10.1177/1532673X11416920.
- Flavin, Patrick, und William W. Franko. 2020. „Economic Segregation and Unequal Policy Responsiveness“. *Political Behavior* 42(3):845–64. doi: 10.1007/s11109-018-09522-9.
- Franzese, Fabio. 2020. *Mentale und physische Gesundheit im Alter: Der Einfluss von Armut, Einkommensungleichheit und Vermögensungleichheit*. 1. Aufl. Budrich Academic Press.
- Freire, André, Andrea Pedrazzani, Emmanouil Tsatsanis, Xavier Coller, und Paolo Segatti. 2021. „Age and Descriptive Representation in Southern Europe: The Impact of the Great Recession on National Parliaments“. *South European Society and Politics* 26(2):271–301. doi: 10.1080/13608746.2022.2026336.
- Galka, Sebastian. 2019. „Der Schleswig-Holsteinische Landtag und der Landesparlamentarismus“. S. 171–89 in *Politik und Regieren in Schleswig-Holstein*, herausgegeben von W. Knellingen und F. Boyken. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

- Gallego, Aina. 2015. *„Unequal Political Participation Worldwide“*. Cambridge University Press.
- Gallego, Aina, Guillem Rico, und Eva Anduiza. 2012. „Disproportionality and Voter Turnout in New and Old Democracies“. *Electoral Studies* 31(1):159–69. doi: 10.1016/j.electstud.2011.10.004.
- Gest, Justin, und Sean W. D. Gray. 2015. „Silent citizenship: the politics of marginality in unequal democracies“. *Citizenship Studies* 19(5):465–73. doi: 10.1080/13621025.2015.1074344.
- Geys, Benny, Zuzana Murdoch, und Rune J. Sørensen. 2022. „Political (Over)Representation of Public Sector Employees and the Double-Motive Hypothesis: Evidence from Norwegian Register Data (2007–2019)“. *Journal of Public Administration Research and Theory* 32(2):326–41. doi: 10.1093/jopart/muab034.
- Gherghina, Sergiu, und Brigitte Geissel. 2019. „An Alternative to Representation: Explaining Preferences for Citizens as Political Decision-Makers“. *Political Studies Review* 17(3):224–38. doi: 10.1177/1478929918807713.
- Gherghina, Sergiu, und Brigitte Geissel. 2020. „Support for Direct and Deliberative Models of Democracy in the UK: Understanding the Difference“. *Political Research Exchange* 2(1):1809474. doi: 10.1080/2474736X.2020.1809474.
- Giddens, Anthony. 2000. *Runaway world: how globalization is reshaping our lives*. New York: Routledge.
- Giger, Nathalie, Jan Rosset, und Julian Bernauer. 2012. „The Poor Political Representation of the Poor in a Comparative Perspective“. *Representation* 48(1):47–61. doi: 10.1080/00344893.2012.653238.
- Gilens, Martin. 2005. „Inequality and Democratic Responsiveness“. *The Public Opinion Quarterly* 69(5):778–96.
- Gilens, Martin. 2012. *„Affluence and Influence: Economic Inequality and Political Power in America“*. Princeton: Princeton University Press.
- Gilens, Martin, und Benjamin I. Page. 2014. „Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens“. *Perspectives on Politics* 12(3):564–81. doi: 10.1017/S1537592714001595.
- Goldberg, Saskia. 2021. „Just Advisory and Maximally Representative: A Conjoint Experiment on Non-Participants’ Legitimacy Perceptions of Deliberative Forums“. *Journal of Deliberative Democracy* 17(1). doi: 10.16997/jdd.973.
- Goldberg, Saskia. 2022. „Where the Grass Is Always Greener: Non-Participants’ Contingent Legitimacy Perceptions of Deliberative Citizens’ Forums“. doi: 10.18419/OPUS-12107.
- Goldberg, Saskia, und André Bächtiger. 2019. „Wünsche an Demokratie: Politische Einstellungen, Entscheidungsthema und Demokratiepräferenzen von Bürgern“. S. 301–24 in *Einstellungen und Verhalten in der empirischen Sozialforschung: Analytische Konzepte, Anwendungen und Analyseverfahren*, herausgegeben von J. Mayerl, T. Krause, A. Wahl, und M. Wuketich. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Goldberg, Saskia, und André Bächtiger. 2023. „Catching the ‘Deliberative Wave’? How (Disaffected) Citizens Assess Deliberative Citizen Forums“. *British Journal of Political Science* 53(1):239–47. doi: 10.1017/S0007123422000059.
- Goldberg, Saskia, Dominik Wyss, und André Bächtiger. 2020. „Deliberating or Thinking (Twice) About Democratic Preferences: What German Citizens Want From Democracy“. *Political Studies* 68(2):311–31. doi: 10.1177/0032321719843967.
- Graham, Matthew H., und Milan W. Svobik. 2020. „Democracy in America? Partisanship, Polarization, and the Robustness of Support for Democracy in the United States“. *American Political Science Review* 114(2):392–409. doi: 10.1017/S0003055420000052.

- Green-Pedersen, Christoffer, und Carsten Jensen. 2019. „Electoral competition and the welfare state“. *West European Politics* 42(4):803–23. doi: 10.1080/01402382.2019.1565736.
- Griffin, John D. 2014. „When and Why Minority Legislators Matter“. *Annual Review of Political Science* 17(1):327–36. doi: 10.1146/annurev-polisci-033011-205028.
- Gross, Martin, Sebastian Block, Dominic Nyhuis, und Jan A. Velimsky 2024: „Electoral Campaigns and Parliamentary Practice: Do Parties Pursue the Issues They Campaigned On?“. *Swiss Political Science Review* 30(2):89-107. <https://doi.org/10.1111/spsr.12588>
- Guasti, Petra, und Lenka Bustikova. 2022. „Pandemic power grab“. *East European Politics* 38(4):529–50. doi: 10.1080/21599165.2022.2122049.
- Haan, Peter, Holger Stichnoth, Maximilian Blömer, Hermann Buslei, Johannes Geyer, Carla Krolage, und Kai-Uwe Müller. 2017. „Entwicklung der Altersarmut bis 2036: Trends, Risikogruppen und Politikszenerarien. ZEW-Gutachten und Forschungsberichte“. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Hainmueller, Jens, Dominik Hangartner, und Teppei Yamamoto. 2015. „Validating Vignette and Conjoint Survey Experiments against Real-World Behavior“. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 112(8):2395–2400. doi: 10.1073/pnas.1416587112.
- Hainmueller, Jens, und Daniel J. Hopkins. 2015. „The Hidden American Immigration Consensus: A Conjoint Analysis of Attitudes toward Immigrants“. *American Journal of Political Science* 59(3):529–48.
- Hainmueller, Jens, Daniel J. Hopkins, und Teppei Yamamoto. 2014. „Causal Inference in Conjoint Analysis: Understanding Multidimensional Choices via Stated Preference Experiments“. *Political Analysis* 22(1):1–30. doi: 10.1093/pan/mpt024.
- Han, Sung Min, und Kangwook Han. 2021. „Political Leaders, Economic Hardship, and Redistribution in Democracies: Impact of Political Leaders on Welfare Policy“. *Political Studies* 69(4):921–43. doi: 10.1177/0032321720938992.
- Handelsblatt. 2023. „Sozialstaat: Lohnt sich Arbeit noch? Wo CDU-Chef Merz recht hat und wo nicht“. *Handelsblatt*. Abgerufen 8. September 2023 (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/sozialstaat-lohnt-sich-arbeit-noch-wo-cdu-chef-merz-recht-hat-und-wo-nicht/29376484.html>).
- Hayo, Bernd, und Florian Neumeier. 2012. „Leaders' Impact on Public Spending Priorities: The Case of the German Laender“. *Kyklos* 65(4):480–511. doi: 10.1111/kykl.12003.
- Heller, Aylene, Marius Dilling, Johannes Kiess, und Elmar Brähler. 2022. „5. Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext“. S. 161–84 in *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*, herausgegeben von O. Decker, J. Kiess, A. Heller, und E. Brähler. Psychosozial-Verlag.
- Hemingway, Alexander. 2022. „Does Class Shape Legislators' Approach to Inequality and Economic Policy? A Comparative View“. *Government and Opposition* 57(1):84–107. doi: 10.1017/gov.2020.27.
- Hibbing, John R., und Elizabeth Theiss-Morse. 2002. *Stealth democracy: Americans' beliefs about how government should work*. New York: Cambridge University Press.
- Hirsland, Andreas, und Philipp Ramos Lobato. 2014. „»Die wollen ja ein bestimmtes Bild vermitteln.« Zur Neupositionierung von Hilfeempfängern im aktivierenden Sozialstaat“. 54(2):181–200.
- Höhne, Benjamin. 2010. „Strukturmuster, Selektionsprämissen und Resultate von Kandidatenaufstellungen zu Bundestags- und Europawahlen in Deutschland.“ S. 85–122 in *Parteien als fragmentierte Organisationen: Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse*, herausgegeben von U. Jun und B. Höhne. Verlag Barbara Budrich.
- Hollander, Saskia. 2019. *The Politics of Referendum Use in European Democracies*. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan.

- Homola, Jonathan. 2022. „The Effects of Women’s Descriptive Representation on Government Behavior“. *Legislative Studies Quarterly* 47(2):295–308. doi: 10.1111/lsq.12330.
- Imai, Kosuke, Luke Keele, und Dustin Tingley. 2010. „A General Approach to Causal Mediation Analysis.“ *Psychological Methods* 15(4):309–34. doi: 10.1037/a0020761.
- Imai, Kosuke, Luke Keele, Dustin Tingley, und Teppei Yamamoto. 2011. „Unpacking the Black Box of Causality: Learning about Causal Mechanisms from Experimental and Observational Studies“. *American Political Science Review* 105(4):765–89. doi: 10.1017/S0003055411000414.
- Imai, Kosuke, Dustin Tingley, und Teppei Yamamoto. 2013. „Experimental designs for identifying causal mechanisms“. *Journal of the Royal Statistical Society. Series A (Statistics in Society)* 176(1):5–32.
- Jacquet, Vincent. 2017. „Explaining Non-Participation in Deliberative Mini-Publics“. *European Journal of Political Research* 56(3):640–59. doi: 10.1111/1475-6765.12195.
- Jahoda, Marie, Paul Felix Lazarsfeld, und Hans Zeisel. 2021. „Die Arbeitslosen von Marienthal: ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit: mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie“. 28. Auflage. Frankfurt am Main Leipzig: Suhrkamp Verlag.
- James, Gareth, Daniela Witten, Trevor Hastie, und Robert Tibshirani. 2013. „An Introduction to Statistical Learning“. Bd. 103. New York, NY: Springer New York.
- Jankowski, Michael, Eric Linhart, und Markus Tepe. 2019. „Welches Wahlsystem wollen die Wähler? Evidenz von einem Conjoint-Experiment“. *Politische Vierteljahresschrift* 60(2):221–43. doi: 10.1007/s11615-019-00152-2.
- Jochimsen, Beate, und Sebastian Thomasius. 2014. „The Perfect Finance Minister: Whom to Appoint as Finance Minister to Balance the Budget“. *European Journal of Political Economy* 34:390–408. doi: 10.1016/j.ejpoleco.2013.11.002.
- Johnen, Bettina. 2020. „Die Abgeordneten des Landtags Rheinland-Pfalz 1947–2016. Eine Längsschnittperspektive auf die Entwicklung sozialstruktureller Merkmale“. S. 353–92 in *70 Jahre Rheinland-Pfalz: Historische Perspektiven und politikwissenschaftliche Analyse*, herausgegeben von M. Glaab, H. Hering, M. Kißener, D. Schiffmann, und M. Storm. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Kennedy, Ryan, Anand E. Sokhey, Claire Abernathy, Kevin M. Esterling, David MJ Lazer, Amy Lee, William Minozzi, und Michael A. Neblo. 2021. „Demographics and (Equal?) Voice: Assessing Participation in Online Deliberative Sessions“. *Political Studies* 69(1):66–88. doi: 10.1177/0032321719890805.
- Kessl, Fabian, Christian Reutlinger, und Holger Ziegler. 2007. „Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die ‚neue Unterschicht‘ — eine Einführung“. S. 7–15 in *Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die ‚neue Unterschicht‘*, herausgegeben von F. Kessl, C. Reutlinger, und H. Ziegler. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kildea, Paul, A. J. Brown, und Jacob Deem. 2021. „When Should the People Decide? Public Support for Direct Democracy in Australia“. *Parliamentary Affairs* 74(4):911–42. doi: 10.1093/pa/gsaa019.
- Kittilson, Miki Caul. 2008. „Representing Women: The Adoption of Family Leave in Comparative Perspective“. *The Journal of Politics* 70(2):323–34. doi: 10.1017/S002238160808033X.
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith L. Bara, Ian Budge, und Michael D. McDonald, Hrsg. 2006. „Mapping policy preferences II: estimates for parties, electors, and governments in Eastern Europe, European Union, and OECD 1990-2003“. Oxford ; New York: Oxford University Press.
- König, Pascal D., Markus B. Siewert, und Kathrin Ackermann. 2022. „Conceptualizing and Measuring Citizens’ Preferences for Democracy: Taking Stock of Three Decades of Research in a Fragmented Field“. *Comparative Political Studies* 55(12):2015–49. doi: 10.1177/00104140211066213.

- Koning, Edward A. 2009. „Women for Women’s Sake: Assessing Symbolic and Substantive Effects of Descriptive Representation in the Netherlands“. *Acta Politica* 44(2):171–91. doi: 10.1057/ap.2008.43.
- Kriesi, Hanspeter, Willem Saris, und Paolo Moncagatta. 2016. „The Structure of Europeans’ Views of Democracy Citizens’ Models of Democracy“. in *How Europeans view and evaluate democracy, Comparative politics*, herausgegeben von Mónica Ferrín und Hanspeter Kriesi. New York, NY: Oxford University Press.
- Kroeber, Corinna. 2018. „How to Measure the Substantive Representation of Traditionally Excluded Groups in Comparative Research: A Literature Review and New Data“. *Representation* 54(3):241–59. doi: 10.1080/00344893.2018.1504112.
- Kroh, Von Martin, und Christian Könnecke. 2013. „Arm, arbeitslos und politisch inaktiv?“ *Politische Beteiligung* 14.
- Kronauer, Martin. 2006. „Exklusion‘ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse: Vorschläge für eine anstehende Debatte“. S. 4179–90 in *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2*, herausgegeben von K.-S. Rehberg. Frankfurt am Main: Campus Verl.
- Kronauer, Martin. 2010a. „*Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*“. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Frankfurt: Campus Verlag.
- Kronauer, Martin. 2010b. „Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart“. S. 24–58 in *Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart.*, herausgegeben von M. Kronauer. Bielefeld: Bertelsmann.
- Kronauer, Martin. 2021. „Der internationale Diskurs zu sozialer Ausschließung als Exklusion“. S. 405–22 in *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit, Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit*, herausgegeben von R. Anhorn und J. Stehr. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kronauer, Martin. 2022. „Soziale Ausgrenzung‘ und ‚Underclass‘. Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung (1997)“. S. 389–414 in *Kriminologische Diskussionstexte I: Verurteilen und Strafen*, herausgegeben von A. Legnaro und D. Klimke. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Landwehr, Claudia, und Philipp Harms. 2020. „Preferences for Referenda: Intrinsic or Instrumental? Evidence from a Survey Experiment“. *Political Studies* 68(4):875–94. doi: 10.1177/0032321719879619.
- Landwehr, Claudia, und Nils D. Steiner. 2017. „Where Democrats Disagree: Citizens’ Normative Conceptions of Democracy“. *Political Studies* 65(4):786–804. doi: 10.1177/0032321717715398.
- Lavezzolo, Sebastián, Luis Ramiro, und Pablo Fernández-Vázquez. 2021. „The will for reason: voter demand for experts in office“. *West European Politics* 44(7):1506–31. doi: 10.1080/01402382.2020.1778917.
- Leeper, Thomas J. 2022. „Cregg: Simple Conjoint Analyses and Visualization. R Package Version 0.4.0“.
- Leeper, Thomas J., Sara B. Hobolt, und James Tilley. 2020. „Measuring Subgroup Preferences in Conjoint Experiments“. *Political Analysis* 28(2):207–21. doi: 10.1017/pan.2019.30.
- Lehmann, Pola, Sven Regel, und Sara Schlote. 2015. „Ungleichheit in der politischen Repräsentation“. S. 157–80 in *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, herausgegeben von W. Merkel. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Leighley, Jan E., und Jonathan Nagler. 2014. „*Who Votes Now?: Demographics, Issues, Inequality, and Turnout in the United States*“. Princeton University Press.

- Leitner, Sigrid, und Klaus Stolz. 2023. „German social workers as professional politicians: career paths and social advocacy“. *European Journal of Social Work* 26(4):691–704. doi: 10.1080/13691457.2022.2117138.
- Lessenich, Stephan. 2012. *Theorien des Sozialstaats zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Levi, Margaret, und Laura Stoker. 2000. „Political Trust and Trustworthiness“. *Annual Review of Political Science* 3(1):475–507. doi: 10.1146/annurev.polisci.3.1.475.
- Long, J. Scott, und Laurie H. Ervin. 2000. „Using Heteroscedasticity Consistent Standard Errors in the Linear Regression Model“. *The American Statistician* 54(3):217–24. doi: 10.1080/00031305.2000.10474549.
- Lupu, Noam, und Alejandro Tirado Castro. 2022. „Unequal policy responsiveness in Spain“. *Socio-Economic Review* mwac040. doi: 10.1093/ser/mwac040.
- Lupu, Noam, und Zach Warner. 2022. „Why Are the Affluent Better Represented around the World?“ *European Journal of Political Research* 61(1):67–85. doi: 10.1111/1475-6765.12440.
- Mäder, Miriam, Regina T. Riphahn, Caroline Schwientek, und Steffen Müller. 2015. „Intergenerational Transmission of Unemployment – Evidence for German Sons“. *Jahrbücher Für Nationalökonomie Und Statistik* 235(4–5):355–75. doi: 10.1515/jbnst-2015-4-503.
- Manin, Bernard. 1997. *„The Principles of Representative Government“*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mansbridge, Jane. 1999. „Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent ‚Yes‘“. *The Journal of Politics* 61(3):628–57. doi: 10.2307/2647821.
- Mansbridge, Jane. 2003. „Rethinking Representation“. *American Political Science Review* 97(4):515–28. doi: 10.1017/S0003055403000856.
- Mansbridge, Jane. 2009. „A ‚Selection Model‘ of Political Representation“. *Journal of Political Philosophy* 17(4):369–98. doi: 10.1111/j.1467-9760.2009.00337.x.
- Marien, Sofie, Marc Hooghe, und Ellen Quintelier. 2010. „Inequalities in Non-Institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-Level Analysis of 25 Countries“. *Political Studies* 58(1):187–213. doi: 10.1111/j.1467-9248.2009.00801.x.
- Marquardsen, Kai. 2007. „Was ist ‚Aktivierung‘ in der Arbeitsmarktpolitik?“ *WSI-Mitteilungen* 60(5):259–65. doi: 10.5771/0342-300X-2007-5-259.
- Matter, Ulrich, und Alois Stutzer. 2015. „The Role of Lawyer-Legislators in Shaping the Law: Evidence from Voting on Tort Reforms“. *The Journal of Law & Economics* 58(2):357–84. doi: 10.1086/684039.
- Mechtel, Mario. 2014. „It’s the Occupation, Stupid! Explaining Candidates’ Success in Low-Information Elections“. *European Journal of Political Economy* 33:53–70. doi: 10.1016/j.ejpoleco.2013.11.008.
- Medvic, Stephen. 2019. „Explaining Support for Stealth Democracy“. *Representation* 55(1):1–19. doi: 10.1080/00344893.2019.1581076.
- Mielke, Siegfried, und Werner Reutter, Hrsg. 2012. *„Landesparlamentarismus“*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Miller, Mark C. 1995. *The high priests of American politics: the role of lawyers in American political institutions*. 1st ed. Knoxville: University of Tennessee Press.
- Miller, Warren E., und Donald E. Stokes. 1963. „Constituency Influence in Congress“. *The American Political Science Review* 57(1):45–56. doi: 10.2307/1952717.
- Minta, Michael D. 2009. „Legislative Oversight and the Substantive Representation of Black and Latino Interests in Congress“. *Legislative Studies Quarterly* 34(2):193–218. doi: 10.3162/036298009788314336.
- Mudde, Cas. 2004. „The Populist Zeitgeist“. *Government and Opposition* 39(4):541–63.

- Neblo, Michael A., Kevin M. Esterling, Ryan P. Kennedy, David M. J. Lazer, und Anand E. Sokhey. 2010. „Who Wants To Deliberate—And Why?“ *The American Political Science Review* 104(3):566–83.
- Niemeyer, Simon, Francesco Veri, John S. Dryzek, und André Bächtiger. 2023. „How Deliberation Happens: Enabling Deliberative Reason“. *American Political Science Review* 1–18. doi: 10.1017/S0003055423000023.
- Norris, Pippa, Hrsg. 1999. „*Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*“. 1. Aufl. Oxford University Press Oxford.
- Norris, Pippa, und Mark Franklin. 1997. „Social representation“. *European Journal of Political Research* 32: 185–210.
- Nussbaum, Martha Craven. 1999. *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*. 11. Auflage. herausgegeben von H. Pauer-Studer. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nyhuis, Dominic, Jan Velimsky, Sebastian Block, und Martin Gross. 2022. „Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im September 2020“: *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 53(1):120–34. doi: 10.5771/0340-1758-2022-1-120.
- O’Grady, Tom. 2019. „Careerists Versus Coal-Miners: Welfare Reforms and the Substantive Representation of Social Groups in the British Labour Party“. *Comparative Political Studies* 52(4):544–78. doi: 10.1177/0010414018784065.
- Ouattara, Ebe, und Tom Van Der Meer. 2022. „Distrusting Democrats: A Panel Study into the Effects of Structurally Low and Declining Political Trust on Citizens’ Support for Democratic Reform“. *European Journal of Political Research* 1475-6765.12561. doi: 10.1111/1475-6765.12561.
- Pastorella, Giulia. 2016. „Technocratic Governments in Europe: Getting the Critique Right“. *Political Studies* 64(4):948–65. doi: 10.1111/1467-9248.12217.
- Paugam, Serge, Hrsg. 1996. „*L’exclusion, l’état des savoirs*“. Paris: Editions de La Découverte.
- Paugam, Serge. 2008. „*Die elementaren Formen der Armut*“. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Edition.
- Paulis, Emilien, Jean-Benoit Pilet, Sophie Panel, Davide Vittori, und Caroline Close. 2021. „The POLITICIZE Dataset: An Inventory of Deliberative Mini-Publics (DMPs) in Europe“. *European Political Science* 20(3):521–42. doi: 10.1057/s41304-020-00284-9.
- Peters, Yvette, und Sander J. Ensink. 2015. „Differential Responsiveness in Europe: The Effects of Preference Difference and Electoral Participation“. *West European Politics* 38(3):577–600. doi: 10.1080/01402382.2014.973260.
- Phillips, Anne. 1994. „Democracy and Representation: Or, Why Should It Matter Who Our Representatives Are?“ doi: 10.5169/SEALS-173047.
- Phillips, Anne. 1995. „*The Politics of Presence*“. Oxford; New York: Clarendon Press; Oxford University Press.
- Pickel, Susanne, Gert Pickel, Natalie Gittner, Kazim Celik, und Johannes Kiess. 2022. „6. Demokratie und politische Kultur“. S. 185–208 in *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*, herausgegeben von O. Decker, J. Kiess, A. Heller, und E. Brähler. Psychosozial-Verlag.
- Pilet, Jean-Benoit, Damien Bol, Davide Vittori, und Emilien Paulis. 2023. „Public Support for Deliberative Citizens’ Assemblies Selected through Sortition: Evidence from 15 Countries“. *European Journal of Political Research* 62(3):873–902. doi: 10.1111/1475-6765.12541.
- Pitkin, Hanna Fenichel. 1967. „*The Concept of Representation*“. Berkeley and Los Angeles: University of California Press.
- Pyschny, Anastasia, und Melanie Kintz. 2022. „Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages in der 20. Wahlperiode“. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 53(2):328–43. doi: 10.5771/0340-1758-2022-2-328.

- Rapeli, Lauri. 2016. „Public Support for Expert Decision-Making: Evidence from Finland“. *Politics* 36(2):142–52. doi: 10.1111/1467-9256.12092.
- Rawls, John. 1971. „*A Theory of Justice: Original Edition*“. Harvard University Press.
- Reher, Stefanie. 2022. „Do Disabled Candidates Represent Disabled Citizens?“ *British Journal of Political Science* 52(2):520–34. doi: 10.1017/S0007123420000733.
- Rehfeld, Andrew. 2006. „Towards a General Theory of Political Representation“. *The Journal of Politics* 68(1):1–21. doi: 10.1111/j.1468-2508.2006.00365.x.
- Rehfeld, Andrew. 2009. „Representation Rethought: On Trustees, Delegates, and Gyroscopes in the Study of Political Representation and Democracy“. *American Political Science Review* 103(2):214–30. doi: 10.1017/S0003055409090261.
- Reiser, Marion. 2006. „*Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik: Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten*“. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Reynolds, Andrew. 2013. „Representation and Rights: The Impact of LGBT Legislators in Comparative Perspective“. *American Political Science Review* 107(2):259–74. doi: 10.1017/S0003055413000051.
- Ridley, Matthew, Gautam Rao, Frank Schilbach, und Vikram Patel. 2020. „Poverty, Depression, and Anxiety: Causal Evidence and Mechanisms“. *Science* 370(6522):eaay0214. doi: 10.1126/science.aay0214.
- Rocha, Rene R., Caroline J. Tolbert, Daniel C. Bowen, und Christopher J. Clark. 2010. „Race and Turnout: Does Descriptive Representation in State Legislatures Increase Minority Voting?“ *Political Research Quarterly* 63(4):890–907. doi: 10.1177/1065912910376388.
- Rojon, Sebastien, Jean-Benoit Pilet, Davide Vittori, Paulina Paulis, und Emilien Paulis. 2023. „What model of government do citizens prefer? Exploring the heterogeneity of citizens' process preferences in nine European countries“. Prague, Paper presented at the General Conference of the European Consortium for Political Research (ECPR).
- Rosar, Ulrich, Markus Klein, und Tilo Beckers. 2007. „The Frog Pond Beauty Contest: Physical Attractiveness and Electoral Success of the Constituency Candidates at the North Rhine-Westphalia State Election of 2005“. *European Journal of Political Research* 47(0):64–79. doi: 10.1111/j.1475-6765.2007.00720.x.
- Rose, Richard, und Bernhard Weißels. 2021. „Do Populist Values or Civic Values Drive Support for Referendums in Europe?“ *European Journal of Political Research* 60(2):359–75. doi: 10.1111/1475-6765.12399.
- Saalfeld, T., und D. Bischof. 2013. „Minority-Ethnic MPs and the Substantive Representation of Minority Interests in the House of Commons, 2005-2011“. *Parliamentary Affairs* 66(2):305–28. doi: 10.1093/pa/gss084.
- Saalfeld, Thomas. 2011. „Parliamentary Questions as Instruments of Substantive Representation: Visible Minorities in the UK House of Commons, 2005–10“. *The Journal of Legislative Studies* 17(3):271–89. doi: 10.1080/13572334.2011.595121.
- Saward, Michael. 2006. „The Representative Claim“. *Contemporary Political Theory* 5(3):297–318. doi: 10.1057/palgrave.cpt.9300234.
- Saward, Michael. 2010. „*The Representative Claim*“. Oxford: Oxford University Press.
- Schäfer, Armin, und Harald Schoen. 2013. „Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit“. *Leviathan* 41(1):94–120. doi: 10.5771/0340-0425-2013-1-94.
- Schäfer, Armin, und Hanna Schwander. 2019. „'Don't Play If You Can't Win': Does Economic Inequality Undermine Political Equality?“ *European Political Science Review* 11(3):395–413. doi: 10.1017/S1755773919000201.

- Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp, Felix Jérémie Gagné, und Bertelsmann Stiftung. 2013. „Prekäre Wahlen: Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013“. doi: 10.11586/2018036.
- Schakel, Wouter. 2021. „Unequal Policy Responsiveness in the Netherlands“. *Socio-Economic Review* 19(1):37–57. doi: 10.1093/ser/mwz018.
- Schakel, Wouter, und Brian Burgoon. 2021. „The Party Road to Representation: Unequal Responsiveness in Party Platforms“. *European Journal of Political Research* 1475-6765.12489. doi: 10.1111/1475-6765.12489.
- Schakel, Wouter, Brian Burgoon, und Armen Hakhverdian. 2020. „Real but Unequal Representation in Welfare State Reform“. *Politics & Society* 48(1):131–63. doi: 10.1177/0032329219897984.
- Schultheis, Franz. 2017. „Keine Wahl: Wenn langzeitarbeitslose Mitbürger der Demokratie den Rücken kehren.“ S. 9–22 in „Gib mir was, was ich wählen kann“ *Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen*, herausgegeben von Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Schultheis, Franz. 2019. „Soziologische Radiographie unserer Gegenwartsgesellschaft“. S. 14–23 in *Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort*, herausgegeben von Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande. Stuttgart: Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH.
- Schultheis, Franz. 2021. „Pierre Bourdieu und soziale Ausschließung“. S. 393–403 in *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit, Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit*, herausgegeben von R. Anhorn und J. Stehr. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schultheis, Franz, und Kristina Schulz, Hrsg. 2005. „Gesellschaft mit begrenzter Haftung: Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag“. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Sen, Amartya. 2000. „*Social Exclusion: Concept, Application, and Scrutiny*“. Manila, Philippines: Office of Environment and Social Development, Asian Development Bank.
- Sen, Amartya. 2001. „*Development as freedom*“. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Sieberer, Ulrich. 2006. „Party Unity in Parliamentary Democracies: A Comparative Analysis“. *The Journal of Legislative Studies* 12(2):150–78. doi: 10.1080/13572330600739413.
- Simmel, Georg. 1908. „*Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*“. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Sobolewska, Maria, Rebecca McKee, und Rosie Campbell. 2018. „Explaining motivation to represent: how does descriptive representation lead to substantive representation of racial and ethnic minorities?“ *West European Politics* 41(6):1237–61. doi: 10.1080/01402382.2018.1455408.
- SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und FDP. 2021. „*Koalitionsvertrag 2021: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit*“.
- Statistisches Bundesamt. 2021. „Armutrisiken haben sich in Deutschland verfestigt“. *Statistisches Bundesamt*. Abgerufen 27. Juni 2023 (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_113_p001.html)
- Statistisches Bundesamt. 2023a. „Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen - Statistisches Bundesamt“. *Wohnen Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen*. Abgerufen 19. Juli 2023 (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/eurostat-anteil-wohnenkosten-haushaltseinkommen-mz-silc.html>).
- Statistisches Bundesamt. 2023b. „Gefährdung durch Armut oder soziale Ausgrenzung: AROPE-Indikator und Schnittmengen seiner drei Teilindikatoren“. *Statistisches Bundesamt*. Abgerufen 27. Juni 2023 (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutgefaehrung/Tabellen/armut-soziale-ausgrenzung-aropec-teilindikatoren-schnittmengen-mz-silc.html>).

- Statistisches Bundesamt. 2023c. „Niedriglohnquote“. *Statistisches Bundesamt*. Abgerufen 27. Juni 2023 (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-2/niedriglohnquote.html>).
- Statistisches Bundesamt. 2023d. „Rauchgewohnheiten nach Altersgruppen und Geschlecht“. *Statistisches Bundesamt*. Abgerufen 8. August 2023 (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Gesundheitszustand-Relevantes-Verhalten/Tabellen/liste-rauchverhalten.html>).
- Statistisches Bundesamt. 2023e. „Registrierte Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Gebietsstand“. *Statistisches Bundesamt*. Abgerufen 13. Januar 2023 (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrarb003ga.html>).
- Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Hrsg. 2021. „*Datenreport 2021 ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*“. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Stecker, Christian, und Markus Tausendpfund. 2016. „Multidimensional Government-Citizen Congruence and Satisfaction with Democracy“. *European Journal of Political Research* 55(3):492–511. doi: 10.1111/1475-6765.12147.
- Stockemer, Daniel, und Aksel Sundström. 2018. „Age Representation in Parliaments: Can Institutions Pave the Way for the Young?“ *European Political Science Review* 10(3):467–90. doi: 10.1017/S1755773918000048.
- Stocker, Simon. 2022. „Frauen in der lokalen Politik und kommunale Wahlbeteiligung. Ein Fall für deskriptive Repräsentation?“ *Politische Vierteljahresschrift*. doi: 10.1007/s11615-022-00434-2.
- Strøm, Kaare. 1997. „Rules, Reasons and Routines: Legislative Roles in Parliamentary Democracies“. *The Journal of Legislative Studies* 3(1):155–74. doi: 10.1080/13572339708420504.
- Swain, Carol M. 1995. „*Black faces, black interests: the representation of African Americans in Congress*“. Enl. ed., 1st Harvard University Press pbk. ed. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Szakonyi, David. 2021. „Private Sector Policy Making: Business Background and Politicians' Behavior in Office“. *The Journal of Politics* 83(1):260–76. doi: 10.1086/709297.
- Tertelmann, Martin. 2019. „Das glaubt mit kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten und mich vor einen vollen Saal hingestellt habe“. Ein Plädoyer für die Einbeziehung Betroffener in Forschung und Aktion.“ S. 206–19 in *Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort*, herausgegeben von Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande. Stuttgart: Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH.
- Thomeczek, Jan Philipp. 2021. „Alles eine Frage von Kosten und Nutzen? Eine Aggregatdatenanalyse der Abstimmungsbeteiligung in den deutschen Bundesländern zwischen 1946 und 2019“. *Swiss Political Science Review* 27(2):449–75. doi: 10.1111/spsr.12435.
- Tingley, Dustin, Teppei Yamamoto, Kentaro Hirose, Luke Keele, und Kosuke Imai. 2014. „Mediation Package for Causal Mediation Analysis“. *Journal of Statistical Software* 59(5). doi: 10.18637/jss.v059.i05.
- Townsend, Peter. 1987. „Deprivation“. *Journal of Social Policy* 16(2):125–46. doi: 10.1017/S0047279400020341.
- Traber, Denise, Miriam Hänni, Nathalie Giger, und Christian Breunig. 2021. „Social Status, Political Priorities and Unequal Representation“. *European Journal of Political Research* 1475-6765.12456. doi: 10.1111/1475-6765.12456.
- Trüdinger, Eva-Maria, und André Bächtiger. 2022. „Attitudes vs. Actions? Direct-Democratic Preferences and Participation of Populist Citizens“. *West European Politics* 1–14. doi: 10.1080/01402382.2021.2023435.

- Vehrkamp, Robert, und Wolfgang Merkel. 2020. „Populismusbarometer 2020 Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020“. Im Auftrag des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung und der Bertelsmann Stiftung.
- Velimsky, Jan A. 2017. „Soziale Selektivität von politischer Partizipation. Ein Überblick über den Forschungsstand.“ S. 34–45 in „Gib mir was, was ich wählen kann“ *Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen*, herausgegeben von Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Velimsky, Jan A. 2024. „Soziale Isolation und Einsamkeit armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg“. *GesellschaftsReport BW Ausgabe 1 – 2024:1-24*. Abgerufen 01. September 2024 (https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion-/m-sm/intern/downloads/Downloads_Familie-/GesellschaftsReport-BW_1-2024.pdf).
- Velimsky, Jan A., Sebastian Block, Martin Gross, und Dominic Nyhuis. 2024a. „Probing the Effect of Candidate Localness in Low-Information Elections: Evidence from the German Local Level“. *Political Studies*. 72(3):1090-1111. <https://doi.org/10.1177/00323217231173505>
- Velimsky, Jan A., Sebastian Block, Martin Gross, und Dominic Nyhuis. 2024b. „The impact of occupational background on issue representation“. *West European Politics* (online first). <https://doi.org/10.1080/01402382.2023.2294666>
- Velimsky, Jan. A., Angelika Vetter, und André Bächtiger. 2024c. „Reducing Social Stratification Bias in Referendum Participation: Evidence from the German Local Level“. *Political Research Quarterly*. 77(2): 577-591. <https://doi.org/10.1177/10659129241230901>
- Velimsky, Jan A., und Chafa Bouslimani. 2019. „Sie kommen kaum rum, rum zum Leben. [...] Teilhabe am sozialen Leben, das können Sie alles vergessen.‘ Ausgrenzungserfahrungen von Langzeitarbeitslosen“. S. 65–75 in *Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort*, herausgegeben von Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande. Stuttgart: Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH.
- Verba, Sidney, und Norman H. Nie. 1972. „*Participation in America: Political Democracy and Social Equality*“. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Verba, Sidney, Norman Nie, und Jae on Kim. 1978. „*Participation and Political Equality: A Seven Nation Comparison*“. New York: Cambridge University Press.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. „*Voice and Equality. Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*“. Harvard University Press.
- Vetter, Angelika, und Uwe Remer-Bollow. 2017. „*Bürger und Beteiligung in der Demokratie*“. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Vetter, Angelika, und Jan A. Velimsky. 2019. „Soziale Selektivität bei Wahlen und direkt-demokratischen Abstimmungen auf kommunaler Ebene in Deutschland“. *Politische Vierteljahresschrift* 60(3):487–512. <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00176-8>
- Vetter, Angelika, und Jan A. Velimsky. 2021. „Bürgerentscheide, Kommunalwahlen und soziale Selektivität“. S. 619–44 in *Direkte Demokratie: Festschrift für Otmar Jung*, herausgegeben von H. K. Heußner, A. Pautsch, F. Wittreck, und O. Jung. Stuttgart München Hannover Berlin Weimar Dresden: Boorberg.
- Vittori, Davide, Sebastien Rojon, und Jean-Benoit Pilet. 2024. „Beyond parliamentarism: How do citizens want to decide on divisive policies?“. *Comparative European Politics* 22: 685-715. doi: 10.1057/s41295-024-00379-3
- Wäckerle, Jens, und Bruno Castanho Silva. 2023. „Distinctive Voices: Political Speech, Rhetoric, and the Substantive Representation of Women in European Parliaments“. *Legislative Studies Quarterly* Isq.12410. doi: 10.1111/Isq.12410.
- Walter, Manuel, und Chafa Bouslimani. 2019. „Aber wo gibt's denn bitteschön die Vertretung der Hartz IV-Empfänger? Zur gesellschaftlichen und demokratischen Beteiligung von (Langzeit-)Arbeitslosen“. S. 53–64 in *Unerhört! Langzeitarbeitslose*

- Nichtwähler melden sich zu Wort*, herausgegeben von Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande. Stuttgart: Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH.
- Walter, Melanie. 1997. „Stuttgarter Ratsmitglieder: Sozialprofil, politische Einstellungen und kommunale Aufgaben“. S. 229–47 in *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Studien zur Sozialwissenschaft*, herausgegeben von O. W. Gabriel, F. Brettschneider, und A. Vetter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wängnerud, Lena. 2009. „Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation“. *Annual Review of Political Science* 12(1):51–69. doi: 10.1146/annurev.polisci.11.053106.123839.
- Warren, Mark E. 2017. „A Problem-Based Approach to Democratic Theory“. *American Political Science Review* 111(1):39–53. doi: 10.1017/S0003055416000605.
- Warren, Mark E., und Hilary Pearse. 2008. „Introduction: democratic renewal and deliberative democracy“. S. 1–19 in *Designing Deliberative Democracy: The British Columbia Citizens' Assembly, Theories of Institutional Design*, herausgegeben von H. Pearse und M. E. Warren. Cambridge: Cambridge University Press.
- Webb, Paul. 2013. „Who Is Willing to Participate? Dissatisfied Democrats, Stealth Democrats and Populists in the United Kingdom“. *European Journal of Political Research* 52(6):747–72. doi: 10.1111/1475-6765.12021.
- Weinberg, James. 2023. „Building Trust in Political Office: Testing the Efficacy of Political Contact and Authentic Communication“. *Political Studies* 00323217231185706. doi: 10.1177/00323217231185706.
- WELT. 2010. „Hartz-IV-Debatte: An die deutsche Mittelschicht denkt niemand - WELT“. Abgerufen 7. August 2023 (<https://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html>).
- WELT. 2022. „CDU-Chef: ‚Keine Anstrengung erwartet‘ – Merz kritisiert laschen Umgang mit Langzeitarbeitslosen - WELT“. *WELT*. Abgerufen 8. September 2023 (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article240850947/CDU-Chef-Keine-Anstrengung-erwartet-Merz-kritisiert-laschen-Umgang-mit-Langzeitarbeitslosen.html>).
- Werner, Hannah. 2020. „If I'll Win It, I Want It: The Role of Instrumental Considerations in Explaining Public Support for Referendums“. *European Journal of Political Research* 59(2):312–30. doi: 10.1111/1475-6765.12358.
- Werner, Hannah, und Sofie Marien. 2022. „Process vs. Outcome? How to Evaluate the Effects of Participatory Processes on Legitimacy Perceptions“. *British Journal of Political Science* 52(1):429–36. doi: 10.1017/S0007123420000459.
- Williams, Melissa S. 1998. *Voice, Trust, and Memory: Marginalized Groups and the Failings of Liberal Representation*. Princeton University Press.
- Witko, Christopher, und Sally Friedman. 2008. „Business Backgrounds and Congressional Behavior“. *Congress & the Presidency* 35(1):71–86. doi: 10.1080/07343460809507652.
- Wolak, Jennifer. 2020. „Descriptive Representation and the Political Engagement of Women“. *Politics & Gender* 16(2):339–362. doi:10.1017/S1743923X18000910
- Wolbrecht, Christina, und David E. Campbell. 2007. „Leading by Example: Female Members of Parliament as Political Role Models“. *American Journal of Political Science* 51(4):921–39. doi: 10.1111/j.1540-5907.2007.00289.x.
- Wolkenstein, Fabio, und Christopher Wrátil. 2021. „Multidimensional Representation“. *American Journal of Political Science* 65(4):862–76. doi: 10.1111/ajps.12563.
- Young, Iris Marion. 1997. „12. Deferring Group Representation“. S. 349–76 in *Ethnicity and Group Rights*. Bd. 12, *NOMOS - American Society for Political and Legal Philosophy*, herausgegeben von I. Shapiro und W. Kymlicka. New York University Press.
- Young, Iris Marion. 2000. *Inclusion and Democracy*. Repr. Oxford: Oxford University Press.

- Zaslove, Andrej, Bram Geurkink, Kristof Jacobs, und Agnes Akkerman. 2021. „Power to the people? Populism, democracy, and political participation: a citizen’s perspective“. *West European Politics* 44(4):727–51. doi: 10.1080/01402382.2020.1776490.
- Zaslove, Andrej, und Maurits Meijers. 2023. „Populist Democrats? Unpacking the Relationship Between Populist and Democratic Attitudes at the Citizen Level“. *Political Studies* 003232172311738. doi: 10.1177/00323217231173800.
- Zender, Mathias. 1984. „Profil großstädtischer Minderheitsfraktionen“. S. 33–82 in *Opposition in Großstadtparlamenten, Forschungsbericht / Konrad-Adenauer-Stiftung*, herausgegeben von O. W. Gabriel, P. Haungs, und Matthias Zender. Melle: Knoth.
- Zittel, Thomas, Dominic Nyhuis, und Markus Baumann. 2019. „Geographic Representation in Party-Dominated Legislatures: A Quantitative Text Analysis of Parliamentary Questions in the German Bundestag“. *Legislative Studies Quarterly* 44(4):681–711. doi: 10.1111/lsq.12238.
- Zuur, Alain F., Elena N. Ieno, und Chris S. Elphick. 2010. „A Protocol for Data Exploration to Avoid Common Statistical Problems: *Data Exploration*“. *Methods in Ecology and Evolution* 1(1):3–14. doi: 10.1111/j.2041-210X.2009.00001.x.

Anhang:

Anhang 1

Abbildung 16: Formel für die Transformation von Skalenwerten.

$$Y = \left(\frac{x - x_{min}}{x_{range}} \right) n$$

Y ist die transformierte Variable und X die ursprüngliche Variable.

x_{min} ist das Minimum der Ursprungsvariable,

x_{range} erfasst die mögliche Skalenbreite der Ursprungsvariable (Differenz zwischen möglichem Maximum und Minimum);

n bezeichnet das angestrebte Maximum der transformierten Variable.

Tabelle 17: T-Tests

Umfrage	Eigene Befragung mit Langzeiterwerbslosen		ESS 10		T-Test	
Variablen (Skala)	Mean (Std. Abw.)	N	Mean (Std. Abw.)	N.	Differenz (T-Statistik)	Sign.
Zufriedenheit: Demokratie (0-6)	2.73 (1.60)	302	3.47 (0.03)	8567	0.740 (42.635)	p < 0.0001
Zufriedenheit: Regierung (0-6)	2.39 (1.63)	296	2.58 (0.02)	8493	0.233 (13.177)	p < 0.0001
Vertrauen in Bundesregierung (0-6)	2.58 (1.65)	299	2.97 (0.03)	8559	0.391 (21.860)	P < 0.0001
Vertrauen in Politiker*innen (0-6)	2.28 (1.38)	299	2,18 (0.02)	8583	-0.102 (-6.846)	p < 0.0001
Ideologie-Skala (0-10)	2,61 (2.02)	283	4.38 (0.05)	8136	1.772 (78.627)	p < 0.0001

Anmerkungen: Eigene Darstellung und Berechnung

Tabelle 18: Erwerbslosigkeit im Bundestag

Wahlperiode	Nr.	Erwerbslose		Abgeordnete
		(N)	(in %)	(N)
2021-2025	20	6	0.82	736
2017-2021	19	4	0.56	709
2013-2017	18	1	0.15	658
2009-2013	17	0	0	652
2005-2009	16	0	0	639
2002-2005	15	4	0.64	624
		15	0.37	4018

Anmerkungen: Quelle Deutscher Bundestag (2023), eigene Darstellung und Berechnung

Tabelle 19: Erwerbslosigkeit in deutschen Landesparlamenten – Datenquellen

Bundesland	Quelle
Baden-Württemberg	Kürschners Volkshandbuch; Landtag von Baden-Württemberg, 17. Wahlperiode, 2021-2026
Bayern	Kürschners Volkshandbuch; Bayerischer Landtag, 18. Wahlperiode, 2018-2023, 2. Auflage
Berlin	Kürschners Politikkontakte, Abgeordnetenhaus Berlin, 19. Wahlperiode, 2021–2026
Brandenburg	Landtag Brandenburg: Namen – Daten – Fakten, 7. Wahlperiode, 2019-2024
Bremen	Bremische Bürgerschaft 2023-2027, unter: https://www.bremische-buergerschaft.de/index.php?id=358 , abgerufen am 17.08.2023
Hamburg	Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 22. Wahlperiode, 2020-2024
Hessen	Handbuch des Hessischen Landtags, 20. Wahlperiode, 2019-2023
Mecklenburg-Vorpommern	Handbuch: Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode 2021 – 2026, 1. Auflage
Niedersachsen	Handbuch des Niedersächsischen Landtags, 19. Wahlperiode, 2012-2027, 1. Auflage.
Nordrhein-Westfalen	Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen, 18. Wahlperiode, Abgeordnete Gremien und Organisation
Rheinland-Pfalz	Landtag Rheinland-Pfalz, Handbuch der 18. Wahlperiode, 2021-2026 Band 1, Abgeordnete, Gremien, Organisation,
Saarland	Landtag des Saarlandes 2023, Abgeordnete und Fraktionen, unter: https://www.landtag-saar.de/abgeordnete-und-fraktionen/ , abgerufen am 17.08.2023
Sachsen-Anhalt	Kürschners Volkshandbuch; Landtag von Sachsen-Anhalt, 8. Wahlperiode, 2021-2026
Sachsen	Volkshandbuch, 2. aktualisierte Auflage, Sächsischer Landtag Teil 1, 7. Wahlperiode, 2019-2024
Schleswig-Holstein	Schleswig-Holsteinischer Landtag: Die Abgeordneten des Landtages, 20. Wahlperiode (2022– 2027), unter: https://www.landtag.ltsh.de/abgeordnete/abgeordnete-alle/ , abgerufen am 17.08.2023
Thüringen	Thüringer Landtag Handbuch 7. Wahlperiode, 2019 – 2024

Anmerkung: Eigene Darstellung

Tabelle 20: Deskriptive Statistiken zu den Analysen aus Tabelle 4

Variable	Mean	Minimum	Maximum	Standard- Abweichung	Schiefe	Kurtosis
Gewählt (ja=1; 0=nein)	0.02	0	1			
Erwerbslosigkeit (ja=1; 0=nein)	0.03	0	1			
Alter	49.55	18	95	15.13	-0.11	-0.71
Frauen (1=ja, 0=nein)	0.31	0	1			
Dokortitel (1=ja, 0=nein)	0.04	0	1			
Ratserfahrung (in vorheriger Legislatur (1=ja, 0=nein)	0,14	0	1			

Anmerkungen: N= 6554, eigene Darstellung und Berechnung

Tabelle 21: VIF-Werte zu den Analysen aus Tabelle 4

Abgängige Variable: Gewählt (ja=1; 0=nein)	VIF (M1)	VIF (M2)
Erwerbslosigkeit (1=ja; 0=nein)	1.04	1.05
Geschlecht: weiblich	1.05	1.06
Alter (Faktorvariable)	1.04	1.04
Dokortitel (1=ja; 0=nein)	1.01	1.01
Amtsinhaber (1=ja; 0=nein)	1.03	1.03

Anmerkungen: Eigene Darstellung und Berechnung

Tabelle 22: Deskriptive Statistiken zu den Analysen in Kapitel 4

Variablen	Mittelwert	Min.	Max.	Std. Abw,	Schiefe	Kurtosis	N
Abhängige Variable: Bewertung von							
Repräsentative Demokratie	2.805	0	6	1.628	-0.091	-0.640	302
Direkte Demokratie	3.533	0	6	1.460	-0.134	-0.426	302
Deliberative Demokratie	3.278	0	6	1.596	-0.295	-0.452	302
Expertokratie	2.474	0	6	1.542	-0.098	-0.699	302
Strong Leader	0.934	0	6	1.285	1.402	1.436	302
Unabhängige Variablen							
Materielle Teilhabe (H1)	1.539	0	4	1.222	0.466	-0.676	295
Kulturelle Teilhabe (H2a)	2.439	0	6	1.849	0.498	-0.705	296
Soziale Teilhabe (H2b)	4.071	0	6	1.972	-0.767	-0.595	297
Stigmatisierung im Alltag (H3)	0.436	0	1	0.497	0.258	-1.948	259
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	3.389	0	6	1.869	-0.135	-0.888	296
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	2.351	0	6	1.805	0.271	-0.860	279
Politische Teilhabe (H5)	1.983	0	6	1.392	0.434	-0.281	300
Kontrollvariablen							
Berichterstattung in Medien (fair)	1.698	0	6	1.385	0.428	-0.395	288
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	5.069	0	6	1.461	-1.601	1.871	289
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	3.776	0	6	2.031	-0.588	-0.864	295
Vertrauen in Politiker*innen	2.284	0	6	1.377	-0.049	-0.507	299
Politisches Interesse	4.893	0	6	1.337	-1.409	1.891	300
Internal Efficacy (Index)	4.538	0	6	1.350	-0.708	0.106	300
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	0.313	0	1	0.465	0.810	-1.354	281
Wahlbeteiligung (Index)	3.328	0	4	1.271	-1.768	1.663	302
Bürgerbeteiligung: Normativ	4.373	0	6	1.343	-0.679	1.663	298
Bürgerbeteiligung: Instrumentell	4.347	0	6	1.363	-0.793	0.463	294
Populismus-Index	4.142	1	6	1.041	-.348	0.136	254
Technokratie-Index	1.736	0	4	1.109	.155	-0.838	280
Stealth Democracy-Index	1.355	0	4	0.986	.180	-0.889	276
Dauer der Erwerbslosigkeit (in Jahren)	6.30	1	26	5.899	1.599	2.171	302
Alter (in Jahren)	51.00	21	76	11.77	-0.367	-0.650	281
Bildung	4.862	0	6	1.222	-0.984	1.020	265
Geschlecht	0.43	0	1	0.496	0.272	-1.939	281
Vertrauen in Bundesregierung	2.581	0	6	1.652	-0.033	-0.930	299
Demokratiezufriedenheit	2.732	0	6	1.603	-0.126	-0.655	302
Regierungszufriedenheit	2.348	0	6	1.627	0.029	-1.011	296

Tabelle 23: Frageitems zu den Variablen aus den Analysen in Kapitel 4

Variablen	Frageitems	Skala
Abhängige Variable		
Repräsentative Demokratie (Bewertung)	Wie bewerten Sie dieses Modell? - Gewählte Politiker*innen entscheiden.	0-6
Direkte Demokratie (Bewertung)	Wie bewerten Sie dieses Modell? - Bürger*innen entscheiden direkt.	0-6
Deliberative Demokratie (Bewertung)	Wie bewerten Sie dieses Modell? - Geloste Bürger*innen entscheiden.	0-6
Expertokratie (Bewertung)	Wie bewerten Sie dieses Modell? - Expert*innen entscheiden.	0-6
Strong Leader (Bewertung)	Wie bewerten Sie dieses Modell? - Ein starker Leader entscheidet.	0-6
Materielle Teilhabe (H1)	Bitte denken Sie an Ihr Haushaltseinkommen und wie sie damit zurechtkommen. Kommen Sie mit Ihrem Einkommen:	0-4
	Bitte teilen Sie uns mit, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.	
Kulturelle Teilhabe (H2a)	An Freizeitaktivitäten oder kulturellen Veranstaltungen kann ich teilnehmen, wenn ich das möchte.	0-6
Soziale Teilhabe (H2b)	Die Erwerbslosigkeit erschwert gemeinsame Aktivitäten mit Freunden und Familie.	0-6
Stigmatisierung im Alltag (H3)	Wie häufig begegnen Sie im Alltag Vorurteilen gegenüber Erwerbslosen?	0-1
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	Alltagssituationen spielt es eine große Rolle, dass ich erwerbslos bin?	0-6
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	Das Jobcenter behandelt mich fair.	0-6
Politische Teilhabe (External Efficacy Index) (H5)	Aus Ihrer Sicht: In welchem Maß gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen? Aus Ihrer Sicht: In welchem Maß gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?	0-6 0-6
Berichterstattung in Medien (fair)	Die Berichterstattung über Erwerbslose in den Medien ist fair.	0-6
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	Die Hartz-IV-Reformen haben zu einem negativen Bild von Erwerbslosen beigetragen.	0-6
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	Meine Gesundheit hat unter der Erwerbslosigkeit gelitten.	0-6
Vertrauen in Politiker*innen	Bitte markieren Sie wie sehr Sie persönlich den genannten Akteuren vertrauen. Wie ist das mit - den Politiker*innen?	0-6

Politisches Interesse	Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?	0-6
Internal Efficacy (Index)	Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich allgemein am politischen Geschehen zu beteiligen?	0-6
	Wie fähig fühlen Sie sich, eine aktive Rolle in einer Gruppe zu übernehmen, die sich für politische Themen engagiert?	0-6
Pol. Selbsteinstufung (Extreme)	In der Politik spricht man manchmal von „links“ und „rechts“. Wo auf der Skala würden Sie sich selbst einordnen?	0-1
Wahl (additiver Index)	Manche Menschen gehen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl. Wie ist das bei Ihnen?	0-4
	Haben Sie bei der letzten... - ...Bundestagswahl gewählt?	0-1
	Haben Sie bei der letzten... - ...Landtagswahl gewählt?	0-1
	Haben Sie bei der letzten... - ...Kommunalwahl gewählt?	0-1
	Haben Sie bei der letzten... - ...Europawahl gewählt?	0-1
Die direkte Beteiligung von Bürger*innen in einem demokratischen System wird häufig diskutiert. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?		
Direkte Bürgerbeteiligung: Normativ 1	Durch direkte Beteiligung... - ...kann ich meine politischen Ansichten besser umsetzen.	0-6
Direkte Bürgerbeteiligung: Normativ 2	Durch direkte Beteiligung... - ...kann ich meine persönliche Situation verbessern.	0-6
Direkte Bürgerbeteiligung: Instrumentell 1	Durch direkte Beteiligung... - ...zeigt sich besser, was die Menschen wollen, auch wenn ich überstimmt werde.	0-6
Direkte Bürgerbeteiligung: Instrumentell 2	Durch direkte Beteiligung... - ...fassen die Menschen mehr Vertrauen in die Demokratie.	0-6
Populismus (Index)	Bitte sagen Sie uns wie sehr sie der jeweiligen Aussage zustimmen:	0-6
	Das Volk und nicht die Politiker*innen, sollten die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen.	0-6
	Die politischen Differenzen zwischen den Eliten und dem Volk sind größer als die Unterschiede innerhalb der Bevölkerung.	0-6
	Ich möchte lieber durch eine*n Bürger*in vertreten werden als durch eine*n Berufspolitiker*in.	0-6
	Lobbyisten haben zu viel Einfluss auf politische Entscheidungen.	0-6
	Die meisten Politiker*innen interessieren sich in Wahrheit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.	0-6
	Politiker*innen würden dem Land mehr helfen, wenn sie weniger diskutierten und dafür wichtige Probleme anpackten.	0-6
Technokratie (Index)	Unser Land würde besser funktionieren, wenn die Entscheidungsgewalt bei erfolgreichen Geschäftsleuten läge.	
	Unser Land würde besser regiert werden, wenn wichtige Entscheidungen von unabhängigen Expert*innen getroffen werden würden.	

	Politiker*innen sollten Führungsaufgaben übernehmen, anstatt dem Volk zu folgen.	
Stealth Democracy (additiver Index)	<p>Politiker*innen würden dem Land mehr helfen, wenn sie weniger diskutierten und dafür wichtige Probleme anpackten.</p> <p>Was in der Politik als "Kompromiss" bezeichnet wird, ist in Wahrheit der ein Ausverkauf von Prinzipien.</p> <p>Unser Land würde besser funktionieren, wenn die Entscheidungsgewalt bei erfolgreichen Geschäftsleuten.</p> <p>Unser Land würde besser regiert werden, wenn wichtige Entscheidungen von unabhängigen Expert*innen getroffen werden Würden.</p>	0-4
Erwerbslosigkeit (Dauer)	Wenn "Ja" Wie lange sind oder waren Sie erwerbslos? (Filterfrage)	1-26
Alter (in Jahren)	In welchem Jahr sind Sie geboren?	21-76
Bildung	Zuletzt würden wir gerne wissen, was Ihr höchster allgemeinbildender Schulabschluss ist.	0-6
Geschlecht	Nennen Sie uns bitte Ihr Geschlecht.	0-1
Weitere Variablen:	Bitte markieren Sie in der folgenden Tabelle wie sehr Sie persönlich den genannten Akteuren vertrauen.	
Vertrauen in Bundesregierung	Wie ist das mit... - ...der Bundesregierung?	0-6
Demokratiezufriedenheit	Und wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?	0-6
Regierungszufriedenheit	Wenn Sie nun einmal an die Leistungen der Bundesregierung in Berlin denken. Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit erledigt?	0-6

Tabelle 24: Heteroskedastizität (Studentized Breusch-Pagan-test)

	Abhängige Variable	N	BP	df	p-value
M1	Repräsentative Demokratie (Bewertung)	236	10.401	7	0.167
M2	Repräsentative Demokratie (Bewertung)	210	24.526	19	0.177
M3	Repräsentative Demokratie (Bewertung)	210	28.902	21	0.116
M4	Repräsentative Demokratie (Bewertung)	204	18.631	20	0.546
M5	Politische Exklusion	211	27.95	17	0.046
M6	Direkte Demokratie (Bewertung)	203	26.006	21	0.206
M7	Direkte Demokratie (Bewertung)	203	24.424	23	0.381
M8	Direkte Demokratie (Bewertung)	199	28.085	22	0.173
M9	Deliberative Demokratie (Bewertung)	203	29.854	21	0.095
M10	Deliberative Demokratie (Bewertung)	203	32.894	23	0.083
M11	Deliberative Demokratie (Bewertung)	199	29.724	22	0.125
M12	Expertokratie (Bewertung)	210	16.639	19	0.614
M13	Expertokratie (Bewertung)	210	16.839	21	0.721
M14	Expertokratie (Bewertung)	204	20.797	20	0.409
M15	Strong Leader Modell (Bewertung)	210	47.020	19	0.0004
M16	Strong Leader Modell (Bewertung)	210	47.074	21	0.009
M17	Strong Leader Modell (Bewertung)	204	47.972	20	0.0004

Anmerkung: Bei $p < 0.05$ werden robuste Standardfehler gerechnet (HC3).

**Tabelle 25: Zusätzliche Informationen zu Tabelle 5 - Repräsentative Demokratie
Bewertung (Teil 1)**

	(M1)	(M2)
	VIF	VIF
	p-value	p-value
Materielle Teilhabe (H1)	1.26 p = 0.002	1.40 p = 0.245
Kulturelle Teilhabe (H2a)	1.50 p = 0.067	1.69 p = 0.169
Soziale Teilhabe (H2b)	1.33 p = 0.010	1.54 p = 0.035
Stigmatisierung im Alltag (H3)	1.07 p = 0.078	1.13 p = 0.210
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	1.14 p = 0.299	1.30 p = 0.229
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	1.12 p = 0.103	1.19 p = 0.364
Politische Teilhabe (H5)	1.15 p = 0.0000	1.60 p = 0.004
Berichterstattung in Medien (fair)		1.28 p = 0.780
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen		1.24 p = 0.455
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen		1.45 p = 0.379
Vertrauen in Politiker*innen		1.65 p = 0.0000
Politisches Interesse		1.88 p = 0.954
Internal Efficacy		1.89 p = 0.667
Politische Selbsteinstufung (Extreme)		1.18 p = 0.042
Wahl (Index)		1.35 p = 0.093
Erwerbslosigkeit (Dauer)		1.37 p = 0.932
Alter		1.51 p = 0.139
Bildung		1.19 p = 0.958
Geschlecht: weiblich		1.10 p = 0.989
N	236	210
Residual Std. Error	1.422 (df = 228)	1.303 (df = 190)
F Statistik	12.894*** (df = 7; 228)	7.766*** (df = 19; 190)

Anmerkung: Ergebnisse multivariater linearer Regressionen (OLS)

**Tabelle 26: Zusätzliche Informationen zu Tabelle 6 - Repräsentative Demokratie
Bewertung (Teil 2)**

	M3	M4
	VIF p-value	VIF p-value
Materielle Teilhabe (H1)	1.42 p = 0.183	1.43 p = 0.340
Kulturelle Teilhabe (H2a)	1.69 p = 0.162	1.68 p = 0.158
Soziale Teilhabe (H2b)	1.64 p = 0.014	1.55 p = 0.023
Stigmatisierung im Alltag (H3)	1.14 p = 0.164	1.13 p = 0.121
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	1.31 p = 0.325	1.31 p = 0.345
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	1.20 p = 0.315	1.19 p = 0.444
Politische Teilhabe (H5)	1.72 p = 0.026	1.59 p = 0.002
Berichterstattung in Medien (fair)	1.29 p = 0.674	1.35 p = 0.954
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	1.25 p = 0.447	1.25 p = 0.370
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	1.47 p = 0.497	1.45 p = 0.245
Vertrauen in Politiker*innen	1.85 p = 0.0000	1.70 p = 0.0000
Politisches Interesse	1.93 p = 0.980	1.92 p = 0.799
Internal Efficacy	1.91 p = 0.525	1.92 p = 0.530
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	1.22 p = 0.044	1.19 p = 0.026
Wahl (Index)	1.36 p = 0.075	1.37 p = 0.150
Populismus-Index	1.53 p = 0.015	
Technokratie-Index	1.25 p = 0.421	
Stealth-Index		1.24 p = 0.623
Erwerbslosigkeit (Dauer)	1.38 p = 0.854	1.38 p = 0.716
Alter	1.61 p = 0.295	1.50 p = 0.199
Bildung	1.24 p = 0.991	1.23 p = 0.969

Geschlecht: weiblich	1.10 p = 0.965	1.11 p = 0.813
Konstante	p = 0.372	p = 0.845
N	210	204
Korr. R ²	0.397	0.406
Residual Std. Error	1.286 (df = 188)	1.278 (df = 183)
F Statistik	7.540*** (df = 21; 188)	7.935*** (df = 20; 183)

Anmerkung: Ergebnisse multivariater linearer Regressionen (OLS)

Tabelle 27: Parameter zu den kausalen Mediationsanalysen in Abbildung 11

	ACME	ADE	Total Effect	Prop. Mediated
Kulturelle Teilhabe (H2a)	0.038 p = 0.128	0.092 p = 0.159	0.130 p = 0.051	0.258 p = 0.161
Behandlung durch das Jobcenter (H4)	0.034* p = 0.022	0.051 p = 0.369	0.085 p = 0.123	0.345 p = 0.137
Internal Efficacy	0.058* p = 0.02	0.041 p = 0.67	0.099 p = 0.32	0.388 p = 0.33
Erwerbslosigkeit (Dauer)	-0.012* p = 0.019	0.002 p = 0.941	-0.009 p = 0.658	0.344 p = 0.661

Anmerkungen: *p<0.05; **p<0.01; ***p<0.001; Quasi-Bayesian Monte Carlo Methode mit robusten Standardfehlern; je 2000 Simulationen; N=210.

Tabelle 28: Informationen zu Tabelle 8 – Direkte Demokratie (Bewertung)

	(M6)	(M7)	(M8)
	VIF	VIF	VIF
	p-value	p-value	p-value
Materielle Teilhabe (H1)	1.41 p = 0.671	1.43 p = 0.754	1.45 p = 0.738
Kulturelle Teilhabe (H2a)	1.68 p = 0.956	1.68 p = 0.978	1.66 p = 0.916
Soziale Teilhabe (H2b)	1.56 p = 0.307	1.64 p = 0.403	1.55 p = 0.329
Stigmatisierung im Alltag (H3)	1.15 p = 0.092	1.15 p = 0.098	1.14 p = 0.112
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	1.35 p = 0.906	1.36 p = 0.834	1.36 p = 0.960
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	1.22 p = 0.331	1.22 p = 0.329	1.21 p = 0.296
Politische Teilhabe (H5)	1.75 p = 0.451	1.82 p = 0.662	1.75 p = 0.489
Berichterstattung in Medien (fair)	1.29 p = 0.895	1.30 p = 0.809	1.35 p = 0.840
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	1.29 p = 0.442	1.29 p = 0.416	1.30 p = 0.414
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	1.48 p = 0.210	1.50 p = 0.165	1.47 p = 0.211
Vertrauen in Politiker*innen	1.69 p = 0.908	1.91 p = 0.651	1.76 p = 0.879
Politisches Interesse	1.84 p = 0.226	1.89 p = 0.262	1.88 p = 0.263
Internal Efficacy	1.88 p = 0.576	1.89 p = 0.619	1.93 p = 0.646
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	1.19 p = 0.585	1.23 p = 0.534	1.20 p = 0.580
Wahl (Index)	1.34 p = 0.989	1.35 p = 0.954	1.36 p = 0.977
Bürgerbeteiligung: Normativ	1.63 p = 0.0000	1.70 p = 0.0001	1.64 p = 0.00002
Bürgerbeteiligung: Instrumentell	1.57 p = 0.019	1.61 p = 0.039	1.57 p = 0.021
Populismus		1.74 p = 0.097	
Technokratie		1.38 p = 0.900	
Stealth-Index			1.25 p = 0.662
Erwerbslosigkeit (Dauer)	1.38 p = 0.040	1.38 p = 0.036	1.38 p = 0.037
Alter	1.56 p = 0.929	1.68 p = 0.870	1.56 p = 0.904
Bildung	1.20 p = 0.385	1.26 p = 0.313	1.24 p = 0.362

Geschlecht: weiblich	1.11 p = 0.067	1.12 p = 0.065	1.13 p = 0.064
Konstante	p = 0.118	p = 0.476	p = 0.169
N	203	203	199
Korr. R ²	0.213	0.216	0.211
Residual Std. Error	1.319 (df = 181)	1.315 (df = 179)	1.328 (df = 176)
F Statistik	3.596*** (df = 21; 181)	3.422*** (df = 23; 179)	3.413*** (df = 22; 176)

Anmerkung: Ergebnisse multivariater linearer Regressionen (OLS)

Tabelle 29: Informationen zu Tabelle 9 – Deliberative Demokratie (Bewertung)

	(M9)	(M10)	(M11)
	VIF	VIF	VIF
	p-value	p-value	p-value
Materielle Teilhabe (H1)	1.41 p = 0.120	1.43 p = 0.125	1.45 p = 0.177
Kulturelle Teilhabe (H2a)	1.68 p = 0.837	1.68 p = 0.845	1.66 p = 0.820
Soziale Teilhabe (H2b)	1.56 p = 0.866	1.64 p = 0.837	1.55 p = 0.839
Stigmatisierung im Alltag (H3)	1.15 p = 0.007	1.15 p = 0.006	1.14 p = 0.009
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	1.35 p = 0.239	1.36 p = 0.190	1.36 p = 0.268
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	1.22 p = 0.955	1.22 p = 0.992	1.21 p = 0.927
Politische Teilhabe (H5)	1.75 p = 0.331	1.82 p = 0.566	1.75 p = 0.451
Berichterstattung in Medien (fair)	1.29 p = 0.705	1.30 p = 0.798	1.35 p = 0.686
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	1.29 p = 0.598	1.29 p = 0.592	1.30 p = 0.613
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	1.48 p = 0.575	1.50 p = 0.730	1.47 p = 0.701
Vertrauen in Politiker*innen	1.69 p = 0.198	1.91 p = 0.085	1.76 p = 0.112
Politisches Interesse	1.84 p = 0.557	1.89 p = 0.417	1.88 p = 0.493
Internal Efficacy	1.88 p = 0.447	1.89 p = 0.398	1.93 p = 0.499
Politische Selbsteinstufung (Extreme)	1.19 p = 0.778	1.23 p = 0.992	1.20 p = 0.893
Wahl (Index)	1.34 p = 0.595	1.35 p = 0.512	1.36 p = 0.376
Bürgerbeteiligung: Normativ	1.63 p = 0.828	1.70 p = 0.582	1.64 p = 0.891
Bürgerbeteiligung: Instrumentell	1.57 p = 0.0002	1.61 p = 0.0007	1.57 p = 0.0002
Populismus		1.74 p = 0.062	

Technokratie		1.38	
		p = 0.397	
Stealth-Index			1.25
			p = 0.138
Erwerbslosigkeit (Dauer)	1.38	1.38	1.38
	p = 0.488	p = 0.481	p = 0.255
Alter	1.56	1.68	1.56
	p = 0.740	p = 0.778	p = 0.677
Bildung	1.20	1.26	1.24
	p = 0.677	p = 0.969	p = 0.975
Geschlecht: weiblich	1.11	1.12	1.13
	p = 0.137	p = 0.159	p = 0.165
Konstante	p = 0.140	p = 0.877	p = 0.318
N	203	203	199
Korr. R ²	0.101	0.111	0.110
Residual Std. Error	1.505 (df = 181)	1.497 (df = 179)	1.493 (df = 176)
F Statistik	2.078** (df = 21; 181)	2.093** (df = 23; 179)	2.114** (df = 22; 176)

Anmerkung: Ergebnisse multivariater linearer Regressionen (OLS)

Tabelle 30: Informationen zu Tabelle 10 – Expertokratie (Bewertung)

	(M12)	(M13)	(M14)
	VIF	VIF	VIF
	p-value	p-value	p-value
Materielle Teilhabe (H1)	1.40	1.42	1.43
	p = 0.607	p = 0.222	p = 0.403
Kulturelle Teilhabe (H2a)	1.69	1.69	1.68
	p = 0.443	p = 0.455	p = 0.574
Soziale Teilhabe (H2b)	1.54	1.64	1.55
	p = 0.547	p = 0.469	p = 0.696
Stigmatisierung im Alltag (H3)	1.13	1.14	1.13
	p = 0.936	p = 0.766	p = 0.779
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	1.30	1.31	1.31
	p = 0.143	p = 0.106	p = 0.172
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	1.19	1.20	1.19
	p = 0.037	p = 0.007	p = 0.030
Politische Teilhabe (H5)	1.60	1.72	1.59
	p = 0.619	p = 0.777	p = 0.959
Berichterstattung in Medien (fair)	1.28	1.29	1.35
	p = 0.659	p = 0.673	p = 0.746
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	1.24	1.25	1.25
	p = 0.733	p = 0.945	p = 0.871
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	1.45	1.47	1.45
	p = 0.561	p = 0.332	p = 0.335
Vertrauen in Politiker*innen	1.66	1.85	1.70
	p = 0.084	p = 0.262	p = 0.014
Politisches Interesse	1.88	1.93	1.92
	p = 0.277	p = 0.749	p = 0.542
Internal Efficacy	1.89	1.91	1.92
	p = 0.445	p = 0.443	p = 0.676

Politische Selbsteinstufung (Extreme)	1.18 p = 0.111	1.22 p = 0.496	1.19 p = 0.221
Wahl (Index)	1.35 p = 0.132	1.36 p = 0.236	1.37 p = 0.211
Populismus		1.53 p = 0.824	
Technokratie		1.35 p = 0.0000	
Stealth-Index			1.24 p = 0.00001
Erwerbslosigkeit (Dauer)	1.37 p = 0.648	1.38 p = 0.418	1.38 p = 0.669
Alter	1.51 p = 0.008	1.61 p = 0.176	1.50 p = 0.008
Bildung	1.19 p = 0.014	1.24 p = 0.137	1.23 p = 0.080
Geschlecht: weiblich	1.10 p = 0.089	1.10 p = 0.139	1.11 p = 0.097
Konstante	p = 0.0001	p = 0.500	p = 0.009
N	210	210	204
Korr. R ²	0.133	0.268	0.193
Residual Std. Error	1.424 (df = 190)	1.309 (df = 188)	1.371 (df = 183)
F Statistik	2.686*** (df = 19; 190)	4.637*** (df = 21; 188)	3.423*** (df = 20; 183)

Anmerkung: Ergebnisse multivariater linearer Regressionen (OLS)

Tabelle 31: Informationen zu Tabelle 11 – Strong Leader Modell (Bewertung)

	(M15) ¹	(M16) ¹	(M17) ¹
	VIF	VIF	VIF
	p-value	p-value	p-value
Materielle Teilhabe (H1)	1.40 p = 0.801	1.42 p = 0.943	1.43 p = 0.984
Kulturelle Teilhabe (H2a)	1.69 p = 0.682	1.69 p = 0.702	1.68 p = 0.714
Soziale Teilhabe (H2b)	1.54 p = 0.289	1.64 p = 0.147	1.55 p = 0.231
Stigmatisierung im Alltag (H3)	1.13 p = 0.923	1.14 p = 0.974	1.13 p = 0.993
Rolle von Erwerbslosigkeit im Alltag (H3)	1.30 p = 0.547	1.31 p = 0.560	1.31 p = 0.500
Jobcenter behandelt mich fair (H4)	1.19 p = 0.118	1.20 p = 0.089	1.19 p = 0.084
Politische Teilhabe (H5)	1.60 p = 0.534	1.72 p = 0.552	1.59 p = 0.415
Berichterstattung in Medien (fair)	1.28 p = 0.636	1.29 p = 0.655	1.35 p = 0.762
Negatives Bild durch Hartz-IV-Reformen	1.24 p = 0.288	1.25 p = 0.345	1.25 p = 0.361
Erwerbslosigkeit: Gesundheitsfolgen	1.45 p = 0.620	1.47 p = 0.572	1.45 p = 0.532

Vertrauen in Politiker*innen	1.65 p = 0.404	1.85 p = 0.586	1.70 p = 0.319
Politisches Interesse	1.88 p = 0.081	1.93 p = 0.130	1.92 p = 0.085
Internal Efficacy	1.89 p = 0.523	1.91 p = 0.515	1.92 p = 0.580
Pol. Selbsteinstufung (Extreme)	1.18 p = 0.214	1.22 p = 0.398	1.19 p = 0.286
Wahl (Index)	1.35 p = 0.454	1.36 p = 0.400	1.37 p = 0.462
Populismus		1.53 p = 0.923	
Technokratie		1.35 p = 0.102	
Stealth-Index			1.24 p = 0.098
Erwerbslosigkeit (Dauer)	1.37 p = 0.632	1.38 p = 0.718	1.38 p = 0.496
Alter	1.51 p = 0.003	1.61 p = 0.017	1.50 p = 0.003
Bildung	1.19 p = 0.004	1.24 p = 0.014	1.23 p = 0.008
Geschlecht: weiblich	1.10 p = 0.520	1.10 p = 0.455	1.11 p = 0.564
Konstante	p = 0.0000	p = 0.0009	p = 0.00002
N	210	210	204
Korr. R ²	0.267	0.275	0.276
Residual Std. Error	1.117 (df = 190)	1.111 (df = 188)	1.121 (df = 183)
F Statistik	5.009*** (df = 19; 190)	4.782*** (df = 21; 188)	4.867*** (df = 20; 183)

Anmerkung: Ergebnisse multivariater linearer Regressionen (OLS); ¹ = Schätzung von robusten Standardfehlern (HC3).

Tabelle 32: Deskriptive Statistiken zu den Analysen in Tabelle 16

Variable	Mean	Minimum	Maximum	Standard- Abweichung	Schiefe	Kurtosis
Anfragen zu Erwerbslosigkeit Anteil (in %).	1.66	0	100	5.91	7.34	81.4
Berufe im Bereich: Soziale Wohlfahrt/Sozialwesen	0.09	0	1	0.29		
Berufe im Bereich: Arbeit und Beschäftigung	0.03	0	1	0.17		
Sozialarbeiter*innen	0.03	0	1	0.16		
Geschlecht: weiblich (1=ja, 0=nein)	0.32	0	1	0.47		
Alter	51.92	18	83	13.14		
Bruttoinlandsprodukt - Stadt (BIP)	51,618	27,930	90,188	20,980	0.51	-1.31
Einwohner - Stadt	435,721	113,634	1,471,508	332998	1.98	3.53
Arbeitslosenquote - Stadt	7.61	4.37	13.5	2.19	0.43	-0.06
Partei (Sitze)	14.67	1	32	9.12	0.18	-1.08

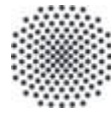
Anmerkungen: Eigene Darstellung und Berechnung

Tabelle 33: VIF-Werte zu den Analysen in Tabelle 16

	<i>Abhängige Variable: Anteil an Anfragen zu (Langzeit-) Erwerbslosigkeit</i>		
	(M18) VIF	(M19) VIF	(M20) VIF
Soziale Wohlfahrt/Sozialpolitik	1.05		
Arbeit und Beschäftigung		1.02	
Sozialarbeiter			1.02
Geschlecht: weiblich	1.07	1.07	1.07
Alter	1.05	1.02	1.05
BIP-Stadt (log)	2.66	2.65	2.66
Einwohner (log)	1.89	1.87	1.89
Arbeitslosenquote	1.96	1.96	1.96
Partei (Sitze)	3.10	3.09	3.08
Parteien (Faktorvariable)	3.26	3.27	3.23

Anmerkungen: Eigene Darstellung und Berechnung

Anhang 2: Umfrage - verwendete Frageitems



Universität Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Bereitschaft den Fragebogen zu beantworten. Sie helfen uns damit Ihre Interessen besser zu verstehen und diese im politischen Diskurs einzubringen. Die Auswertung der Befragung wird selbstverständlich vollständig anonymisiert erfolgen. Zur Beantwortung werden Sie voraussichtlich **20-30** Minuten benötigen. **Es ist selbstverständlich, dass die gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes eingehalten werden. Ihre persönlichen Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.**

Datenschutzerklärung:

- Hiermit **stimme** ich der Nutzung meiner Daten zu wissenschaftlichen Zwecken **zu**. (1)
- Ich stimme der Nutzung meiner Daten **nicht zu**. (2)

Modelle zur politischen Entscheidungsfindung

In Demokratien gibt es unterschiedliche Möglichkeiten wie politische Entscheidungen getroffen werden können. Einige sind mehr, andere weniger bekannt. Auf den folgenden Seiten werden Ihnen fünf Modelle kurz vorgestellt. **Wie bewerten Sie die jeweiligen Modelle?**

Model 1: Repräsentatives Modell: Demokratisch gewählte **Politiker*innen** erarbeiten Vorschläge und beschließen diese.

Vor- und Nachteile des Modells

+ Gewählte Politiker*innen fällen hauptberuflich politische Entscheidungen und übernehmen dafür die Verantwortung. Bürger*innen müssen sich so nicht tagtäglich mit Politik beschäftigen.
 + Da sich Politiker*innen hauptberuflich mit gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzen, sind sie besonders befähigt, diese zu lösen und Kompromisse auszuhandeln. So können auch komplexe Probleme angegangen werden.

- Wahlversprechen sind nicht bindend. Bürger*innen haben nur während Wahlen die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Außerhalb davon sind die Abgeordneten eigenständig und kaum kontrollierbar.
 - Abgeordnete verlieren oft den Bezug zu den Interessen der Wählerschaft. Politiker*innen fällen Entscheidungen unabhängig von Bürger*innen

Wie bewerten Sie dieses Modell?

	sehr negativ 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/teils (4)	3 (5)	4 (5)	5 (6)	sehr positiv 6 (7)
Gewählte Politiker*innen entscheiden (1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Model 2: Direktdemokratisches Modell: Bürger*innen stimmen in einem Referendum über einen Gesetzentwurf ab.

Vor- und Nachteile des Modells

+ Bürger*innen können über politische Entscheidungen direkt abstimmen. Daher müssen die Politiker*innen die Bevölkerung stets für ihre politischen Lösungen gewinnen.

+ Bürger*innen werden stärker in die Politik miteinbezogen. Dadurch wird die Zufriedenheit, die Akzeptanz und das politische Interesse von Bürger*innen gesteigert.

- Die öffentliche Meinung kann durch Interessensgruppen und Medien beeinflusst werden, da viele Wähler*innen unzureichend informiert sind.

- Volksabstimmungen lassen viele komplexe Problemlösungen nicht zu und bieten oft nur die Optionen "Ja" oder "Nein". Bürger*innen haben daher keine wirkliche Gestaltungsmöglichkeit, sondern nur das letzte Wort.

Wie bewerten Sie dieses Modell?

	sehr negativ 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	sehr positiv 6 (7)
Bürger*innen entscheiden direkt. (1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Model 3: Dialogmodell: Geloste Bürger*innen beraten untereinander und machen Vorschläge an die Politik, die dann darüber entscheidet.

Vor- und Nachteile des Modells

+ In einem Bürgerdialog werden Themen aus verschiedensten Blickwinkeln betrachtet. Während des Dialogs werden die Bürger*innen umfangreich informiert. Dadurch können fundierte Politik-Empfehlungen entstehen.

+ Da in einem Bürgerdialog die Bürger*innen selbst an der Ausgestaltung mitarbeiten, ist die Transparenz eines solchen Verfahrens sehr hoch.

- Bürgerdialoge sind zeitaufwendig und vielen Bürger*innen fehlt dafür die erforderliche Zeit.

- Die Empfehlung eines Bürgerdialogs ist nicht bindend. Die Regierung kann sich auch gegen eine Bürgerempfehlung durchsetzen. Dadurch kann Frust in Bevölkerung entstehen.

Wie bewerten Sie dieses Modell?

	sehr negativ 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	sehr positiv 6 (7)
Geloste Bürger*innen entscheiden. (1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Modell 4 Expertokratie: Expert*innen erarbeiten Vorschläge und beschließen Gesetze.

Vor- und Nachteile des Modells

- + Neutrale Expert*innen entscheiden unabhängig von Lobbyisten oder Parteizwängen.
- + Die Expert*innen orientieren sich an ihrem Fachwissen und treffen Entscheidungen schnell, ohne lange politische Auseinandersetzungen
- Indem Expert*innen die Entscheidungen treffen, ist die demokratische Kontrolle der Entscheidungen eingeschränkt.
- Die so getroffenen Entscheidungen sind für die Bürger*innen nicht transparent.

Wie bewerten Sie dieses Modell?

	sehr negativ 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	sehr positiv 6 (7)
Expert*innen entscheiden. (1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Modell 5: Leadership Modell

Ein starker **gewählter Leader** entscheidet selbst über Gesetzentwürfe.

Vor- und Nachteile des Modells

- + Angesichts drängender Probleme kann ein starker Leader Entscheidungen schnell und effizient treffen.
- + Während Entscheidungsprozesse mit vielen Akteuren oft intransparent sind, ist hier die Verantwortung klar und transparent.
- Die demokratische Legitimität nimmt ab, wenn Entscheidungen nur von einer einzelnen Person getroffen werden.
- Agiert der starke Leader nicht im Interesse der Bürger*innen, so kann er oder sie nur schwer abgewählt werden.

Wie bewerten Sie dieses Modell?

	sehr negativ 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	sehr positiv 6 (7)
Ein starker Leader entscheidet. (1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Modelle zur politischen Entscheidungsfindung:

Welches der fünf dargestellten Modelle würden Sie bevorzugen?

- Gewählte Politiker*innen entscheiden (1)
- Bürger*innen entscheiden direkt (2)
- Geloste Bürger*innen entscheiden (3)
- Expert*innen entscheiden (4)
- Ein starker Leader entscheidet (5)

Nun möchten wir Ihnen gerne einige Fragen zu Ihren politischen Einstellungen und Interessen stellen.

Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich allgemein am politischen Geschehen zu beteiligen?

	überhaupt nicht 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/ teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	Voll und ganz 6 (7)	weiß nicht/ keine Angabe (98)
(1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wie fähig fühlen Sie sich, eine aktive Rolle in einer Gruppe zu übernehmen, die sich für politische Themen engagiert?

	überhaupt nicht 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/ teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	Voll und ganz 6 (7)	weiß nicht/ keine Angabe (98)
(1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Aus Ihrer Sicht: In welchem Maß gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen?

	überhaupt nicht 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/ teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	Voll und ganz 6 (7)	weiß nicht/ keine Angabe (98)
(1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Aus Ihrer Sicht: In welchem Maß gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?

	überhaupt nicht 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/ teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	Voll und ganz 6 (7)	weiß nicht/ keine Angabe (98)
(1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bitte markieren Sie in der folgenden Tabelle wie sehr Sie persönlich den genannten Akteuren vertrauen. Wie ist das mit...

	Vertraue überhaupt nicht 0 (0)	1 (1)	2 (2)	teils/ teils 3 (3)	4 (4)	5 (5)	Vertraue voll und ganz 6 (6)	weiß nicht/ keine Angabe (7)
...der Bundesregierung?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...den Politikern?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...den öffentlich- rechtlichen Medien?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Und wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?

	äußerst unzufrieden 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils / teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	äußerst zufrieden 6 (7)	weiß nicht/ keine Angabe
(1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wenn Sie nun einmal an die Leistungen der Bundesregierung in Berlin denken. Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit erledigt?

	äußerst unzufrieden 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/ teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	äußerst zufrieden 6 (7)	weiß nicht/ keine Angabe
(1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

In der Politik spricht man manchmal von „links“ und „rechts“. Wo auf der Skala würden Sie sich selbst einordnen?

	links (1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	rechts (11)	weiß nicht/ keine Angabe
(1)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Manche Menschen gehen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl. Wie ist das bei Ihnen? Haben Sie bei der letzten...

	Ja (1)	Nein (2)	nicht wahlberechtigt (3)	weiß nicht/ keine Angabe (98)
...Bundestagswahl gewählt?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...Europaparlamentswahl gewählt?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...Landtagswahl gewählt?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...Kommunalwahl gewählt?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Die direkte Beteiligung von Bürger*innen in einem demokratischen System wird häufig diskutiert. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Durch direkte Beteiligung...

	überhaupt nicht 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	voll und ganz (7)	weiß nicht/ keine Angabe
...zeigt sich besser, was die Menschen wollen, auch wenn ich überstimmt werde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...fassen die Menschen mehr Vertrauen in die Demokratie.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...kann ich meine politischen Ansichten besser umsetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
...kann ich meine persönliche Situation verbessern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Im Folgenden haben wir einige Aussagen zur Funktionsweise von Politik und Demokratie zusammengestellt. Bitte sagen Sie uns wie sehr sie der jeweiligen Aussage zustimmen.

	überhaupt nicht 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/ teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	voll und ganz (6)	weiß nicht/ keine Angabe
Das Volk und nicht die Politiker*innen, sollten die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die politischen Differenzen zwischen den Eliten und dem Volk sind größer als die Unterschiede innerhalb der Bevölkerung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich möchte lieber durch eine*n Bürger*in vertreten werden, als durch eine*n Berufspolitiker*in.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Lobbyisten haben zu viel Einfluss auf politische Entscheidungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker*innen würden dem Land mehr helfen, wenn sie weniger diskutierten und dafür wichtige Probleme anpackten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Was in der Politik als "Kompromiss" bezeichnet wird, ist in Wahrheit der ein Ausverkauf von Prinzipien.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unser Land würde besser funktionieren, wenn die Entscheidungsgewalt bei erfolgreichen Geschäftsleuten läge.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unser Land würde besser regiert werden, wenn wichtige Entscheidungen von unabhängigen Expert*innen getroffen werden würden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker*innen sollten Führungsaufgaben übernehmen anstatt dem Volk zu folgen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Durch die Erwerbslosigkeit ändern sich bei vielen Betroffenen die Lebensumstände. Die Erfahrungen, die hierbei gemacht werden sind teilweise unterschiedlich. Bitte teilen Sie uns mit, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	überhaupt nicht 0 (1)	1 (2)	2 (3)	teils/ teils 3 (4)	4 (5)	5 (6)	voll und ganz (7)	weiß nicht/ keine Angabe
An Freizeitaktivitäten oder kulturellen Veranstaltungen kann ich teilnehmen, wenn ich das möchte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Erwerbslosigkeit erschwert gemeinsame Aktivitäten mit Freunden und Familie.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Meine Gesundheit hat unter der Erwerbslosigkeit gelitten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In Alltagssituationen spielt es keine große Rolle, dass ich erwerbslos bin.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Hartz IV-Reformen haben zu einem negativen Bild von Erwerbslosen beigetragen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Das Jobcenter behandelt mich fair.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Berichterstattung über Erwerbslose in den Medien ist fair.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Sind oder waren Sie jemals **mehr** als **ein Jahr** erwerbslos?

- Ja (1)
- Nein (2)
- weiß nicht/ keine Angabe (98)

Wenn "**Ja**" Wie lange sind oder waren Sie erwerbslos?

Anzahl an Jahren in Erwerbslosigkeit (ungefähr): _____

Wie häufig begegnen Sie im Alltag Vorurteilen gegenüber Erwerbslosen?

- Nie (1)
 - Weniger als einmal im Monat (2)
 - Einmal im Monat (3)
 - Einmal in der Woche (4)
 - Mehrmals in der Woche (5)
 - Täglich (6)
 - Mehrmals am Tag (7)
 - weiß nicht/ keine Angabe (8)
-

Sie haben es fast geschafft:

In diesem letzten Abschnitt haben wir noch einige Fragen zu Ihrer Person.

In welchem Jahr sind Sie geboren?

Jahr: _____

Nennen Sie uns bitte Ihr Geschlecht.

- männlich (1)
- weiblich (2)
- divers (3)

Bitte denken Sie an Ihr Haushaltseinkommen und wie sie damit zurechtkommen. Kommen Sie mit Ihrem Einkommen...

- ...nur sehr schwer zurecht. (100)
 - ...nur schwer zurecht. (4)
 - ...zurecht. (3)
 - ...gut zurecht. (102)
 - ...sehr gut zurecht. (101)
 - weiß nicht/ keine Angabe (98)
-

Zuletzt würden wir gerne wissen was Ihr höchster allgemeinbildender Schulabschluss ist.

- Grundschule **nicht** beendet (1)
- (Noch) **kein Abschluss**, aber Grundschule beendet (2)
- Abschluss einer **Förderschule** (Sonderschule, Hilfsschule) (3)
- Volks- oder Hauptschulabschluss** bzw. Polytechnische Oberschule der ehem. DDR mit Abschluss der 8. oder 9. Klasse (4)
- Mittlere Reife**, Realschulabschluss, Fachoberschulreife Mittlerer Schulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule der ehem. DDR mit Abschluss der 10. Klasse (5)
- Fachhochschulreife** (Abschluss einer Fachoberschule etc.) (6)
- Abitur, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife** bzw. Erweiterte Oberschule der ehem. DDR mit Abschluss 12. Klasse (7)
- Anderer Schulabschluss, und zwar: (8) _____

Haben Sie bereits an einer Diskussionsveranstaltung des Projekts "**Inklusive Demokratie**" teilgenommen?

- Ja (1)
- Nein (2)

Vielen Dank für Ihre Teilnahme.

Bei Nachfragen und wenn Sie an den Ergebnissen des Projekts interessiert sind, können Sie sich gerne an

Haben Sie weitere Fragen? Wir geben gerne Auskunft!

Jan Velimsky und Manuel Walter
Inklusive-Demokratie@gmx.de

Tel: 0176 732 923 89

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://www.zirius.uni-stuttgart.de/participation-and-deliberation-lab/>



Anhang 3: Diskussionsveranstaltungen

Anhang 3.1: Diskussionen mit Langzeiterwerbslosen, Transkripte

Diskussionen - Veranstaltung 1, Gruppe 1:

(S.1)¹¹⁷ [00:00:03] – Moderator: Alle Teilnehmer der Diskussion haben sich bereit erklärt, dass diese Diskussion mitgeschnitten werden kann. Gibt es Gegenstimmen? Nein, nein. Niemand sagt ja. Vom Ablauf ist es so: hier wurde mir von Jan Velimsky eine Abfolge von unterschiedlichen Zetteln gegeben. Und wir würden jetzt in die Diskussion mit dem Dialogmodell einsteigen und noch mal am besten raussuchen, falls man nicht mehr weiß, was das eigentlich sein mag bzw. was hier vorgeschlagen wird. Ich habe es vor mir liegen. Hat jemand dazu eine Meinung? Wollt ihr es vorher nochmal durchlesen oder sollen wir gleich anfangen?

[00:01:29] – Teilnehmerin: Also ich kann nur sagen, das ist also wirklich ein gravierender Nachteil ist. Eigentlich ist es nicht schlecht...

[00:01:35] – Moderator: Was ist ein gravierender Nachteil?

[00:01:36] – Teilnehmerin: Der letzte Satz, dass die Regierung sich nicht...sie kann sich auch dagegen durchsetzen. Also da müsste dann auch noch mal ein Dialog stattfinden. Aber so kann es nicht sein, dass die Regierung dann über die Köpfe dann trotzdem macht, was sie will. Also das ist etwas, wo ich nicht ganz zustimme.

[00:01:53] – Teilnehmer: Da hab ich mir da auch ein Kreuz gemacht. Das sollte von den Experten, von der Politik und von der Bürger alle zusammen.

[00:02:02] – Moderator: Okay, aber in dem in dem Modell sind jetzt ja nicht alle dabei. Bleiben wir bei dem Modell. Also das war die Kritik daran, dass es eigentlich keine Entscheidung herbeiführt, obwohl man sich vorher Gedanken gemacht hat.

[00:02:14] – Teilnehmerin: Ja weil sie dann einfach über den Kopf hinweg, also die Regierung das dann einfach so macht, wie sie es will und das kann es nicht sein.

[00:02:20] – Teilnehmerin: Sehe ich auch. Das wäre so auch mein Einwand gewesen.

[00:02:23] – Moderator: Ja, und hat noch jemand einen Einwand oder einen anderen Einwand als der, der jetzt dasteht, wenn wir jetzt bei der negativen Seite sind?

[00:02:32] – Teilnehmer: Also ich würde die nicht Bürgerinnen per Los irgendwie auswählen, sondern generell eine, wir sind beim Dialogmodell, sondern generell eine

¹¹⁷ Durch das Einfügen in den Anhang, stimmen die ursprünglichen Seitenzahlen der Transkripte nicht mit den aktuellen Seitenzahlen überein. Daher wurden die Seitenzahlen aus den Originaldokumenten manuell hinzugefügt (der Beginn jeder Seite ist hervorgehoben), damit diese mit den Zitaten im Text übereinstimmen.

Umfrage starten. Die Leute, die zum Beispiel mitwirken wollen, dass die sich freiwillig dann auch melden und dann auch dran teilnehmen, weil sonst funktioniert das Dialogmodell nicht.

[00:02:52] – Moderator: Aber in dem Szenario dieses Bildes des Dialogmodells ist nun mal dieser geloste Bürger drin. Das wird kritisiert. Aber was geloste Bürgerinnen sind. Da wird also nicht anhand von **(S.2)** Schicht usw. und von Geld und weiß was ausgewählt, wenn es repräsentativ ist, sondern es wird einfach gelost. Da könntest du genauso dabei sein.

[00:03:17] – Teilnehmer: Gut, okay.

[00:03:26] – Teilnehmer: Aber ich denke, das Losverfahren irgendwie auszugrenzen, würde ich halt einfach mal die Bürger und Bürgerinnen einfach dafür für dieses Modell gewinnen wollen, wenn man sie informiert und dann an der freiwilligen Mitwirkung teilnehmen lässt. Weil wenn per Los, und ich kann mich dann entscheiden, ja oder nein, dann machen die das einfach

[00:03:47] – Teilnehmerin: Also noch mal für mich jetzt zum Verständnis: Das sind praktisch Bürger und Bürgerinnen, die sich vorher bereit erklärt haben werden, da mitzumachen? So muss es sein. Aber die Gefahr ist natürlich, bei diesem Modell werden per Los ausgewählt. Wenn sich jetzt zum Beispiel manche nicht trauen, die in prekären Verhältnissen leben und denken, man verliert da immer mehr an Selbstbewusstsein und sagt "Ich kann ja gar nichts beitragen, da bin ich nicht gut genug". Dann sind da dann doch wieder in diesem Pool, von denen, die per Los gewählt werden können, sind dann doch wieder nur die, die sich trauen und sagen "Ich traue mir das zu, da mach ich mit". Das empfinde ich jetzt als Nachteil.

[00:04:28] – Teilnehmer: Und da würde ich jetzt auch einhaken, ob nicht generell dann eigentlich manipuliert, also versucht wird zu manipulieren, eigentlich bestimmte Gesellschaftsgruppen gar nicht so nah ran zu lassen, dass die zu dem kommen könnten, sie ausgelost zu werden.

[00:04:49] – Teilnehmer: Also die Gefahr besteht, dass man nur ganz bestimmte Bürger*innenschicht auswählt. Es sollte halt breit gestreut sein. In Deutschland eine ganz große Schwierigkeit.

[00:04:57] – Moderator: Also da gibt es ja auch den Negativpunkt der Bürgerdialoge sind zeitaufwendig. Vielen Bürgerinnen fehlt dafür die Zeit. Es könnten ja auch die Ressourcen sein. Also zum Beispiel, dass du es nicht machen kannst, auch wenn du ausgelost bist, weil du einfach wieder anders arbeiten muss oder anders eingebunden ist.

[00:05:23] - Teilnehmer: Man kann sogar ganz simpel und einfach sagen die Zeitressourcen fehlen eigentlich den meisten Menschen, weil die Menschen, mit denen ich eigentlich spreche, sagen: "Warum muss ich mich mit diesen Dingen eigentlich noch beschäftigen, wenn es eigentlich Leute gibt, die dafür bezahlt werden?" Also es bedeutet, wir müssten dann von vornherein eigentlich, um das so ein Ergebnis eintreten können, den Leuten vorweg schon die Möglichkeit geben, und das bedeutet dann wieder einen großen

Vorsprung, wo man das ausarbeiten muss an Zeit, dass sie sich überhaupt mit der ganzen Sache beschäftigen können.

[00:06:15] – Teilnehmer: Ja, also ich war am Samstag Abend auf dem Weihnachtsmarkt und die ganzen Bewohner, die da eigentlich dafür da standen oder sein sollten zum helfen: nichts von denen Leuten. Ich komme vom Einkaufen, guckt ruhig auch vorbei, und das ist auch so ein Beispiel: ich bin der eine der **(S.3)** macht und mitmacht und die Leute da hinzukriegen, das zu machen. Da muss man ansetzen. Und da ist auch das mit dem politischen Drum und Dran.

[00:06:56] – Moderator: Verstehe ich dich richtig, dass auch wenn du jetzt gelost werden würdest als Bürger oder deine Kollegen, die da jetzt nicht mitgemacht haben, dass die also viel mehr motiviert werden, die viel mehr Unterstützung bräuchten, damit die dann da mitmachen können. Okay, ich denke, diesen ersten Punkt bezüglich Dialog Modell haben wir jetzt. Jetzt die sogenannte Expertokratie, also diese Experten, die Vorschläge erarbeiten und Gesetze beschließen. Was kann man dazu sagen?

[00:07:31] – Teilnehmer: Darf ich da gleich zu Anfang jetzt was mir erlauben zu sagen, das kommt ja jetzt immer mehr durch, dass selbst die Politik auf den Weg gekommen ist, dass man eigentlich die Experten mit einbeziehen muss und nicht erst jetzt oder bzw. verstärkt durch die Klimaproblematik. Und da haben die sich, bevor die Klimaproblematik eigentlich so stark aufgekommen ist, hat eigentlich für meine Begriffe die gesamte Politik geschlafen und hätte eigentlich schon vorher so reif sein müssen und eigentlich die Experten einholen. Und ich bin dafür...

[00:08:12] – Moderator: Ganz kurz, aber hier steht, in diesen Dingen steht: erstmal erarbeiten von Vorschlägen, also rein holen und richtige Expertise bringen. Aber hier die beschließen sogar noch die Gesetze, die Experten. Das ist gerade das Thema worüber wir sprechen.

[00:08:26] – Teilnehmerin: Und das nächste ist der Wackelpunkt. Die Garantie muss da sein, dass sie unabhängig sind von Lobbyisten oder parteilichen Zwängen oder sonstigen Manipulationen, sonst kannst du das auch vergessen.

[00:08:36] – Teilnehmerin: Ich fände es gut, wenn wir uns ausreden lassen und per Handzeichen melden. Also ja ich finde auch ausgewählt. Das haben wir doch jetzt also bei mir es so wie irgendwelche Politiker wo du denkst, sag mal, die sich selber als Experten sehen oder als Experten und Expertinnen bezeichnen, wo du denkst, die sind ja überhaupt nicht mehr auf dem Boden. Also das ist für mich die Frage, was für Experten, also die Regierung, die sich von Ackermann, der sich mit Sicherheit als Experte bezeichnet, beraten wird. Hallo, also das ist doch völlig daneben, oder eine Regierung, die sich von Immobilienmogulen beraten lässt statt vom Mieterschutz Bund. Ja, also Experten und Expertinnen ist für mich, ja genau, da kann sich viel drin verstecken. Die richtigen Experten. Die Regierung sollte sich vom Mieterschutz beraten lassen und nicht von Immobilienhaien.

[00:09:46] – Moderator: Darf ich ganz kurz was sagen? Also es sind ja zwei Sachen vorgeschlagen: da geht es vor allem um quasi Experten aufgrund ihrem Wissen dann die Neutralität das wurde jetzt gerade kritisiert, dass das nicht unbedingt immer so ist und dann haben wir noch was ohne lange politische Auseinandersetzungen. Das heißt, dass der Prozess kürzer ist. Würdet ihr das als positiv sehen oder ist euch da die Länge des politischen Prozesses eher egal? Ja, gerne.

[00:10:16] – Teilnehmer: Das sind alles Modelle, die sind eigentlich längst überfällig. Es wird jetzt an Modellen herumgebastelt, die eigentlich gar nicht umgesetzt werden können, weil wir eigentlich die **(S.4)** Historie betrachten sollten, um die Gegenwart und dann erst die Zukunft zu gestalten, also die Gegenwart zu verstehen, die Zukunft gestalten zu können. In der Politik, wie läuft das denn heute? Wenn wir zum Beispiel diesen Verkehrsminister jetzt, der jetzt mit dieser komische Autobahnmaut, der hat dann einfach schon Verträge geschlossen und es hieß es waren Experten. Es wird outgesourced und es werden Experten beauftragt, die dann diesen Herrn Schleimer, ich habe extra einen anderen Namen genannt, quasi gesagt, "ich protestiere" um das umzusetzen und er hat dann schon mit denen Verträge geschlossen und letztendlich muss es der Steuerzahler ausbaden. Millionenbeträge. Und das kann es nicht sein. Und es ist sehr, sehr schlimm.

[00:11:22] – Moderator: Hier kommt noch ein Punkt. Die so getroffenen Entscheidungen sind für die Bürgerinnen nicht transparent. Also anonym schließen jetzt irgendwas, dann weißt ja nicht unbedingt auch aus welchen Gründen usw. Ist das ein Argument dagegen, gegen so was?

[00:11:40] – Teilnehmerin: Ja die müssen ja erstmal informiert werden. Warum es so und so ist.

[00:11:41] – Teilnehmer: Da müsste die Transparenz rein? Die ganze Zeit müsste berichtet werden.

[00:11:47] – Teilnehmerin: Es muss klar sein, klar sein, dass sich die Regierung am besten von mehreren Experten, Greenpeace und was es noch alles gibt, so beraten lassen, was die Umwelt angeht. Und vom Mieterbund und von Immobilienmogulen.

[00:12:06] – Moderator: Genau das war der Punkt. Die Bürgerinnen müssen das gleichzeitig auch alles kriegen. Das wissen nicht nur die Regierung oder irgendjemand.

[00:12:13] – Teilnehmer: Richtig, das wollte ich damit sagen, damit ich weiß wer entscheidet was...

[00:12:19] – Teilnehmer: Ja wie du sagst, das ist ja nicht nur Greenpeace, das ist ja bei Gewerkschaften genauso. Und da wird irgendwas von der IG Metall oder sonst eine Gewerkschaft, es wird irgendwas abgeschlossen mit den Arbeitgebern, der Arbeitnehmer erfährt aber von nix davon.

[00:12:39] – Teilnehmer: Ja so wie du sagst, es muss transparent sein.

[00:12:43] – Moderator: Okay, okay, wir sind noch beim Experten ja? Der Expertokratie.

[00:12:47] – Teilnehmer: Ja, ja, das beste Beispiel mit Transparenz. Dieses wie ist hieß normal, dieses wo sie da ausgehandelt haben, wo wir jahrelang nichts erfahren haben.

[00:13:08] – Teilnehmer: Ja zum Schluss aber die Konsequenz aus der ganzen Sache, was Transparenz angeht, da hat kein Journalist, niemand etwas mitbekommen. Erst am Schluss, wo sie nicht mehr konnten, hat man eigentlich Einsicht in die Verträge und dann ist es eigentlich was erledigt.

(S.5) [00:13:23] – Teilnehmer: Ergänzen möchte ich noch etwas. Es gibt noch Geheimverträge, von denen wir gar nichts wissen. Mit diesen Geheimniskrämereien, also mit diesen Verträgen, da muss ein Schlusstrich gezogen werden. Es muss transparent sein für die Bevölkerung und nicht, wenn etwa die Kanzlerin sagt "Ja, es gibt geheime Vereinbarungen, die dürfen nicht nach außen", ja was soll denn der Schwachsinn.

[00:13:55] – Moderator: Ich denke, die Expertokratie wurde jetzt ziemlich umfassend beschrieben. Also direkte Demokratie. Habt ihr es? Wer hat denn dazu eine Meinung? Stimmen in einem Referendum über einen Gesetzesentwurf ab.

[00:14:22] – Teilnehmer: Also das möchte ich gerne sagen, die Schweiz lebt es ja vor. Wie es dort in einzelnen letztendlich umgesetzt wird, weiß ich nicht, wie es im Detail ist. Dieses direktdemokratische Modell finde ich sehr gut, weil wenn man ein Referendum macht, damit die Bürger abstimmen können, müssen sie ja auch informiert werden. Also es kann nicht sein, dass man nur ja-nein ankreuzt und dazu gehört es auch im Vorlauf, dass die Bürger und Bürgerinnen für diese Befragung oder für diese Abstimmung ganz umfangreich informiert werden.

[00:14:54] – Teilnehmerin: Das muss sein, denn sonst wird das auch wieder manipuliert. Wenn man es nicht entsprechend formuliert.

[00:15:01] – Teilnehmerin: Das bezweifle ich. Du sagtest, es muss. Aber das ist hier schon mit eingebracht als Grund: die öffentliche Meinung kann durch Interessensgruppen und Medien beeinflusst werden. Und wir wissen, was zum Beispiel bei uns die Stuttgarter Zeitung, was die manchmal für eine Meinung verbreitet. Und wenn jemand keine Zeit hat, sich auch durch andere Medien zu informieren, ist derjenige sehr einseitig informiert. Also das sehe ich sehr wohl als Problem.

[00:15:33] – Teilnehmer: Und jetzt haben wir das Beispiel beim letzten Referendum, wie die Anpreisungsformulierung gelautet hat. Also bin ich dafür warst, musstest du Nein sagen und wenn du Nein sagen wolltest, hättest du Ja sagen zu müssen. Also da sieht man eigentlich, wie manipulativ. Und jetzt kommt noch mal etwas dazu, das ist eben insgesamt die gesamte Machtkompetenz. Ich habe zu der Zeit erlebt, dass außerhalb von Stuttgart keine Nein-

plakate mehr standen. Die standen außerhalb von Stuttgart, da hatten die Grüne keine Plakate mehr aufgehängt.

[00:16:19] – Moderator Ganz kurze Info: Es geht um das Referendum von Stuttgart 21 . Hier gibt es nämlich noch etwas: Volksabstimmung. Ich lese nur einen Satz: Volksabstimmungen lassen viele komplexe Problemlösungen nicht zu und bieten oft nur die Option Ja oder nein. Bürgerinnen haben daher keine wirkliche Gestaltungsmöglichkeit, sondern nur das letzte Wort. Was würdet ihr zu dem Satz Sagen?

[00:16:46] – Teilnehmer: Das ist falsch.

[00:16:48] – Teilnehmerin: Deswegen davor die ausführliche Information.

(S.6) [00:16:52] – Teilnehmerin: Ja eben, das wollte ich gerade sagen. Da fehlt einfach, dass Bürger und Bürgerinnen informiert sind. Und zwar umfassend informiert über die ganze Zeit, also durch die Medien.

[00:17:04] – Teilnehmer: Da ist als bestes Beispiel Stuttgart 21: das ist vorher schon entschieden worden, bevor der Bürger Information hatte. Also zumindest ging es mir so und weil ich das dorthin gehen eigentlich unterstreichen kann, was da passiert ist und zwar der Gangolf, der hat eigentlich Modelle aufgezeigt und uns erst eigentlich erklärt und beigebracht, wo das alles schon erledigt war vertraglich, was da eigentlich passiert. Das heißt, es hätte im Vorfeld passieren müssen. Ja, das ist so, das ist der springende Punkt. Also die Information, bevor es eigentlich dazu kommt.

[00:17:52] – Moderator: Und noch ganz kurz: Was sagt er zu dieser ganzen Brexit Sache, falls ihr das mitbekommen habt? Da ging es auch nur um eine Ja und Nein Frage und auch viele seltsame Informationen davor.

[00:18:07 – Teilnehmer: In Großbritannien wurde dafür auch Stimmung gemacht, wie auch hier im Kreis schon gesagt wurde: nicht richtig eindeutig informiert. Da wurde halt einfach nur manipuliert mit entsprechenden Informationen. Und viele haben jetzt im Nachhinein bemerkt, da haben wir vielleicht doch einen Fehler gemacht, weil sie im Vorhinein nicht informiert waren, sondern die Information kam erst dann im Laufe der Zeit.

[00:18:31] – Teilnehmerin: Ich möchte auch da noch mal was dazu sagen. Es ist ja auch bekannt geworden, dass zum Beispiel bei der Abstimmung im Gemeinderat über dieses Projekt selbst da nicht alle richtig informiert worden. Selbst in den Gemeinderäten.

[00:18:45] – Teilnehmer: Da kann ich auch was von der SSB bringen, die eine Linie die über den Nordbahnhof gefahren ist. Das war die U15 glaube ich, die damals gefahren ist. Die haben sie stillgelegt weil sie jetzt die Breitbahn haben und alles. So jetzt beschweren sich die Bürger, weil keine Straßenbahn mehr hinfährt. Ja aber die SSB Stadt Stuttgart: Nö, das machen wir nicht mehr. Im Januar kommt jetzt 100 % die neue Erhöhung.

[00:19:19- Moderator: Ich würde jetzt zu diesem sogenannten Leadershipmodell gehen. ein gewählter politischer Leader entscheidet über Gesetzesentwürfe, was haltet ihr als Demokraten denn davon?

[00:19:42] – Teilnehmer: Nichts!

[00:19:44] – Teilnehmer: Nur ein kurzer Satz. Ich denke da an 1933. Das war schon. Punkt.

[00:19:57] – Moderator: Und solche Sachen wie Macron und in den USA, in Frankreich? Dürfen die Präsidenten, also die Kanzler, die Pseudokanzler viel mehr. Sie haben es ja schon manchmal geschickt, so kurzfristig was zu entscheiden.

(S.7) [00:20:10] – Teilnehmer: Die werden ja schon auch kontrolliert, aber da habe ich jetzt zu wenig Einblick.

[00:20:13] – Teilnehmerin: Aber Entschuldigung, so ein Idiot wie Trump, der Entscheidungen treffen darf, da läuft es doch kalt den Rücken rauf und runter. Also sorry, aber ich kann es nicht anders sagen. Der kein Fettnäpfchen auslässt, der sich benimmt wie die Axt im Walde.

[00:20:31] – Teilnehmer: Also, was ganz klar ist. Das kommt immer darauf an, woher kommt eigentlich der Präsident. Und der Präsident Macron ist ein Finanzguru. Der kommt nur aus der Finanzbranche. Bei Trump bin ich ein bisschen gespalten, aber das ist eine Meinungsbildung und man sieht eigentlich dort hingehend, dass Frankreich immer noch zu 99,9 % ihr BIP verschuldet ist. Also wenn er heute einen Euro einnimmt, dürfte er den gar nicht ausgeben, weil er nämlich erst Schulden zahlen muss. Das einmal zu der Frage, was ist eigentlich ein Präsident?

[00:21:19] – Moderator: Mir geht es eher darum, ob ihr sowas plausibel finde, dass da so einer ist, stellt euch mal den guten König vor...

[00:21:31] – Teilnehmerin: Ich fände eine gescheite Monarchie besser als diese pseudo Demokratie. Das ist klar, aber gibt es so eine Person überhaupt? Ja, es ist wie ich sage, wenn es den gäbe, aber wo gibts den?

[00:21:44] – Teilnehmer: Darf ich noch einmal ganz geschwind einen Satz dazu sagen. Der Trump hat mehrere Sichten, der Trump es kapiert eigentlich als Obama dem eine Friedensnobelpreis gegeben hat, was auch falsch war, dass er seine Leute aus den Kriegen zurückzieht, weil er merkt, dass es keinen Sinn mehr macht und andere haben industrielle Kriege geführt. Das ist also ein Riesenthema.

[00:22:15] – Teilnehmer: Jetzt muss ich noch etwas kurz sagen zu 1933. Ich habe im Radio mal gehört vor vier Wochen oder der eine Herr, der wurde sogar 38, 39 zum Friedensnobelpreis vorgeschlagen, als ich das gehört habe. Ich glaub, ich hab gedacht, ich spinne.

[00:22:32.] – Teilnehmer: So läuft es.

[00:22:33] – Teilnehmer: Das ist das Gleiche, wie mit dem Erhard, das weiß keiner. Das kommt ja jetzt erst alles raus. Der Ludwig Erhard, der wo bei uns hier in Deutschland als ganz großer Mann gefeiert wird und viele Parteimitglieder, Gremien oder sonst was hängen sich diesen Mann noch an. Da gibt es ein Denkpapier oder wie das heißt, das ist 1943 formuliert worden, dass der Krieg 43 schon nicht mehr vom Ludwig Erhard war. Der hat auch mitgeschrieben, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen ist, und das haben damals schon die SS Leute auch mit gelesen. Also man muss ganz stark an und für sich eigentlich aufpassen und umso transparenter das Ganze eigentlich wird, umso besser.

[00:23:22] – Moderator: Also hier gibt es ein scheinbar positives Argument, während Entscheidungsprozesse mit vielen Akteuren oft intransparent sind, ist hier die Verantwortung klar und **(S.8)** transparent. Also wenn der Oberleader dann sagt, das war immer so und so, dann muss er auch quasi alle Negativität einstecken. Wenn das den Bürgern nicht passt. Findet ihr das plausibel?

[00:23:52] – Teilnehmerin: Ich habe gar nie erlebt, dass einer Verantwortung für irgendwas übernehmen muss. Die werden dann krank oder werden verabschiedet mit vollen Bezügen. Kosten den Steuerzahler wieder einen Haufen Geld, während unsereins, wenn er irgendwo rausfliegt, dann steht man da...

[00:24:08] – Teilnehmerin: Die Immunität muss aufgehoben werden. Die sollen genauso bestraft werden, wie die normalen Bürger.

[00:24:14] – Teilnehmer: Und ich denke zum Beispiel 2005, als die Hartz IV Gesetze eingeführt worden sind, da hat dieser Herr Schröder, hatte der entweder ihr seid dafür oder ich verlasse die Partei und heute sitzt er bei Putin in der großen Gasfirma.

[00:24:30] – Moderator: Okay, also ich denke, Leadership ist jetzt relativ besprochen so wie es nur hier geht. Und jetzt kommen wir noch zu unserem geliebten repräsentativen Modell, was wir zurzeit eigentlich so ungefähr haben. Also demokratisch gewählte Politiker erarbeiten Vorschläge und beschließen diese. Also die werden, also man weiß ja, wie es funktioniert. Und was haltet ihr von diesem?

[00:24:59] – Teilnehmer: Da war mal vor zwei Jahren mal ein Beitrag im Fernsehen, da kam mal ein Vorschlag, ob im Wirtschaftsbereich war das? Da wurde von den Lobbyisten ein Gesetzesentwurf erstellt und die Reporter von ZDF oder ARD hatten dann den entsprechenden Politiker aus der Partei befragt und er hat den Reportern wortwörtlich den gleichen Gesetzesentwurf vorgelegt. Er wurde daraufhin angesprochen, wie es denn sei, dass ihr Vorschlag genau mit den Lobbyisten übereinstimmt. Und da gab er ganz einfach zur Antwort: "Da shene sie mal, wie wir eine Meinung sind". Furchtbar.

[00:25:43] – Teilnehmerin: Ja, es geht auch so Gemeinderat Stuttgart. Die Lobbyisten schreiben etwas vor, siehe Wasserverkauf: über 1000 Seiten soll innerhalb von zwei Tagen sollen die Politiker das alles im Gemeinderat durchlesen und sich eine Meinung bilden. Dann

wird es noch in einer Fremdsprache geschrieben. Es kann nicht jeder Englisch und da müssen sie innerhalb von zwei Tagen entscheiden Ja oder Nein, so wird es nämlich auch noch gemacht. Die haben ja gar keine Zeit das durchzulesen und dann stimmen sie über etwas ab, wo sie gar nicht wissen...

[00:26:09] – Teilnehmer: Also die deutschen Gesetze sind in deutsch verfasst.

[00:26:10] – Teilnehmer: Das muss man geschwind noch ergänzen. Die Frau Krüger, die mittlerweile aus dem Gemeinderat ausgetreten ist, hat diese Verträge, die in der Stuttgarter Zeitung gekommen sind, und dort wurde ja mitgeteilt, dass sie, glaube ich, sogar in Englisch waren, hat es auch mit unterschrieben damals das mit dem ganzen Wasserverkauf, das einmal geschwind zu dem Einen. Und jetzt zum repräsentativen Modell. Wir hängen, die ganze Menschheit, hängt an zwei Sätzen. Das ist das Win-Win Prinzip, wo wir jeden Tag uns gegenseitig Angeilen müssen, sage ich mal wortwörtlich, dass ich von eins und eins vier draus mache. Und dann hat der Mensch das Problem, dass er nur linear denken kann. Also **(S.9)** der Mensch kann ja bloß eins, nach eins kommt zwei, drei, vier und da hängt der Mensch im Grunde genommen eigentlich in dem ganzen Prozess eigentlich drin. Und wenn er das nicht überwinden kann, schafft er auch alles andere nicht. Also da kannst du kannst jedes Modell, was wir jetzt durchgesprochen haben, von hinten nach vorne ziehen, wenn du oder wenn ihr uns...Das Problem liegt darin, dass der Mensch den Schatten nicht überspringen kann. Er muss ihn aber überspringen und zwar dorthingehend, meines Erachtens, jetzt sind wir bei 7,8 Milliarden Menschen, ist so mein Begriff: egal was man angehen muss, eine Änderung eintritt.

[00:27:50] – Moderator: Wir sind aber noch beim repräsentativen System.

[00:27:55] – Teilnehmerin: Ich finds eigentlich schade, dass kein Modell dabei ist, was annähernd passen könnte. Man müsste aus den verschiedenen Modelle was zusammenbasteln, weil es ist halt so, die Politiker, das habe ich vorher auch schon mal gebracht, die lassen sich von Lobbyisten beraten und die haben überhaupt keinen Bezug mehr zur Bevölkerung. Es wird den Lobbyisten zugearbeitet, es werden denen ihre Vorschläge, es geht immer alles nur um Kapitalismus, um Wachstum, es muss weiter werden, es muss mehr werden, es muss größer werden und die Interessen der Menschen, also das ist eigentlich menschenverachtend. Die Interesse der Menschen sind völlig nebensächlich.

[00:28:41] – Teilnehmerin: Dann gibt es noch den Fraktionszwang, dass wenn einer auf unserer Seite ist, dann wird der überstimmt: "Entweder du machst da mit oder du kannst gehen" so nach dem Motto. Und das soll ja auch nicht sein, der Fraktionszwang.

[00:28:53] – Teilnehmer: Was ich halt besonders hervorheben will in diesem Modell steht als Vorteil drin: gewählte Politiker fällen hauptberuflich politische Entscheidung und übernehmen dafür die Verantwortung. Was soll das? Wer übernimmt die Verantwortung? Der Steuerzahler übernimmt sie? Also dieses möchte ich gar nicht...Kann ich hier ganz ganz fett anstreichen und Fragezeichen setzen.

[00:29:20] – Teilnehmer: Man muss man muss eigentlich, ganz kurz, da muss man sich dafür interessieren: Argentinien zum Beispiel, der Präsident der jetzt abgewählt worden ist, ist über eine Gruppe hingekommen, damals über eine Finanzgruppe. Und diese Finanzgruppe, als der Präsident gewählt wurde, der ist jetzt abgewählt worden in Argentinien, hat gleich 20 Milliarden der Bevölkerung entzogen und das ging dann auf das soziale. Weil es auch, wie du gesagt hast, wegen Finanzen und jetzt ist sogar im September in Argentinien sogar Lebensmittelnotstand ausgerufen worden. Also das zum Kapitalismus. Es geht alles nur ums Geld.

[00:30:03] – Moderator: Das wir das ganz kurz zu besprechen. Wahlversprechen sind nicht bindend und dann ja außerhalb davon sind die Abgeordneten eigenständig und kaum kontrollierbar. Da würdet ihr sagen: Ja, das ist so.

[00:30:19] – Teilnehmerin: Das ist genau das Problem.

(S.10) [00:30:20] – Teilnehmer: Also ich persönlich appelliere an eine Versicherung, an eine Politikversicherung oder Politikerversicherung, weil jedes kleine Unternehmen, jede private Versicherung, die müssen sich versichern, falls ihre Mitarbeiter einen Fehler machen. Und ich sage mal ganz einfach: Anstatt Zeitarbeitsleute im Bundestag zu Niedrigstlöhnen arbeiten zu lassen, sollten sie sich mal Gedanken machen wie kann man unsere Politiker versichern, damit der Steuerzahler nicht die Mautgebühren zahlen? Die sollen sich versichern lassen und wenn sich keine Versicherung bereit erklärt, dann kann auch die Bundesrepublik Deutschland kommissarisch regiert werden. Im Grunde ist es wie ein Zug. Die Schienen sind verlegt, ob vorne eine CDU Kanzlerin sitzt oder eine SPD Kanzlerin und das Zugpersonal ist austauschbar. Im Grunde genommen ist es egal. Der Zug fährt seinen Weg.

[00:31:28] – Teilnehmer: Ja, ich finde, wir Normalbürger können dazu, wie alle schon sagten, die Politiker haben immer die Macht in der Hand. Wir wählen sie zwar, die machen und tun, aber nicht das, was wir eigentlich wollen.

[00:31:48] – Teilnehmer: Die machen ihr eigenes Ding.

[00:31:49] – Teilnehmer: Das ist keine Demokratie. Das ist Kapitulation.

[00:31:58] – Teilnehmer: Aber die Bevölkerung zu 90% sagt: soundso soll es sein. Was passiert? Das was die machen.

[00:32:13] – Teilnehmerin: Das ist eine Pseudonummer. Oligatur haben wir.

[00:32:16] – Teilnehmer: Ja, schön, das müssen wir aufnehmen als letztes Modell.

[00:32:23] – Moderator: Ich glaube, wir sind jetzt alle Modelle durchgegangen. Und jeder hat sich auch äußern können, was ich vorschlagen würde zur Ermittlung. Ich sage jedem

noch, ich bin und dann Name, weil dann kann man die Stimmen auch das hab ich am Anfang vergessen zuordnen zu den Sachen, die hier gesprochen worden sind.

Diskussionen - Veranstaltung 1, Gruppe 2

(S.1) [00:00:01] – Moderator: Okay. Die Aufnahme startet. Dann seid ihr alle damit einverstanden, dass diese Diskussion aufgenommen wird? Ja. Okay, dann beginnen wir. Ich nehme jetzt hier irgendein Modell. Das Dialogmodell. Ihr habt auch in den Unterlagen die Modelle noch mal, nochmal ausgedruckt. Da könnt ihr immer mal reinschauen, wenn ihr nochmal nachlesen wollt. Was es mit den Modellen auf sich hat. Und mich würde jetzt einfach mal von euch interessieren, wie ihr zu diesem Dialogmodell steht. Also, dass Bürger zufällig ausgelost werden in der Regel, und die sich dann zusammensetzen und über bestimmte Themen dann diskutieren und Vorschläge an die Politik machen. Die dann darüber entscheiden kann. Wie steht ihr zu diesem Modell? Am besten, wir arbeiten mit Handzeichen.

[00:01:35] - Sprecher 1: Ja, aber es fehlt das Modell, was es jetzt glaube ich in Irland gab, dass die, dass Bürger ausgewählt werden, aber dass die von Experten beraten werden. Und dann erst die Entscheidung treffen.

[00:01:45] – Moderator: Das ist das Modell.

[00:01:58] - Sprecher 3: Also das Dialogmodell ist zwar sehr demokratisch auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite fehlt dann eben eventuell das Expertenwissen.

[00:02:11] - Sprecher 1: Eben nicht. Wenn ich das richtig verstehe, dann steht hier "werden umfangreich informiert". Ist das gemeint mit Experten? Weil das ist nämlich genau auch mein Punkt.

[00:02:22] - Sprecher 3: Vielleicht sind es ja dann auch Interessensgruppen. Also bei vielen dieser Modelle ist es das wie. Wie so etwas umgesetzt wird.

[00:02:35] - Sprecher 1: Vielleicht können wir diskussionshalber, der Diskussion willen, einfach festlegen, dieses "umfangreich informiert" bedeutet von Experten. Weil sonst können wir ja nichts tun, sonst haben wir ja keine Grundlage zum diskutieren. Finde ich halt.

[00:02:47] – Moderator: Es gab schon verschiedene Dialogverfahren, die durchgeführt wurden und da wurden die Bürger ausgewählt und dann von Experten in dem Thema informiert und beraten. Unterschiedliche Experten haben dann die beraten, aber die Bürger haben selbst einen Entwurf gemacht.

[00:03:12] - Sprecher 3: Hier sehe ich aber schon wieder das gleiche Problem, wie es auch in der momentanen Politik ist. Dann werden die Bürger von Experten informiert, treffen fundierte Entscheidungen, die Politiker lehnen es ab und folgen irgendwelchen Lobbygruppen. Ja, genau, das kann ja dann wieder passieren. Das heißt, das kann wirklich zur Farce verkommen in so einem Modell.

[00:03:43] - Sprecher 1: Also dieses Beispiel in Irland. Da war es dann aber so, was die Bürger entschieden haben, wurde von den Politikern angenommen. Also das ist nicht so ein

utopisches Modell, was dann sowieso nicht, also davon würde ich erstmal ausgehen. Klar ist da die Gefahr da. Aber, also **(S.2)** wenn es so wäre, wie es jetzt in Irland lief, dann finde ich das ein sehr, sehr gutes Modell. Ein absolut zu bevorzugendes Modell vor allen anderen meiner Meinung nach.

[00:04:12] - Sprecher 4: Also, ich sehe da in der Sache. Wenn, wenn die Leute, wenn die Politiker das quasi hinweg entscheiden öfters. Dann werden die teilweise auch nicht mehr gewählt beziehungsweise werden nicht mehr gewählt. Und dann haben sie ja das Problem, dass dann, ja, dass dann andere an die Macht kommen. Die wollen, dass, bürgernah sein, damit sie weiterhin auch walten und schalten können.

[00:04:45] - Sprecher unklar: Also ich denke, dass das alle Modelle Vor- und Nachteile haben und ich würde deswegen eine Mischung machen. Und würde als Priorität das repräsentative Modelle nehmen. Das aber deutlich mehr als in Deutschland das bislang ist, also der Fall ist mit Volksentscheiden. Und teilweise eben dann auch noch Dialogmodell, auch teilweise Expertokratie. Nur das Leadership wohl eher nicht. Aber sonst eben repräsentatives Modell, das eben doch Priorität hat. Aber eben Elemente, Elemente aus den anderen Teilen, eben auch dabei sind.

[00:05:37] – Moderator: Welche Elemente aus dem Dialogmodell würdest du denn? Also was findest du an dem Dialogmodell positiv?

[00:05:45] - Sprecher unklar: Also ich finde positiv, dass wirklich Leute, die mitten im Leben stehen, da eben dann wahrscheinlich, es ist ja nach Losverfahren, aber dann wahrscheinlich vom Durchschnitt her Leute aus dem Alltagsleben und so eben sich beteiligen können und dann ihre Sichtweise auch kundtun können. Und ich kann mir vorstellen, dass wenn man also das Modell eben als ein Element nimmt, dass das letztlich dann das zuständige Parlament entscheiden würde, aber das Parlament müsste das, was vom Dialogmodell eher als Vorschlag kommt oder Vorschläge bekommt, müsste es berücksichtigen, müsste beraten und so.

[00:06:43] - Sprecher 3: Also, meine Grundidee ist ja eigentlich, das Dialogmodell ist grundlegender demokratisch, das Volk entscheidet sehr viel Und die Expertokratie ist natürlich auch von Vorteil., weil vieles, zumindest müssen auch Entscheidungen von Experten aufgearbeitet werden, sodass sie überhaupt zum Beispiel in direktdemokratischen Verfahren überhaupt erst quasi über ein Referendum gelöst werden können. Also Experten müssen eigentlich immer dabei sein. Deswegen, wenn man diesen letzten Punkt beim Dialogmodell mit der, dass die Empfehlungen eines Bürgerdialogs nicht bindend ist. Das ist wieder so ein Einfallstor, wie wieder so viel Korruption sozusagen geschehen kann. Ich meine, natürlich ist es bei allen Modellen entscheidend, wie es gemacht wird, dass Korruption vorgebeugt wird und so weiter. Aber wenn man beim Dialog oder einfach diesen letzten Teil ein bisschen relativieren würde. Ich denke nicht, dass es reicht.

[00:07:33] - Sprecher 1: Nein, nein. Das muss bindend sein.

[00:07:36] - Sprecher 3: Ganz kurz. Ich denke nicht, dass es reicht, dass die Politiker ja wiedergewählt werden wollen. Das wollen sie in unserem System auch und, und halten sich auch nicht mal ansatzweise an das, an das was sie zum Beispiel davor versprechen.

(S.3) [00:07:54] - Sprecher 2: Mir fällt noch ein, hier ist einer der Negativpunkte, dass es eben sehr zeitaufwändig wäre und die erforderliche Zeit den Bürgern fehlen würde. Wäre da nicht eine relativ einfache Lösung, dass die ausgelosten Bürger, die dann diese Dialoge führen sollen und Entscheidungen quasi treffen sollen. Denen gibt man dann einfach die entsprechende Freizeit und zahlt das dann auch so, dass ihnen dadurch keinerlei Nachteile entstehen und sie sich wirklich in Ruhe diesen Problemen widmen können und dann Entscheidungen treffen können.

[00:08:28.] – Moderator: Das passiert auch ab und zu. Aber natürlich ist die Kompensation nie so hoch wie das eigentliche Gehalt in der Regel und sie benötigt eben Ressourcen.

[00:08:46] - Sprecher 5: Also ich bin entschieden dagegen, dass die Empfehlung absolut bindend ist, und zwar schon deshalb, weil es gar nicht repräsentativ ist. Das wird ausgelost und das kann keine repräsentative, kein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung sein, außer zufällig durchaus. Klar es kommt ja dann auch noch darauf an, nach welchen Kriterien das gemacht wird und so. Aber vor allem kein repräsentativer Querschnitt des Willens des Volkes. Man kann zwar nach bestimmten Kriterien verschiedene Berufe, Altersgruppen und so repräsentativ auswählen, aber nach dem repräsentativen Volkswillen kann man das eben nicht. Es wäre dem Zufall geschuldet, wenn es dann zufällig so treffend wäre. Deswegen bin ich entschieden dagegen, dass es absolut bindend ist.

[00:09:49] - Sprecher 3: Also, dass es absolut bindend ist, da bin ich auch dagegen. Ich würde nur stark relativieren. Ich weiß nicht genau, was man da für die Struktur reinbringt, dass es mehr Sinn ergibt. Du hast natürlich recht, es ist nicht der repräsentative Volkswillen, aber wann ist er das denn schon?

[00:10:11] - Sprecher unklar: Ich will da nur ganz kurz einwerfen, Lia, dass ich dir oder euch beiden zustimme, dass es nicht unbedingt absolut bindend sein sollte, weil, ja.

[00:10:25] - Sprecher 5: Also eine absolute Repräsentanz kann man niemals sicherstellen. Aber es geht ja darum, in die Tendenz zu gehen. Und jetzt eine Wahl, wo jeder Wahlberechtigte sich beteiligen kann. Da kann man dann halt schon eine gewisse Tendenz der Repräsentanz des Volkswillens annehmen. Vor allem, wenn, wenn dann wirklich eine hohe Wahlbeteiligung ist. Und hier, bei diesem Prinzip ist es eben nicht so gegeben, weil wie gesagt, es gibt sicherlich gewisse Kriterien, die man nehmen kann in Bezug auf Berufsgruppen, Altersgruppen und so weiter. Aber letztlich ist die Repräsentanz ja dann nur in Bezug auf diese Kriterien, aber nicht in Bezug auf den Willen des Volkes.

[00:11:20] – Moderator: Okay. Sprecher 3 nur ganz kurz.

[00:11:21] - Sprecher 3: Das stimmt natürlich, sehe ich auch so. Aber bei der direkten Demokratie hat man das Problem, dass wir wie immer das gesamte Volk von Experten quasi

belehren lassen. Da ist ja, da gibt es ja wieder hunderte Interessensgruppen, die versuchen Einfluss zu nehmen. Also da, da ist dann wieder eine Schiefelage.

[00:11:38] – Moderator: Ja, dazu kommen wir später.

(S.4) [00:11:42] - Sprecher 4: Ja, ich wollte tatsächlich auch darauf ein bisschen eingehen. Wer bestimmt denn, wer Experte ist? Ich meine, wenn in diesem Modell, wo ein Bürger quasi nicht weiß, was er zu tun hat und den Experten dafür bekommt, der ihm das lehrt, ist die Gefahr halt auch relativ groß, dass ihm halt Mumpitz erzählt wird und dass der halt quasi beeinflusst wird auch wieder von Lobbys oder sonst irgendwas und. Die Möglichkeit besteht nicht. Ich stelle mir das auch ein bisschen so vor wie in Amerika, wie die Dings-Wahl, die wie nennt man das bei den Gerichts-Dingern, die Jury? Geschworenen. Da treffen sich halt so 20 Leute vielleicht, die untereinander sich irgendwas ausarbeiten. Wenn davon einer schon irgendwie vergiftet ist, quasi mehr oder weniger, und die anderen dann mitziehen, hat man dann was von dem Problem.

[00:12:42] - Sprecher 6: Ich hätte noch gedacht, dass es. Dass man auch einfach vorher festlegen könnte. Also wie viel Prozent, wie viel Prozent dann erreicht wurde. Zum Beispiel das Quorum oder so. Und dann ist es ist immer noch die Frage, ob dann auch bindend ist. Aber ja.

[00:13:14. – Moderator: Okay, vielen Dank. Jetzt sind wir bei Expertokratie, also das ausgewählte Experten Vorschläge erarbeiten und dann auch beschließen. Wie steht ihr zu diesem Modell?

[00:13:44] - Sprecher 6: Also hier steht "neutrale Experten" und wenn sie ausgewählt werden, dann ist natürlich die Frage, von wem ausgewählt? Oder wie sie sich qualifizieren durch Publikationen und so was auf dem Gebiet. Also wahrscheinlich wird es so ähnlich laufen. Und dann, ja. Also hier ist es ja so, dass sie praktisch unabhängig von Lobbyisten oder Parteizwängen ihre Expertise abgeben und ja. Das, ja, da müsste man halt gucken. Ob es dann auch so ist. Ob es dann auch so klappt.

[00:14:31] - Sprecher 3: Ja, also ich habe jetzt hier den Negativpunkt vor Augen. Die so getroffenen Entscheidungen sind für die Bürger*innen nicht transparent. Da könnte man das nicht transparent gestalten. Also da ist nur eine Frage von wie wird es vermittelt. Also ich, ich finde, eine Expertokratie ist halt interessant, dass nicht so was passieren kann jetzt wie in den USA zum Beispiel. Dass die Republikaner so tun, als gäbe es keinen Klimawandel. Also kein Experte und kein Expertenteam würde sich da hinstellen, das behaupten und die Expertokratie würde dem eben entgegenwirken, dass die Leute nur das, die wählen, die ihnen das erzählen, was sie hören wollen. Und ja, aber. Die Frage ist ja wirklich, wie es gemacht wird. Wie werden die Experten ausgewählt? Müssen die akademische Erfolge vorweisen? Kann man da wieder Einfluss nehmen? Es ist eigentlich immer möglich, irgendwie auf irgendeine Art Korruption zu betreiben.

[00:15:26] - Sprecher 1: Also was mir da fehlt, ist auch der Punkt, dass es für Bürger nicht transparent ist. Und ich glaube, das würde da nicht reichen, das denen dann transparent zu

machen, weil die nicht mitentscheiden dürfen bei dem Fall. Und die Experten, die können zum Beispiel, was weiß ich, Experten für Gentechnik, die finden das ganz toll, jetzt Pflanzen mit Gentechnik zu verändern und vielleicht die Embryos auf Krankheiten zu untersuchen, was weiß ich was. Und die sind halt Experten in dem Gebiet und die finden das gut und dann wird es theoretisch gemacht. Aber die Bürger finden das vielleicht gar **(S.5)** nicht gut und die haben dann kein Mitspracherecht. Also das finde ich problematisch. Ich finde, man müsste diese Zwei, Dialogmodell und Expertokratie, verbinden.

[00:16:09] - Sprecher 4: Ich finde, wenn man ein Expertenteam aufbaut, finde ich, dass da quasi auch ein Moralexperte drin sein sollte oder Ethik. Ja, so, sowas in der Richtung, damit, damit quasi nicht harte Entscheidungen gewählt werden, wie gerade die Elene gesagt hat, dass so. Jemand, der halt hinterfragt. Also ein Team, wo alle einstimmig für etwas sind, ist nie gut. Und man braucht immer Leute, die hinterfragen. Deswegen ist es, was Neutralität angeht, vielleicht auch nicht das Richtige, sondern man sollte von jedem Lager quasi Experten haben, die sich beraten. Das dauert dann eventuell auch etwas, aber wenn sich dann was ergibt, wenn da was rauskommt, dann ist das ausdiskutiert.

[00:16:58] - Sprecher 2: Jetzt muss ich gucken, was ich sage wollte. Also grundsätzlich würde ich auch sagen, ich bin auch eher für eine Mischung verschiedener Modelle und ich finde die Expertokratie, also bestimmte Aspekte davon, eben auch positiv und gut. Worauf wollte ich eigentlich hinaus? Das habe ich jetzt alles vergessen glaube ich. Zum einen, Experten, was das angeht. Ja, da gibt es Experten jetzt, um auf deinen Punkt einzugehen. Ja, stimmen voll für Gentechnik und dann wird sich das durchsetzen. In der Wissenschaft, im Idealfall natürlich, läuft das nicht so, dass man ein paar. Da findet erstmal eine Diskussion statt. Da gibt es die, die pro und die, die dagegen sind. Dann wird diskutiert. Und im deutschen System oder im europäischen System der Wissenschaft ist es dann auch eher so, dass man auf Nummer sicher geht. Also lieber dann beispielsweise was Gentechnik angeht. So was wird dann erst mal durchgeführt in Laboren, im geschützten Rahmen, ehe so was dann tatsächlich irgendwie eventuell auf das Feld gerät. Also ich würde auch sagen, dass bei Experten auch sehr häufig, sollten dabei sein, was es moralisch angeht, eben auch Philosophen. Die einfach ein breiteres Blickfeld haben und dann auch den moralischen Aspekt mit einbringen können. Und ich weiß nicht, ob das jetzt alles war, was ich sagen wollte. Und auch was die Transparenz angeht. Ich meine, natürlich könnte man es auch so gestalten, dass es den Bürgern erklärt wird. Wie es zu diesen Entscheidungen kam. Aber sind wir doch mal ehrlich, den meisten Bürgern ist heutzutage in unserer Demokratie auch nicht so ganz klar, wie es zu den Entscheidungen gekommen ist. Also so super transparent. Theoretisch besteht die Transparenz. Ja, aber die meisten scheuen sich nicht darum oder es ist ihnen zu kompliziert, es zu verstehen. Also.

[00:19:05] - Sprecher 3: Also ich würde auch sagen, nochmal zu diesem Problem, dass dann, ich meine, wenn jetzt zum Beispiel irgendwie Gentechnikexperten das Ganze an sich reißen und von irgendwelchen Lobbygruppen noch gestützt werden, dann ist das natürlich ein Riesenproblem. Also das, wie das da gemacht wird, ist ganz, ganz entscheidend. Das können wir jetzt auch nicht besprechen, aber wenn es vielleicht eher in Richtung Konsens geht. Also das nicht jetzt wirklich so eine, so eine kleine Mehrheit dann alles durchdrücken

kann. Das vor allem bei, bei wirklich wichtigen Themen wie zum Beispiel Gentechnik oder auch, was weiß ich, beim Menschen irgendwann anfangen, alle möglichen Gene durcheinanderzuwirbeln sozusagen, dass das nun spezielle Entscheidungen sind, wo ein spezieller Ethikrat dann noch einmal das letzte Wort hat. Der sicher auch wieder aus Experten besteht, aber eben vielleicht einfach ein bisschen diese, diesen Blick von oben haben. Also jetzt nicht zu sehr im Thema drin sind. Weil natürlich jemand, der sich für Gentechnik interessiert, das dafür studiert und was weiß ich was, der der findet das natürlich toll, das ist ja ganz klar. Also da wäre wirklich ganz entscheidend, wie man es **(S.6)** macht. Aber vielleicht könnte man dann auch sowas, dann auch so eine Option einfügen für eine direkte, für ein Referendum sozusagen. So könnte man nämlich dann diese Gentechniker, die nehme ich jetzt zum Beispiel, auch noch stoppen, also wenn die irgendwas vorhaben. Also.

[00:20:21] - Sprecher unklar: Ja, so hätte ich es auch gern ausgedrückt.

[00:20:25] – Moderator: Vielen Dank. Ich würde jetzt auch aus Zeitgründen schon zum nächsten Modell übergehen. Ich nehme das Leadership Modell. Hier geht es darum, dass ein starker, gewählter Leader der eben in Eigenregie sehr, einfach Entscheidungen treffen kann. Was sagt ihr dazu?

[00:21:16] - Sprecher 4: Also zum Leadership Modell kann ich schon mal sagen, wenn man den Richtigen hat, dann ist es eventuell recht gut. Aber wer weiß, wann man den Richtigen hat und wie und wo. Das ist wie bei den Experten und auch schon beim vorherigen Modell. Das kann man fast eigentlich zu jedem Modell sagen, wenn man die Falschen dran hat, dann ist es egal welches Modell man hat. Das Leadership Modell hatten wir schon mal, es ist auch irgendwie daneben gegangen, so ein bisschen. Ich, ja, ich will. Es ist egal, in welche Richtung es geht, wenn man die falsche Person da vorne hat. Es kann auch jemand sein, da gibt es ja den Vorteil, wird da hingeschrieben, dass da schnell Entscheidungen getroffen werden. Das muss nicht mal heißen, dass es so ist, wenn wir jemanden haben, der viel nachdenkt und lange braucht. Dann, dann ist das nicht garantiert. Ja.

[00:22:23.870] - Sprecher 3: Ja, das ist natürlich von Haus aus, also die offensichtlich problematischen Sachen werde ich jetzt gar nicht erst anbringen, weil zum Beispiel, dass man ihn vielleicht nicht los wird, wenn man ihn mal gewählt hat. Das hatten wir auch schon mal. Aber natürlich ist das Problem, wie darf ich mir das vorstellen? Wie weiß der dann über alles Bescheid und kann schnell Entscheidungen treffen, oder. Das kann ja gar nicht sein. Ich meine, wenn man das mit der Expertokratie vergleicht, da ist es ein großer Rat, wo lauter Experten drin sitzen und die treffen Entscheidungen. Der Leader, woher soll er das alles wissen, wie soll er fundierte Entscheidungen treffen. er kann sie vielleicht schnell treffen, aber ob sie gut sind.

[00:22:59] – Moderator: Es geht ja darum, dass er einfach die Macht hat, die Entscheidungen zu treffen.

[00:23:05] - Sprecher 3: Aber keiner kann doch so viel wissen, in allen möglichen Bereichen, dass er da eine fundierte Entscheidung treffen kann.

[00:23:11– Moderator: Muss, muss er denn alles wissen?

[00:23:13] - Sprecher 3: Er kann es auch an die Wand fahren natürlich. Aber im müsste er wirklich über die einzelnen Fachbereiche, wo er die Entscheidungen trifft, das auch wirklich wissen.

[00:23:23] - Sprecher 1: Also ich denke mal, der hat sicher ja, seine Leute, denen er vertraut, die er um Rat fragt. Ich glaube, der muss nicht über alles Bescheid wissen. Also was ich allerdings, wo ich ein großes Problem sehe in diesem Modell, dass das halt so anfällig ist, um es zu missbrauchen. Also da ja, **(S.7)** ich glaube, in der Welt, in der wir leben, ist es nun mal so, dass viele, denen sind Macht und Geld wichtig, und die können dann das Modell, könnten die ganz leicht missbrauchen gegen den Willen des Volkes. Und ja, wenn es jemand gebe, dem man total vertrauen würde. Wenn wir jetzt vor 2000 Jahren leben würden und Jesus würde sich dafür anbieten zum Beispiel und man wüsste, dass ist jemand, dem man zu 100 Prozent vertrauen kann, der das Wohl des Ganzen im Auge hat, dann wäre das ein super Modell. Aber ich glaube, in der Zeit und in der Gesellschaft, in der wir leben, ist es so anfällig. Also da würde ich mich klar dagegen entscheiden und das hat die Geschichte ja auch schon gezeigt.

[00:24:26] - Sprecher 6: Ich denke also durchaus auch, dass er da halt, auch Personen hat, die sich auch in den einzelnen Gebieten auskennen. Also so eine Art, ja, Minister oder sowas, das wäre dann vielleicht auch so eine Art Mischung, dann wieder in echt. Aber ja, ich denke. Also das, dass er dann bei Fehlentscheidungen nicht leicht abgewählt werden kann. Ja, ich denke es, das sollte da dann nicht so sein. Aber nach diesem Beispiel ist es ja so. Also, dass er länger an der Macht war als gut wäre für das Land, für das Volk.

[00:25:20] – Moderator: Vielen Dank. Gibt es noch jemand der noch etwas dazu sagen möchte?

[00:25:34] - Sprecher 3: Also, ich wollte nur noch mal klarstellen. Mir ist schon klar, dass jeder Leader seine Berater hat, aber auf welchen Berater er hört, ist wieder seine Entscheidung. Und wer sagt, dass er da eine gute Auswahl getroffen hat. Und so, man fällt immer wieder darauf zurück, sich auf Einen zu verlassen, der in allen Belangen die richtige Entscheidung trifft. Und wenn es nur das ist, auf den richtigen Berater zu hören, ist immer problematisch. Das wollte ich eigentlich herausarbeiten.

[00:25:56] - Sprecher 5: Also ich denke auch, dass ein guter Diktator sozusagen, der Gutes im Sinn hat für alle Menschen sozusagen, und der weiß, wie man das dann auch umsetzen kann, auch ohne dass andere Menschen dadurch eingeschränkt werden, verfolgt werden oder so. Der wäre sicherlich optimal, aber es gibt halt so einen guten Diktator nicht, der wirklich so gut Bescheid weiß und auch die allerbesten Absichten hat für alle und dann auch alles ganz richtig machen kann. Die Menschen sind einfach fehlerhaft. Und insofern ist dieses Modell eben unrealistisch in Bezug auf wirklich den Volkswillen und demokratische Gesetzmäßigkeiten anzuwenden.

[00:26:51] - Sprecher 4: Ich bin mir ziemlich sicher, selbst wenn einer von uns jetzt quasi die Rolle übernehmen würde, wir wären sicher auch die Falschen. Keiner, ich denke, keiner kann das glaube ich. Es ist einfach zu viel Macht.

[00:27:07] – Moderator: Dann sind nur noch zwei übrig. Jetzt sind wir beim repräsentativen Modell.

[00:27:13] - Sprecher unklar: Das ist das Jetzige?

[00:27:16] – Moderator: Genau, das ist das Modell, was wir schon haben. Für die meisten Entscheidungen eben, dass Politiker gewählt werden, die dann Gesetzesentwürfe machen und dann darüber debattieren und abstimmen und sie auch beschließen. Wer möchte dazu etwas sagen?

(S.8) [00:27:45] - Sprecher 1: Ja, ich glaube, ich sage jetzt das Offensichtliche. Das könnte gut funktionieren, aber wie sich in der Praxis zeigt. Also meiner Meinung nach machen die Politiker alles, um gewählt zu werden, versprechen das Blaue vom Himmel und nach der Wahl machen sie dann noch das, was ihnen am liebsten ist, was ihr Lobbyverein ihnen diktiert oder wie auch immer. Und letztendlich ist es zu wenig Demokratie, die auf, die vom Volk ausgeht meiner Meinung nach. Also schon die Tatsache, dass man, man wählt eine Partei bei der Bundestagswahl. Aber man kann den Kanzler nicht wählen, also die bestimmen dann. Also man hat als normaler Wähler darauf noch nicht einmal irgendeinen Einfluss, nicht mal ansatzweise. Und da gibt es so viel, dass das. Meiner Meinung nach ist es nicht gut.

[00:28:39] - Sprecher 2: Also ich würde Sprecher da auf jeden Fall zustimmen. Allerdings würde ich auch sagen, was das Problem angeht, dass Politiker erstmal während Wahlen alles mögliche versprechen und danach dann doch mehr oder weniger dann was anderes tun. Ist nicht nur auf den Mist quasi der Politiker an sich gewachsen, sondern das liegt auch durchaus am Wähler. Der dann das wählt. Die Politiker sagen das, was der Wähler gerne hören möchte, damit er gewählt wird. Wenn aber die Wähler mehr Wert darauf legen würden auf Dinge, die unangenehm sind, beispielsweise, wenn der Politiker sagt, die Steuern werden wir nicht erhöhen müssen. Aber es ist klar, es muss so sein, die müssen erhöht werden. Ja dann muss der Wähler dementsprechend denjenigen wählen, der die Wahrheit sagt und einem nicht einfach nur was Schönes erzählt. Das ist ein bisschen problematisch auch.

[00:29:37] - Sprecher 6: Also hier, ich stimme euch da auf jeden Fall zu durchaus, dass die Politiker dann halt nach der Wahl was anderes machen oder halt nicht das machen, was sie vorher auch durchaus gesagt haben. Aber was ich denke, was hier auch steht, die Bürger haben nur während der Wahl die Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen. Das stimmt zwar, aber sie können durchaus noch zusätzlich sich in Bürgerinitiativen und so auch engagieren. Und dann halt nochmal ihre Interessen oder halt, ja, zumindest in die Diskussion mit einbringen. Also so eine Art Interessengruppe im Bürgerverein oder so.

[00:30:31] - Sprecher 3. Ich denke das Hauptproblem einfach an diesem Modell ist oder besser gesagt, ist wie es umgesetzt wird. Hier ist letztlich der Lobbyismus und dass die Wirtschaftsinteressen immer im Vordergrund stehen und es immer am Ende quasi das gemacht, was für die Wirtschaft am besten ist. Das halte ich für das Hauptproblem. Das, dass die Bürger weniger direkt wählen können, ist gar nicht das Problem. Wenn die repräsentative Demokratie die Bürger vertritt, ist das gar kein Problem. Und da das nicht der Fall ist. Aber man könnte das sicherlich ändern. Ich meine, man könnte, es klingt jetzt naiv, Lobbyismus verbieten, ich weiß.

[00:31:05] - Sprecher 1. Ich meine man müsste Gesetze erschaffen, dass das kontrolliert wird und so weiter.

[00:31:10] - Sprecher unklar. Man bräuchte, also ich stimme allen zu. Die Sache ist was, was, was da steht, dass quasi der Bürger da so bisschen mitentscheiden kann. Wenn wir irgendwas dagegen haben, was sie machen und uns wehren, zum Beispiel über Proteste oder Demos und so. Beispiel Fridays 4 **(S.9)** Future oder auch die Demonstrationen zum Beispiel gegen Artikel 13 der EU, da wurde immer heruntergeredet, man wurde nicht ernst genommen und man, man hat uns lächerlich gemacht, die, die das mitgemacht haben. Und das, das geht nicht. Das ist nicht das System. Die sollten ab einer bestimmten Anzahl von Leuten, werde man das schon glauben und auch dann dementsprechend handeln. Aber das wird ignoriert und das wird wahrscheinlich den momentanen Regierungen wahrscheinlich noch das Genick brechen so meiner Meinung nach.

[00:32:22] - Sprecher 3. Also, ich wollte damit sagen, genau das meinte ich eigentlich mit Wirtschaftsinteressen, dass die am Ende gewinnen. Weil das war der Fall. Hätten sie auf die Leute gehört, dann wäre es anders gelaufen. Das ist ein Problem.

[00:32:39.] - Sprecher 5. Also von den hier vorgestellten Modellen halte ich das repräsentative Modell für das Beste. Wobei, wie ich vorhin schon gesagt habe, ich denke, es sollte eine Mischung sein. Insbesondere, was nachher noch kommt, das mit dem direkt-demokratischen her. Das, dass für ganz Deutschland dann einfach auch, also für den Gesamtstaat, weil auf unteren Ebenen gibt es ja das zum Teil, aber wirklich auch für den Gesamtstaat eben gemacht wird. Also da nicht absolut nur repräsentativ, sondern auch mit basisdemokratischen Dingen und auch was wir bei den anderen Modellen besprochen haben. Ich würde sagen, aber auch nicht so sehr kritisch sehen mit dem repräsentativen Modell, wie es gesagt wurde, dass die eh nur machen, was die Wirtschaft sagt. Also ich denke, es gibt gerade in Deutschland eine soziale Marktwirtschaft und es gibt zum Beispiel die betriebliche Mitbestimmung und auch noch andere soziale Rechte und so weiter, wo also durchaus auch auf, auf, auf die Arbeitnehmer und eben auch auf prekäre Leute, die, die, denen es schlechter geht, finanziell und so Rücksicht genommen wird. Und also nicht einfach nur zu negativ sehen, sondern es hat durchaus auch Vorteile, dass Politiker sich dann durchaus auch von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen her orientieren an dem, was sie dann im Parlament auch tatsächlich tun.

[00:34:26] – Moderator. Vielen Dank. Dann kommen wir zum direktdemokratischen Modell. Hier ist es ja so, dass in Referenden die Bürger über die Gesetzesentwürfe abstimmen können. Wie steht ihr zu dem Modell? Was findet ihr gut? Was findet ihr nicht schlecht?

[00:34:54] - Sprecher 4. Also dieses Modell gibt es ja in der Schweiz. Man sieht es, wie das bei denen ist. Was ich festgestellt habe oder was man an Zahlen von ihnen sehen kann, dass die Bereitschaft oder die Wahlbereitschaft. Je nach, je nach Thema sehr schwankt. Es gibt teilweise echt, teilweise sehr wahlmüde, entscheidungsmüde und sind dann nur noch so bei 60 Prozent Wahlbeteiligung und aber. Bei Themen, wo wirklich, wo es wirklich wichtig ist, zumindest für die Schweizer wichtig, da sind dann auch richtig viele Leute auch dabei die sich dann dafür eine Meinung bilden. Also, dieses Modell sollte man vielleicht nicht so ausreizen, meiner Meinung nach, sondern eher so. Vielleicht ein paar Entscheidungen am Stück quasi. Und deshalb vielleicht pro Jahr quasi einmal, wo dann viele Entscheidungen auf einmal gefällt werden und nicht alle paar Monate.

[00:36:01] - Sprecher 3. Also das offensichtlich Gute ist natürlich, dass der Bürger selber mitentscheiden kann. Schlecht ist es, dass es wirklich schwierig ist, komplexe Sachverhalte dann so zu reduzieren auf **(S.10)** eine Ja-Nein-Antwort. Und Menschen neigen auch dazu, sich emotional sehr mitreißen zu lassen, wenn es jetzt ein emotional aufgeheiztes Thema ist. Dann kann es sein, dass Menschen sich dann mitreißen lassen und dann irgendetwas wählen, was dann insgesamt wirklich schlecht ist. Zum Beispiel wenn man sagt, wir wollen keine Flüchtlinge haben, ist eine Riesenkatastrophe geworden. Das war, also Deutschland war da auch im Zugzwang, musste irgendwie reagieren. Aber was, wenn die Leute gesagt hätten "nein, wir wollen einfach Keine"? Hätte man sie dann vor der Grenze erschießen sollen? Also das meine ich mit, was wenn es emotional aufgeladen ist, dann ja. Da fehlt es dann am Expertenwissen sozusagen, auch an den Konsequenzen. Was bedeutet das eigentlich? Brexit ist zum Beispiel ein gutes Beispiel. Ich glaube, viele, die "Leave" gewählt haben, haben keine Ahnung, was, was da dranhängt. Selbst die Politiker wussten es ja in vielerlei Hinsicht nicht.

[00:37:06] - Sprecher unklar. Ich weiß, aber ich wollte noch eine Kleinigkeit dazu sagen. Vielleicht könnte man dagegen wirken, wenn man quasi die Medien dafür nutzt und die Leute massenhaft informiert. Was, was.

[00:37:18] - Sprecher unklar. Dann haben sie die Macht am Ende.

[00:37:19] - Sprecher unklar. Ja, das muss dann halt auch geprüft werden.

[00:37:25] - Sprecher 5. Also, was Sprecher X gerade ausgeführt hat, würde ich weitgehend zustimmen, als Problematik. Und, in der Schweiz übrigens ist der Durchschnitt der Beteiligungen bei weniger als 50 Prozent, soweit ich weiß. Also das ist dann auch nicht mehr unbedingt der Volkswille. Und für mich wäre zum Beispiel wichtig, dass dann schon der Volkswille einigermaßen richtig repräsentiert, wird bei einer Volksbefragung. Also man kann das nie hundertprozentig genau machen aber so wenigstens einigermaßen. Und ich, deswegen würde ich das mit gewissen Quoren machen. Also zum einen eben nicht, wie oft gesagt wird, dass eine bestimmte Anzahl der Wahlberechtigten sich auch daran beteiligen

müssen, damit es gültig ist. Sondern ich würde sagen, dass die Mehrheit entscheidet. Und diese Mehrheit muss dann gleichzeitig ein bestimmtes Quorum erreichen, also zum Beispiel 25 Prozent der Wahlberechtigten. Weil dann bringen zum Beispiel Boykottaufrufe gar nichts, weil dann ist es halt die Mehrheit und die 25 Prozent. Und dann würde ich auch noch, da kann man natürlich dann noch diskutieren, was da eine sinnvolle Mehrheit ist. Es sollte zum Beispiel nicht eine geringfügige Mehrheit entscheiden, so wie zum Beispiel beim Brexit und anderen Entscheidungen, sondern zum Beispiel, mindestens 55 Prozent sein. Und das würde dann auch noch entscheidend sein. Weil das Problem ist, es hängt zu viel vom Zufall ab. Wenn jetzt nur ein paar Stimmen Mehrheit entscheidend sind, dann kann schönes Wetter oder schlechtes Wetter entscheidend sein, wie dann ein Referendum ausgeht. Deswegen sollte ein bisschen mehr als, als nur eine Stimme mehr als die Hälfte entscheidend sein.

[00:39:56] - Sprecher 1: Es ist schon alles gesagt, was ich sagen wollte. Aber ich wollte nochmal betonen, dass ich das direktdemokratische Modell wesentlich besser finde, als das repräsentative Modell. Man müsste halt bei gewissen, vielleicht Fragen die Minderheiten betreffen oder so, die dann einfach zahlenmäßig nicht genug sind, um eine Mehrheit zu erreichen, dass man da halt eine Lösung trifft, dass **(S.11)** die nicht benachteiligt sind. Aber ja, grundsätzlich finde ich es auf jeden Fall besser, weil die Bürger mehr, einfach mehr mitbestimmen können.

[00:40:24] – Moderator: Okay, vielen Dank. Dann Schließen wir die erst Diskussionsrunde. Vielen, Dank schon mal an dieser Stelle. Ich habe selten eine so fruchtbare Diskussion erlebt. Auch, dass man sich immer, daran hält, nicht den anderen ins Wort zu fallen. Jetzt war ursprünglich eine längere Pause geplant. Die Frage ist, habt ihr noch ein bisschen Energie? Dann könnte man vielleicht nochmal eine Viertelstunde, nochmal zu einem bestimmten Thema diskutieren und dann wären wir auch durch mit der Diskussion. Wenn es euch okay ist? Wir haben uns jetzt ein besonderes Thema nochmal überlegt. Und zwar jetzt haben wir relativ abstrakt darüber diskutiert, was gut und schlecht an den einzelnen Modellen ist. Aber wir fragen uns, wie ist es bei einem konkreten Thema. Und wir haben uns das Thema Hartz IV ausgesucht. Und es geht darum wenn man Hartz IV abschaffen oder auch verändern möchte. Welches Modell würde euch da vorschweben?

[00:42:50] - Sprecher 2: Ich wäre für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Zum einen kann man dadurch schon einen Großteil des bürokratischen Apparats abbauen. Das spart Geld ein auch. Also häufig hört man ja dieses Argument ja, da bekommt dann jeder einfach Geld. Und woher sollen wir das Geld holen? Also Experten sagen, das Geld ist da. Es hätte und es würde im Grunde genommen auch laut Studien, liegen alles, liegen vor. Es würde im Grunde genommen nur Vorteile bringen. Da gibt es natürlich wieder Argumente, Leute, die sagen ja, dann arbeitet ja keiner mehr. Das ist auch widerlegt in Studien, das passiert nicht. Die Leute fangen dann, selbst wenn die Leute dann erst mal ihre Arbeit aufgeben, passiert es für gewöhnlich, dass sie sich einfach nur weiterbilden. Und danach eine andere Arbeit aufnehmen. Ich will jetzt gar nicht so ausschweifen, aber ja.

[00:43:48] – Moderator: Aber das heißt, würdest du sozusagen, wenn es um die Abschaffung von Hartz IV geht, dazu tendieren, dass es eher Experten entscheiden sollen? Es geht darum, wer befasst sich damit und wer entscheidet dann darüber. Wen hättest du gerne, wenn es um das Thema geht?

[00:44:17] - Sprecher 2: Zu diesem Thema würde ich sagen Experten. Und eventuell zusätzlich noch eine Mischung dieses, Diskurs, Bürgerdiskurs, der dann auch, wo die Leute dann auch mit, Dialogmodell, danke. Ja. Das würde jetzt mal spontan sagen.

[00:44:46] - Sprecher 1: Also ist jetzt die Frage nur, wer entscheidet dann, oder was wir uns statt Hartz IV wünschen würden?

[00:44:51] – Moderator: Es geht nicht darum, was, was ihr euch inhaltlich wünscht, sondern wenn es darum geht, eben Hartz IV abzuschaffen oder eben zu verändern, wer sollte eurer Meinung nach da einen Entwurf machen und wer sollte darüber dann auch entscheiden?

[00:45:10] - Sprecher 1: Also ich glaube, ich wäre auch dafür, eine Mischung aus dem Expertenmodell und dem Dialogmodell. Genau, das halt Bürger ausgewählt werden die dann am besten von Experten des bedingungslosen Grundeinkommens beraten werden, weil es tatsächlich so ist, dass das nur Vorteile **(S.12)** hat für die ganze Gesellschaft und so auch viel mehr Energie freigesetzt werden würde, wenn viele Leute nun nicht mehr gezwungen werden würden, irgendeinen Job zu machen, nur damit sie ihre Miete bezahlen können. Also darüber habe ich mir noch nie Gedanken gemacht ehrlich gesagt, wer es entscheidet, weil ich habe den Eindruck, das wird von der Politik gar nicht gewollt. Aber ich bin ja sowieso gegen dieses repräsentative Modell. Nämlich genau aus dem Grund, weil die machen nicht das, was die Bürger wollen. Also es müsste irgendeine Art von Entscheidungslösung sein, wo die Bürger direkt beteiligt sind. Zum Beispiel, was ich eh gut finde, das Dialogmodell im Zusammenhang mit dem Expertenmodell.

[00:46:14] - Sprecher 3: Also prinzipiell würde ich mich dem anschließen. Das ist aber auch gleichzeitig ein sehr gutes Beispiel dafür, wie eine direktdemokratische Entscheidung wahrscheinlich in eine ganz andere Richtung gehen würde, wie wir das wollen. Und weil einfach, ja seit ewigen Zeiten quasi überall in den Medien Hartz IV Empfänger als asoziale Idioten hingestellt werden und viele denke ich einfach die Meinung vertreten "ja, denen geht es eigentlich gut genug", sozusagen oder "vielleicht geht es ihnen noch zu gut", wer weiß das. Das ist genauso ein emotionales Thema, wo wirklich dann die Interessensgruppen am Ende die Entscheidung getroffen haben, die quasi das Volk aufgestachelt haben. Deswegen ja, aber ich kann nur sagen also grundsätzlich denke ich, ist so eine Mischung aus Expertokratie und Bürgerdialog vielleicht muss es sogar eine Mischung aus noch mehr sein. Ich weiß es nicht genau. Bei diesem Bürgerdialog könnten, also könnten die Bürger ja noch beraten werden von Experten wie zum Beispiel von Ökonomen. Also Leute, wo man es nicht meint, dass die für das bedingungslose Grundeinkommen wären. Aber es war ja schon Milton Friedman dafür, der ja wirklich ein neoliberaler Influencer war in Amerika. Das ist ein heikles Thema.

[00:47:43] - Sprecher 4: Ich finde die Diskussion geht gerade in die falsche Richtung, weil das bedingungslose Grundeinkommen nicht Thema war, leider. Ich wäre aber auch dafür, nur zur Info. Ja, ich würde gerne kurz alle durchgehen. Bei dem repräsentativen Modell, das wir momentan haben, da finde ich es einfach die, die kennen uns, die kennen die Leute nicht. Die, die entscheiden was sie denken, was toll für uns ist, aber nein. Beim direkten, direktdemokratischen Modell ist das Problem, wir sind in der Unterzahl. Wir würden da quasi auch nicht rankommen meiner Meinung nach. Bleiben das vorher diskutierte Dialogmodell und die Expertokratie. Ich würde sogar sagen, das Dialogmodell wäre sogar am besten, weil die Wahrscheinlichkeit, dass in diesem Dialogmodell Hartz IV-ler reinkommen, die da wirklich sich auch reinversetzen können und so auch recht groß ist. Also das wären schon Experten quasi. Und wenn man eine Expertokratie nimmt, dass man quasi Betroffene als Experten dazu nimmt.

[00:48:54] - Sprecher 1: Ja das ist eine gute Idee.

[00:48:55] - Sprecher 4: Was, was beim Leadership noch bleibt, wenn der Leader ein Hartz IV-ler ist: geil. Ja, alles andere wäre wahrscheinlich auch, wenn es ein sehr sozialer Mensch ist, wäre es vielleicht auch noch gut. Aber das Leadership ist, wäre so ein Roulettespiel. Wenn man, wenn man Pech hat, hat man halt, nicht Einen, den man braucht und dann ist man gefickt.

(S.13) [00:49:24] - Sprecher 5: Was bisher überhaupt nicht angesprochen wurde, obwohl es Realität durchaus ist. Wir haben ja eine Gewaltenteilung, auch im repräsentativen Modell. Es gibt die Legislative, die Exekutive und die Judikative. Und gerade jetzt aktuelles Thema mit Hartz IV eben. Das Bundesverfassungsgericht hat vor kurzem entschieden, dass nur noch bis maximal 30 Prozent sanktioniert werden darf. Also 30 Prozent vom Grundbedarf dürfen gestrichen werden. Das heißt, dass das Bundesverfassungsgericht hat hier wirklich auch Einfluss in diesem repräsentativen System.

[00:50:14] - Sprecher 1: Das wurde aber nicht übernommen. Die übergehen diese Entscheidung, habe ich gehört. Das wird nicht so sein, also das habe ich zumindest letztens gelesen.

[00:50:21] - Sprecher 5: Nein, es ist in der Diskussion was gemacht wird, aber zunächst mal.

[00:50:27] - Sprecher 1: Es muss aber vor dem Volke geleistet werden und nicht diskutiert.

[00:50:29] - Sprecher 5: Wird ja. Es wird so gemacht, sogar bei bis zu 25-Jährigen, wird das jetzt sogar übernommen, obwohl das Bundesverfassungsgericht über die gar nicht entschieden hat, sondern über, oder ab 25-Jährige hat das Bundesverfassungsgericht entschieden und trotzdem wird es sogar angewendet jetzt auf bis 25-Jährige. Nur, es gibt natürlich noch eine Gesetzgebungskompetenz bei der Legislative und das ist jetzt gerade in der Diskussion, dass man oder wie man jetzt darauf reagiert, was die Judikative, also das Bundesverfassungsgericht, entschieden hat. Aber zunächst einmal gilt das, was das

Bundesverfassungsgericht da beschlossen hat, das ist Fakt. Und ich finde das vom Prinzip her auch ein gutes System. Und es zeigt eben auch, dass das eben nicht nur das Parlament, der Deutsche Bundestag zum Beispiel für ganz Deutschland und Bundesrat und so entscheidet, sondern dass es eben diese Gewaltenteilung gibt und dass das auch schon ein wichtiger Teil der Demokratie ist, auch eben die Judikative zum Beispiel. Und vom Prinzip her finde ich diese Gewaltenteilung eben gut. Und wie gesagt, ich würde dann halt, wie ich schon zwei, drei mal gesagt haben, aber eine Mischung machen. Und gerade in Deutschland eben etwas mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten für das Volk. Aber vom Prinzip her finde ich es schon einigermaßen gut, wie es vom System her ist. Die Umsetzung ist natürlich das Problem, auch weil nun mal alle Menschen fehlerhaft sind und so. Aber das hat man in jedem System.

[00:52:15] - Sprecher 3: Ja also, ich muss sagen, es war ja eine sehr überraschende Entscheidung für mich, dass sie das tatsächlich gesagt haben, dass nur 30 Prozent erlaubt sind. Aber das ist natürlich auch ein Roulettespiel letzten Endes. Wer, wer sind die Richter, die es entscheiden? Das finde ich zum Beispiel, Verfassungsrichter sollten nur eigentlich direkt gewählt werden, meiner Meinung nach, weil es ist ja quasi so dieser Deal, wir lassen uns regieren, wenn ihr euch an die Verfassung haltet und dann kontrollieren sich aber die, die kontrolliert werden sollen selber und stellen quasi die Richter letzten Endes. Ich weiß, es ist ein bisschen komplizierter, aber eigentlich müsste das ganz klar sein, dass das vom Volk gewählt, also dass die vom Volk gewählt werden. Und jetzt ist es halt gut gegangen. Aber da war, aber da gibt es auch noch andere Entscheidungen, wo sie nicht so durchgegriffen haben, wie es eigentlich angemessen war. Also da sieht man, das ist nicht so konsistent.

(S.14) [00:53:02.630] - Sprecher 5: Das Volk kann das aber nicht wählen, denn das Verfassungsgericht muss sich ja an die Gesetze halten. Es kann nicht nach dem Volkswillen entscheiden, sondern es muss sich an die Gesetze halten. Aber, dass das Volk die Verfassungsrichter wählen sollen und damit natürlich wie im Wahlkampf und nach dem Willen des Volkes sollen sie handeln. Aber das ist eben nicht das Richtige, sondern das Verfassungsgericht ist auch unabhängig vom Volkswillen, unabhängig von der Exekutive und unabhängig von der Legislative. Das ist nämlich der entscheidende Punkt. Und da kann man nicht sagen, das Volk wählt nun die Verfassungsrichter und dann müssen die nach dem Volkswillen handeln.

[00:53:48.260] - Sprecher 3: Soll aber auch nicht so laufen. Das habe ich aber auch nicht gemeint, dass es dann auch so läuft wie im Wahlkampf letzten Endes. Aber man, also, klar die Verfassungsrichter müssen sich an die Gesetze halten, aber das ist ja oft auch immense Auslegungssache und man kann, so könnte.

[00:54:02.550] - Sprecher 5: Aber das Problem ist ja dann, die, das Volk, das hat ja dann auch seine Auslegung und seine Meinung, aber danach soll es ja eben nicht gehen. Nein, es soll in Bezug auf juristische Punkte, soll es nicht nach dem Volkswillen gehen, sondern nach einer korrekten Auslegung.

[00:54:20] - Sprecher 3: Aber genau das ist doch nicht klar, das ist schon Interpretationssache. Viele sind vielleicht im Prinzip wirtschaftsnah, haben einfach diese Einstellung und können von bestem Gewissen sagen "Ich sehe das so". Die Würde des Menschen ist unantastbar. Legt das aus.

[00:54:34] - Sprecher 5: Aber beim Volkswillen ist es doch noch viel schlimmer mit der Auslegung und mit der Meinung? Das gilt.

[00:54:42] - Sprecher 3: Das ist doch eine Behauptung, sage ich ganz ehrlich.

[00:54:48] - Sprecher unklar: Das haben wir doch gesagt, das machen wir nicht, hier mit einem starken Leader.

[00:54:51] - Sprecher unklar: Die habe ich nicht gewählt.

[00:54:54] - Sprecher 5: Also die Verfassungsrichter, die Judikative müssen sich nach den Gesetzen richten und können sich eben nicht nach dem Volkswillen richten.

[00:55:01] – Sprecher: Habe ich auch nicht gesagt.

[00:55:01] - Sprecher 5: Nein, aber das ist die Gefahr. Das ist der Punkt.

[00:55:04] - Sprecher 3: Die Gefahr ist aber auch, dass die Richter die Sachen anders interpretieren, wie sie das Volk eigentlich interpretieren würde.

(S.15) [00:55:11] - Sprecher 5: Die Möglichkeit besteht immer. Ja, aber, aber trotzdem können sie eben durchaus auch Recht haben und, und eigentlich, der Punkt ist.

[00:55:24] - Sprecher 5. Das, das Volk nicht bestimmen kann wie die Rechtsprechung ist. Das ist der entscheidende Punkt.

[00:55:30] – Moderator: Okay, da würde ich gerne reingrätschen.

[00:55:34] - Sprecher 2: Nein eigentlich war das, dann auch eher zu Ernst Punkt wegen, dass dann auch die Gewaltenteilung. Da würde mir noch einfallen. Natürlich grundsätzlich eine wunderbare Sache. Aber jetzt gerade speziell im, zum Thema Hartz IV. Wir haben jetzt Hartz IV seit 20 Jahren? Nicht mehr ganz so lange. 15? Ich weiß nicht mehr genau. Und ich weiß nicht, wie viele Jahre es gedauert hat, bis das jetzt dann mal vor Gericht ist. Man müsste dann vielleicht noch bei gewissen wirklich brisanten Themen dafür sorgen, dass sie mehr, wie soll ich sagen, vorgezogen werden. Die Entscheidung. Mir fällt jetzt nicht das richtige Wort. Tut mir leid. Damit das einfach nicht so lange dauert.

[00:56:28] – Moderator: Da eben einfach die Entscheidungsfindung nicht so lange.

[00:56:37] - Sprecher 2: Natürlich nicht auf Kosten der Wissensfindung erstmal, auf deren man, auf deren Grundlage man dann entscheidet.

[00:56:53] - Sprecher 1: Ich wollte nur sagen, das Problem was du angesprochen hast ist wahrscheinlich, dass Hartz IV Leute keine Lobby haben und deswegen es auch so viele Jahre dauert, bis sowas mal vor Gericht kommt. Das ist auch ein Problem würde ich sagen.

[00:57:09] - Sprecher 3: Es war ja auch so, dass schon mal, es ging ja auch schon mal vor das Verfassungsgericht, ob der Regelsatz eigentlich in Ordnung ist letzten Endes. Ich weiß gar nicht mehr, wie war denn das? Sind sie darauf gekommen, dass es eigentlich nicht in Ordnung ist? Aber da wurde es wieder einfach nur rechnerisch verändert, also die Gefahr ist dann. Ich frage mich jetzt auch, was ist mit den 30 Prozent? Ob das wirklich so das aller letzte Wort ist oder ob dann wieder irgendwie anders gerechnet wird. Dann setzt sich dieser Satz halt wieder anders zusammen, was weiß ich.

[00:57:42] – Moderator: Vielen Dank. Wir sind jetzt bei einem anderen Thema. Ich glaube, zu den Modellen haben wir vieles gehört, jetzt auch in Bezug zu Hartz IV. Ich bedanke mich noch mal sehr für die Diskussion und würde die jetzt auch hier schließen und das Aufnahmegerät ausmachen.

Diskussionen - Veranstaltung 2, Gruppe 3

(S.1) [00:00:01] – Moderator: Okay, noch mal vielen Dank, dass Sie sich bereiterklärt haben, bei dieser Diskussionsveranstaltung mitzumachen. Wir werden jetzt die Diskussion starten. Bevor wir starten. Ist es okay für Sie, dass wir die Diskussion aufnehmen? Gibt es Einwände? Okay, dann beginnen wir. Ich werde jetzt einfach zufällig eins der Modelle ziehen, weil die Reihenfolge sollte auch nicht vorgefertigt sein, sozusagen. Ich habe hier das Leadership Modell.

[00:00:39] - Sprecher 1: Ist ja in Deutschland bekannt, sehr bekannt.

[00:00:51] - Sprecher 2: Ich finde, das birgt viel zu viel Gefahren. Dass man einem einzelnen Menschen so viel Macht in die Hände gibt. Dass, ich denke, Macht verdirbt einen Charakter, deswegen halte ich nicht viel davon einem Menschen so viel Macht in die Hand zu geben.

[00:01:14] - Sprecher 3: Einer einzelnen Person sollte man nicht so viel Macht geben.

[00:01:21] - Sprecher 4: Ich sehe es völlig anders, weil die Modelle zum Beispiel in China, in Russland und Amerika ob es einem passt oder nicht. Aber ich habe mit vielen gesprochen, auch mit Russen und Amerikanern. Und die finden, das ist leider nur zum Teil, dass es denen in Amerika wesentlich besser geht als damals vorangehend und in Russland auch, man mag über Putin denken, was man will. Aber es geht vielen Leuten dort, es kommt ja auch nie in den Medien, geht es besser als zuvor, wo die Sowjetunion quasi zerbrochen ist. Und deshalb finde ich in mancher Hinsicht, nicht in jeglicher Hinsicht. Ich würde sogar sagen, so eine Mischung zwischen Leadership und Expertengruppe, sowas würde ich zum Beispiel bevorzugen.

[00:02:03] - Sprecher 5: Ich würde gerne direkt zu dieser Antwort ein Statement abgeben. Und zwar, dass ich dieses Leadership Modell ja also nicht mal ganz teils, teils finde, aber es auch gerade begründen kann. Damit, dass man jetzt zum Beispiel das Thema Klimawandel hat. Das sind nämlich genau diese drei Staaten, die da genannt wurden. Neben 160 Ländern, die das abgesegnet haben, dass man Klimaschutz betreiben sollte, nicht einverstanden als drei der Weltmächte, die dieses Leadership Modell bevorzugen. Und ohne Klima kann aber niemand leben. Das heißt, es ist ein sehr, sehr egoistisches System, aufgrund. Natürlich können jetzt Amerikaner sagen: uns geht es jetzt dadurch besser, weil wir jetzt mehr Waffen exportieren oder so. Ein spezielles Interesse wird dann begünstigt. Aber es ist nicht global gesehen von Vorteil für alle, weil dann andere Länder völlig in den Hintergrund treten mit ihren Interessen, so wie wir zum Beispiel. In dem, in dem System ist Deutschland zum Beispiel ein ganz kleines Land. Obwohl wir in Europa eigentlich mit an der Machtzentrale mitwirken. Aber es ist ein zu interessens-egoistisches System.

[00:03:31] - Sprecher 6: Es ist auch von der Geschichte her bekannt, dass es alle diese Arten von traditionellen (unverständlich) können nicht so viel Erfolg bringen, weil ein Individuum kann nicht alles wissen. Nobody is perfect. Da braucht man noch was anderes als nur einen Chef, ein Individuum.

[00:03:53] – Moderator: Vielen Dank. Weitere Anmerkungen?

(S.2) [00:04:02] - Sprecher 5: Ja, und zwar nur ganz kurz. In der Vergangenheit, in der Vergangenheit, also in den dreißiger und vierziger Jahren. Das hat es ja schon mehrfach bewiesen, wie weit es schief gehen kann. Also da brauchen wir keine weiteren Beispiele zu was das auch führen kann, wenn es mal ganz dumm läuft.

[00:04:25] - Sprecher 2: Und zum Abschluss noch einmal auf die Aussage einzugehen, das es in anderen Ländern funktioniert. Sie funktionieren: ja. Aber, niemand hat da Mitspracherecht. Das heißt es wird über alle Köpfe hinweg entschieden. Das machen zwei, drei Leute die sagen so und so wird es passieren und da muss man sich dann halt mit abfinden. Manche finden es okay und manche halt nicht.

[00:04:50] - Sprecher 4: Ja, ich sagte ja auch ein teils, teils Modell. Leadership und eine Expertengruppe, die das entscheiden. Die wo kompetent sind, zum Beispiel ich komme aus der Gastronomie. Und da wird einfach, das mit dem Rauchverbot, es wurde einfach überall entschieden. Wegen der Existenzängste für irgendwelche Kneipen oder Restaurants ist es ok nicht zu qualmen. Aber das ist einfach so, das ist doch auch einfach über die Köpfe hinweg entschieden worden. Und dass es viele so kleine Eckkneipen den Kopf kosten wollen, hat uns ja wieder gelockert. Also finde ich, wie gesagt, es sollte so eine Art Expertengruppe sein für jedes Ressort und Einer, der das dann entscheidet. Also so sehe ich das. Ich sage ja nicht, dass Leadership alleine nur das funktioniert. Es muss halt aber Experten geben. In der Politik sind halt lauter Leute, die irgendwas entscheiden, die davon überhaupt gar keine Ahnung haben, das ist ja das Problem. Es muss halt von Ressort zu Ressort Experten geben. Und dann muss man sich halt einigen. Und dann, dass der eine Mal, wenn das gut ist, sonst muss ja dann auch entschieden werden. Aber irgendeiner, in jedem Unternehmen, ist einer der Boss und der sagt so wird es gemacht. Das ist halt nun mal so. Wo anders, in einem Restaurant kann das nicht funktionieren, wenn da jeder dazwischen quatschen darf. Da ist es, vielleicht haben die Leute dann auch eine andere Ansichtweise, weil es halt nun mal so ist, dass hierarchisch, wie heißt es wieder, die Hierarchie, genau, herrscht und das ist halt so. Also.

[00:06:22] - Sprecher 7: Um nochmal, auf das, auf den Vergleich mit dem Betrieb zurückzukommen. Es gibt auch Betriebe, die sozusagen basisdemokratisch funktionieren also praktisch. Es gibt wenige, klar. Also wenn wir dieses Sekem in Ägypten, soweit ich weiß, praktisch, da unterscheiden die Mitarbeiter auf jeden Fall mit. Zum Beispiel die Frage, ob wir. Also es gibt solche Erfahrungen und es gibt solche Erfahrungen. Und jeder spricht ja von seinen Erfahrungen und. Kann sein, dass du, wenn du aus der Gastronomie kommst, die Erfahrungen hast, ja. Und für dich hat es funktioniert. Also ich denke einfach, jeder der etwas beurteilt, beurteilt halt von sich aus. Also wir beurteilen zum Beispiel, das, das Thema Leadership von uns aus da wir in Deutschland leben und Deutschland eine besondere Geschichte hat. Andere Länder können das anders machen. Das ist in Ordnung. Aber wir müssen ja für uns entscheiden.

[00:07:28] - Sprecher 1: Haben wir eigentlich nicht auch ein Leadership Modell hier in Deutschland? Mutti ist schon so lang dran. Und Mutti, so wie ich sie gerne nenne, also Frau Merkel. Und indirekt kann ich auch als Frau sagen für mich gibt es überall nur Leadership Modelle. Überall ist ein Mann an der Macht. Ab und zu eine Frau, die dann genauso handelt wie ein Mann, weil sie nichts anderes gewöhnt ist, als so zu agieren. Ich bin gerne bereit euer Gegenteil zu hören, aber das ist meine grundsätzliche Meinung.

(S.3) [00:08:16] – Moderator. Letzter [...] Beitrag. Dann gehen wir auch zum nächsten Modell.

[00:08:19] - Sprecher unklar: Das Leadership Modell in Verbindung mit Experten. Da stimme ich schon zu, dass das auch Vorteile hat. Aber wenn natürlich der Leader immer das letzte Wort hat. Er hat ja in aktuellen Leadership Modellen sehr viele Experten um sich herum, die auch wirklich gut waren. Aber die nicht auf Linie waren konnte er alle absägen und sofort entlassen, was er dann auch gemacht hat. Und dann bringen die Experten nichts, weil der Leader das letzte Wort hat zu sagen ich behalte nur die, die bei mir auf politischer Linie sind. Und dann habe ich nicht viel davon. Und wie gesagt, im zweiten Weltkrieg gab es auch Experten, die schweres Wasser erfunden haben. Und das sind zwar Experten, aber für welche Zwecke? Denn, es kommt immer darauf an, von welchem Blickwinkel man es betrachtet.

[00:09:06] – Moderator: Okay, vielen Dank. Dann würde ich die Diskussion zu dem Modell schließen und bin gespannt, was als nächstes kommt. Als nächstes habe ich das direktdemokratische Modell. Wer möchte etwas zu dem direktdemokratischen Modell sagen?

[00:09:27] - Sprecher 6: Ich glaube, das ist ein gutes Modell. Aber nicht für alle Fragen. Nicht für alle Fragen, weil es kann auch gefährlich sein. Also zum Beispiel einfach diese Flut von den Flüchtlingen, als die kamen. Wenn dann das Volk entscheiden würde, dann würden sie das vielleicht sogar ablehnen, wahrscheinlich kategorisch. Das heißt, es geht eher auf kommunaler Ebene oder städtischer Ebene, da kann das einfach sehr praktisch sein. Und wie ich sehe, mit diesen Vergleich zu anderen Modellen, generell einfach praktisch, wenn man von jedem Modell eine Mischung hätte, des Dialogmodell, der direkten Demokratie und von der repräsentativen Demokratie, dass wir uns vielleicht eher. So sehe ich das.

[00:10:16] - Sprecher 4: Also ich meine, so wie hier, so wie in der Schweiz meinen Sie, dass über gewisse Sachen einfach entschieden wird? Ein Volksentscheid?

[00:10:24] – Moderator: Genau, das Bürger in einem Entscheid oder in einem Referendum entscheiden.

[00:10:29] - Sprecher 4: Das würde ich auch nicht schlecht finden.

[00:10:35] - Sprecher 2: Ich würde es auch auf jeden Fall begrüßen. Nicht alles, wie er schon meinte, weil, es wäre glaube ich, das steht auch drin, ein zu großer Aufwand da für

jede kleine Entscheidung eine Volksabstimmung zu machen. Aber über wichtige grundlegende Entscheidungen, finde ich, sollte man schon auch die Bürger befragen. Weil mittlerweile es ist halt so, mittlerweile fühlt man sich, als wäre es ein Leadership Modell hier oder generell auf der Welt.

[00:11:09] – Moderator: Vielen Dank und weitere Anmerkungen?

[00:11:14] - Sprecher 5: Wenn die Themen, die die Bürger wünschen, aber nicht angesprochen werden, wie zum Beispiel konkret bei mir, die, die Terminierung der Abschaffung der Zeitarbeit, die ich mir **(S.4)** unbedingt wünsche. Wenn das nie gefragt wird, dass das mal zur Debatte steht, dann bringt auch dieses Modell nix.

[00:11:42] - Sprecher 8: Also das ist für mich vom Modell schön, theoretisch. Aber, also da gibt es einige Sachen, das muss ein Experte sein, ein Politiker, kommt drauf an. (unverständlich) weil wir sind verschieden. Nur so waren die Gedanken. Ja, also da gibt es auch Sicherheit für das Land, weil (unverständlich) die man nimmt von Herz. Und Herz ist manchmal so nicht das.

[00:12:22] - Sprecher 1: Mir kommt das mit diesem Modell, könnte man doch machen. Man hat doch 1000 Stammtisch Experten. Warum tun die das nicht dann direkt mal im Fernsehen aussagen? Weil sie meinen, am Stammtisch kann man gut und frei reden. Da haben doch alle ihre Meinung. Dann können sie sich doch auch allgemein mal täglich vielleicht zehn Minuten mal damit beschäftigen mit dem ganzen Dings. Dann wissen sie selber was dahintersteckt die Vor- und Nachteile.

[00:12:58] - Sprecher 9: Also ich finde es ein bisschen teilweise gefährlich. Wenn man zum Beispiel nach Großbritannien mit dem Brexit guckt. Und da wurden mit Fake News und einfach schlichtweg mit Lüge die Meinung manipuliert. Lassen wir bei raus.

[00:13:24] - Sprecher 1: Also ich meinte, wenn man sowas hat, dass dann die Dings, die Nachrichten nicht bei Fake News beeinflusst werden, sondern dass dann die Leute gezwungen sind. Also entweder über die gute alte Postverteilung ihre, ihre Vor- und Nachteile, die, die Informationen zu kriegen, die sie brauchen. Wenn dann ein spezielles Programm, das dann nur sie haben. Und so, und so sich ihre Meinung bilden können. Also nicht gerade dann, also eben auch aufgeklärt werden von vornherein was Fake News sind.

[00:14:02] – Moderator: Okay, vielen Dank. Gibt es noch einen letzten, letzten Beitrag.

[00:14:09] - Sprecher 6: Direkte Demokratie in Sachen, ob zum Beispiel auch Deutschland teilnehmen sollte in diesem Konflikt in den ehemaligen Jugoslawien oder in Afghanistan, vielleicht eine direkte Demokratie hätte auch das dann verhindern können. Und das ist, das kann auch Positives danach haben. Das heißt, dass in großen Fragen sollte man schon das Volk einfach mal fragen.

[00:14:32] – Moderator: Okay, letzter Beitrag dazu.

[00:14:35] - Sprecher 8: Es bedeutet nicht, dass wir Erfolg haben, sie können nicht. Aber wir wollen auch die Experten oder die Politiker ganz offen auf dem Tisch menschlich sein und nicht auf nur also Geld oder etwas. Also diese Menschlichkeit. Das muss sein, auch für die Experten oder für die (unverständlich), also wer entschieden lassen.

[00:14:58] – Moderator: Okay, vielen Dank. Dann schließe ich die Runde und dann kommen wir zum nächsten Modell. Wir sind bei der Expertokratie. Was gibt es da für Anmerkungen?

(S.5) [00:15:12] - Sprecher 1: Ist das nicht das gleiche was wir eben gerade schon hatten, nur bloß erweiterter?

[00:15:17] – Moderator: Beim Leadership Modell ist es eine Person und bei der Expertokratie sind es eben ausgewählte Experten.

[00:15:27] - Sprecher 1: Achso, weil wir ja gerade mehr. Also der Inhalt war doch gerade eben, dass mehrere Leute sich informieren, um dann abstimmen zu können.

[00:15:39] – Moderator: Genau. Nein, wir hatten davor jetzt das direktdemokratische Modell, also dass Bürger sozusagen in einer Abstimmung über ein bestimmtes Thema entscheiden. Und jetzt haben wir das Modell, dass ausgewählte Experten die Entscheidungen treffen. Aufgrund ihrer Expertise eben bestimmte Themen entscheiden, ohne dass die Bürger da mitreden.

[00:16:08] - Sprecher 7: Ja. Ich möchte nochmal, dass mit dem, mit der Ehrlichkeit, was hat sie gesagt, irgendwas kam da durch. Wer ist ein Experte? Jemand, der ein Fach studiert hat. Was ist, wenn er sich kaufen lässt? Was ist, wenn er lügt? Ja, dann hat er immer noch studiert. Aber er sagt das Gegenteil von dem, was er eigentlich weiß.

[00:16:29] - Sprecher 1: Ja, aber das ist ja immer was sie so bedenken. Die Entschuldigung, die man hinter allem hat. Ist diese Person auch ehrlich? Werden wir nicht enttäuscht werden?

[00:16:38] - Sprecher unklar: Weil die Theorie und Praxis sehen eh immer unterschiedlich aus.

[00:16:49] - Sprecher 9: Zu der Problematik sind ja alle Modelle belastet im Prinzip. Das Risiko hast du überall.

[00:16:58] - Sprecher 1: Wenn dann jemand dann bestochen wird, tut diese Person dann auch das sagen was, was der will, das sie sagt.

[00:17:12] - Sprecher 2: Ja das wäre dann auch meine Frage. Wer wählt dann die Experten aus? Wer entscheidet das dann das die Experten sind, die für diese Aufgabe die Besten

sind. Und ja bestochen. Das ist halt aber überall dasselbe. Bei dem einen Modell, war es bei dem Bürgerentscheid, da stand halt dran, dass die Bürger sich beeinflussen lassen würden. So kann es auch bei Experten sein oder beim Leadership Modell. Also im Endeffekt ist es überall immer selbe.

[00:17:45] - Sprecher 5: Also die Frage hat er mir schon vorweg genommen. Wie kommen die überhaupt in das Experten Team? Also wer entscheidet das? Das kann, das verstehe ich auch nicht bei diesem System. Und wenn wir mal, egal wie das zustande kommt durch Wahlen und Fachbestimmung durch einen Professor oder wie auch immer, wenn wir jetzt in dem Expertenteam sind, dann gibt es doch diese Unabhängigkeit von Experten eigentlich nie, weil jeder Experte strebt doch auch wieder nach einer besseren Position. Oder dann dürfte er zum Beispiel in keiner Firma tätig sein. Dann könnte er aber **(S.6)** wieder kein Experte sein, wenn er das in der Praxis nicht macht. Also wenn er nur ein Theoretiker wäre von der Universität und dürfte keinen Berufsposten innehaben, ist es schwierig, diese Expertise auch umzusetzen und in der Praxis zu bleiben. Somit wird dann auch nicht glaubwürdig sein, wenn er nur Theoretiker ist. Und ist er nur ein Praktiker, dann kann es sein, dann fehlt das Theoretische. Es müsste eine Mischung aus beiden sein und jeder müsste es wissen, dass er dieser Experte ist und er müsste total neutral sein, was er in keiner Firma sein kann, weil er immer auch nach einer besseren Position strebt. Also dieser Karrieregedanke kann eine Unabhängigkeit eigentlich nie begünstigen, sondern die wird nie stattfinden. Das, diese Gefahr sehe ich in diesem System.

[00:19:01] – Moderator: Okay, vielen Dank.

[00:19:04] - Sprecher 1: Ja, aber das war nur in dem Moment vorhanden.

[00:19:10] - Sprecher 6: Ich glaube mit ihrem Fachwissen ist der Experte wie der Sauerstoff für die Demokratie damit diese funktionieren kann. Hauptsache ist, dass man nicht die Entscheidungsmacht denen alleine gibt. Das heißt, wenn man das mischt mit Direktdemokratie et cetera kann das auch Früchte abgeben. Aber Expertokratie, ist das einfach eine Bereicherung für jede Demokratie.

[00:19:37] – Moderator: Noch weitere Anmerkung? Ok. Dann schließe ich die Diskussion und wir gehen zum nächsten Modell.

[00:19:45] - Sprecher 1: Das letzte ist mir ist gerade wieder eingefallen. Dass die Leute dann schon eine bestimmte Ausbildung haben und dann eben dann auch unterscheiden können zwischen Fake News und richtigen News, die sie erhalten. Das wollte ich eben nochmal unterstreichen. Das stelle ich mir vor. Du bist jetzt Experte. Und das sind dann auch Expertinnen, könnte es ja auch geben. Habe ich gehört.

[00:20:13] – Moderator: Das war vielleicht auch mein Fehler, das steht auch hier. Können natürlich auch Expertinnen sein.

[00:20:18 - Sprecher 1: Ja mit dem Innen-Sternchen.

[00:20:20] – Moderator: Genau. Dann zum vorletzten Modell. Das ist das Dialogmodell.

[00:20:50] - Sprecher 2: Ich halte es für mit eins der besten Modellen. Weil nicht das jeder, jeder seine Meinung dazu äußert. Ist natürlich auch, da kommt man auf keinen gemeinsamen Nenner. Aber ich finde wie gesagt schon vorher erwähnt, die Sache so gut, dass auch Bürger in irgendeiner Art und Weise irgendein Mitspracherecht haben sollten und dann steht halt hier nicht bindend. Das fände ich halt auch nicht so gut.

[00:21:24] – Moderator: Genau so ist es häufig bisher passiert, dass eben Bürger werden zufällig ausgewählt. In bestimmten Regionen wird auch noch, werden bestimmte Kriterien festgesetzt, also zum Beispiel in Kanada gab es eins wo zum Beispiel die indigene Bevölkerung auf jeden Fall mit vertreten **(S.7)** sein musste. Und die werden dann sozusagen zu einem bestimmten Thema breit informiert und geben dann Empfehlung aus. Aber es ist eben nicht bindend.

[00:21:57] - Sprecher 6: Ich denke einfach, Dialogmodelle sind einfach auch sehr wichtig, weil durch diese Vielfalt und viele Kommunikation können auch neue Lösungen auch kommen. Und da wird sich auch keiner als Außenseiter fühlen, weil dort diese Kommunikation, das macht einfach, das verbindet die Menschen zusammen auch selbst wenn die verschiedene Meinungen haben.

[00:22:22] - Sprecher 2: Und gegen den Zeitaufwand, dass so viele dafür keine Zeit haben. Ich finde für sowas sollte man sich dann schon Zeit nehmen. Weil das ist schon was Wichtiges.

[00:22:31] – Moderator: Hängt natürlich auch mit Arbeitgeber zusammen.

[00:22:35] - Sprecher 2: Ich habe noch eine Frage. Das kann man dann doch auch alles online machen, von zu Hause bequem, oder? Also ich meine es gibt Petitionen, dann kann man Onlineumfragen, online Befragungen, Videokonferenzen, was auch immer. Irgendeine Art von Kommunikation sollte halt da sein.

[00:22:46] – Moderator: Genau.

[00:22:51] - Sprecher 5: Ja, bei dem System. Das wird ja in den öffentlichen Medien schon relativ lange diskutiert und da haben immer wieder Experten, also nach diesem Expertenmodell und Berufspolitiker Kritik daran geübt, dass die Kompetenz dieses, dieses Dialogsystems ein bisschen in Frage gestellt wird, weil vielen Bürgern es nicht zugetraut wird, dass sie kompetent entscheiden können, wie diese Experten und Politiker selber. Und dagegen spricht aber das, was wir ja in unserem Projekt erarbeitet haben. Das es eine Statistik darüber gibt, gerade wie bei der indigenen Bevölkerung oder so, dass in diesem Losverfahren stets für die Leute anscheinend bessere Ergebnisse zustande kamen, auch wenn es zufällig war, weil, weil dann auch Jeder befragt wurde. Und vor allem ist der große Vorteil, dass zum Beispiel die Gesetzgebung oft das Problem hat, dass wenn Gesetze

entschieden wurden, dann eben in "Report Mainz" oder "plusminus" immer wieder Randgruppen erscheinen, wo man dann feststellt, die hat man gar nicht berücksichtigt. Jetzt muss man im Nachgang auch noch für die wieder was tun, wie Frau Nahles auch so mal gesagt hat: Oh stimmt, die haben wir ganz vergessen. Und das passiert nicht, weil die würden sich in dem System melden, weil die das aus ihrer Sicht sehen und wenn man bevor man etwas entschließt einfach sagen können: Aha guck mal, an die haben wir gar nicht gedacht. Also bevor wir ein Gesetz beschließen, müssen wir das ja auch betrachten. Das stimmt tatsächlich. Plus dann sollte es auch bindend sein. Und nicht, dass die Regierung sagen kann, interessiert uns nicht. Dann ist dieses System wertlos.

[00:24:22] – Moderator: Okay. Gab es noch eine Meldung in einem Dialogmodell? Okay, dann gehen wir zum letzten Modell, zu unserem lieben repräsentativen Modell. Eben dem Aktuellen, also dem Modell, das wir zurzeit jetzt eigentlich größtenteils haben. Gibt es da Meinungen. Was ist gut? Was schlecht?

(S.8) [00:25:04] - Sprecher 6. Dieses Modell hat auch einige Jahrzehnte vielleicht gut funktionieren, aber durch, sag es, es wurde beschmutzt durch Lobbyismus, zum Beispiel, viele Jahre. Und auch durch diese Berufspolitiker, die sich auch einfach ein bisschen entfernt haben vom, vom Volk und von den Aufgaben, die sie auch ursprünglich hatten. Das habe ich einfach subjektiv betrachtet.

[00:25:36] - Sprecher 2: Da würde ich mich auch anschließend mit der Sache mit dem Lobbyismus und dass die Leute einfach vergessen haben, dass sie dem Volk dienen und dass es nicht andersherum ist. Weil ich, man hat so das Gefühl, wir dienen ihnen. Sie betreiben halt oft Entscheidungen. Gefühlt stimmt niemand damit überein und das ist halt finde ich sehr problematisch.

[00:26:07] - Sprecher 3: Der Meinung bin ich auch.

[00:26:11] - Sprecher 8: Wir haben quasi, Entschuldigung. Finde ich, die haben beide Recht. Die sind, die sind irgendwie auf anderen Planeten.

[00:26:20] - Sprecher 9: Die sind nicht alle so. Aber es sind halt viele, wo sie halt auch teilweise berufs-redundant. Also die kommen von der Uni, sind in einer Partei, machen da in der Partei Karriere und sind vollkommen aus dem Leben eigentlich draußen. Das ist halt ein Problem leider. Da sollte man vielleicht auch ermitteln. Da sollte man mit der Expertokratie eine gesunde Mischung finden. Also das finde ich nicht schlecht, zum bestehenden Modell ergänzen.

[00:27:07] - Sprecher 7: Ich glaube, in der Sache hat sich in den letzten 50, 60 Jahren gar nicht so viel verändert. Was sich verändert hat, finde ich. Also, warum führen wir diese Diskussion? Ich hab mich bisschen informiert. Also, es gibt eine. Also es gibt das, was man Demokratiemüdigkeit oder Politikverdrossenheit sowas nennt. Ich glaube, das hat viel zu tun mit dem, ja, mit der sogenannten Wende, weil da einfach Dinge nicht, also Menschen nicht gehört wurden, Menschen nicht gerecht behandelt wurden, ganze Biografien einfach platt

gemacht wurden, also für wertlos erklärt wurden. Und dadurch entsteht ein Groll. Und dieser Groll funktioniert so, also ich kenne das von mir, also da ist eine Scheißsituation und ich suche dafür einen Schuldigen. So, ich schaue die Sache gar nicht genau an. Ich schaue gar nicht genau an, dass ich eigentlich gehört werden will. Also, das ist erst mal noch kein sachliches Problem. Vielleicht ja, vielleicht nein. Erst mal bin ich stinksauer und will gehört werden. So, wenn das nicht passiert, werde ich stinksauer und suche einen Schuldigen. Ich glaube, das Gehirn funktioniert so. Und das ist das, was wir Verdrossenheit nennen. Ja, die kümmern sich nicht um uns und die fragen uns gar nicht. Und die interessieren sich gar nicht für uns. Ich weiß gar nicht, ob das stimmt. Das müsste man einfach versuchen zu prüfen. Aber ich glaube, das System an sich ist nicht schlechter, als es vor 60 Jahren war. Es ist einfach dadurch, dass wir neue Mitbürger haben, die ihre Biografie erst mal da einbringen müssen. Da ist einfach viel besser zu sagen. Das ist, wie wenn ich weiß, dass ich einen großen Lastwagen habe und dann kommt eine Lieferung und ich tue die Lieferung einfach rein. Schau sie gar nicht an. Und wenn ich die Lieferung auspacke stelle ich fest, da ist ja faules Obst oder da ist etwas drin was ich versorgen muss. Ja, aber nein, es wird einfach reingestopft, weil es muss ja schnell gehen. So und erst hinterher kommen die Folgen. Und ich glaube, die Folgen haben wir jetzt, einfach diesen Groll. Also ja, einfach diesen Groll.

(S.9) [00:29:44] - Sprecher 5: Ich könnte jetzt natürlich sagen, es werden immer Wahlversprechen gemacht und die werden dann nicht eingehalten und fördern dann die Spaltung zwischen arm und reich. Aber das wissen wir auch, dass das so ist. Und das ist im Endeffekt zwar Tatsache, aber um es zu erklären, nicht ganz das spannendste Thema vielleicht. Es ist natürlich das wichtigste Thema, aber ich vergleiche das damit, damit man es besser versteht mit einer bekannten Bierwerbung. Also da gibt es dieses "Sail away Bier", was für mich eins der schlechtesten Biere ist, weil es einfach nur Wasser und Alkohol mit ein bisschen Farbstoff ist. Also wer Bierkenner ist, präferiert sicher andere. Ohne jetzt Anti-Werbung machen zu wollen. [...] Diese Werbung, diese Werbung funktioniert durch Gefühle. Das heißt, es wird dieses Mitfahren auf diesem Schiff suggeriert und alle kaufen das, obwohl das nichts taugt. Das heißt, genau so funktioniert Politik in diesem repräsentativen System, in dem der meint, zum Zug zu kommen, bei dieser Wahl, der die beste Werbung macht. Scheißegal, ob du das auch wirklich umsetzt. Und ich sage bewusst scheißegal, weil, weil, so empfindet man das dann auch. Und wenn man dann diese Prozente erreicht hat und das hat in den vergangenen Legislaturperioden noch oft genug funktioniert, funktioniert aber nur bis zu einem gewissen Grad, bis die Bevölkerung unzufrieden ist, weil sie die Ergebnisse nicht mehr sieht. Dieses System funktioniert nur, wenn Ergebnisse sichtbar sind, die fühlbar sind und am eigenen Geldbeutel oder mit dem Job, den man hat, auch fühlbar und machbar sind. Und das passiert nicht. Und dann funktioniert auch diese Gefühlswerbung irgendwann nicht. Die Leute merken, dass das Bier schlecht ist, im übertragenen Sinne, die, die Parteien für die Bürger schlecht sind. Und dann zieht es nicht mehr. Und dann können sogar braune Gruppen, die man gar nicht wollte, auf einmal hellblau werden, sie sich in der Bevölkerung oder in der Parteienlandschaft etablieren, wo sie eigentlich überhaupt nicht hingehören. Und das ist die Gefahr in diesem System.

[00:31:55] - Sprecher 2: Ich wollte noch sagen. Vielleicht war es vor 60, vielleicht hat sich seit 60 Jahren nicht viel geändert. Aber ob es bis vor 60 Jahren schon gut oder schlecht war, frage ich mich. Ich weiß es nicht, weil ich vor 60 Jahren nicht auf der Welt war.

[00:32:07] – Moderator: Ja Okay, letzter Beitrag.

[00:32:10] - Sprecher 1: Die Modelle sehen in sich selber ähnlich aus. Das ist irgendwie weit von der Bundesrepublik, von unserer Regierung eben rausgekriegt, wir brauchen eine neue Definition für unser Demokratiemodell oder sollte irgendwas anders machen. Das kennen wir ja. Deswegen bin ich eigentlich auch hier, um, um irgendwas darüber zu erfahren, ob es irgendwas Neues ist. Denn ich hab es schon öfters gehört, dass man irgendwie das ändern sollte.

[00:32:59] – Moderator: Ich schließe die Diskussion. Jetzt ist es so, es wird nochmal eine zweite Diskussionsrunde geben. Die Frage ist, wollt ihr eine Raucherpause machen? --- Okay, machen wir. Wir treffen uns dann in fünf Minuten wieder hier.

[00:39:22] – Moderator: Okay, jetzt bitte nochmal ganz kurz zuhören. Jetzt starten wir mit dem zweiten Teil der Diskussion. Der Unterschied zur ersten Diskussionsrunde: Wir haben jetzt erstmal abstrakt über die einzelnen Modelle diskutiert. Vor- und Nachteile bisschen diskutiert, was gut und was schlecht an den einzelnen Modellen ist. Und jetzt möchten wir eben diese Diskussion mit einem Thema verknüpfen. Und **(S.10)** zwar unser Thema ist Abschaffung von Hartz IV. Und jetzt möchte ich nochmal mit euch diese einzelnen Modelle nochmal diskutieren und jetzt aber in Bezug auf wie ihr diese Modelle bewertet in Bezug auf die Thematik Hartz IV-Abschaffung oder -Veränderung. Ich werde jetzt wieder zufällig eins der Modelle ziehen. Genau. Und jetzt: wie findet ihr das Dialogmodell, wenn es jetzt darum geht, Hartz IV abzuschaffen oder zu verändern? Oder ja, wer soll mit welchem Modell, soll sozusagen diese Abschaffung von Hartz IV oder Veränderung von Hartz IV dann durchgenommen werden? Und wir starten im Dialogmodell?

[00:40:56] - Sprecher 4: Ich glaube, das Dialogmodell eignet sich überhaupt nicht. Weil die wo einen sicheren Job haben und die Geld verdienen, die werden gleich sagen Hartz IV abschaffen oder die wollen nichts arbeiten wollen und so. Das wird einen Haufen Explosionsstoff geben dort bei so einem Dialogmodell. Das sieht man ja immer in irgendwelchen Talkshows bei Anne Will und so. Also dieses Dialogmodell ist glaube ich gar nicht geeignet.

[00:41:24] - Sprecher 5: Ich glaube auch nicht, dass es groß geeignet ist. Nehmen wir als Beispiel, ja da gibt es zum Beispiel, in Berlin gibt es viele, die haben acht Kinder und davon gibt es sechs nicht. Die haben dann drei verschiedene Bilder angegeben in verschiedenen Altersstufen. Erst wenn sie in der Ausbildung nicht erscheinen, weil es die Kinder doch nicht gibt, wird man dann zweifelhaft. Und dann sind 60.000 € Steuergeld verloren gegangen, weil da einfach Sozialbetrug betrieben wurde. Die Leute, die das tun, die werden natürlich dafür sein, dass das Hartz IV bleibt, weil man ja ohne Arbeit tatsächlich, indem man Phantasiekinder, acht Stück, anmeldet, 3.000 € netto hat, ohne dass man was verändern

muss. Und wenn man es schaffen könnte, die rauszufinden, dass die an dieser Diskussion nicht teilnehmen, dann könnte das System funktionieren. Aber man müsste die, die wirklichen Missbrauchstäter in diesem System vorher, ja ich will nicht sagen eliminieren. Also einen Teil an dieser Diskussionsteilhabe aussortieren, sagen wir so. Und das es eine Nettostruktur hat von lauter Leuten, die wirklich Pro- und Contra-Interessiert sind und nicht schon von vornherein voreingenommen sind.

[00:42:45] – Moderator: Okay, zum Thema Abschaffung oder Veränderung von Hartz IV im Dialogmodell. Gibt es da noch?

[00:43:04] - Sprecher 6: Zum Beispiel im Dialogmodell konnte man eigentlich auch, wie sagt man, helfen, dass man auch die Wertigkeit von Hartz IV sieht. Da kann man auch differenzieren, wie die soziale Armut, diese legitimierte Armut eigentlich. Das könnte auch in diesen Debatten helfen. Und gäbe es so einen Dialog bevor Schröder mit Hartz IV zusammengekommen, vielleicht gibt es auch mehr Resistenz von anderen damit man dieses Modell nicht auslebt.

[00:43:38] - Sprecher 2: Also ich würde es jetzt auch nicht als schlecht empfinden, wenn, weil dann wären ja automatisch auch Leute mit drin, die davon betroffen wären in dem Kreis. Und von dem her halte ich das eigentlich für eine gute Sache. Aber dann würde ich auch sagen, dass es Leute geben muss, die Pro und Contra sind, dann halt zwei verschiedene Seiten und dann, dass man da auf einen gemeinsamen Nenner kommt. Aber ich würde es jetzt nicht schlecht finden.

(S.11) [00:44:12] - Sprecher 1: Ich wollte nur noch sagen ja, es kann ja sein, dass wenn man so ein Dialogmodell hat, dass zwei Personen Dialog miteinander führen, die gar kein Hartz IV brauchen. Also das wir total ausgeschlossen sind, also die Hartz IV Empfänger.

[00:44:29] – Moderator: Also es sind mehr als zwei Personen, das auf jeden Fall.

[00:44:34] - Sprecher 1: Ja aber es kann trotzdem zusammenkommen, dass wir gar nicht beteiligt sind. Und dass da dann irgendwelche Leute dann.

[00:44:44] – Moderator: Genau. Also wenn es rein zufällig passiert, könnte es theoretisch passieren. Vor allem auch, dass zum Beispiel Betroffene zwar ausgewählt werden, die aber nicht kommen. Zum Beispiel. Das wäre möglich. Man könnte natürlich auch festlegen, dass auf jeden Fall Betroffene dabei sein müssen. Also genau. Aber ja, genau. Okay, dann nächstes Modell: repräsentatives Modell. Sollen gewählte Repräsentanten.

[00:45:27] - Sprecher 3: Nein sollten Sie nicht. Man sieht ja wie es läuft. In einem Satz. Wenn, wenn das alles so funktionieren würde, dann wären wir nicht hier.

[00:45:36] - Sprecher 2: Ich schließe mich dem an.

[00:45:36] – Moderator: Ich glaube, da gibt es dann auch nichts mehr hinzuzufügen. Dann sind wir bei der Expertokratie. Wie steht ihr dazu, dass ausgewählte Experten über die Abschaffung von Hartz IV diskutieren? Dann machen wir nochmal Peter.

[00:45:58] - Sprecher 2: Ja, halte ich ja auch nicht zwangsläufig. Ich finde, wenn es ein Experte ist, der schon mal selber arbeitslos war und in diesem Ding gesteckt hat, dann wäre es gut. Aber ich meine, dank einem Experten haben wir jetzt Hartz IV oder so.

[00:46:14] – Moderator: Wäre dann jemand. Wer wäre denn Experte für Hartz IV?

[00:46:21] - Sprecher 2: Eigentlich technisch gesehen Langzeitarbeitslose.

[00:46:22] - Sprecher unklar: Aus dem Volk im Prinzip. Und nicht irgendein Politiker, der 10.000 € verdient und sagt, so mit 300€ kannst du leben.

[00:46:28] - Sprecher unklar: Der Arno Dübel zum Beispiel.

[00:46:40] - Sprecher 6: Ich denke, Experten nur in einem Bereich, ich finde das ist ein Quatsch. In solchen Fragen, die so wichtig sind vor allem soziale Fragen. Das muss wirklich eine plurale, disziplinäre Approche, oder wie sagt man, Studie und nicht irgendein Köpfchen oder jemand von, wie sagt man, von Volkswagen, um solche Entscheidung zu treffen. Um provisorisch zu sagen, ja der sich auskennt in allen Bereichen. Es muss multidisziplinär, vom sozialen Bereich und von Politik aber nicht Experten.

(S.12) [00:47:17] - Sprecher 5: Muss nicht sein, dass es kein Experte sein könnte, sondern Herr Spahn zum Beispiel hatte die riesengroße Chance als Experte für Hartz IV, wenn er diesen Test mitgemacht hätte, dass diese Frau damals gefordert hat. Machen Sie doch mal selber drei, vier Monate mit und leben Sie als Testperson, mit diesem Hartz IV und dann reden wir drüber. Ja, dann hätte er die Riesenchance gehabt, auch als Experte, der daran teilgenommen hat, der das selbst erfahren hat und als Fachpolitiker sich ein Urteil darüber machen zu können, ob das nicht doch gesundheitsschädlich ist. Weil es ist ja nachgewiesen, durch viele Statistiken, dass lange Zeit in Hartz IV zu sein, auch gesundheitliche Konsequenzen hat, weil sich nicht jeder auch jeden Arztbesuch leisten kann, den man bräuchte. Und der hat sich dem verweigert. Seitdem habe ich total den Respekt vor diesen Typen, muss ich sagen, nicht mehr Politiker, verloren. Das ist für mich so ein richtiger Schleimscheißer geworden, der, wenn er schon im Bild erscheint, mich frustriert und Antipathien auslöst. Und wenn er das gemacht hätte, hätte er einen Meilenstein in Sachen Glaubwürdigkeit für sich selber auch erreichen können. Vor allem, wenn er als Gesundheitsminister, das ist ja die Crux, dass er nicht bei der krankheitsfördernden Hartz IV Test Folge teilnehmen wollte, bei dem Testversuch. Aber als Gesundheitsminister meint, glaubwürdig zu sein. Das ist ja 0,000 Periode Tausend was weiß ich wie man sagen kann. Es ist für mich der unglaublichste Politiker wahrscheinlich, den wir nach Gerhard Schröder jemals hatten. Außer Trump vielleicht.

[00:48:59] - Sprecher 5: Deshalb Experten wenn sie glaubwürdig sind, können sehr wohl auch Politiker sein, wenn sie mal für die Bürger etwas tun und auch an Dingen teilnehmen, wie Statist oder Studien mitmachen an sich selber auch. Und das wollen die aber nicht. Die wollen einfach auf dem höheren Sessel bleiben, damit sie damit nichts zu tun haben.

[00:49:35] - Sprecher 9: Ja für mich ist halt die Frage, wer ist jetzt der Experte. Ist das der Sozialpolitiker, der Sozialwissenschaftler oder der Studierende oder ist es wirklich der wo Hartz IV bezieht. Beziehungsweise ist das jemand der sich aus Hartz IV rausgekämpft hat, das wäre für mich der eigentliche Experte, wo dazu vielleicht etwas sagen könnte.

[00:49:56] – Moderator: Es ist nicht definiert, das könnten auch Betroffene sein. Da ist einfach die Frage, wer ein Experte ist. Okay, gut. Dann gehen wir zum nächsten Modell. Beim Leadership Modell.

[00:50:12] - Sprecher 1: Dann sind wir gleich verraten und verkauft. Und der stammt dann vielleicht zuerst aus der gleichen Bevölkerungs-, aus dem gleichen Prekariat wie wir. Kann ja auch sein. Und dann wird es ja noch schlimmer.

[00:50:32] – Moderator: Okay das heißt insgesamt eher wenig Zustimmung oder gar keine?

[00:50:53] - Sprecher 6: Leadership ist nur eine gewisse Glücksfrage. Es kann sein, dass ist jemand, der auch das lösen kann, aber nicht garantiert.

[00:50:59] – Moderator: Okay, dann das letzte Modell. Die Bürger entscheiden in einer Abstimmung über die Abschaffung von Hartz IV oder Veränderungen. Wie steht ihr dazu?

(S.13) [00:51:22] - Sprecher 9: Da sind wir zu unterrepräsentiert in der Bevölkerung. Also da wird die Mehrheit auf jeden Fall gegen die Interessen der Hartz IVler, sicher stimmen.

[00:51:44] - Sprecher 6: Ich denke, das ist paradox. Das könnte auch eine Lösung sein. Aber es kann auch sein, dass die auch, sage ich mal, dass man das gar nicht abschafft. Und dieses Paradox merkt man auch der repräsentativen Demokratie. Wenn man das Programm von der Linken sieht, eigentlich. Die wollen das abschaffen seit langem. Aber bei den Wahlen spiegelt sich die Stimmen von Arbeitslosen nicht bei denen. Ich bin meinungslos sozusagen. Das ist schwierig.

[00:52:19] - Sprecher 4: Ja, das ist ja so, dass zum Beispiel viele Hartz IV Empfänger gar nicht wählen gehen. Da kam auch so eine Studie, dass halt die Politiker nur für die Leute was machen, die auch wählen gehen, ist ja ganz klar.

[00:52:38] - Sprecher 5: Mit der direkten Demokratie das lösen zu wollen, wäre eine zu einfach, gestrickte Sichtweise, finde ich. Weil einfach zu sagen, Hartz IV wird abgeschafft, das bewirkt nichts. Weil dann heißt es halt Sozialhilfe oder irgendwie anders. Es wird diese Leute nicht in eine andere Tendenz bringen, wenn nicht gleichzeitig fünf, sechs Themen durch direkte Demokratie abgeschafft werden, wie zum Beispiel Werksverträge, Zeitarbeit

oder Zeitarbeit und Werksverträge, prekäre Beschäftigung, 450 € Jobs. Das müsste alles abgeschafft werden, damit die Leute, die aus Hartz IV, rauskommen, dann in ganz andere motivierende Berufsfelder kommen würden und nicht in eine umgeschichtete Maßnahme, wo sie dann wie durch den Fleischwolf gedreht bei einer Zeitfirma dann wieder verbraten werden. Dann sind sie ja danach noch kranker wie vorher mit Burn-Out und alles. Das heißt, wenn nur ein Thema beleuchtet wird, dann kann es durch die direkte Demokratie entweder Pro oder Contra entschieden werden. Ich bin auch der Meinung, dass wir dann eher unterrepräsentiert wären. Die Entscheidung wäre fast schon vorgefertigt. Aber angenommen, es wären viel mehr Hartz IV Empfänger, könnte die Waage halt anders fallen. Aber wenn dann anschließend kein anderes Thema auch gewonnen wird bei dieser direkten Demokratie, sondern die Lobby sagt Zeitarbeit brauchen wir, dann hast du wieder verloren, auch wenn dann Hartz IV abgeschafft ist. Das bringt gar nichts, wenn nicht alles zum Vorteil der Betroffenen gemacht wird, und zwar jedes Gesetz im Paket. Und solange das nicht passiert, bringt das auch nichts.

[00:54:14] - Sprecher 4: Die Kirche beschwert sich immer über den Mindestlohn. Dabei zahlen die selber nur den Mindestlohn. Und tun sich immer über Dinge beschweren, über Firmen, die sie, dass sie mal als gutes Beispiel vorangehen oder so sagen, jawoll wir machen das. Aber immer nur labern und dann selber nur Mindestlohn zahlen, das geht ja wohl irgendwie auch nicht. Die Glaubwürdigkeit ist ja dann von denen auch völlig hinfällig. Oder von, von den 1 € Jobbern. Dass die es mal vorleben würden und dann, ja okay, die machen was.

[00:54:51] – Moderator: Okay dann, wenn es keine Beiträge mehr gibt, dann würde ich jetzt auch die Diskussion schließen, oder ich schließe sie aktiv. Nochmals vielen, vielen Dank für diese vielfältigen Meinungen.

Diskussionen - Veranstaltung 2, Gruppe 4

(S.1) [00:00:01] – Moderator: Genau. Wir machen jetzt die Diskussion. Und da wir die ja auswerten wollen und schauen wollen, was gesagt wurde bzw. wie viele Leute was sagen, wäre es gut, wenn jetzt jede Person einfach reihum nochmal zustimmt zu der Aufnahme, das ist auch aus datenschutzrechtlichen Gründen wichtig.

[00:00:41] – Moderator: Genau. Und jetzt wollen wir die Diskussion anhand der Modelle ja führen. Aber da wir nicht eine Reihenfolge festlegen wollen, wähle ich das immer zufällig aus meinem kleinen Stapel hier aus und wir beginnen mit dem Leadership Modell. Wer möchte was zum Leadership Modell sagen? Wir machen das so, dass wir die Diskussion einfach...Per Handzeichen meldet sich jemand und ich rufe dann die Person auf, damit es einfach ein bisschen strukturierter ist und nicht wundern, ich sage dann einfach den Namen dazu, dass man das auf der Aufnahme dann auch möglichst gut erkennen kann.

[00:01:18] - Sprecher 5: Leadership Modell, da muss ich sofort an die USA denken und da ist es ja tatsächlich so, wie sich das zumindest über die Medien darstellt, dass das Volk in Führungszeichen eigentlich so gut wie gar keine Kontrolle darüber hat, was derjenige

entscheidet oder auch nicht. Und ich persönlich würde das absolut ablehnen, weil ich möchte gerne die Kontrolle darüber haben, was unsere Politiker über uns und unser Land entscheiden.

[00:01:53] - Sprecher 6: Das geht gar nicht. Ein einziger der allein über uns entscheidet oder über die Vorschläge, geht gar nicht.

[00:02:00] – Moderator: Möchte sonst jemand noch was zum Leadership Modell sagen? Es gibt ja auch Vorteile, die angesprochen werden.

[00:02:10] - Sprecher 8: Ja, das kommt drauf an. Ich wäre jetzt auch nicht dafür, wenn es wie bei Trump läuft oder bei so einer Diktatur, wie bei Hitler oder sowas. Aber wenn es eine gute Person ist, die sich für das Land einsetzt, dann kann man auch dem vertrauen. Bei sowas ist es wichtig, wie der Mensch ist, der die Führung hat. Wenn es einer ist, der egoistisch ist und nur an seine Ziele denkt, der wird wahrscheinlich auch nicht gut für das Land und das Volk sein. Aber wenn einer an das Volk denkt, kann das auch das Gegenteil bewirken.

[00:02:44] - Sprecher 7: Das war auch mein erster Gedanke. Wo ich schon Leadership gelesen habe, da hab ich schon gedacht: "Oh Leader, Führer, eine Person...nicht gut". Vielleicht ist das bloß in meinem Kopf so, aber da war es so. Das lehne ich auch absolut ab.

[00:03:02] - Sprecher 2: Ich würde auch Sprecher 8 zustimmen. Insofern wenn der Leader gute Berater hat und die sozusagen transparent machen, was sie zu ihrer Entscheidung führt. Dann kann so was schon praktisch sein. Ich denke, ich sehe es halt kontextbezogen auf Deutschland zum Beispiel. In Deutschland ist das so, dass es gut ist, dass die Entscheidung nicht zu schnell getroffen werden, wie zum Beispiel dieses Dieserverbot. Das hat gezeigt: da wurde was durchgesetzt und direkt kam sozusagen auf eine schnelle Entscheidung die Reaktion, dass es dann Proteste gab. Genauso wie bei Stuttgart 21 auch. **(S.2)** Insofern finde ich kommt es wirklich darauf an, wer den Leader berät und wie transparent die Entscheidungen über die Vorgänge sind.

[00:04:02] - Sprecher 4: Ich sehe das ja auch ein bisschen ambivalent. Wenn es ganz wichtige Entscheidungen gibt, wie bei der Coronageschichte, dann braucht es schnelle Entscheidungen. Und da braucht es jemand, der genügend profundes Wissen hat. Auf der anderen Seite findet das Feedback oder die Rücksprache mit dem Bürger eigentlich gar nicht mehr statt. Das ist halt problematisch.

[00:04:30] - Sprecherin 9: Darf ich mal fragen wer den Leader überhaupt wählen soll? Vom Volk oder von den Politikern? Und wer wählt den wieder?

[00:04:37] – Moderator: Also in dem Modell steht ja ein gewählter Leader, das heißt das Wahlvolk wählt diesen Leader.

[00:04:46] - Sprecher 7: Ich störe mich daran, dass es wirklich nur eine Person ist. Wenn es jetzt drei oder vier wären, dann wäre das auch etwas anderes. Aber einer allein finde ich irgendwie ein bisschen problematisch.

[00:04:58] - Sprecher 5: Zumindest sollte es die Möglichkeit geben von einem Vetorecht vom UN-Sicherheitsrat zum Beispiel. Sonst wäre der überhaupt nicht zu kontrollieren. Und wie schon in der Beschreibung auch steht: nach der Wahl, während einer Legislaturperiode wird man ja nicht mehr los. Wenn er dann doch nicht so funktionieren würde, wie man sich das erhofft hat.

[00:05:28] - Sprecherin 1: Ich bin da auch so. Im Notfall lehne ich eher ab, aber erst im Notfall. Und dann auch dass diese Möglichkeit besteht abwählbar zu sein. Und Transparenz ist auch sehr wichtig.

[00:05:37] - Sprecher 3: Ich finde auch, das wäre quatsch irgendwie...dass da einer entscheidet.

[00:05:53] – Moderator: Okay. Wenn es sonst keine Argumente mehr gibt denn...Also wenn noch jemand was dazu sagen möchte, gerne. Sonst würde ich mal den nächsten Zettel ziehen. Das ist das repräsentative Modell, das ist ja quasi das Modell, was wir hier auch in Deutschland haben und wo es nur darum geht, dass quasi gewählte Politiker und Politikerinnen entscheiden darüber, was gemacht wird. Wie steht ihr dazu?

[00:06:36] - Sprecher 5: Also ich finde...natürlich ist das auch das Modell das ich gewöhnt bin, seitdem ich wählen darf und so und vorher. Nachteil an dem Modell ist natürlich, dass politische Entscheidungswege lange sind. Also es dauert relativ lange, bis irgendetwas durch ist durch Bundestag und Bundesrat. Und es ist oft auch so, dass wenn Entscheidungen getroffen sind, kann es passieren, dass sie während der nächsten Legislaturperiode, wenn wir andere Mehrheitsverhältnisse haben, wieder rückgängig gemacht werden. Siehe ein Beispiel was mir spontan einfällt, ist der Atomausstieg, der das erste Mal während der Schröder Administration beschlossen worden und ist dann unter Angela Merkel erst mal wieder zurückgenommen bzw. auf die lange Bank geschoben worden. Ohne Fukushima hätte **(S.3)** man wahrscheinlich heute noch nicht...Das ist so ein typisches Beispiel dafür, was da auch ein Nachteil davon sein könnte. Ein Vorteil ist natürlich: Jeder kann sein Kreuzchen machen, jeder hat die Freiheit zu wählen. Jeder kann in einer Partei irgendwie seine Meinung zur Geltung bringen. Was innerhalb der Parteien denn...Also bis man mal so weit ist, dass man wirklich richtig mitentscheiden kann oder mitreden kann in einer Regierung. Das ist dann eher den Leuten aus einer Bildungselite vorbehalten. Und das birgt natürlich auch die Gefahr, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen gar nicht mehr erreicht werden.

[00:08:15] - Sprecher 6: Was mich auch ein bisschen stört, das habe ich gleich gesehen: Wahlversprechen sind nicht bindend. Das heißt, die können mich während der Wahlkämpfe von Hacke bis Nacke belügen und letztendlich machen sie es doch nicht. Und deswegen kommt das für mich nicht in Frage.

[00:08:34] - Sprecher 8: Also man hört viel von den Politikern, nachdem sie gewählt wurden, nachdem was sie wollten. Wie viel Prozent davon sind wirklich fürs Volk? Da fühlt man sich nicht wahrgenommen. Das geht ja schon seit Jahren so, auch aktuell. Ob sich da jetzt etwas ändern wird in der nächsten Zeit ist auch bedenklich, aber man kann es nur hoffen.

[00:09:17] - Sprecherin 9: Erstens mal gehen die Leute ja gar nicht wählen, viele Leute gehen nicht wählen und meckern tun sie ja alle. Und das andere ist: Wenn man wählen geht hab ich dann versucht mich ein bisschen in das Thema einzufinden...die versprechen so viel und letztendlich natürlich vielleicht möchten sie es umsetzen, aber wahrscheinlich ist es gesetzlich und was es alles so gibt nicht möglich. Und deswegen weiß man oft gar nicht, wen man wählen soll glaube ich. Wenn ich mit Leuten rede, die wissen gar nicht, was in der Politik so los ist. Und das macht das ganze, glaube ich, schwer.

[00:09:52] - Sprecher 8: Oftmals ist das der Hauptgrund, warum die Leute nicht wählen gehen, weil sie sagen, da ändert sich sowieso nichts. Also das hört man auch öfter, diesen Spruch: Es ändert sich ja eh nichts, warum sollte ich meine Zeit verschwenden?

[00:10:08] - Sprecherin 9: Das sagt jeder. Jeder sagt ich kann ja eh nichts ändern, aber letztendlich: würde die Masse nur irgendwas ändern wollen, könnten sie, aber sie tun es halt nicht.

[00:10:16] - Sprecher 5: Ja, was ein weiterer Nachteil ist, an diesem repräsentativen Modell ist, das öffnet dem Lobbyismus Tür und Tor. Ich weiß, in den Bundestag gehen mehr Lobbyisten ein und aus als Bundestagsabgeordnete. Also da ist natürlich. Das läuft natürlich auch so, dass da in erster Linie mal so die Wünsche und Bedürfnisse der Lobby erfüllt werden und erst dann die von der Bevölkerung.

[00:10:51] - Sprecherin 1: Ich bin in einem Land geboren, wo es nur eine Partei gab und deswegen schätze ich sehr, dass man wählen darf. Und in Deutschland ist es auch nicht manipuliert, wie in anderen Ländern. Das muss man auch positiv sehen, wenn man es vergleicht. Aber es gibt natürlich Schwächen und Nachteile. Und besonders dafür muss man sich ziemlich früh entscheiden, normalerweise kommt man als Quereinsteiger nicht so gut rein. Und man braucht eigentlich Geld um sich selber zu finanzieren **(S.4)** oder Unterstützung zu bekommen und um die Manipulierbarkeit von starken Unternehmen nicht auszuschließen. Aber insgesamt, wenn man das erlebt, wie das ist, wenn man nur eine Partei wählen darf und gezwungen wird, ist es ein riesen Fortschritt.

[00:11:59] – Sprecher: Mich stört es auch extrem was xx gesagt hat, mit den Wahlversprechen die nicht eingehalten werden zum Beispiel. Wo die Medien ja einen großen Anteil zeigen. Die zeichnen ja alles auf, jedes Statement ist irgendwo festgehalten. Dann packen sie Frau Merkel von vor drei Jahren aus: "Das und das mache ich auf keinen Fall" und jetzt macht sie es doch. Das trägt natürlich auch zu dem Frust bei für die Wähler. Aber was interessiert mich mein Geschwätz von vor einem Jahr. Dann zum Beispiel jetzt

auch Geld, was zum Beispiel gebraucht wird für Schulausbau. Alles, was zu Straßen usw. zum Krankenhaus fließt. Unsere Verkehrsminister der dann für die Maut Millionen und Milliarden rausschmeißt und sich über geltendes Recht hinweg setzt. Und dann sind halt ein paar Millionen in den Sand gesetzt. Und dass die das einfach so machen können...die kriegen ja nicht mal eine Strafe in Anführungszeichen. Das ist egal was passiert, der ist dann immer noch Minister.

[00:13:12] - Sprecher 4: Im Prinzip hat sich ja die repräsentative Demokratie bewährt. Allerdings finde ich es wichtig, dass da vielleicht eine Zweiteilung stattfinden sollte, dass die direkte Demokratie bei ganz wichtigen Entscheidungen, die viele Leute betreffen und viele Menschen betreffen, dass da die Bürgerbefragung eingeführt wird.

[00:13:39] - Sprecher 4: Im Prinzip bin ich eigentlich schon dafür, aber es müsste erweitert und ergänzt werden.

[00:13:47] - Sprecher 2: Ja, ich wollte nur sagen, was sagen die Bundespolitiker? Was wir von denen sehen sind wirklich Aussagen, die plakativ sind und die kommen nicht dahin, ihre Versprechen einzulösen. Ich glaube aber, was weniger bekannt ist, das sind die Lokalpolitiker. Die machen glaube ich ganz viel. Die sind wirklich auch für Bürger da und die sind ja selten in den Medien, also quasi deren Versprechen, die, die machen, die halten die auch mehr ein, die sind ja mit der Stadt unterwegs, die wohnen auch dort und die Politiker...Ja, das ist es die Bundespolitik. Da meine ich den Verkehrsminister oder den Finanzminister, die sind meiner Meinung nach da, um auch zu verwalten. Die verwalten unser Land. Die wirklichen Veränderungen sind meiner Meinung nach Kommunal oder auf der Landesebene zu sehen. Das ist halt schwierig. Und das ist das, was ich auch selber oft nicht bedenke, was man bedenken könnte.

[00:14:43- Sprecher 4: Das möchte ich aufgreifen und sagen, dass die Bezirksbeiräte auch eine ganz, ganz wichtige Funktion haben vor Ort. Die haben leider nur beratende Funktion, das ist zu wenig. Die müssten eigentlich auch als Entscheidungsträger mit dem Gemeinderat gemeinsam beschließen können.

[00:15:04] - Sprecherin 1: Für mich ist es noch ein Nachteil, wenn eine Koalition zu schwach ist, eventuell sogar wenn sie in der Regierung ist, haben sie trotzdem nicht so die Möglichkeiten, weil sogar wenn sie was durchsetzen möchten, werden sie einfach immer attackiert.

(S.5) [00:15:27] - Sprecher 7: Gerade die Kommunalpolitiker. Ich war vor ungefähr zehn Jahren schon einmal mit einer politischen Bildungspartei, mit der FDP, und da war die Younes Buderni, die unsere Abgeordnete hier war, die hat uns erklärt, was sie alles macht, was sie versucht, alles zu machen, was sie auch tut. Aber ich habe irgendwie das Gefühl, bis das irgendwie in Berlin ankommt, ist es versickert. Das bleibt in irgendeinem Referendum stecken oder so. Das Gefühl habe ich. Sie setzt sich ein bis zum Geht nicht mehr und nur einen minimalen Prozentsatz kriegt sie überhaupt durch.

[00:16:10] – Moderator: Gut, dann würde ich also, wenn jemand noch was sagen möchte zum repräsentativen Modell gerne, sonst würde ich das nächste ziehen. Das nächste Modell wäre das Dialogmodell, wo die Bürgerinnen und Bürger zufällig per Los ausgewählt werden und dann untereinander beraten, Vorschläge machen und dann die Politik darüber entscheidet. Wer möchte gerne etwas zu diesem Modell mit Bürgern und deren Beratung für die Politik sagen.

[00:16:57] - Sprecher 6: Im letzten Abschnitt steht: "Die Empfehlung eines Bürgerdialogs ist nicht bindend". Dann können wir uns das ja eigentlich sparen, wenn das nicht angenommen werden muss.

[00:17:03] - Sprecherin 9: Aber andererseits sollte die Politik vielleicht auch erstmal hören, was wir wollen? Vielleicht nehmen sie es ja auch an. Klar ist es nicht bindend, aber die hören sich ja auch so von den Menschen gar nicht an, was die wollen glaube ich. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, dass man mal gehört wird.

[00:17:24] - Sprecher 5: Die Auswahl per Los das gefällt mir nicht so (zustimmendes bejahen). Ich sag mal, da spricht dann ein Landwirt mit einem Ruhrpottarbeiter, der gerade dabei ist, seinen Job untertage zu verlieren. Teilweise also vollkommen unterschiedliche Interessen. Also die können da nichts bewegen wenn da viel zu bunt zusammengewürfelte Interessen zusammen kommen würden. Es ist nicht unbedingt repräsentativ, das Losverfahren da.

[00:18:04] - Sprecher 7: Ich hätte auch gedacht, dass wenn es freiwillig wäre, dass die Menschen freiwillig dazu rangezogen werden, dann finde ich das in Ordnung. Aber wenn jetzt jemand verpflichtet wird: "Du musst jetzt da teil nehmen", dann finde ich das schon eher problematisch, weil dann hat einer nicht die Lust und es ist ihm egal und er möchte es schnell wieder abschütteln oder so.

[00:18:25] - Sprecher 4: Ich sehe auch das Problem, dass wenn der Freiwillige per Los reinkommt, der hat dann zu wenig Wissen.

[00:18:32] - Sprecherin 9: Da steht aber, sie werden umfangreich informiert.

[00:18:36] - Sprecher 4: Ja, schon, aber sie können nicht solche Entscheidungen treffen, wie es ein Experte oder ein gestandener Politiker. Das sehe ich schon als Problem an. Auf der anderen Seite haben die einen Status wie die Bezirksräte. Sie können nur Vorschläge machen und wer weiß, was umgesetzt wird letztendendes. Also ich finde das Modell nicht gut.

(S.6) [00:19:05] - Sprecher 8: Da hat sich jetzt etwas angesammelt. Also ich mag so Statistiken und so was gar nicht. Ich gebe da nicht viel Wert darauf. Das sind meiner Meinung nach die Erfahrungen und die Berechnungen von Leuten, die in dem Gebiet sind. Aber da können sie nicht die Erfahrungen von dem Volk oder die Interessen von den Menschen, das geht nicht, dafür hören die einfach zu wenig vom Volk selbst. Und deswegen ist [das] einfach zu bunt gemischt, was auf einer Seite auch sehr gut sein kann, dann haben

wir einen breiten Fächer und großen Umfang der eine ist Landwirt, der eine ist, was weiß ich, Viehtreiber oder sonst was. Anstatt zwei Themen kommen halt mal 50 Themen auf den Tisch und dann kann man immer wieder Kompromisse und die wichtigsten Themen da raus nehmen. Also bunt gemischt, finde ich, ist ja auch nicht schlimm. Es gibt auch Patchworkfamilien die sind auch bunt gemischt und funktionieren, wenn man es als Metapher so übersetzen kann. Man muss es halt ausprobieren. Was dabei herauskommt, kann man jetzt nicht sagen, aber wie schon gesagt wurde, da kriegt man wenigstens Vorschläge von dem Volk, was nie gehört wird, oder überhört wird, kriegen die auf den Tisch geknallt, auch wenn es nicht bindend ist. Aber im Endeffekt haben sie ein breites Votum, worüber sie dann entscheiden können.

[00:20:19] - Sprecherin 9: Was das nicht das, was du vorgeschlagen, was...

[00:20:23] - Sprecher 4: Nein. Die direkte.

[00:20:40] - Sprecherin 1: Per Los, finde ich nicht gut, denn das ist Zufallsprinzip.

[00:20:50] – Moderator: Also die Idee ist, dass zufällig aus jeder Bevölkerungsschicht Leute zusammenkommen und die dann über unterschiedliche politische Themen reden. An ein Thema oder einem breiteren Thema und dann dazu Politikempfehlungen machen. Die aber dann natürlich, das steht ja drin, als Vorteil auch umfangreich informiert werden, teilweise von Experten oder auch nicht.

[00:21:10] - Sprecher 5: Das könnte jetzt auch rein theoretisch bei diesem Losverfahren passieren, dass jetzt, ich sage mal, fünf Leute, aus dem großen Begriff, fünf Leute ausgewählt werden, per Los entschieden werden, die BWL studiert haben. Die sind dann für alle anderen Themen eigentlich nicht qualifiziert. Und das heißt, aus allen anderen Bereichen kommt dann nichts, sondern nur das, was Wirtschaft angeht.

[00:21:38] – Moderator: Okay, wenn darauf keine weiteren Aussagen sind, dann kommen wir zum nächsten Modell. Was ich gezogen habe, das ist die Expertokratie, wo quasi ausgewählte Expertinnen und Experten Vorschläge erarbeiten und dann auch beschließen in Form von Gesetzen.

[00:22:02] - Sprecher 5: Wer entscheidet, was ein Experte ist? Da fängt das Problem ja schon an. Ist das jemand, der ein bestimmtes Studium absolviert hat, oder...? Also wer entscheidet: Was ist ein Experte?

[00:22:18] - Sprecher 4: Dafür haben wir zu wenig Informationen oder? Um das zu wissen. Oder dass die Bürger das wissen, was ein Experte ist.

(S.7) [00:22:33] - Sprecher 8: Wie ich vorhin schon gesagt habe, ich halte nicht viel von Statistiken und Experten. Wenn wir das auf das richtige Leben beziehen: ich habe Gerichtsverhandlungen gesehen, wo Gutachter Leute für Mord angezeigt haben, wo er sich im nachhinein als Experte ausgegeben hat und hat die Leute falsch beurteilt. Und das sind heutzutage die Experten. Genauso ist es auch in der Wirtschaft. Die Experten, die lernen

das, aber Theorie und Praxis sind ja auch zwei unterschiedliche Sachen. Die können ihr Leben lang aus einem Buch die ganzen Vorschriften auswendig können und dann kommt es an die Praxis und er vertut sich einfach und dann haben wir den Salat. Deswegen Experten: gut, die haben ihr Papier oder ihr Diplom was auch immer in welchem Bereich, aber denen fehlt die Erfahrung dafür.

[00:23:19] - Sprecher 4: Die Experten sind praktisch das Gegenmodell zur Demokratiegeschichte. Da ist das Problem einfach da, dass sie einfach auch Scheuklappen auf haben. Es geht ihnen vielleicht die Sozialkompetenz ab, weil sie einfach zu sehr auf das Thema fokussiert sind. Ich sehe das auch mindestens genauso problematisch wie die Demokratiegeschichte.

[00:24:13] - Sprecher 3: Mit der Transparenz habe ich auch ein Problem. Wenn es nicht transparent ist, dann ist es schlecht oder gar nicht nachvollziehbar für den Rest der Bevölkerung und das ist ja auch nicht gut.

[00:24:17] – Moderator: Und wie steht ihr zu diesen positiven Argumenten, die ja auch hier aufgeführt werden, mit den neutralen Experten, dass die unabhängig von Lobbyisten und Partezwängen entscheiden können auf Basis ihres Fachwissens?

[00:24:37] - Sprecher: Wenn es so wäre, wäre es schön, aber kann man ja nie so genau sagen.

[00:24:38] - Sprecher: Besser als die Lobbyisten sind sie auf jeden Fall, also das ist ja außenvor. Aber wie gesagt, Sie haben trotzdem Scheuklappen. Sie sind zu sehr fokussiert, weil es auch einfach die anderen Bereiche nicht abdecken können.

[00:24:58] - Sprecherin 1: Für mich ist es auch zu einseitig, aber bei bestimmten Themen würde ich mir das eventuell anhören, aber nicht, das sie entscheiden sollen.

[00:25:08] - Sprecher 5: Ja, im Grunde genommen ist Neutralität dadurch nicht gewährleistet, wenn das Experten sind, die sich in bestimmten Themenbereichen auskennen, können sie eigentlich nicht neutral sein, weil sie dann ihren Themenbereich bearbeiten.

[00:25:24] – Moderator: Okay. Dann, wenn zum Expertenmodell nichts mehr zu sagen ist, oder niemand mehr was sagen möchte, dann kommen wir zum letzten Modell, zu dem.

[00:25:37] - Sprecherin 9: Wer weiß, ob die Lobbyisten und die Parteien nicht nachher doch noch irgendwie Einfluss auf das Ganze nehmen wollen. Ich glaube, jeder Mensch und viele Menschen sind vielleicht auch, wie soll man das sagen, kann man für sich gewinnen. Und dass das dann gar nicht mehr **(S.8)** so neutral abläuft, glaube ich. Man kann es nicht durchschauen, was da ist. Das ist für uns nicht transparent. Deswegen denke ich, vielleicht werden die nachher gekauft oder so. Das finde ich überhaupt nicht gut.

[00:26:08] – Moderator: Okay, gut. Dann kommen wir mit diesem Statement zum direktdemokratischen Modell. Da kann jeder nochmal hinblättern und sich die Argumente anschauen, wo es darum geht, dass Bürgerinnen und Bürger in einem Referendum direkt über Gesetzentwürfe abstimmen. Und da, das ist ja dieses ja-nein-Modell, dass quasi über einzelne Gesetze direkt abgestimmt wird. Wer möchte dazu gerne was sagen. Jan gerne wieder zum Auftakt.

[00:26:46] - Sprecher 5: Halte ich also bei bestimmten Themen auf jeden Fall für gut. Was ja auch Volksabstimmungen sind. Also alles, wo die Bürger oder das tägliche Leben der Bürger betroffen ist. Das kann jetzt auch der öffentliche Nahverkehr, irgendwelche Entscheidungen oder so was...Oder soziale Entscheidungen usw. sein. Da halte ich das für gut. Das ist auf jeden Fall näher am Bürger dran als andere Modelle, die irgendwo anders oder in Berlin oder so stattfinden. Woher sollen Politiker, also wenn wir heute von unserem Modell ausgehen, woher soll einer, der eine gute Bildung hat, der meinetwegen von Beruf mal, was weiß ich, Rechtsanwalt war, jetzt in der Politik arbeitet, woher soll der wissen, wie es einer arbeitslos gewordenen Schlecker-Frau geht? Der kann sich da überhaupt nicht reindenken, der kann sich nicht fühlen, der weiß nicht, wie es ist, wenn man am Monatsende schaut, ob man noch Pfandflaschen hat, damit man sich Brot kaufen kann. Das weiß der gar nicht. Der weiß vielleicht gar nicht, dass es so was gibt. Und insofern ist so was bei dem direktdemokratischen Modell, da fließen solche Sachen auch mit rein in Abstimmungen, in politische Entscheidungen.

[00:28:15] - Sprecher 4: Also wenn es dann um mögliche Fachentscheidungen oder wirklich spezifische Sachen geht, dann ist das Modell nicht geeignet. Wie gesagt, ich möchte das nochmal unterstützen was er gesagt hat. Wenn es alle betrifft oder auch viele Menschen betrifft, dann ist das Modell wirklich ein Modell, das man angehen sollte. Und dann hat man auch relativ schnell eine Entscheidung. Schneller als bei der repräsentativen Demokratie, wo es durch alle möglichen Stationen gehen muss bis eine Entscheidung getroffen wird.

[00:28:50]- Sprecher 7: Es sollten dann aber auch, sagen wir mal so, nur die Menschen teilnehmen dürfen, die da betroffen sind. Nicht wie bei Stuttgart 21 wo dann ganz Baden-Württemberg wählen durfte, ob wir hier einen neuen Bahnhof bekommen. Die in Karlsruhe können schön sagen: "Ah da bauen wir halt mal einen neuen Bahnhof da in Stuttgart, wir haben ja keinen Dreck davon und keine Staus" und so weiter. Das finde ich sollte man auch beachten.

[00:29:14] - Sprecherin 9: Da muss ich grad an England und den Brexit denken. Das ist ja so was gewesen. Wenn man das in den Nachrichten guckt, ich glaube das war wirklich 50/50, dass die Leute das gar nicht wollten oder doch wollten. Man kann halt nicht nachvollziehen, was wirklich 95% gesagt hat. Wir wollen es, oder wurde das von oben so bestimmt, weil ich höre eigentlich mehr Stimmen, die das nicht wollten. Aber das ist vielleicht auch von den Medien so dargestellt.

Anhang 3.2: Argumente aus den Diskussionen zu den Repräsentationsmodellen

Tabelle 34: Argumente für und gegen das repräsentative Demokratie Modell

Repräsentative Demokratie: Demokratisch gewählte Politiker*innen erarbeiten Vorschläge und beschließen diese.	
Argumente dafür:	Argumente dagegen:
<ul style="list-style-type: none"> • Gewählte Politiker*innen fällen hauptberuflich politische Entscheidungen und übernehmen dafür die Verantwortung. Bürger*innen müssen sich so nicht tagtäglich mit Politik beschäftigen. • Da sich Politiker*innen hauptberuflich mit gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzen, sind sie besonders befähigt, diese zu lösen und Kompromisse auszuhandeln. So können auch komplexe Probleme angegangen werden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlversprechen sind nicht bindend. Bürger*innen haben nur während Wahlen die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Außerhalb davon sind die Abgeordneten eigenständig und kaum kontrollierbar. • Abgeordnete verlieren oft den Bezug zu den Interessen der Wählerschaft. Politiker*innen fällen Entscheidungen unabhängig von Bürger*innen.
<ul style="list-style-type: none"> • Im Prinzip bin ich eigentlich schon dafür, aber es müsste erweitert und ergänzt werden (Gruppe 4, S.3). • [...] von den hier vorgestellten Modellen halte ich das repräsentative Modell für das Beste. Wobei [...] ich denke, es sollte eine Mischung sein. Insbesondere [...] mit dem direktdemokratischen [...] es gibt gerade in Deutschland eine soziale Marktwirtschaft und [...] die betriebliche Mitbestimmung und auch noch andere soziale Rechte [...] auf die Arbeitnehmer und eben auch auf prekäre Leute, denen es schlechter geht, finanziell und so Rücksicht genommen wird [...] es hat durchaus auch Vorteile, dass Politiker sich dann durchaus auch von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen her orientieren an dem, was sie dann im Parlament auch tatsächlich tun (Gruppe 2, S.9). 	<ul style="list-style-type: none"> • Also es dauert relativ lange, bis irgendetwas durch ist durch Bundestag und Bundesrat. Und [...] oft [...] wenn Entscheidungen getroffen sind, kann es passieren, dass sie während der nächsten Legislaturperiode, wenn wir andere Mehrheitsverhältnisse haben, wieder rückgängig gemacht werden (Gruppe 4, S.2). • Das Modell: [...] öffnet dem Lobbyismus Tür und Tor. Ich weiß, in den Bundestag gehen mehr Lobbyisten ein und aus als Bundestagsabgeordnete. [...] Das läuft natürlich auch so, dass da in erster Linie die Wünsche und Bedürfnisse der Lobby erfüllt werden und erst dann die von der Bevölkerung (Gruppe 4, S.3). • [...] gewählte Politiker fällen [...] politische Entscheidung und übernehmen dafür die Verantwortung. Was soll das? Wer übernimmt die Verantwortung? Der Steuerzahler übernimmt sie? Also dieses möchte ich gar nicht (Gruppe 1, S.9). • Die sind nicht alle so. Aber es sind halt viele [...] die kommen von der Uni [...] machen in der Partei Karriere und sind vollkommen aus dem Leben [...] draußen (Gruppe 3: S.8).

Anmerkungen: Eigene Darstellung, Quelle siehe Transkripte in Anhang (3.1).

Tabelle 35: Argumente für und gegen das direktdemokratische Modell

Direkte Demokratie: Bürger*innen stimmen in einem Referendum über einen Gesetzentwurf ab.	
Argumente dafür:	Argumente dagegen:
<ul style="list-style-type: none"> • Bürger*innen können über politische Entscheidungen direkt abstimmen. Daher müssen die Politiker*innen die Bevölkerung stets für ihre politischen Lösungen gewinnen. • Bürger*innen werden stärker in die Politik miteinbezogen. Dadurch wird die Zufriedenheit, die Akzeptanz und das politische Interesse von Bürger*innen gesteigert. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die öffentliche Meinung kann durch Interessensgruppen und Medien beeinflusst werden, da viele Wähler*innen unzureichend informiert sind. • Volksabstimmungen lassen viele komplexe Problemlösungen nicht zu und bieten oft nur die Optionen "Ja" oder "Nein". Bürger*innen haben daher keine wirkliche Gestaltungsmöglichkeit, sondern nur das letzte Wort.
<ul style="list-style-type: none"> • Halte ich also bei bestimmten Themen auf jeden Fall für gut. [...] Also alles, wo die Bürger oder das tägliche Leben der Bürger betroffen ist. Das kann jetzt auch der öffentliche Nahverkehr, [...] oder soziale Entscheidungen usw. sein [...]. Das ist auf jeden Fall näher am Bürger dran als andere Modelle, die irgendwo anders oder in Berlin oder so stattfinden (Gruppe 4, S.8). • Schneller als bei der repräsentativen Demokratie, wo es durch alle möglichen Stationen gehen muss, bis eine Entscheidung getroffen wird (Gruppe 4, S.8). • [...] über wichtige grundlegende Entscheidungen, finde ich, sollte man schon auch die Bürger befragen (Gruppe 3, S.4). • Beispiel Schweiz: Bei Themen, wo [...] zumindest für die Schweizer wichtig, da sind dann auch richtig viele Leute dabei [...] dieses Modell sollte man vielleicht nicht so ausreizen [...]. Vielleicht ein paar Entscheidungen am Stück quasi. Und deshalb vielleicht pro Jahr quasi einmal, wo dann viele Entscheidungen auf einmal gefällt werden und nicht alle paar Monate (Gruppe 2, S.9). 	<ul style="list-style-type: none"> • Also wenn es dann um mögliche Fachentscheidungen oder wirklich spezifische Sachen geht, dann ist das Modell nicht geeignet (Gruppe 4, S.8). • Nicht für alle Fragen, weil es kann auch gefährlich sein. Also zum Beispiel einfach diese Flut von den Flüchtlingen, als die kamen. Wenn dann das Volk entscheiden würde, dann würden sie das vielleicht sogar ablehnen (Gruppe 3, S.3). • Nicht alle Bürger*innen sind informiert und aufgeklärt (Gruppe 3, S.4). • Bezüglich einer direktdemokratischen Abstimmung zum Thema Hartz-IV: Da sind wir zu unterrepräsentiert in der Bevölkerung. Also da wird die Mehrheit auf jeden Fall gegen die, die Interessen der Hartz IVler, sicher stimmen (Gruppe 3, S.13).

Anmerkungen: Eigene Darstellung, Quelle siehe Transkripte in Anhang (3.1).

Tabelle 36: Argumente für und gegen das deliberative Modell

Deliberative Demokratie: Geloste Bürger*innen beraten untereinander und machen Vorschläge an die Politik, die dann darüber entscheidet.	
Argumente dafür:	Argumente dagegen:
<ul style="list-style-type: none"> • In einem Bürgerdialog werden Themen aus verschiedensten Blickwinkeln betrachtet. Während des Dialogs werden die Bürger*innen umfangreich informiert. Dadurch können fundierte Politik-Empfehlungen entstehen. • Da in einem Bürgerdialog die Bürger*innen selbst an der Ausgestaltung mitarbeiten, ist die Transparenz eines solchen Verfahrens sehr hoch. 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerdialoge sind zeitaufwendig und vielen Bürger*innen fehlt dafür die erforderliche Zeit. • Die Empfehlung eines Bürgerdialogs ist nicht bindend. Die Regierung kann sich auch gegen eine Bürgerempfehlung durchsetzen. Dadurch kann Frust in Bevölkerung entstehen.
<ul style="list-style-type: none"> • Aber andererseits sollte die Politik vielleicht auch erstmal hören, was wir wollen? Vielleicht nehmen sie es ja auch an. Klar ist es nicht bindend, aber die hören sich ja auch so von den Menschen gar nicht an, was die wollen [...]. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, dass man mal gehört wird (Gruppe 4, S.5). • [...] durch diese Vielfalt und viele Kommunikation können auch neue Lösungen kommen. Und da wird sich auch keiner als Außenseiter fühlen, weil dort diese Kommunikation [...], das verbindet die Menschen [...] selbst wenn die verschiedene Meinungen haben (Gruppe 3, S.7). • Es kann helfen: [...] dass man auch die Wertigkeit von Hartz IV sieht. Da kann man auch differenzieren [...]. Das könnte auch in diesen Debatten helfen. Und gäbe es so einen Dialog bevor Schröder mit Hartz IV zusammengekommen, vielleicht gibt es auch mehr Resistenz von anderen damit [...] (Gruppe 3, S.10). • Also ich finde positiv, dass wirklich Leute, die mitten im Leben stehen, da [...] wahrscheinlich, es ist ja nach Losverfahren [...] sich beteiligen können und dann ihre Sichtweise auch kundtun können (Gruppe 2, S.2). 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Empfehlung eines Bürgerdialogs ist nicht bindend. Dann können wir uns das ja eigentlich sparen, wenn das nicht angenommen werden muss (Gruppe 4, S.5). • Die Auswahl per Los (...) das gefällt mir nicht so [...] Also die können da nichts bewegen, wenn da viel zu bunt zusammengewürfelte Interessen zusammen kommen würden. Es ist nicht unbedingt repräsentativ, das Losverfahren da (Gruppe 4, S.5). • Ich sehe auch das Problem, dass wenn der Freiwillige per Los reinkommt, der hat dann zu wenig Wissen [...] sie können nicht solche Entscheidungen treffen, wie ein Experte oder ein gestandener Politiker (Gruppe 4, S.5). • Wer bestimmt denn, wer Experte ist? [W]enn in diesem Modell, [...] ein Bürger [...] nicht weiß, was er zu tun hat und den Experten dafür bekommt, der ihm das lehrt, ist die Gefahr [...] relativ groß, dass ihm halt Mumpitz erzählt wird und dass der halt quasi beeinflusst wird [...] von Lobbys [...] (Gruppe 2, S.4). • Wenn sich [...] manche nicht trauen, die in prekären Verhältnissen leben und denken [...] ‚Ich kann ja gar nichts beitragen, da bin ich nicht gut genug‘. Dann sind da dann doch wieder in diesem Pool, von denen, die per Los gewählt werden können, [...] doch wieder nur die, die sich trauen [...] (Gruppe 1, S.2).

Anmerkungen: Eigene Darstellung, Quelle siehe Transkripte in Anhang (3.1).

Tabelle 37: Argumente für und gegen das Expertokratie-Modell

Expertokratie: Expert*innen erarbeiten Vorschläge und beschließen Gesetze.	
Argumente dafür:	Argumente dagegen:
<ul style="list-style-type: none"> • Neutrale Expert*innen entscheiden unabhängig von Lobbyisten oder Parteizwängen. • Die Expert*innen orientieren sich an ihrem Fachwissen und treffen Entscheidungen schnell, ohne lange politische Auseinandersetzungen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Indem Expert*innen die Entscheidungen treffen, ist die demokratische Kontrolle der Entscheidungen eingeschränkt. • Die so getroffenen Entscheidungen sind für die Bürger*innen nicht transparent.
<ul style="list-style-type: none"> • Besser als die Lobbyisten sind sie auf jeden Fall (Gruppe 4, S.7). • Experten miteinbeziehen ist : [...] nicht erst jetzt oder bzw. verstärkt durch die Klimaproblematik. Und da [...], hat eigentlich für meine Begriffe die gesamte Politik geschlafen und hätte eigentlich schon vorher so reif sein müssen und eigentlich die Experten einholen. Und ich bin dafür... (Gruppe 1, S.3). • [...] zumindest müssen auch Entscheidungen von Experten aufgearbeitet werden, sodass sie überhaupt zum Beispiel in direktdemokratischen Verfahren [...] gelöst werden können. Also Experten müssen eigentlich immer dabei sein (Gruppe 2, S.2). • Ich glaube mit ihrem Fachwissen ist der Experte wie der Sauerstoff für die Demokratie damit diese funktionieren kann. Hauptsache ist, dass man nicht die Entscheidungsmacht denen alleine gibt. Das heißt, wenn man das mischt mit Direktdemokratie [...] kann das auch Früchte abgeben. Aber Expertokratie, ist das einfach eine Bereicherung für jede Demokratie (Gruppe 3, S.6). • Ich finde, wenn es ein Experte ist, der schon mal selber arbeitslos war und in diesem Ding gesteckt hat, dann wäre es gut (Gruppe 3, S.11). 	<ul style="list-style-type: none"> • Da ist das Problem einfach da, dass sie einfach auch Scheuklappen auf haben. Es geht ihnen vielleicht die Sozialkompetenz ab, weil sie einfach zu sehr auf das Thema fokussiert sind (Gruppe 4, S.7). • Ja, im Grunde genommen ist Neutralität dadurch nicht gewährleistet, wenn das Experten sind, die sich in bestimmten Themenbereichen auskennen, können sie eigentlich nicht neutral sein, weil sie dann ihren Themenbereich bearbeiten. (Gruppe 4, S.7). • Ich glaube, jeder Mensch [...] kann man für sich gewinnen. Und dass das dann gar nicht mehr so neutral abläuft [...]. Man kann es nicht durchschauen, was da ist. Das ist für uns nicht transparent [...] vielleicht werden die nachher gekauft oder so. Das finde ich überhaupt nicht gut (Gruppe 4, S.7f.). • Wer ist ein Experte? Jemand, der ein Fach studiert hat. Was ist, wenn er sich kaufen lässt? Was ist, wenn er lügt? Ja, dann hat er immer noch studiert. Aber er sagt das Gegenteil von dem, was er eigentlich weiß (Gruppe 3, S.5). • Wer wählt dann die Experten aus? Wer entscheidet das dann das die Experten sind, die für diese Aufgabe die Besten sind (Gruppe 3, S.5).

Anmerkungen: Eigene Darstellung, Quelle siehe Transkripte in Anhang (3.1).

Tabelle 38: Argumente für und gegen das Strong Leader- Modell

Strong Leader: Ein starker gewählter Leader entscheidet selbst über Gesetzentwürfe.	
Argumente dafür:	Argumente dagegen:
<ul style="list-style-type: none"> • Angesichts drängender Probleme kann ein starker Leader Entscheidungen schnell und effizient treffen. • Während Entscheidungsprozesse mit vielen Akteuren oft intransparent sind, ist hier die Verantwortung klar und transparent. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die demokratische Legitimität nimmt ab, wenn Entscheidungen nur von einer einzelnen Person getroffen werden. • Agiert der starke Leader nicht im Interesse der Bürger*innen, so kann er oder sie nur schwer abgewählt werden.
<ul style="list-style-type: none"> • Aber wenn es eine gute Person ist, die sich für das Land einsetzt, dann kann man dem vertrauen. Bei sowas ist es wichtig, wie der Mensch ist der die Führung hat. Wenn es einer ist, der egoistisch ist und nur an seine Ziele denkt, der wird wahrscheinlich auch nicht gut für das Land [...] sein. Aber wenn einer an das Volk denkt, kann das auch das Gegenteil bewirken (Gruppe 4, S.1). • [...] wenn der Leader gute Berater hat und die sozusagen transparent machen, was sie zu ihrer Entscheidung führt. Dann kann so was schon praktisch sein (Gruppe 4, S1). • Wenn es ganz wichtige Entscheidungen gibt, wie bei der Coronageschichte, dann braucht es schnelle Entscheidungen. Und da braucht es jemand, der genügend tiefes Wissen hat. Auf der anderen Seite findet [...] die Rücksprache mit dem Bürger eigentlich gar nicht mehr statt (Gruppe 4, S.2). • [...] wenn der Leader ein Hartz IV-ler ist: geil [...] wenn es ein sehr sozialer Mensch ist, wäre es vielleicht auch noch gut [...]. Wenn man, [...] Pech hat, hat man halt nicht Einen, den man braucht und dann ist man gefickt (Gruppe 2, S.12). 	<ul style="list-style-type: none"> • Nur ein kurzer Satz. Ich denke da an 1933. Das war schon. Punkt (Gruppe 1, S.6). • [...] dass das Volk [...] eigentlich so gut wie gar keine Kontrolle darüber hat, was derjenige entscheidet oder auch nicht. Und ich persönlich würde das absolut ablehnen, weil ich möchte gerne die Kontrolle darüber haben, was unsere Politiker über uns und unser Land entscheiden (Gruppe 4, S.1). • Einer einzelnen Person sollte man nicht so viel Macht geben (Gruppe 3, S.1). • Wie weiß der dann über alles Bescheid und kann schnell Entscheidungen treffen, oder. Das kann ja gar nicht sein. [...] Der Leader, woher soll er das alles wissen, wie soll er fundierte Entscheidungen treffen. Er kann sie vielleicht schnell treffen, aber ob sie gut sind? [...] Keiner kann doch so viel wissen, in allen möglichen Bereichen, dass er da eine fundierte Entscheidung treffen kann (Gruppe 2, S.6). • [...] wo ich ein großes Problem sehe in diesem Modell, dass das halt so anfällig ist, um es zu missbrauchen [...] gegen den Willen des Volkes (Gruppe 2, S.6f.). • Aber Entschuldigung, so ein Idiot wie Trump, der Entscheidungen treffen darf, da läuft es doch kalt den Rücken rauf und runter (Gruppe 1, S.7).

Anhang 3.3: Conjoint-Analysen – Muster Vignetten

Abschaffung von Hartz IV

Immer wieder wird über eine Reform bzw. über die Ausgestaltung des Hartz IV-Systems gesprochen. Hierzu gibt es unterschiedliche Möglichkeiten wie über die Regelungen, Art und Höhe der Leistungen bzw. Maßnahmen entschieden werden kann.

Welches Modell der Entscheidungsfindung wünschen Sie sich bei der Frage der Abschaffung von Hartz IV?

Wie wichtig ist Ihnen die das Thema Hartz IV?

überhaupt nicht 0	1	2	teils/teils 3	4	5	äußerst wichtig 6
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Würden Sie der Abschaffung von Hartz IV zustimmen?

überhaupt nicht 0	1	2	teils/teils 3	4	5	voll und ganz 6
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Abschaffung der Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit

Es gibt die Forderung, die Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit abzuschaffen. Hierbei bestehen unterschiedliche Möglichkeiten wie über diese Regelung entschieden werden kann.

Welches Modell der Entscheidungsfindung wünschen Sie sich bei der Frage der Abschaffung der Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit?

Wie wichtig ist Ihnen die Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit?

überhaupt nicht 0	1	2	teils/teils 3	4	5	äußerst wichtig 6
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Würden Sie einer Abschaffung der Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit zustimmen?

überhaupt nicht 0	1	2	teils/teils 3	4	5	voll und ganz 6
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Anhang 3.4: Bewertung der Diskussionsveranstaltungen mit Frageitems

Variable	Name	Mean	Min.	Max.	Std. Abw.	N
War die Länge der Veranstaltung angemessen?	A_1	1.88	0	4	0.78	25
War die Anzahl der Themen, die diskutiert wurden, angemessen?	A_2	1.68	0	2	0.63	25
Ich habe viel von den anderen Diskussionsteilnehmenden Gelernt.	B_1	2.35	0	4	1.20	26
Die Moderation war fair.	B_2	3.72	3	4	0.46	25
Die Moderation hat sichergestellt, dass alle Argumente in der Diskussion angemessen berücksichtigt wurden.	B_3	3.42	1	4	0.76	26
Unter den Teilnehmenden waren verschiedene Interessen und Perspektiven vertreten.	B_4	3.19	0	4	0.98	26
In der Diskussion hatte ich die Möglichkeit, meine Argumente und Positionen ausführlich darzulegen.	B_5	3.38	1	4	0.90	26
Die anderen Diskussionsteilnehmenden waren respektvoll gegenüber meinen Ansichten.	B_6	3.58	2	4	0.64	26
Viele Diskussionsteilnehmende haben ihre Ansichten ohne ausreichende Gründe vorgebracht.	B_7	1.42	0	4	1.30	26
In der Diskussion wurde aufeinander eingegangen.	B_8	3.12	0	4	0.91	26
Ich habe das Gefühl, dass alle Teilnehmenden ihre ehrliche Meinung zum Ausdruck gebracht haben.	C_1	3.68	2	4	0.56	25
Die meisten Diskussionsteilnehmende hatten ihre Meinung schon im Vorfeld gemacht und die Diskussion hatte keinen Einfluss darauf.	C_2	1.77	0	4	1.31	26
Ich habe mich über die anderen Diskussionsteilnehmenden geärgert.	C_3	0.19	0	2	0.49	26
Die Diskussion hat meine ursprüngliche Meinung noch verstärkt.	C_4	2.63	0	4	0.98	26
Ich würde wieder an einer solchen Diskussion teilnehmen.	C_5	3.65	3	4	0.49	25

Anmerkungen: Eigene Darstellung und Berechnung, Quelle eigene Umfrage, Skalen (0-4)

Anhang 3.5: Bewertung der Diskussionsveranstaltungen: Musterfragebogen

Bewertung der Dialogveranstaltung „Inklusive Demokratie“

Universität Stuttgart
 Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung (ZIRIUS)
 Leitung: Prof. Dr. André Bächtiger
 Kontakt: Inklusive-Demokratie@gmx.de



Universität Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Bereitschaft den schriftlichen Fragebogen zur Evaluation der Dialogveranstaltung „Inklusive Demokratie“ zu beantworten. Für die Bewertung der Veranstaltung ist es wichtig, diese auszufüllen!

Vielen Dank!

Prof. Dr. André Bächtiger, Universität Stuttgart.

Nachdem Sie nun an der Diskussion teilgenommen haben, bitten wir Sie, den Verlauf der Veranstaltung zu bewerten.

War die Länge der Veranstaltung angemessen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	zu kurz			genau richtig		zu lang
War die Anzahl der Themen, die diskutiert wurden, angemessen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	zu wenig			genau richtig		zu viele

Wie sehr stimmen sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme über- voll haupt nicht zu		weder noch			und ganz zu		stimme
Ich habe viel von den anderen Diskussionsteilnehmenden gelernt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Moderation war fair.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Moderation hat sichergestellt, dass alle Argumente in der Diskussion angemessen berücksichtigt wurden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unter den Teilnehmer*innen waren verschiedene Interessen und Perspektiven vertreten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In der Diskussion hatte ich die Möglichkeit, meine Argumente und Positionen ausführlich darzulegen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die anderen Diskussionsteilnehmenden waren respektvoll gegenüber meinen Ansichten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Viele Diskussionsteilnehmende haben ihre Position ohne ausreichende Gründe vorgebracht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In den Diskussionen wurde aufeinander eingegangen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe das Gefühl, dass alle Teilnehmenden ihre ehrliche Meinung zum Ausdruck gebracht haben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die meisten Diskussionsteilnehmende hatten Ihre Meinung schon im Vorfeld gemacht und die Diskussion hatte keinen Einfluss darauf.

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Ich habe mich über die anderen Diskussionsteilnehmenden geärgert.

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Die Diskussion hat meine ursprüngliche Meinung noch verstärkt.

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Ich würde wieder an einer solchen Diskussion teilnehmen.

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Gibt es noch weitere Aspekte, welche Sie uns zur Bewertung der Diskussionsveranstaltung mitteilen wollen?

Vielen Dank, dass Sie den Fragebogen ausgefüllt haben!

Anhang 4: Kooperationsvereinbarung



DENKFABRIK –
FORUM FÜR MENSCHEN AM RANDE

Kooperationsvereinbarung

Im Rahmen der Studie „Demokratie ohne Langzeitarbeitslose“ hat die Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande, eine Abteilung des Sozialunternehmens NEUE ARBEIT gGmbH, bereits mit Jan A. Velimsky und Manuel Walter als wissenschaftliche Berater zusammengearbeitet. Auf dieser Zusammenarbeit basiert die angestrebte Kooperation zum Forschungsvorhaben „Inklusive Demokratie!“. Durchgeführt wird das Projekt von der Universität Stuttgart unter der Leitung von Prof. Dr. André Bächtiger, Institut für Sozialwissenschaften - Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung.

Im Rahmen dieser Kooperation unterstützt das „Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH“ das Forschungsvorhaben wie folgt:

- Beratung bei Fragen der Beteiligung von Langzeitarbeitslosen an wissenschaftlichen Studien und Vermittlung von Kontakten zu Langzeitarbeitslosen
- Kontaktherstellung zu Langzeitarbeitslosen in Stuttgart und Erfurt
- Kontakt zu BetreuerInnen der einzelnen Maßnahmen und der Durchführung der Befragung mit Langzeitarbeitslosen
- Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Durchführung der Befragung

Stuttgart, den 2.8.2018

Mit freundlichen Grüßen

Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH

i.A. Martin Tertelmann

Fachbereichsleitung Presse und Medien / Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande

Abteilung des Sozialunternehmens NEUE ARBEIT gGmbH
Bankverbindung: Evangelische Bank eG
IBAN DE21 5206 0410 0000 4164 36, BIC GENODEF1EK1
Volksbank Stuttgart
IBAN DE50 6009 0100 0231 7410 14, BIC VOBAD333
Registergericht: AG Stuttgart HRB 8533, Ust-Id.Nr.: DE 147 860 825

Ein Unternehmen der eva-Gruppe
Aufsichtsratsvorsitz: vakant
Stellvertreter: Hansjörg Böhringer, Johannes Stasing
Geschäftsführer: Marc Hentschke
Gesellschafter: Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.
Ambulante Hilfe Stuttgart e.V.



Im Verbund der
Diakonie